

---

# **Weltsystem und Globalgeschichte**

**Herausgegeben von  
Matthias Middell**



**Leipziger Universitätsverlag 1994**

© Leipziger Universitätsverlag GmbH 1994

COMPARATIV

Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und  
vergleichenden Gesellschaftsforschung

Heft 5 (1994)

Weltsystem und Globalgeschichte

Herausgegeben von Matthias Middell

ISSN 0940 – 3566

ISBN 3-929031-57-4

| <b>Inhalt</b>   | <b>Seite</b>   |
|---|--|
| Editorial   | 9  |
| <b>Aufsätze</b>   |  |
| <i>Charles Bright /<br/>Michael Geyer</i>   | Globalgeschichte und die Einheit<br>der Welt im 20. Jahrhundert 13   |
| <i>Miomir Jakšić</i>  | Die GUS in den neunziger Jahren<br>aus der Sicht der World System-Theory 46  |
| <i>Andrej Fursov</i>  | Kapitalismus, Kommunismus und<br>die Glocken der Geschichte 57   |
| <i>Peter Imbusch</i>  | Weltsystemtheorie oder Internationale<br>Politische Ökonomie? 70   |
| <i>Hans-Heinrich Nolte</i>  | Zur Rezeption des Weltsystem-<br>konzepts in Deutschland 91  |
| <b>Forum</b>  |  |
| <i>Ulrike Schmieder</i>   | Iberoamerika in deutschen Zeitschriften<br>des 18. und 19. Jahrhunderts.<br>Das Beispiel der „Minerva“ 1792-1857 101 |
| <b>Buchbesprechungen</b>  |  |
| • Averil Cameron. <i>The Mediterranean World in Late Antiquity</i> .<br>London, New York 1993 ( <i>Rigobert Günther</i> )   | 114  |
| • Neithard Bulst. <i>Die französischen Generalstände von 1468<br/>und 1484. Prosopographische Untersuchungen zu den<br/>Delegierten</i> , Sigmaringen 1992 ( <i>Steffen Sammler</i> ) | 116  |

- 
- Wegscheiden der Reformation. Alternatives Denken vom 16. bis zum 18. Jahrhundert, hrsg. von Günter Vogler, Weimar 1994 (*Katharina Middell*) 118
  - Fictions of the French Revolution, edited by Bernadette Fort, Evanston/ Illinois 1991 (*Matthias Middell*) 122
  - Lothar Gall (Hrsg.), Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft, München 1993 (*Manfred Hettling*) 123
  - Peter Steinbach, Widerstand im Widerstreit. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerung der Deutschen. Ausgewählte Studien, Paderborn-München-Wien-Zürich 1994 (*Gerald Diesener*) 130
  - Eberhard Zeller, Oberst Clau Graf Stauffenberg. Ein Lebensbild. Mit einer Einführung von Peter Steinbach, Paderborn-München-Wien-Zürich 1994 (*Gerald Diesener*) 134
  - Mechthild Rahner, „Tout est neuf ici, tout est à recommencer...“ Die Rezeption des französischen Existentialismus im kulturellen Feld Westdeutschlands (1945-1949), Würzburg 1993 (*Hans-Jürgen Lüsebrink*) 137
  - Eric Voegelin/ Alfred Schütz/ Leo Strauss/ Aron Gurwitsch, Briefwechsel über ‚die Neue Wissenschaft der Politik‘, hrsg. von Peter J. Opitz, Freiburg/ München 1993 (*Matthias Middell*) 141
  - Winfried Schmähl (Hrsg.), Mindestsicherung im Alter: Erfahrungen, Herausforderungen, Strategien, Frankfurt a.M./ New York 1993 (*Britta Matthes*) 142
  - Manfred Hermanns, Jugendarbeitslosigkeit seit der Weimarer Republik. Ein sozialhistorischer und soziologischer Vergleich, Opladen 1990 (*Diane Wogawa*) 146

---

|  |     |
|--|-----|
| • Abraham de Swaan, Der sorgende Staat. Wohlfahrt, Gesundheit und Bildung in Europa und den USA der Neuzeit, Frankfurt a.M./New York 1993 ( <i>Peggy Burian</i> )  | 148 |
| • Martin Beck, Die Erdöl-Rentier-Staaten des Nahen und Mittleren Ostens. Interessen, erdölpolitische Kooperation und Entwicklungstendenzen, Münster-Hamburg 1993 ( <i>Hans-Georg Müller</i> )                            | 150 |
| • Erwin Faber, Immanuel Geiss, Arbeitsbuch zum Geschichtsstudium. Einführung in die Praxis geschichtswissenschaftlicher Arbeit, 2. Aufl., neu bearb. von Erwin Faber. Heidelberg/Wiesbaden 1992 ( <i>Günter Katsch</i> ) | 152 |
| • Annette Wittkau, Historismus. Zur Geschichte des Begriffs und des Problems, Göttingen 1992 ( <i>Eckhardt Fuchs</i> )   | 154 |
| <b>Eingegangene Bücher</b>   | 158 |
| <b>Verzeichnis der Autorinnen und Autoren</b>  | 161 |



---

## Editorial

Zwanzig Jahre ist es her, daß Immanuel Wallersteins erster Band über das Weltsystem erschien. Seither ist neben zwei weiteren Bänden, die die Behandlung moderner Weltgeschichte bis zur zweiten Expansionswelle der kapitalistischen Weltwirtschaft 1730-1840 reichen lassen, die Institutionalisierung dieser Forschungs- und Erklärungsrichtung mit dem Fernand-Braudel-Center in Binghampton und mit einer eigenen Zeitschrift („Review“, 1994 inzwischen im 17. Jahrgang) gelungen. Mannigfache empirische Studien und theoretische Diskussionen sollen helfen, die Flexibilität und das Deutungsvermögen des Ansatzes, der von der Dynamik eines in Zentrum, Halbperipherien und Peripherien gegliederten Gesamtzusammenhanges ausgeht, zu prüfen. Wallerstein hat in der theoretischen Vorbemerkung zu seinem ersten Band über das *world-system* beschrieben, wie ihn die Suche nach einer nicht willkürlichen Festlegung des Rahmens für Untersuchungen sozialen Wandels (wie es die Nation/ der Nationalstaat zweifellos ist) zur Benutzung jenes Konzeptes vom Weltsystem brachte, das er fortan zu verfeinern sich bemühte. Dieses Konzept hat einen bemerkenswerten internationalen Erfolg gefunden – bemerkenswert und erklärungsbedürftig auch für jene Zonen, in denen die Rezeption schwächer war oder zwischen den Historikern und den Sozialwissenschaftlern extrem ungleichgewichtig verlief. Dort, wo das Zusammentreffen von Vertretern verschiedener Kulturen auch im akademischen Leben längst den Alltag bestimmt, wie an den USA-Universitäten, kippt die allgemeine Beunruhigung über globale Probleme in den Bereich lebensweltlicher Erfahrungen und gibt den Anstrengungen für die Etablierung von *global history* als Lehr- und Forschungsgebiet einen erheblichen Schub, weil die Meistererzählung vom fortschrittspendenden westlichen Aufstieg nicht mehr uneingeschränkt akzeptiert wird. „From Plato to Nato“ genügt nicht mehr als Grundformel einer universitären Ausbildung, deren Konsumenten (und zunehmend auch Produzenten) Kulturkreisen entstammen, die sich mit der Rolle abhängiger Peripherien immer weniger abfinden wollen. Die Entstehung einer weiteren Zeitschrift 1990 an der University of Hawai („Journal of World History“), die sich als offizielles Organ der *World History Association* erklärtermaßen der Weltgeschichte zuwendet, verweist auf die Fortschritte im Institutionalisierungsprozeß einer neuen akademischen Subdisziplin.

Die Öffnung der vordem künstlich abgeschlossenen Gesellschaften Ost-, Südost- und Mitteleuropas könnte der Alten Welt einen ähnlichen

## Editorial

Motivationsschub spenden, wenn sie die multikulturelle Erweiterung auf- und annimmt und sich der eigenen Rolle in der globalen Integration nicht nur pragmatisch auf der Ebene von Blauehreaktionen zuwendet. Daß die Betruhigung darüber, ob eine simple Ausdehnung „westlicher“ Erfahrungen und Techniken auf immer neue Gebiete sach- und strukturadäquat ist, nachgelassen hat, wird dabei ebenso skeptisch stimmen, wie das erneute Hervortreten einer unreflektierten Nationalgeschichte im Stile jener Historiographie, die schon öfter zur Legitimierung von Expansionsinteressen diente. Dieses Heft bemüht sich, das Plädoyer für eine Verankerung von Globalgeschichte in unserer Geschichtskultur mit der kritischen Aneignung einer Diskussion zu verbinden, die im englisch- wie französischsprachigen Raum wesentlich weiter gediehen ist. Die Einladung an die Autoren aus ehemals sozialistischen Staaten wie Jugoslawien und Rußland, aus den USA und aus Deutschland verband zwei Fragen miteinander: eine Erörterung des heutigen Stellenwertes der Wallersteinschen Weltsystemtheorie und ihrer Flexibilität gegenüber neuen realgeschichtlichen und methodologischen Herausforderungen einerseits und andererseits die Darstellung der höchst unterschiedlich verlaufenen Rezeption und Diskussion eines etablierten Ansatzes als Indikator für den Stand der Debatte um die Globalgeschichte.

Immanuel Wallerstein hat vor einigen Jahren Fernand Braudels theoretischen Ansatz in die Nachfolge früherer Versuche zu einer globalen Betrachtungsweise gestellt, die sich in der Geschichtswissenschaft nicht durchsetzen konnten und erst mit den „Annales“ einen Durchbruch erlebten (Marxismus, Nationalökonomie und Kulturgeschichte der Jahrhundertwende). Man wird kaum fehlgehen, ihn selbst auch in dieser Entwicklungslinie zu situieren.

Der Materialismus des Wallersteinschen Konzeptes überwand geistesgeschichtliche Konstrukte einer Weltgeschichteerklärung. Die weltweite Integration war längst eine stimulierende oder schockierende Realität geworden und fand nicht mehr nur in den Köpfen der Intellektuellen statt. Dabei konzentrierte sich Wallersteins, im Umfeld der Konjunktur der Sozialwissenschaften und des strukturalistischen Marxismus entstandener Ansatz in seiner Ablehnung einer vorrangig ideengeschichtlichen Deutung stark auf sozialökonomische Determinanten. Neben der hier zu vernachlässigenden Detailkritik, denen Entwürfe einer historischen Synthese wohl immer ausgesetzt sein werden, bleiben die ernster zu nehmenden Einwände jene, die sich mit der kulturalistischen Wende in den Sozial- und Geschichtswissenschaften der letzten anderthalb Jahrzehnte mehr und mehr Gehör verschafften: Sie stellen dem Trend zur Vereinheitlichung des Weltsystems unter dem Druck der Technologieentwicklung und der stabilisierten Ungleichheit die Tendenz

zur Bewahrung und Verteidigung oder Wiedergewinnung von Autonomie bei der Bestimmung sozialer Beziehungen in den einzelnen Gesellschaften gegenüber. Es zeigt sich darüber hinaus, daß das Weltsystem nicht der einzige Rahmen für eine nicht willkürliche Untersuchung der Reichweite von Macht-, Produktions- und Tauschbeziehungen ist, sondern die Region die komplementär zu beachtende Analysekategorie (in ihrer räumlichen Flexibilität) bildet, in der sich parallele oder gegenläufige Hegemoniebeziehungen entfalten. Hans-Heinrich Nolte hat hierzu vor einiger Zeit den Begriff der „inneren Peripherisierung“ vorgeschlagen<sup>1</sup>, die jüngere Diskussion in der historischen Geographie greift ebenfalls den Gedanken auf und schlägt vor, anstelle ganzer Nationalstaaten Regionen als Basiseinheiten für eine Erörterung der dynamischen Verhältnisse von Peripherie, Semiperipherie und Zentrum zu wählen.<sup>2</sup>

Es erweist sich indes, daß manche Kritik an Wallersteins Überlegungen eher deren Kind ist; die Überwindung, die manche auf der Tagesordnung sehen, eher ihre Aufhebung und komplexere Verfeinerung.

Hinter die Überlegenheit an Erklärungskraft gegenüber einer Geschichtsschreibung, die unreflektiert dem nationalen Rahmen verhaftet bleibt oder in beinahe fundamentalistischer Weise den Aufstieg des Westens modernisierungstheoretisch zum Maß aller Dinge macht, kann Globalgeschichte, wie sie heute in verschiedenen Stellen experimentiert wird, nicht zurückfallen.

Der Zusammenbruch des Realsozialismus hat die übergreifende Deutung der Geschichte des 20. Jhs. herausgefordert, noch bevor dieses Saeculum zu Grabe getragen ist. Insofern ist für eine Prüfung der Leistungskraft auch des Weltsystem-Ansatzes erheblich, inwieweit er diesen Vorgang integrieren kann. Handelt es sich um eine Ausdehnung des Weltsystems auf ein bisher davon abgeschottetes Gebiet, dann erhebt sich die Frage, ob solche Möglichkeiten der Abkopplung – in diesem Falle um einen Preis, den, wie wir wissen, die Menschen in Ost- und Südosteuropa schließlich nicht mehr zu zahlen bereit waren – definitiv widerlegt sind oder nicht systematisch beachtet und in ihrer Wirkung auf das Weltsystem kalkuliert werden müssen. Hierauf hatte schon Dieter Senghaas in den siebziger Jahren hingewiesen, als er Entwicklungschancen für die sogenannte Dritte Welt zu skizzieren suchte. Umgekehrt könnte aber auch gefragt werden, wie die seltsame Spannung von realgeschichtlicher Abkopplung mit eigenem nichtkonvertierbarem Währungssystem, einem nach Standards und Arbeitsteilung vielfältig abgeschotteten Binnenmarkt (des RGW) einerseits und dem politischen Willen zur Integration im Verlauf einer Wettbewerbssituation andererseits zu erklären ist und an

welcher Stelle das Übergewicht der einen Strategie durch das der anderen abgelöst wurde. „Überholen ohne Einzuholen“ lautete seinerzeit die prägnante Formulierung dieses Widerspruchs.

Nunmehr, fünf Jahre nach dem politischen Wandel, übersehen wir klarer, welche Probleme und Chancen die Reintegration des „verspäteten“ Ostens nach einem jahrzehntelangen Abkopplungsversuch vom Weltsystem mit sich bringt. Nachdem die Kraft jener Expansion, die in den ersten zwei Dritteln dieses Jahrhunderts größtenteils auf einer fordistischen Arbeitsorganisation beruhte, abzunehmen scheint und die politisch abgestützte Hegemonie der USA in Frage steht, bieten sich zwei Optionen an: die Reintegration der ehemaligen Zweiten Welt belebt veraltete Strategien durch die Möglichkeit zur Verbilligung der Arbeitskosten neu; das „Jahrhundert der peripheren Revolution“ (Manfred Kossok) endet mit dem Gegenschlag der definitiven Peripherisierung. Oder bietet die Instabilität des Weltsystems Chancen für eine Neuordnung der Prozesse globaler Integration im Sinne einer Anerkennung kultureller Differenzen, die unterschiedlichen Strategien bei der Organisation der sozialen Beziehungen zum Umgang mit knapper werdenden Ressourcen bei wachsenden Bedürfnissen beschreiben?

Der Reiz solcher Forschungen, die im deutschsprachigen Raum eher marginalisiert sind, liegt darin, daß die eigenen Verhältnisse nur im Rückgriff auf weltweite Veränderungen verstanden werden können.

Dieses Heft will auf die damit verbundenen Probleme hinweisen und zur Diskussion herausfordern. Insofern ist es dem 40. Historikertag gewidmet, der einhundert Jahre nach Karl Lamprechts Bemühen um ein Forum für historiographische Erneuerung wieder in Leipzig stattfindet.

Leipzig, im September 1994

Matthias Middell

- 1 H.-H. Nolté (Hrsg.), *Internal Peripheries in European History*, Göttingen 1991.
- 2 Beispielhaft P. I. Taylor, *Political Geography. World Economy, Nation State, and Locality*, London 1985; H.-J. Nitz (Hrsg.), *The Early Modern World-System in Geographical Perspective*, Stuttgart 1993.

## Globalgeschichte und die Einheit der Welt im 20. Jahrhundert

Historiker brauchen nicht länger die Welt zu erfinden, um Weltgeschichte zu schreiben. Die Welt existiert als materieller Sachverhalt. Sie liegt vor uns, nicht als „Geist“, sondern als konkrete und alltägliche Erfahrung und erfordert praktische Erklärung. Eine globale Technostruktur von Produktion und Destruktion, ein weltweites Netzwerk der Satellitenkommunikation, des Investments, des Handels und der Medien geben dieser Welt Realität und verführen manche dazu, von einem „globalen Dorf“ zu sprechen. Tatsache ist, die Welt ist „zum Greifen nahe“; Touristen und Konsumenten „ziehen sie sich ein“; Arbeiter, überflüssig geworden durch billigere Arbeitskräfte anderswo, erfahren sie als massiv unpersönliche Kraft, die ihr privates Leben und ihre lokalen Gemeinschaften zerstört.<sup>1</sup> Am Ende des 20. Jhs. brauchen wir uns die Welt nicht „vorzustellen“, um sie Realität werden zu lassen: sie existiert in globalen Verbundnetzen von Produktion und Destruktion.

Angesichts dieses Sachverhaltes müssen wir lernen, anders als bisher über die Welt nachzudenken. Die Historiker des 18. und des 19. Jhs. konnten sich die Welt nämlich nur als symbolische Struktur versinnbildlichen. Sie vertrauten zunehmend auf die naturalistische Metapher von Wachstum und Entwicklung,<sup>2</sup> um ihre Entwicklungsgeschichte zu verstehen, und lasen in der Menschheitsgeschichte die Anlage zu einem „großen Design“, das die Gegenwart hervorgebracht hatte. Diese Auffassungen haben in Versuchen zeitgenössischer Historiker und Sozialwissenschaftler überlebt, den „Aufstieg des Westens“ zu erklären und die einzigartige Kombination von Faktoren herauszustellen, die die nordatlantische Region befähigte, die Welt zu dominieren. Vielleicht besteht die verbreitetste Auffassung einer nach wie vor populären Weltgeschichte darin, daß der Westen selbst im Niedergang triumphiere, indem der Rest der Welt seinem Weg folgt.<sup>3</sup> Doch diese „Weltgeschichte Europas“ (Freyer) erklärt unsere Welt nicht mehr.<sup>4</sup> An ihr festzuhalten, heißt heutzutage traditionell denken, auch wenn das in progressiver Absicht geschieht. Denn die Probleme, denen wir heute selbst bei einfachen Verrichtungen (wie einem transatlantischen Telefongespräch) gegenüberstehen, haben mit der Eigenart einer Welt zu tun, die sich nicht mehr in den Ideen des 19. Jhs., sondern in der globalen Praxis des 20. Jhs. vorstellt.

Das Nachdenken über diese Geschichte setzt die empirische Vermessung dieser globalen Praxis, genau genommen einer Vielzahl von Einzelhandlungen, voraus. In der Tat braucht man heute eine Karte nicht von Territorien, sondern von Transaktionen, um diese globale Welt zu begreifen. Doch damit ist zwar globale Realität erfasst, aber noch keine Geschichte gemacht. Die besondere Problematik einer Globalgeschichte im 20. Jh. besteht darin, die Anstrengungen zu verstehen, die aus den Versuchen entstehen, Ordnungsmuster für eine Welt zu etablieren, die zwar eine geworden ist, aber ein widersprüchliches Ganzes bleibt - technisch und materiell integriert, aber sozial und kulturell tief gespalten. Das zentrale Thema dieser Globalgeschichte des 20. Jhs. – im Unterschied zu den weltgeschichtlichen Imaginationen des 19. Jhs. – ist die immer radikalere Trennung von Prozessen globaler Integration und dem Streben nach lokaler Autonomie und das Anwachsen von Gewalt angesichts der Unfähigkeit und Unwilligkeit, einen Ausgleich zwischen diesen beiden Tendenzen zu finden.<sup>5</sup>

### Alte Themen

Der Umstand der globalen Integration macht die gegenwärtige Krise der Weltgeschichte so ernst. Denn die ehrwürdigen westlichen Traditionen der Weltgeschichte mit ihrer Vision des menschlichen Fortschritts und der kulturellen Entwicklung hörten genau zu dem Zeitpunkt auf, Erklärungen hervorzubringen, als fortgeschrittene Mittel des Transports, der Kommunikation, der Produktion und der Destruktion begannen, die Welt technisch und materiell zu integrieren. Sie versagten angesichts der Praxis globaler Integration. Dieser Kollaps einer großen Idee war um so gravierender, als die Weltgeschichte einmal einen zentralen Platz in den Geistes- und Sozialwissenschaften eingenommen hatte.<sup>6</sup> Im 18. und 19. Jh. waren die Welt und ihre Zivilisationen das Studienobjekt aller großer Systemdenker Europas, die über die Richtung und das Ziel des menschlichen Fortschritts spekulierten und debattierten. Sie beschäftigten sich mit der Menschheitsgeschichte insgesamt und versuchten, sie als Fortschreiten der Menschen zu moralischer und wissenschaftlicher Aufklärung (Condorcet, Saint-Simon, Comte) oder als historische Entwicklung zur Freiheit (Kant, Hegel, Marx) zu verstehen, die divergierenden historischen Wege der verschiedenen Zivilisationen vergleichend zu erklären (Weber, Troeltsch) oder den – moralischen (Spencer) oder rassistischen (Gobineau) – Triumph der westlichen, weißen Zivilisation im Kampf ums Überleben zu feiern. Ihre Konzepte und Methoden von Weltgeschichte, die

## Weltgeschichte als Globalgeschichte

auf den Modellen des christlichen, humanistischen oder materiellen Fortschritts oder der zyklischen Wiederkehr vom Aufstieg und Niedergang der irdischen Existenz basierten, bildeten die Grundlage des aufgeklärten Denkens über die Welt und schufen den konzeptionellen Rahmen für akademische Disziplinen genauso wie für die gebildete Öffentlichkeit.

Das war ethnozentrische Geschichte im sprichwörtlichen Sinne. Die Intellektuellen des 18. und 19. Jhs. konnten bestenfalls die Welt als Ganzes aus einer regionalen Position „vor sich stellen“. Ihre Forderungen nach einer totalen Einsicht in die Dynamik der Weltgeschichte und ihre universalen Annahmen über die menschliche Entwicklung fußten auf einer Welt, die allenfalls in Ihrem Kopf Existenz gewann. „Erfahren“ wurde diese Welt zwar schon; aber sie kam immer zurück nach Europa in diskreten Erfahrungsschnipseln (Reiseberichten, wissenschaftlichen Beobachtungen), die dann im Geist zu einem Ganzen zusammengesetzt wurden. Versuche, Welt- oder Menschheitsgeschichte zu schreiben, liefen darauf hinaus, sich das Ganze zu veranschaulichen und als Formation und Entwicklung von Weltzivilisationen zusammenzusehen. Der „Geist“ der Systemdenker war das einzige Element, das diese Welt auch tatsächlich zusammenhielt. Man möchte erklärend hinzufügen, daß diese Visionen des menschlichen Fortschritts und Verfalls versuchten, für ein unbeherrschtes und unbehaustes Europa Sinn zu stiften, indem das Schicksal der Menschheit unter den Bedingungen einer besonderen Erfahrung des europäischen Übergangs zur bürgerlichen Gesellschaft konzipiert wurde.<sup>7</sup> Ergo auch der merkwürdige Tatbestand, daß weltgeschichtliche Betrachtungen immer wieder zu den Ursprüngen der Krise europäischer Traditionen zurückgekehrt sind, statt sich der Weltgeschichte als Globalgeschichte zu widmen.

Die letzten Verfechter dieser Tradition (Spengler, Ortega y Gasset und Toynbee), obwohl weniger sicher, daß die westliche Zivilisation und bürgerliche Moral fortschreiten würden, behandelten die „universale“ Geschichte entsprechend noch als ein geschichtsphilosophisches Problem und sahen die zukünftige Einheit der Welt inmitten von Desintegration und Zerfall mehr als ein geistiges oder idealistisches Anliegen denn als materielle Kulmination der historischen Entwicklung. In der Tat verzweifelten sie am materiellen Fortschritt, der ihrer Ansicht nach die weltgeschichtliche Kultur nur unterminieren konnte, welche die Historiker des 19. Jhs. in das Zentrum der menschlichen Entwicklung gestellt hatten.<sup>8</sup> Es war diese idealistische Tradition mit ihrem Anliegen, die Geschichte einer Region in der Totalität der Menschheit aufzuheben, die angesichts der aktuellen materiellen und technischen Integration der Welt im 20. Jh. zusammenbrach. Paradoxerweise war die Tradition

des weltgeschichtlichen Denkens, die so nachhaltig das Entstehen der einen zusammenhängenden Welt angekündigt hat, deren erstes Opfer.

Denn was die Weltgeschichte im 20. Jh. zerstörte, war die Real-Geschichte der Welt im 20. Jh. Die Art und Weise, wie die expansive Projektion von Produktion und Gewalt die Welt integrierte, setzte zwei weltgeschichtliche Grundvorstellungen außer Kraft, wie sehr diese auch im wissenschaftlichen Alltagsgebrauch nachklingen mögen: Erstens, daß der Westen durch seine Dominanz in der Welt, die er der Meisterung der technischen und materiellen Mittel globaler Integration verdankte, diese auch tatsächlich kontrolliere und damit den Verlauf der globalen Entwicklung rational gestalte; zweitens, daß dabei der Westen, im positiven Beweis seiner eigenen Existenz, über ein gesichertes Wissen von der Richtung und dem Ergebnis der Weltgeschichte verfüge. Diese doppelt genährte Vorstellung von der Zukunft der Menschheit hat sich nicht bewahrheitet, je mehr diese Zukunft im 20. Jh. Realität gewann. Das heißt, es gab zwar westliche Dominanz und es gab globale Integration. Aber diese zeitigten nicht die Folgen, welche ihnen im 18. und 19. Jh. zugeschrieben worden waren. Allenfalls gereichte dieser intellektuelle Überhang dazu, Versuche einer Verständigung über globale Integration zu blockieren. So gab es denn eine Weltgeschichte und ihre populären Deutungsmuster, die nicht mehr auf die Welt paßten, und eine Praxis globaler Integration, die unerklärt blieb.

Das Scheitern der ersten Annahme (über die Identität von Verfügungsgewalt und Herrschaft) könnte Überraschung hervorrufen. Die Fähigkeit der europäisch-nordatlantischen Region, Produktion und Gewalt global zu organisieren, scheint sich doch nur bestätigt zu haben. Sicherlich kann man das Faktum westlicher Dominanz nicht leugnen, wie sie in der expansiv wachsenden Kontrolle über die Produktions- und Gewaltmittel und Hilfstechnologien wie des Transportes und der Kommunikation aufscheinen.<sup>9</sup> Der Umstand, daß das Monopol westlicher (europäischer und nordamerikanischer) Verfügungsgewalt weit aufgebrochen ist, stellt in diesem Zusammenhang nur eine erste Korrektur des Sachverhaltes dar. Wichtiger ist, daß diese Verfügungsgewalt auf einer globalen Ebene, von wem sie auch immer ausgeübt wurde, zu keinem Zeitpunkt ausgereicht hat, Herrschaft einigermaßen dauerhaft zu organisieren. Es blieb der Traum der Intellektuellen des 19. Jhs., daß Europa die fortgeschrittenste Region der Welt sei, weil dieser Kontinent die gewaltigsten Produktions- und Destruktionstechniken entwickelt hat, und daß er durch die Verfügung über diese Mittel zur Organisation globaler Ordnung nach westlichem Vorbild in der Lage sei. Die Annahme, daß der Westen, indem er die globale Vernetzung von Produktion und Destruktion dominiert, tatsächlich

## Weltgeschichte als Globalgeschichte

den Prozeß globaler Integration bestimmt, geht schlichtweg an der Realität vorbei.<sup>10</sup> Ungeachtet der Fähigkeit, überlegene Produktions- und Gewaltmittel einzusetzen und einen verheerend hohen Preis für Auflehnung zu fordern, erwiesen sich diese Mittel, die Herrschaft zu etablieren, sowohl als instabil wie auch als kontraproduktiv. Prozesse globaler Integration im 20. Jh. ließen sich zu keinem Zeitpunkt in Weltordnung umsetzen, so daß man inzwischen mit Fug und Recht daran zweifelt, ob es überhaupt so etwas wie eine Weltordnung geben könne.<sup>11</sup> Jedenfalls war sie bislang nicht auf der Basis der Verfügungsgewalt über Produktion und Destruktion zu erreichen.

Die Ursachen dafür sind in allenthalben zu beobachtenden, in der Ausarbeitung einer Globalgeschichte dann aber genau zu bestimmenden, kapitalen Widersprüchen bei der globalen Organisation dieser Verfügungsgewalt zu suchen. Denn Produktion und Destruktion wurden tatsächlich zunehmend global organisiert, aber dieser Prozeß war begleitet von anhaltenden kulturellen Konfrontationen. Diese nahmen das Erbe regionaler Kulturen auf, waren aber alles andere als bloß residuale Strukturen, wie man das zunächst einmal annahm. Sie erwiesen sich vielmehr als Ausdruck eines zunehmend weltweiten Vergesellschaftungsprozesses, in dem der Kampf um Selbst- und Mitbestimmung, Autonomie und menschliche Würde im Mittelpunkt stand. Für das 20. Jh. kann deshalb gelten, daß die Verfügungsgewalt über Produktion und Destruktion sich nicht in Sozialverträge und politische Ordnung umsetzen ließ. Statt dessen vertiefte sich das Streben nach Selbstbehauptung (in dem im übrigen das Streben nach materiellem Erfolg als Voraussetzung für ein gesichertes Leben ein wichtiges Element ist) zusammen mit der globalen Integration, so daß etwas ganz Paradoxes geschah. In dem Maße, in dem die Welt zusammenkam, fiel sie auch auseinander. Ganz im Gegensatz zu den weltgeschichtlichen Betrachtungen des 19. Jhs. hat in der Praxis globaler Integration Schritt A (globale Integration) nicht Schritt B (Weltherrschaft) nach sich gezogen. Die Welt ist integriert, aber es gibt kein Weltreich oder auch nur eine zentrale Intelligenz, die diese integrierte Welt regiert oder organisiert. Es ist auch nicht abzusehen, daß es diese zentrale Intelligenz, etwa in Form eines Weltstaates, geben könnte – zumindest nicht in dem Sinne, in dem wir landläufig von Staaten sprechen.

Für eine Geschichte des 20. Jhs. ist daran folgendes wichtig: Der Vorgang der globalen Integration im 20. Jh. verortet Weltgeschichte nicht in der Evolution oder Devolution von Weltsystemen, sondern in der anhaltenden Spannung zwischen Prozessen der globalen Integration – d.h. der Universalisierung von Kontrolle über Produktions- und Gewaltmittel – und Prozessen der sozialen Reproduktion und ihrer kulturellen Repräsentation -

d.h. der Herausbildung selbstbestimmter lokaler Identitäten im Vorgang globaler Vergesellschaftung. Beides zusammen erst konstituiert eine widerstreitende Weltpolitik globaler Entwicklung.

Man könnte in dieser Situation immer noch auf das zweite Epistem zurückgreifen und sagen: wenn die Welt nicht als Herrschaft organisiert ist, dann aber doch zumindest in der Angleichung der Gesellschaftssysteme. Statt von Weltherrschaft kann man doch zumindest von der Herausbildung einer Weltgesellschaft reden, in dem Maße, in dem alle mit allen in Kontakt treten. Die Annahme, daß die Art der Produktion und Gewaltorganisation – ihre besondere Ratio – die Welt umgestalten würde, stützte sich auf die durchaus nicht unvernünftige Annahme, daß „die ganze Welt“, indem sie sich auf westliche Produktions- und Destruktionsformen einläßt, früher oder später auch so wird wie diese. Dies gäbe dem Westen zumindest ein gesichertes Wissen über die Richtung der Weltgeschichte, selbst wenn keine einzelne Macht diesen Vorgang beherrschte. Das war lange Zeit die Überzeugung von Intellektuellen und Politikern: daß andere Gesellschaften nicht nur den in der Geschichte Europas vorgezeichneten Entwicklungsweg aufnahmen, sondern sich damit auch immer mehr dem Westen angleichen, wobei eine vollständigere technische und materielle Integration diese Gesellschaften zur weiterreichenden Übernahme entsprechender Verhaltensformen ermutigen würde. Die universelle Anziehungskraft einer wissenschaftlich-technischen Rationalität – selbst die kulturelle Repräsentation der Integration von Macht und Produktion auf einer globalen Stufe im 20. Jh. – setzten sich in die Annahme von einer wachsenden kulturellen Homogenität um. Universale Technologie wurde zur Voraussetzung für die eine Weltzivilisation.<sup>12</sup>

Dieses Denken fand seinen klarsten Ausdruck in den Modernisierungstheorien, die in den fünfziger Jahren aufblühten, ebenso wie in ihrer Antithese, dem Komplex der Dependenciatheorie, die in den sechziger Jahren gedieh.<sup>13</sup> Beide nahmen ganz selbstverständlich eine Verbindung zwischen technischem und sozialem Wandel an – entweder indem wirtschaftliche Entwicklungsprozesse Ungleichheiten überwinden und sozialen Fortschritt erzeugten, oder indem der Kampf gegen Ungleichheit eine perfektere materielle Integration und sozialen Fortschritt für die abhängige Welt hervorbrachte. Beide glaubten, daß die globale Entwicklung der Technik eine umfassende Weltzivilisation schmieden würde – zum besseren oder zum schlechteren. Kommunistische Propaganda behauptete derweilen, daß der Kapitalismus den ideellen Westen verrate. Studien zur Entwicklung von Unterentwicklung etwa bezweifelten zwar die Möglichkeit von Entwicklung unter den herrschenden Bedingungen. Doch sie hatten zur Vorstellung, daß globale Integra-

## Weltgeschichte als Globalgeschichte

tion „letztendlich“ in einer Weltzivilisation münden müsse, auch keine Alternative.<sup>14</sup> Selbst den lautstärksten Kritikern des westlichen Imperialismus und Neokolonialismus gelang es nicht, über die Welt außerhalb des Paradigmas der Verwestlichung zu denken.<sup>15</sup>

Nun erfährt diese Idee durchaus einen Zipfel der Wahrheit. Gesellschaften ändern sich unter dem Druck globaler Integration – und dies ist nur zu oft ein katastrophaler Vorgang der Implosion alter Welten. Aber als Annahme über die Vergesellschaftung in einern Zeitalter globaler Integration war sie bereits nicht mehr haltbar, als sie noch den Wissenschaftsbetrieb allenthalben bestimmte. Die Welt ist ja tatsächlich eine „globale“ Welt geworden. Aber damit hat sich nur gezeigt, daß diese globale Welt in dem Maße uneinheitlicher wurde, indem die Integration voranschritt. Gesellschaften „modernisieren“, ohne dem historischen Vorbild zu folgen. Ja, die erfolgreichsten Modernisierer zeichnen sich gerade dadurch aus, daß sie diesem Vorbild nicht gefolgt sind. Sie eignen sich selektiv die Produktions- und Destruktionsmittel an und passen diese den eigenen Vergesellschaftungsprozessen ein; Die Zerstörung autonomer Prozesse der Erneuerung – sei es durch interne Reaktion oder durch externe Intervention – hat Modernisierungstendenzen unterbunden. So kann man sagen, daß eine zunehmende Uneinheitlichkeit der Welt das beste Zeichen für einen umfassenden Prozeß der Modernisierung ist.

Historisch ist das Resultat in jedem Falle eine Zunahme der Mannigfaltigkeit – und zwar nicht nur in dem Sinne, daß wir nun plötzlich viele und verschiedene Wege der Moderne erkennen können, sondern daß sich im Herausbilden einer globalen Moderne gleichzeitig widerstreitende Prozesse einer Vertiefung der Integration und einer Neubestimmung diskreter Vergesellschaftungsprozesse beobachten lassen. Die Welt wird materiell eine Welt, doch sie bewegt sich in radikal unterschiedliche Richtungen.

Indem wir diese Spannungen in den Mittelpunkt der Forschung stellen, lokalisieren wir Weltgeschichte in anhaltenden und offenen Auseinandersetzungen um Prozesse globaler Integration. Globale Entwicklung entfaltet sich weder natürlich noch funktional aus der Logik von Produktion und Destruktion. Sie entsteht vielmehr aus der konfliktträchtigen Interaktion zwischen Anstrengungen, globale Verfügungsgewalt in Ordnungsmacht (Autorität) umzuwandeln, und Prozessen der Vergesellschaftung, die auf lokale Aneignung – Wiederaneignung – von Macht und ihrer Mittel zielt. Das stellt auch die Kontingenz einer Geschichte globaler Integration im Unterschied zur Finalität der alten Weltgeschichten.<sup>16</sup>

## Neue Problemstellungen

Der Zusammenbruch der Gewißheiten westlichen Denkens über die Welt veränderte das Studium der Welt in diesem Jahrhundert. In dem Maße, in dem einheitliches Denken über Weltgeschichte angesichts der tatsächlich ablaufenden Integration zunehmend komplexer wurde, wandten sich Sozialwissenschaftler spezialisierten Teildisziplinen mit empirisch verifizierbaren Forschungsgegenständen zu. Sie befaßten sich ebenfalls mit allen Teilen der Welt, aber sie bevorzugten einen partiellen Zugang, wo die Weltgeschichte noch vom Ganzen träumte. Die Vertreter dieser Entwicklung gratulierten sich, endlich die Vereinfachungen und ethnozentrischen Plati­tden der weltgeschichtlichen Betrachtungen aufgegeben zu haben. Doch nicht nur wirkten viele der alten Annahmen und Paradigmen fort. Während die Sozialwissenschaften ein ganz ohne Zweifel diversifizierteres, umfassenderes und in vielerlei Hinsicht realistischeres Bild der Welt in ihren Einzelteilen entwarfen, blieb ihr Verständnis der globalen Entwicklung insgesamt – der Bedingungen menschlicher Vergesellschaftung im Kontext der materiellen Integration der Welt – auf dem verstaubten Wissensstand der Weltgeschichte stecken. Die Zahl der Bücher zu globalen Problemen wuchs zwar gewaltig an, aber globales Denken kam nicht so recht vom Fleck und verfiel immer wieder in die alten Episteme. Die Modernisierungstheorien sind ein gutes Beispiel für die Diskrepanz zwischen „starkem“ partiellem Wissen und „schwachem“ globalem Denken.<sup>17</sup>

Dieses partielle Wissen lief in zwei großen Strömungen nebeneinander, die wir uns etwas genauer ansehen müssen. Eine Forschungstendenz interessierte sich für die globale Expansion von Produktions- und Marktssystemen. Parallel dazu entwickelten sich Analysen über die Projektion staatlicher Macht und militärischer Gewalt in die Welt. Diese beiden Ansätze harmonierten zwar im Wissenschaftsbetrieb (der beide zu den *international relations* zählte) für gewöhnlich nicht, aber sie sind beide doch auf dieselbe Sache aus. Arbeiten in dieser Forschungsperspektive folgen der Projektion von Produktions- und Gewaltmitteln in die Welt. Sie haben die Auswirkung dieser Machtmittel auf den Prozeß der globalen Integration in Untersuchungen von Herrschaft und Penetration (ein bevorzugter Begriff) anderer Gesellschaften aufzuzeigen versucht. Studien über Wirtschaftsbeziehungen und -systeme, welche die Entwicklung einer modernen Weltwirtschaft in den Mittelpunkt stellen, und über internationale Mchtebeziehungen, welche die Herausbildung von globalen Machtstrukturen analysieren, sind die bekanntesten Forschungsthemen. Zu dieser Forschungsrichtung gehört jedoch auch Wallersteins Geschichte der

## Weltgeschichte als Globalgeschichte

Weltsysteme, die er selbst nicht hier einordnen würde.<sup>18</sup> Dieser Ansatz ist in den letzten Jahren etwas in Verruf geraten, da er sich dem Vorwurf des Reduktionismus nicht entziehen konnte. In der Tat sind alle Versuche, eine kulturelle Dimension in die Systemanalyse einzubeziehen, weitgehend gescheitert. Doch gerade für eine historische Analyse ist ein anderes Problem sehr viel vordringlicher. Wallerstein hat mit seinen „Weltsystemen“ durchaus etwas richtiges gesehen – nämlich den Prozeß der globalen Integration als einen systemischen Vernetzungsprozeß globaler Herrschaft. Jedoch, statt ihn nun zu untersuchen, wo er ihn gefunden hat, nämlich im 20. Jh., verlegt er ihn in die „tiefe“ Vergangenheit zurück, wo er gerade einmal gedacht worden ist. Das tut weder der Vergangenheit noch der Gegenwart gut; denn was herauskommt, ist nicht eine Geschichte der Welt im Zeitalter der globalen Integration, sondern eine weitere Untersuchung über den Ursprung und die Grundlage des westlichen Erfolges vor diesem Zeitalter. Die Vergangenheit ist so vereinigt mit der Gegenwart, und die Welt – als ein europäisch dominiertes, ökonomisches System – wird als ein einheitliches Ganzes vom Beginn der Moderne an erklärt. Dieser Ansatz stellt Europa, bzw. den Aufstieg Europas in den Mittelpunkt der Erzählung und bleibt auch in der Kritik fasziniert von der Energie der westlichen Expansion und ihrer Fähigkeit, die Welt materiell zu integrieren. Was herauskommt, ist eine „Weltgeschichte Europas“ (Freyer), nicht eine Globalgeschichte von Herrschaft und Unterordnung.

Solche partiellen Weltgeschichten lassen sich zwar nicht mehr auf den Fortschritt der Menschheit ein, aber sie folgen unreflektiert den Projektionen westlicher Macht.<sup>19</sup> Sie gedeihen daher weitgehend als Wissen von Herrschaft oder als ihre Kritik - beide sorgfältig herausgearbeitet innerhalb des Rahmens einer immer engeren materiellen Integration der Welt. Während die Vorstellung die grobklötzige, hierarchische Unterschichtung von Herrschenden und Beherrschten inzwischen zwar von einer die Wechselseitigkeit betonenden Analyse von Machtbeziehungen ersetzt worden ist<sup>20</sup>, bestehen auch diese Gramsci-beeinflußten neueren Untersuchungen weiterhin auf einem Primat materieller Produktions- und Gewaltmittel als den hauptsächlichen Verlaufsformen der globalen Entwicklung.<sup>21</sup> Sie drängen der globalen Entwicklung eine Einheit auf, indem sie auf der Übermacht globaler Herrschaft bei der Neugestaltung lokaler und regionaler Vergesellschaftung bestehen. Was zählt, ist Macht und die Beziehung von Mächten.

Teils als Reaktion auf diese Strömung in den Sozialwissenschaften und teils als eine Erneuerung der alten Neugier auf andere Weltkulturen hat sich im Gegenzug eine zweite Forschungsstradition herausgebildet, die in der Anthropologie und Ethnographie sowie in der schnell steigenden Zahl von Regional-

studien und Lokalgeschichten ihre hauptsächlichen Vertreter hat.<sup>22</sup> Wenn diese Entwicklung auch von verschiedenen Quellen gespeist ist, so hat ihr Hang zur dichten Beschreibung täglicher Routinen und kultureller Praktiken der Völker rund um die Erde doch für sich, daß die Analyse von Verhaltensformen, Vergesellschaftungsprozessen und Weltbildern entscheidendes zum Verständnis von Vergesellschaftungsformen beiträgt. In vieler Hinsicht sind diese Arbeiten ganz bewußt als Antithesen zu dem „harten“ Ansatz all derer konzipiert, die sich mit Produktion und Destruktion auseinandersetzen. Aber auch diese Richtung ist für gewöhnlich der globalen Projektion von Macht gefolgt, wie dies die neuere Kritik der Anthropologie wiederholt gezeigt hat. Sie hat zumindest indirekt die Überlegenheit der westlichen Produktions- und Gewaltmittel bekräftigt, wenn auch vorwiegend durch die Dokumentation ihrer verheerenden Auswirkungen auf „ursprüngliche(re)“ Gesellschaften und Kulturen. Im Trauern um die „tristes tropiques“<sup>23</sup> operieren sie de facto immer innerhalb eines konzeptionellen Rahmens, der eine technische und materielle Integration der Welt voraussetzt. Statt diese nun aber als Fortschritt zu feiern, nehmen sie den Umstand der Integration zum Anlaß, eine vergehende Zeit zu analysieren. Eine ursprüngliche Partikularität und Authentizität wird so zumindest in der Archäologie des Forschers bewahrt. Bei der Betonung lokaler, kultureller Praktiken wird dann allzu leicht übersehen, daß diese partikularen Welten stillschweigend ihren „Platz“ immer schon innerhalb eines global gegebenen Kontextes materieller Integration gehabt haben.<sup>24</sup>

Ohne diese implizit verbindenden Annahmen setzt jedenfalls ein kultureller Relativismus ein, der Autonomie annimmt, wo gerade diese verloren gegangen ist. Dies geschieht selbst dann noch, wenn eine Verbindung von globaler und lokaler Ebene angenommen wird. Neuere Regionalstudien haben ganz zurecht versucht, die relative Autonomie lokaler sozialer und kultureller Prozesse oder zumindest die relative Distanz zwischen lokalen Verhältnissen und globalen Systemen herauszuarbeiten. Unter anderem hat dies schon sehr früh zu einer Debatte über die „Verknüpfung von unterschiedlichen Produktionsverhältnissen“ (etwa Kapitalismus und Feudalismus, Marktwirtschaft und Sklaverei) und über die Möglichkeit der Koexistenz und gegenseitigen Durchdringung unterschiedlicher Ebenen und Formen sozialer Organisation (Bürokratie und familiäre Klientelsysteme) geführt.<sup>25</sup> Studien dieser Art haben auch das Problem der sozialen und kulturellen Vielfalt im späten 20. Jh. aufgegriffen. Sie streben aus der alten Zwangsjacke der Dichotomisierung von „traditionellen“ und „modernen“ Gesellschaften hinaus. Aber in der Betonung der Distanz zwischen lokaler Vergesellschaftung und globalen Prozessen der Integration enden sie doch für gewöhnlich dabei, die Multiplizität sozialer

## Weltgeschichte als Globalgeschichte

Formen und kultureller Erscheinungen aus dem globalen Bezugssystem herauszulösen. Während das den Anthropologen nicht schaden mag, verkennt ein solcher Ansatz die globalgeschichtliche Durchdringung und Segmentierung lokaler Entwicklung. Denn Anthropologen werden monieren, daß sich Gesellschaften jeweils als Ganzes lokal reproduzieren müssen und haben damit auch recht. Es gibt keine halben Gesellschaften. Eine Globalgeschichte hingegen würde betonen, daß die Elemente, die in dieses lokale Geflecht eingewoben sind, doch eben auch globalen Ursprungs sein können – und sei es nur, daß lokale Entscheidungen per Telegrafie (oder Telefon) von fern gefällt werden. Globalgeschichte betont also die besondere Art von externen Vergesellschaftungsstrategien in einem Zeitalter globaler Verbindungen.

Die Dimensionen einer solchermaßen global erweiterten Vergesellschaftung sind der Grund dafür, daß eine partikularistische Geschichte zu kurz greift. Die typische Lösung einer partikularistischen Betrachtungsweise besteht darin, den Begriff der globalen Integration zugunsten von Untersuchungen zu lokalen Prozessen von Diversifikation fallenzulassen. Die Bindeglieder, welche auch diese lokalen Welten zusammenhalten, werden durch die detaillierte Beobachtung des Hervorbringens von Unterschieden ersetzt. Damit breitet sich ein forschungspolitischer „Exzeptionalismus“ aus, bei dem sich die Untersuchung der Welt im Relativismus einer Unzahl vergleichender Studien auflöst.

Ohne Zweifel haben diese beiden großen Forschungsrichtungen eindrucksvolle Beispiele für die Veränderung der Welt im Sog globaler Integration geliefert. Aber diesen Interpretationen mangelt es an Erklärungsmacht. Sie häufen Geschichten und partielle Theorien an, aber können die Prozesse nicht erklären, welche die Globalgeschichte im 20. Jh. bestimmen, weil sie darauf bestehen, daß der Impuls für die globale Entwicklung entweder in der Formation globaler Herrschaftsstrukturen oder in der Art, wie lokale Gesellschaften sich selbst reproduzieren, liegen müssen. Das ist eine höchst unerquickliche Sackgasse, in der die Analyse globaler Integration festgefahren ist zwischen machtpolitischem Reduktionismus und einem anthropologischen Relativismus inmitten einer außergewöhnlichen Ansammlung von Wissen über die Welt.

Das Problem einer Weltgeschichte als Globalgeschichte des 20. Jhs. besteht daher fort. Es kann teilweise dadurch behoben werden, daß beide großen forschungspolitischen Strömungen sich gegenseitig mehr beachten – Machtpolitik sich stärker der Vergesellschaftungsprozesse bewußt wird und kulturalistische Analysen lokaler Verhaltensformen sich der externen Machtzusammenhänge stärker bewußt werden. Doch damit ist das Thema einer

Globalgeschichte nicht abgetan. Ihr zentrales Anliegen als intellektuelles Projekt im späten 20. Jh. besteht vielmehr in der Untersuchung der gespannten Wechselwirkung zwischen Kräften der globalen Integration – konkret dem Einsatz von Produktion und Gewalt – und Kräften der Vergesellschaftung – der Behauptung von Formen sozialer und kultureller Selbstbestimmung in der unentwegten Reformierung der Beziehungen von Klassen, Geschlechtern und ethnischen Gruppen.<sup>26</sup> Das erfordert eine sorgfältige Beschreibung und Analyse historisch spezifischer Prozesse von Herrschaft und Unterordnung, welche die Welt zugleich zusammenziehen und auseinandertreiben. Dies kann nur vorangehen, indem man gleichermaßen global und lokal arbeitet. Das wiederum kann auf vielerlei Weise geschehen. Doch der Kern eines solchen Ansatzes besteht in der Analyse der Auseinandersetzungen darüber, wer oder was die Identität von Individuen, sozialen Gruppen, Nationen und Kulturen bestimmt und definiert und wie in diesem widerstreitenden Prozeß die eine Welt globaler Interaktion entstanden ist. Im Mittelpunkt einer solchen globalen Geschichte stehen also nicht Systeme oder Strukturen, sondern Ereignisse, welche den gespannten Prozeß globaler Integration prismatisch erfassen; denn es geht ja darum, den Widerstreit zu ergründen, in dem globale Integration zwischen globalisierender Verfügungsmacht und lokaler Vergesellschaftung oszilliert. Erst diese doppelte Bewegung erlaubt es, spezifisches über den Vorgang globaler Integration zu sagen: wie er Gestalt annimmt in der Spannung von Integration und Fragmentierung.

Dabei ist die Betonung des Widerstreits von globalisierender Produktion und Destruktion und lokalisierenden Prozessen der Vergesellschaftung nicht als eine willkürliche methodologische Entscheidung zu verstehen, die forschungsstrategisch für alle Zeiten Geltung haben würde.<sup>27</sup> Vielmehr spiegelt die Trennung dieser beiden Ebenen der Analyse eine faktische Spaltung globaler Entwicklungsprozesse im 20. Jh. wider, die nicht ohne weiteres auf alle Expansionsprozesse angewandt werden können. Dieses Auseinanderdriften ist vielmehr ein Produkt der letzten einhundert Jahre und damit ein historisch spezifischer Vorgang. In der umkämpften Vermittlung zwischen universalisierenden Systemen der Produktion und der Gewalt und lokalen und regionalen Kräften der gesellschaftlichen Erneuerung und der Selbstbestimmung gewinnt also nicht die Menschheit, sondern eine diskrete historische Epoche Gestalt, die allenfalls die Zeit zwischen der Mitte des letzten Jahrhunderts und dem letzten Drittel dieses Jahrhunderts umspannt. Dies ist eine Epoche nicht schlechthin der Expansion, die es ja auch vorher gegeben hat, sondern der Globalisierung. Es ist ein Epoche des Übergangs, an deren Ende wir eben jenen Zustand beobachten können, welcher den Ausgangspunkt

## Weltgeschichte als Globalgeschichte

dieser einleitenden Betrachtungen bildete. Die Welt ist zersplittert wie nie zuvor. Und doch ist sie, wie nie zuvor, integraler Ort menschlichen Handelns geworden. Wie und warum es dazu kam, ist der Gegenstand einer Weltgeschichte als Geschichte der Globalisierungsprozesse im 20. Jh:

### Die regionalen Ursprünge der globalen Integration

Solange man annimmt, daß die Welt sich in Richtung auf eine einzige, homogene und moderne Zivilisation bewegt, in der traditionelle Gesellschaften zugunsten einer Weltgesellschaft zurückgelassen werden, sind regionale Geschichten bloße „Vorgeschichten“, die sich mehr oder weniger schmerzvoll im Prozeß der „Herausbildung einer dritten Welt“ einrichten.<sup>28</sup> Der einzige Grund, solche Geschichte zu studieren, besteht darin, herauszufinden, warum sie derjenigen des Westens unterlegen waren, oder um sie als exotische „Andere“ derjenigen des Westens gegenüberzustellen. Geben wir aber dieses Wissen von den Wegen und Zielen der Weltgeschichte auf, werden die autonomen Geschichten der Regionen und Kulturen der Welt im Moment der globalen Integration unmittelbar relevant für das Studium der globalen Entwicklung. Denn selbst die Weltsystem-Theorien haben letztlich nicht daran rütteln können, daß vor der letzten und globalen Phase der Expansion westlicher Macht in der zweiten Hälfte des 19. Jhs. weltpolitisch signifikante Prozesse sich auf überlappende, wechselseitig interagierende, aber doch wesentlich autonom sich reproduzierende Regionen stützte; das heißt Regionen, die allesamt Produktion, Vergesellschaftung und Machtbehauptung in einem territorial umrissenen Rahmen organisierten. Das schloß durchaus nicht aus, daß die Oberherrschaft über weite Zonen der Welt in ortsfremden Händen lag, aber das ist nun keineswegs ein „modernes“ oder europäisches Phänomen. Schwieriger ist die Lage in der atlantischen Welt, wo es in der Tat zu einer interkontinentalen Symbiose kam; aber selbst dort ruhten diese Wechselbeziehungen auf räumlich in sich geschlossenen Herrschaften.

Jede Interpretation der Weltgeschichte im 20. Jh. tut deshalb gut daran, mit einer entschiedenen Betonung des Regionalismus in der globalen Politik zu beginnen.

Es fällt nicht leicht, den inneren Zusammenhang und den Aufbau einer Welt autonomer Regionen in der ersten Hälfte des 19. Jhs. genau zu fassen.<sup>29</sup> Aber wenn wir die jeweilige Organisation von Produktion und Handel, dann die regionalen Konfigurationen militärischer und administrativer Macht und schließlich Formen kultureller Identität übereinanderschichten und auf diese

Weise räumliche Verdichtungen rekonstruieren, dann lassen sich die territorialen Grenzen zwischen den Regionen der Welt aufzeigen und so eine analytische Basis als Ausgangspunkt für Prozesse globaler Integration finden. Dies ist jedenfalls eine vernünftiger Methode, als unbesehen und unbedacht mit vorgegebenen Weltkulturen bzw. Zivilisationen zu arbeiten, wie das heutzutage wieder häufig geschieht.

Was bei dieser Arbeit herauskommt, ist der Aufweis territorial voneinander getrennter, regionaler Entwicklung, die durch vergleichbare Faktoren – wachsende Bevölkerung, intensivierete landwirtschaftliche Produktion, dichte Formen des Austausches zwischen Stadt und Land und die permanente Auseinandersetzung um Steuern und Abgaben zwischen den Produzenten und ihren Herren – bestimmt waren, aber doch sehr unterschiedliche Vergesellschaftungsformen auf engstem Raum zuließen. Verbindungen zwischen einzelnen Regionen haben immer existiert, und die Dichte und Intensität der Wechselbeziehungen fing an, im 17. und 18. Jh. sprunghaft zu wachsen. Neue Formen der Oberherrschaft, eine Sukzession neuer, vor allem europäischer Imperien, bildeten sich heraus. All das soll keineswegs heruntergespielt werden. Aber diese imperialen Machtgebilde können eben auch nicht mit den Maßstäben des 20. Jhs. gemessen werden. Denn bis zur Mitte des 19. Jhs. blieben die wichtigsten regionalen Zentren der Welt räumlich getrennt und in sich territorial und korporativ geordnet. Dies traf selbst für die atlantische Welt zu, wo afrikanische, amerikanische und europäische Gesellschaften zwar in einem mörderischen Tauschsystem, basierend auf Sklaverei und Plantagenwirtschaft, zusammengehalten wurden, aber sich doch mit Ausnahme der Plantagensellschaften aus sich selbst regenerierten.<sup>30</sup> Die Ausnahmestellung der Plantagensellschaften wurde nicht zuletzt von der zeitgenössischen Literatur ausführlich diskutiert.

Dies sollte sich ab der Mitte des 19. Jhs. rapide ändern – in Richtung auf alternative Herrschaftsmodelle, die wir als „imperialistisch“ bzw. „korporatistisch“ bezeichnen werden. Doch sollen diese Begriffe hier nicht per Definition, sondern in der historischen Problematisierung der Wende in der Mitte des 19. Jhs. eingeführt werden. Die Regeneration von Herrschaft war von diesem Zeitpunkt an kaum mehr regional oder lokal zu leisten, sondern griff vermehrt auf extra-regionale Ressourcen und Erfahrungen zurück. Nicht schlechthin die Überschichtung von Fremdherrschaft, sondern die systematische Verzahnung von Regionen in einem zunehmend selbstlaufenden und gewalttätig abgesicherten Verbundnetz bereitete den Quantensprung vor, der den Prozeß globaler Integration in Gang setzte.

Es gibt natürlich eine Reihe von zu erwartenden Indikatoren für diesen

## Weltgeschichte als Globalgeschichte

Vorgang wie etwa internationaler Handel, Transport oder auch die transkontinentale Projektion von Gewalt, welche eine neue Ära maritimer Kriegsführung (Opium-Krieg, Krim-Krieg) einleitete. Doch will uns scheinen, daß die entscheidende Wegmarke, die das 19. vom 20. Jh. trennt, mehr noch durch eine umfassende Krise in der Organisation der regionalen Macht- und Gesellschaftskonfigurationen gezeichnet war. Die Dimensionen dieser Übergangskrise werden offensichtlich, wenn wir damit beginnen, ihre wesentlichen regionalen Manifestationen aufzulisten: die verheerenden ländlichen Aufstände in China, die den Hintergrund der Opiumkriege bildeten und in den Taiping-, Miao- und Nien-Aufständen der fünfziger Jahre des letzten Jahrhunderts kulminierten; die innere Transformation Japans, die eine Periode beschleunigter Selbsterneuerung eröffnete; die Krise der Leibeigenschaft in Rußland und die folgende Emanzipation als Versuch der Erneuerung des zaristischen Regimes; die Krise der Sklaverei in den Vereinigten Staaten, die zu einem erbitterten Bürgerkrieg und einer raschen Konsolidierung des Industriekapitalismus führte; die Meuterei der britisch-indischen Armee und der Aufstand nordindischer Bauern und Prinzen, in der sich ein mehrschichtiger sozialer, ethnischer und religiöser Kampf um Autonomie entlud; der Zusammenbruch des alten holländischen Kolonialregimes im heutigen Indonesien, der, vergleichbar der Krise der britischen Kontrolle über Indien, eine politische Neugestaltung der holländischen Imperialpolitik veranlaßte; der Umsturz der intraregionalen Beziehungen – des Mächtesystems – in Europa, aufgrund der deutschen und italienischen Einigung; die innere Krise der Einheit des Osmanischen Reiches, die einerseits aus dem ägyptischen und andererseits aus dem südosteuropäischen Streben nach Autonomie erwuchs und zu weitreichenden Anstrengungen um innere Reformen führte, welche zwar nicht das Reich retteten, wohl aber die Grundlagen für einen türkischen Nationalstaat schufen; und die sozialen und politischen Aufstände entlang der Küsten der atlantischen Welt, speziell in Südamerika und Westafrika, die auf die Unterdrückung des Slavenhandels und den Aufstieg der „freien Arbeit“ im Kontext einer globalen Segregation von Arbeitsmärkten folgten.

Der umfassende Charakter dieser Krise legt eine Synchronisation regionaler Prozesse nahe und könnte als solche im Rahmen der Weltsystem-Theorie abgehandelt werden. Doch entstand jede dieser Krisen aus regional spezifischen Bedingungen, obwohl sie alle dadurch verschärft wurden, daß die einzelnen Regionen nun auf Gedeih und Verderb miteinander in Konkurrenz traten, und daß diese Konkurrenz auf die sozialen und ökologischen Grenzen der auf Landwirtschaft und Handwerk basierenden Machtorganisationen stieß. So wurde in jedem einzelnen Fall der Verlauf der Krise durch die dichtere

Wechselbeziehung zwischen Regionen und durch die Intensivierung der Anstrengungen um Selbsterneuerung bestimmt. Die jeweils angestrebten Lösungsversuche für die Krisen wurden so bedingt durch das Wissen von und die Wechselbeziehung mit anderen Regionen – und allen voran mit Europa, das dabei war, aus diesem Regional- und Imperialzusammenhang der frühen Neuzeit auszubrechen. Wichtig daran ist zunächst einmal nicht, daß Europa „gewann“, sondern daß alle Regionen der Welt in interne Kämpfe um Selbsterneuerung verwickelt waren, und daß separate, regional spezifische Krisen, die gleichzeitig um die Jahrhundertmitte auftraten, dahin tendierten, die globale Entwicklung von parallelen regionalen Geschichten auf eine neue Ebene der globalen Wechselbeziehung zu heben. Deren Kern war von Beginn an der Kampf um die Wahrung von Autonomie.<sup>31</sup> Deren Verlaufsform aber wurde geprägt durch die Herausbildung selbstlaufender, transregionaler, gewaltsam abgesicherter Verkehrswirtschaften.

In diesem Kontext können wir die explosive Beschleunigung und die qualitative Verschiebung der europäisch-nordatlantischen Entwicklung in der zweiten Hälfte des 19. Jhs. genauer bestimmen. Es geht dabei im einzelnen weniger darum, herauszufinden, wie groß der Vorsprung Europas zu diesem Zeitpunkt war, obwohl diese Differenz dann sehr wichtig werden sollte. Aber zunächst einmal ist die Eigenart der europäischen Selbsterneuerungsbestrebungen ausschlaggebend. In ihrer extremen Instabilität – ihrer notorischen Unfähigkeit, den Wettbewerb und den Konflikt zwischen den verschiedenen Mikrozentren der Macht innerhalb der Region selbst zu kontrollieren – und angesichts der Unfähigkeit, Produktion und Vergesellschaftung (Migration!) innerhalb der Grenzen nationaler Macht zu stabilisieren, brach die Region als Ganzes in einen höchst unberechenbaren Expansionskurs aus, der zu einer beispiellosen Projektion von Macht nach Übersee führte.<sup>32</sup> Die zwischenstaatlichen Rivalitäten und die Konkurrenzdynamik der industriellen Expansion in der nordatlantischen Region brachten recht eigentlich den Aufbruch zur Globalmacht hervor. Europa war unfähig, sich selbst von innen zu regenerieren, denn keine seiner „nationalen“ Fragmente konnte sich aus sich selbst reproduzieren, aber zusammen waren sie handlungsunfähig. Uneinig außer im Mythos der „westlichen Zivilisation“ setzten die europäischen Staaten auf Konsolidierung durch Expansion – nicht unbedingt nach Übersee, aber über die Grenzen des eigenen Herrschaftsbereiches hinaus.

Diese externe Lösung einer regionalen Krise wurde durch die Revolution der Machtmittel, die gewaltige Intensivierung von Produktions- und Destruktionsmacht, ermöglicht, welche ab den sechziger Jahren entscheidend das Gleichgewicht der Kräfte zwischen den Regionen zugunsten der nordat-

## Weltgeschichte als Globalgeschichte

lantisch-europäischen Region kippte.<sup>33</sup> Die Konsequenzen dieser Entwicklung verliefen in zwei Richtungen. Zum einen zerstörte sie nun auch die letzten Reste der Einheit oder eines politischen Gleichgewichts innerhalb der nordatlantischen Region. Zwischenstaatliche Konkurrenz wurde nun (wieder) zum entscheidenden Prinzip der innereuropäischen Beziehungen, nachdem der Wiener Kongreß zeitweilig eine Art europäischen Landfrieden gewährleistet hatte. Zum anderen brach die Ausdehnung der westlichen Rivalitäten auf die Welt die regionalen Herrschaftsräume auf. Sie verschränkten sich mit den ehemals autonomen Entwicklungswegen und drängte regionalen Herrschaftsräumen ihren Stempel auf. Bis zum Ende des 19. Jhs. nahmen die nationalen Expansionen europäischer Staaten damit mehr und mehr die Form interkontinentaler Herrschaft an, die nun allerrings im Unterschied zu den vorangegangenen Epochen einerseits enger an die Metropolen angebunden waren und andererseits lokale Herrschaft (nicht einfach unterdrückten, sondern) auflösten, segmentierten und parzellierten. Auf den ersten Blick macht dies keinen großen Unterschied im Vergleich zu den vorangegangenen europäischen und außereuropäischen Imperien. Doch tatsächlich ist der Unterschied gewaltig. Denn die entstehenden interkontinentalen Herrschaften ruhten nun nicht mehr – oder nicht mehr ausschließlich – auf der direkten Kontrolle von in sich geschlossenen, territorialen Herrschaftsverbänden, sondern auf der Segmentierung von Herrschaft und der Kontrolle von Kommunikation innerhalb und zwischen den Herrschaftszonen. Das hatten die Römer einstmals auch schon begriffen; aber für die Organisation europäischer Herrschaft war dies ein Neubeginn.

Es war ein Neubeginn, der nicht überall mit derselben Intention betrieben wurde. Die kontinentaleuropäischen Staaten erwiesen sich allesamt als recht konventionell in ihrer Expansionspolitik. Sie agierten ganz im Sinne von Carl Schmitt als „Landmächte“. Sie suchten mit mehr oder minder großem Erfolg nach kolonialen Ergänzungsräumen, die sie dann schrittweise unterwarfen. Das zaristische Rußland bot mit seiner Expansion nach Innerasien das wohl schlagkräftigste Beispiel, doch das republikanische Frankreich stand dem in Nordafrika wenig nach. Die Vereinigten Staaten bildeten hierzu in vieler Hinsicht genau das Gegenstück; denn räumliche Expansion hatte nach der Niederlage der Südstaaten im Bürgerkrieg die Rolle der Beschaffung eines agrarischen Ergänzungsraumes verloren und wurde nun ihrerseits Schwungrad im Prozeß gesellschaftlicher Transformation.

Doch die entscheidende Macht im Übergang zu einer globalen Politik war Großbritannien, das ganz kalkuliert einen Kurs der globalen Integration betrieb, der territoriale und nicht-territoriale Formen umfaßte. Die hauptsäch-

lichen Kennzeichen dieser Politik bestanden in der Intensivierung der agrarischen und industriellen Produktion nicht mehr auf nationaler Basis, sondern im Kontext einer globalen Arbeitsteilung zwischen Industriezonen und rohstofforientierten und agrarwirtschaftlichen Zonen, in deren Mittelpunkt Großbritannien als Regulator stand. Dieser Kurs war den traditionellen britischen Prinzipien des *laissez faire* und des Freihandels verpflichtet, obwohl Großbritannien nie vor einer vorausseilenden Konsolidierung territoriaier Herrschaft zurückschreckte und dabei allen Konkurrenten den Rang abließ. Doch das eigentlich Bedeutsame an dem britischen System globaler Herrschaft ist seine Offenheit. Das heißt, dieses Empire umschloß natürlich koloniale und semikoloniale Gebiete, darunter Dominions wie Kanada und Subimperien wie Indien. Aber es klammerte eben auch selbständige Länder ein – eben wegen seiner besonderen Qualität, welche die Kontrolle des Raumes durch die Kontrolle von Zeit und Geld erweiterte und zunehmend sogar zu ersetzen begann. Hierin liegt die Besonderheit Großbritanniens und seiner Führungsrolle bei der Herausbildung globaler Formen der Integration. Denn diese Führungsrolle bestand nur im ganz konventionellen und traditionellen Sinne darin, daß die Landkarte rot eingefärbt wurde. Erst wenn man die Transaktionen zwischen den einzelnen Zonen ebenfalls rot einfärbte, könnte man die Besonderheit britischer Macht erkennen. „Internationale“ Finanz, Kommunikation, Dienstleistungen aller Art und nicht zuletzt internationale Verkehrsformen und internationales Recht sowie Seemacht waren britisch.

Indem Großbritannien dieses Verbundnetz an sich zog, kann man so auch formal selbständige Nationen, selbst seine unmittelbaren Konkurrenten, zu seinem Herrschaftsbereich zählen. Darunter muß man etwa die neuen Industriestaaten Europas, voran das Deutsche Reich, sowie die Vereinigten Staaten von Amerika und Japan rechnen, wobei hier schon deutlich wird, wie territariv die britische Obermacht war; denn Deutschland, die USA und Japan strebten dahin, diesen britischen Verbund aus eigener Machtvollkommenheit zu kontrollieren bzw. aus ihm auszusteigen. Daß man ihnen das zutrauen konnte, unterschied sie von einer anderen Gruppe selbständiger Staaten, die ebenfalls diesem Herrschaftsverbund zugeordnet waren, aber einen anderen, abhängigen Platz einnahmen. Die Reorientierung der lateinamerikanischen Agrar- und extraktiven Wirtschaften, besonders Argentiniens und Chiles, ist vielleicht das bekannteste Beispiel für diese Entwicklung, aber der bemerkenswerte Aufstieg der bäuerlichen Agrarproduktion in Westafrika in Folge des Zusammenbruchs des Sklavenhandels und die Ausdehnung der Reisproduktion in Burma und Thailand als Antwort auf die Umstrukturierung der Wirtschaft im Indischen Ozean waren von ganz ähnlicher Bedeutung.<sup>34</sup> Diese Gebiets-

## Weltgeschichte als Globalgeschichte

herrschaften profitierten von der von Großbritannien geführten imperialistischen Arbeitsteilung, indem sie sich auf einzelne Produkte, vorwiegend Agrarprodukte oder Rohstoffe, spezialisierten.

Das alles will zunächst einmal besagen, daß globale Integration immer ein umfassenderer Vorgang war als dies die Konsolidierung der Kolonialreiche erkennen ließe. Europäische Expansion umschloß im 20. Jh. die Durchsetzung einer globalen Arbeitsteilung, die Verdichtung von Austauschbeziehungen und die intensive Koordination einer nun erst im Entstehen begriffenen, modernen Weltverkehrswirtschaft, deren wichtigstes Regulativ die fast universale Übernahme des Goldstandards war. Dieses Netzwerk der Produktion und des Tausches stützte sich in entscheidendem Maße auf die Fähigkeit spezialisierter Produzenten, ihre Güter bei relativ ausgeglichenen terms-of-trade zu exportieren.<sup>35</sup>

Weder die europäischen Kolonialbesitzungen insbesondere in Afrika noch eigentlich alle Kolonialreiche waren entscheidend an diesem Austausch beteiligt. Wenn überhaupt, so bildeten sie nur einen kleinen Teil der viel mächtigeren Expansion des Welthandels. Das hat einige Autoren dazu geführt, die Bedeutung der Kolonien in der Organisation dieser „imperialistischen“ Weltordnung zu vernachlässigen.<sup>36</sup> Aber es ist doch nicht zufällig, daß Großbritannien, der erste Verfechter der weltwirtschaftlichen Integration, auch die aggressivste und erfolgreichste Kolonialmacht am Ende des 19. Jhs. war. Denn die Organisation globaler Akkumulation und die Reproduktion des Systems multilateraler Austauschbeziehungen stützte sich doch im entscheidenden Maße auf das formale Empire – insbesondere auf die weißen Dominions und auf Indien, welches das Zentrum eines großen ostasiatischen Marktes blieb und, als einziges der eurasischen Reiche, von einer europäischen Macht kontrolliert war.

Den Zusammenhang zwischen formalem Empire und der britischen Fähigkeit, globale Integration voranzutreiben und zu organisieren, muß man sich grob vereinfacht und auf das Beispiel Indiens bezogen wie folgt vorstellen. Indien war die führende Handels- und Industriemacht Asiens, die mit jedem Land in der Welt (außer mit Großbritannien) einen Handelsüberschuß bis in das 20. Jh. hinein erwirtschaftete. Aber Indien verwandelte diese Überschüsse nie oder nur sehr begrenzt in nationale Spareinlagen oder einheimische Konsumtion. Vielmehr wurden diese Überschüsse in verschiedenen Formen (etwa auch als Pensionszahlungen für Offiziere der britisch-indischen Armee) nach Großbritannien transferiert. Nun ist es eine Sache, darüber zu rechten, ob dies eine Verarmung Indiens implizierte. Jedenfalls bedurfte es der kolonialen Kontrolle, um diesen Vorgang verläßlich zu

organisieren. Selbst wenn dieses Kapital nach Indien zurückgeflossen wäre, hätte es in der Zwischenzeit ausgereicht, um das britische Bankensystem mit den nötigen Kapitalreserven auszustatten, die es ihm ermöglichten, die britische Spitzenposition als Kolonialmacht in eine zentrale Rolle als Weltbankier umzusetzen, der für die Liquidität des Welthandels und des globalen Investments zeichnete.<sup>37</sup>

Die Verbindung zwischen dem Aufbau eines Empires und ökonomischer Handlungsfähigkeit – zwischen ökonomischer Expansion, extraökonomischer Abschöpfung und Transfer des Mehrwerts und finanzieller Hegemonie – machte diese „imperialistische“ Weltordnung kohärent, obwohl sie in diskreten Zonen und in ganz unterschiedlichen funktionalen Bereichen operierte. Herrschaft über Raum (Kolonien) und Zeit (Goldstandard) waren miteinander verbunden wie kommunizierende Röhren – und dies ist, wenn man so will, das eigentliche Geheimnis globaler Integration. Großbritannien organisierte den Austausch in einer internationalen Arbeitsteilung, welche die Produktion weitgehend spezialisierten Produzenten rund um die Welt überließ, solange diese ihre regionalen Märkte uneingeschränkt für britische Güter öffneten und im Rahmen der Regeln der britischen Verkehrswirtschaft handelten.

Dieser von den Briten verfochtene „imperialistische“ Weg der globalen Integration wurde von Anfang an von Autonomiebestrebungen mitgeprägt. Innerhalb der industrialisierten Welt begegnete man Globalisierungstendenzen mit der Konsolidierung nationaler Produktionsräume, um so einen Weg zu unabhängiger nationaler Entwicklung zu bahnen. Trotz offensichtlicher Unterschiede hatten Staaten wie Deutschland, Japan, und die USA eines gemeinsam: sie widersetzten sich dem britischen Weg offener Außenbeziehungen und wandten sich statt dessen nach innen. In der Nachfolge von Friedrich List<sup>38</sup> setzten sie auf die Binnenmobilisierung der Gesellschaft und die Stärkung nationaler Produktionsmacht in einem Prozeß der nationalen Organisation und Selbstausbeutung, die darauf gerichtet war, Großbritannien einzuholen und zu überholen und der beigeordneten Integration in einer von Briten dominierten Welt zu entkommen. Im Falle der USA beinhaltete diese Strategie die effektive Ausgrenzung des nationalen Binnenmarktes von der internationalen Arbeitsteilung und eine fundamentale Reorganisation der Sozialbeziehungen. Der amerikanische Bürgerkrieg war der Auftakt für diese nationale Mobilisierung, die auch auf das erst langsam erschlossene Hinterland übergriff. Weder Deutschland noch Japan besaßen einen vergleichbaren nationalen Ergänzungsraum. Ihre Strategie bestand in der nachhaltigen staatlichen Förderung der Organisationstendenzen in Gesellschaft und Wirtschaft und der Stärkung militärischer Macht. Die allgemeine Wehrpflicht und ein

## Weltgeschichte als Globalgeschichte

nationales Bildungsmonopol unterwarfen die Sozialordnung einem institutionell organisierten und zunehmend geplanten Weg zur nationalen Effizienz. In der Wirtschaft dominierte das Prinzip der Marktorganisation – insgesamt mit dem Ziel, in die Steuerungsmechanismen der globalen Verkehrswirtschaft einzubrechen und Großbritannien in einen direkten Kampf um „Weltherrschaft“ zu zwingen.<sup>39</sup> Wir möchten diese Strategien der nationalen Mobilisierung „korporatistisch“ nennen; denn ihr entscheidendes Prinzip war die Inkorporation von sozialen Strukturen, aber diese waren nun nicht mehr, wie die alten Korporationen, territorial gebunden und im Prinzip auch nicht mehr geschlossen (d.h. offen etwa für Leistung).

Diese Anstrengungen, nationale Gesellschaft im globalen Konkurrenzkampf zu mobilisieren, verschärften jedoch den gesellschaftlichen Widerstand.<sup>40</sup> Die resultierenden explosiven sozialen Spannungen machten diesen Weg höchst problematisch.<sup>41</sup> In den Vereinigten Staaten, wo ein großer Binnenmarkt dem Kapital Raum zum Manövrieren gab und eine hochentwickelte Demokratie den Widerspruch populistischer Massen absorbierte, vollzog sich die korporatistische Konsolidierung relativ schnell. Eine intensive Periode industriellen Wachstums führte bis in die zwanziger Jahre des 20. Jhs. zu einer weitreichenden Konzentrationsbewegung in der nationalen Wirtschaft in einer oligopolistischen Unternehmensstruktur. Dabei stand im Mittelpunkt die Kontrolle über den gesamten Produktionsprozeß von der Organisation der Rohstoff- bis hin zu den Konsumentenmärkten, wobei diese Produktionsorganisation bereits sehr früh auf eine transnationale Stufe gehoben wurde. Der populistische Widerstand, der auf dem Agrarsektor erstickt worden ist, wurde aus Politik und Wirtschaft abgedrängt. Im Falle Deutschlands und Japans, wo das Fehlen eines großen Binnenmarktes die Manövrierfreiheit einschränkte und agrarische Eliten die staatliche Macht in der Hand behielten, führte die enorme nationale Anstrengung zu einer umfassenden Mobilisierung und Politisierung der Gesellschaft in konkurrierenden Blöcken. Zwar dürfen auch hier die Parallelen nicht überzogen werden; doch ist eben beiden Nationen gemeinsam die Herausbildung breiter, konkurrierender (nationalistischer und sozialistischer) Massenbewegungen, die eine ältere Honoratiorenpolitik verdrängten und sich gegenseitig hochschaukelten. Krieg versprach eine Lösung der nationalen Probleme. Japan suchte nach kolonialen Ergänzungsräumen in Kriegen gegen China und Rußland. Deutschland suchte die direkte Herausforderung Frankreichs und Großbritanniens mit der Forderung nach dem Platz an der imperialen Sonne, die im Ersten Weltkrieg endete.

Die industriepolitische Konkurrenz blieb bereits am Ende des 19. Jhs. nicht ohne Wirkung auf die imperialistische Weltverkehrsordnung. Ange-

sichts der Herausforderung durch die industriellen Konkurrenten zogen Franzosen und Briten ihr immer schon starkes Engagement auf den Überseemärkten an – jene zur Politik gewordene Entschlossenheit viktorianischer Geschäftsleute, die einheimischen Zwischenhändler zu übergehen oder jene französische administrative Obsession mit lokalen und militärischen Eliten, welche beide Nationen immer tiefer in eine Politik der kolonialen Raumgewinnung hineingezogen haben. Nicht ohne erhebliche interne Widerstände gingen diese beiden wichtigsten Kolonialmächte zu einer systematischen Politik über, koloniale Produktion anzukurbeln und staatliche Macht durch Abschöpfen kolonialer Ressourcen zu stärken. Das war nicht immer erfolgreich, aber die Kolonien sollten im Gegenzug zur nationalen Konsolidierung der industriellen Konkurrenz zur „imperialen Effizienz“ und zur Bildung globaler Positionen der Stärke nutzbar gemacht werden. Im Ergebnis hörte der Imperialismus auf. Objekt eines bloßen Expansionismus einerseits und das Schwungrad für eine Ansdehnung der globalen Verkehrswirtschaft zu sein. Großbritannien und Frankreich exportierten gewissermaßen die Kosten des Konkurrenzkampfes mit den anderen Industrienationen in ihre kolonialen Besitzungen und vermieden damit ökonomische und soziale Umstrukturierungen im eigenen Land. Entscheidender ist, daß das selbstbewußte Ordnen des kolonialen Besitzes der imperialistischen Ordnung ihre endgültige Form gab, deren wohl folgenreichster Ausdruck nun das koloniale Entwicklungsregime war – der Einsatz des kolonialen Staatsapparates, um die Mobilisierung von Ressourcen und deren Verarbeitung voranzutreiben.<sup>42</sup>

Damit kommen wir zurück zur schließlich entscheidenden Herausforderung an die imperialistische Herrschaftskonfiguration. Diese Politik imperialer Modernisierung sollte schließlich das ganze System untergraben. Denn je mehr die Konkurrenz zwischen den Industrienationen die Kolonialmächte dazu führte, sich auf die produktiven Ressourcen des kolonialen Hinterlandes zurückzuziehen, desto mehr konvertierten diese zurück zu Territorialreichen, die sich schließlich nicht nur gegen ihre Konkurrenten durch Ausschließung und Protektionismus verteidigen sollten, sondern sich jener ursprünglichen Rolle des Imperialismus, der Aufrechterhaltung globaler Akkumulation und der Beförderung einer globalen Verkehrswirtschaft, entzogen. Was hier im Laufe eines Vierteljahrhunderts verloren ging, ist die Fähigkeit zur Konversion territorialer Herrschaft in Regulationsmacht für die globale Verkehrswirtschaft. Je mehr dann aber die koloniale Staatsmacht sich auf Kolonialgesellschaften stützte, um jene Mehrwertabschöpfung zu sichern, die für die Selbsterhaltung im Konkurrenzkampf der Industrienationen notwendig war (eine Lage, die sich im Ersten Weltkrieg dramatisch zuspitzte), desto mehr

sahen sie sich nun auch dem Widerstand und der Gegenmobilisierung der unterworfenen Völker ausgesetzt – was wiederum die Kosten der kolonialen Kontrolle bedeutend erhöhte. Man könnte dies als „imperial overstretch“ (Paul Kennedy) bezeichnen, sofern man hinzufügt, daß das entscheidende Problem nicht schlechthin in der kolonialen Situation zu finden ist, sondern in dem raschen Absinken der Flexibilität imperialistischer Politik, der es für eine kurze Weile möglich schien, den Knoten einer Weltordnung zu schnüren.

Die imperialistische Weltordnung traf nicht nur auf die Rivalität der anderen Industriemächte, sondern auf die Unabhängigkeits- und Autonomiebewegungen in der nichtindustriellen Welt. Diese Strömungen bildeten ebenfalls kein einheitliches Gebilde. Im wesentlichen müssen wir mit zwei Einschränkungen kolonialer Macht rechnen. Erstens konnten sich zwei der drei noch selbständigen eurasischen Imperien (Rußland und China) und die beiden größten postimperialen Nachfolgestaaten in Lateinamerika (Brasilien und Mexiko) aus der imperialistischen Umklammerung retten. Das Osmanische Reich zerbrach zwar, aber es konnte von keiner einzelnen Macht als Subimperium in der Art Indiens kontrolliert werden. Derselbe Zustand läßt sich im übrigen auch in Ost- und Südosteuropa beobachten. Diese Wahrung der Selbständigkeit oder ihre Erneuerung in der nationalen Selbstbestimmung hatte nicht nur mit der Mächtekonkurrenz zu tun, sondern auch mit der Selbsterneuerung sowohl der alten Großraumstaaten als auch der neuen Nationalstaaten. Ihre Überlebensstrategien gründeten in den Anstrengungen, die technischen Mittel des Westens für den Prozeß der Selbsterneuerung einzusetzen, ohne sich dem Westen zu ergeben. Der fortlaufende und häufig mokant kommentierte Kampf um Modernisierung etwa in China und im Osmanischen Reich – er kulminierte im Aufstand der Jungtürken 1908 und der chinesischen Revolution 1911 – zeugte von den Bemühungen, die Integrität dieser territorialen Machtzentren dadurch zu erhalten, daß westliche Techniken in den autonomen Prozeß der sozialen Reorganisation eingefügt wurden. Im Falle Rußlands hing die industrielle Entwicklung von der Fähigkeit erfolgreicher Massenmobilisierung ab, die im Umsturz der staatlichen Ordnung und der Revolutionierung der sozialen Verhältnisse endete. Die Rekonstruktion Brasiliens im Zuge der Sklavemanzipation und, in anderer Form, die mexikanische Revolution, richteten sich nicht zuletzt gegen die Tendenz in Richtung auf eine abhängige Integration in die imperialistische Weltordnung. Wenn auch nur bedingt erfolgreich – zurückzuführen auf die Orthodoxie der herrschenden Eliten, die bleibende Spannung zwischen territorialer Organisation und Mobilisierung und die eskalierenden sozialen Spannungen zwischen Stadt und Land – gelang es doch, eigenständige Großstaaten zu

konsolidieren und ein ausgeprägtes Nationalbewußtsein zu schaffen. Dagegen schwand überall die ursprüngliche Hoffnung auf eine konstitutionelle Revolution (in Rußland und China, im Iran, in der Türkei, in Mexiko). Das amerikanische Urbild ließ sich im 20. Jh. nicht mehr kopieren. In tumultartige interne Transformationen verstrickt, blieben sie marginal in den Auseinandersetzungen um globale Integration. Ihr Erfolg – bedeutsam im Licht der indischen Erfahrung – bestand darin, sich allen Versuchen zu widersetzen, sie als koloniale Ersatzräume arszubeuten. Wie sehr auch Deutschland auf Rußland, Japan auf China und die USA auf Mexiko und die Karibik als Alternative zu ihrer Politik der Selbstmobilisierung zielen mochten, es gab eben eine der ersten großen globalen Umverteilung im späten 18. Jh. vergleichbare imperiale Neubegründung der Weltpolitik im 20. Jh. nicht.<sup>43</sup>

Ebenso wichtig – aber zu diesem Zeitpunkt nicht so eindeutig im Mittelpunkt, wie dies die Literatur annimmt – ist die Entwicklung kolonialer Befreiungsbewegungen. Diese traten zunächst einmal als Versuche der sozialen und politischen Selbstorganisation auf. Ihr Kern war das Aufbegehren nicht schlechthin gegen Fremdherrschaft, sondern gegen das Einklinken kolonialer Herrschaft in lokale Machtkonfigurationen. Die Konsolidierung kolonialer Herrschaft hing entscheidend von der Abspaltung von Machtinstitutionen und Produktionsapparaten von lokalen Prozessen der sozialen und kulturellen Reproduktion ab. Territoriale und soziale Segmentierung (nach Ethnien, Geschlecht, Alter) waren die Folge. Die Unter- und Einordnung der Produktionszonen in die imperialen Austauschbeziehungen hatte den doppelten Effekt, einerseits lokale Resistenz im Produktionsbereich zu mobilisieren und andererseits autonome Entwicklung in scheinbar entpolitisierte Räume der „einheimischen“ oder „originären Kultur“ ab- und zurückzudrängen. Dies waren die beiden Pole, um die sich eine antikoloniale Politik kristallisieren konnte, deren Ziel in jedem Falle die territoriale Reintegration von Produktion, Macht und Vergesellschaftung war. Dies wurde oftmals als lediglich passives Aufbegehren im Sinne des Ausweichens, „Faulheit“, offener Sabotage und „eingeborener“ Praktiken wahrgenommen; doch diese Praktiken enthielten immer auch einen aktivistischen Kern, der sich aus der lokalen Ebene in dem Maße herausbewegte, wie kolonialistische Modernisierung einen neuerlichen Prozeß der Mobilisierung vorantrieb.<sup>44</sup> Modernisierungsstrategien zogen ganz systematisch Selbstbehauptungsstrategien nach sich.

Dieser Vorgang begann sich bereits vor 1914 abzuzeichnen, obwohl die Kolonialmächte zunächst in der Lage waren, autonomistische Bewegungen zurückzudrängen. Aber aus einer längeren Sicht war gerade diese Konsolidierung der Kolonialmacht das entscheidende Problem: denn sie brachte erst die

## Weltgeschichte als Globalgeschichte

Gegenmacht hervor, welche sie zu unterbinden suchte. In dem Maße, wie koloniale Macht territorialisiert wurde, mußte sie zwangsläufig auch Herrschaft lokal organisieren, wozu es immer eines einheimischen Apparates bedurfte. Nur dort, wo eine solche Politik weitgehend ansah, wie etwa im Belgischen Kongo, und wo Kolonialmacht vor allem mobile Eingreif- und Unterdrückungsmacht war, wie in Deutsch-Südwestafrika, gab es zwar blütige Aufstände, aber kaum einen dauerhaften Haltepunkt für antikolonialen Widerstand. Erst die Konsolidierung kolonialer Staatsmacht schuf die Voraussetzungen für die antikoloniale Herausforderung. Dieser Entwicklungsbogen endete nicht, wie man zunächst annehmen mochte, mit der Dekolonialisierung, in der die antikolonialen Bewegungen die koloniale Staatsmacht übernahmen, sondern erst in der Krise der postkolonialen Staaten in den sechziger und siebziger Jahren des 20. Jhs. Diese Krise ist dann aber auch schon ein Zeichen dafür, daß das gesamte Jahrhundertprojekt der globalen Integration abzustürzen begann.

Damit hatten wir einen ersten großen Entwicklungsbogen abgeschlossen. Es ging darum, zweierlei zu zeigen: Erstens kam es darauf an, auf den qualitativen Unterschied zwischen Formen (inter)kontinentaler Territorialherrschaft und Prozessen globaler Integration zu verweisen. Was hier nicht geleistet werden konnte, ist darauf aufbauend die Expansion globaler Verbundsysteme und ihrer Regulationsstrukturen zu demonstrieren, wobei hier zumindest angemerkt werden sollte, daß „globale“ Verbundsysteme weder einheitlich waren noch unbedingt die ganze Welt flächendeckend erfaßten.<sup>45</sup> Zweitens ging es darum, die Vorstellung einer gewissermaßen flächigen, zweidimensionalen Organisation von Globalisierung abzubauen und sie ansatzweise als ein immer dichteres, vielschichtiges und elastisches Gewebe der engeren und weiteren, wirtschaftlichen und staatlichen, freiwilligen und gewaltsamen Integration in einen globalen Verbund zu demonstrieren. Genau das ist der Prozeß der globalen Integration. Mit der besonderen Qualität der britischen Herrschaft – der Fähigkeit der Konversion von territorialer Herrschaft in globale Regulatorkapazitäten – wurde dann das Grundelement der imperialistischen Phase und des Globalisierungsprozesses im 20. Jh. überhaupt deutlich.

### Wegmarken der globalen Entwicklung

Wir können an dieser Stelle innehalten, um ganz vereinfacht die Lineamente einer globalen Geschichte im 20. Jh. zu skizzieren, um damit perspektivisch einen Blick auf dieses Jahrhundert und seine globale Entwicklungsdynamik zu

gewinnen. Denn in den Jahrzehnten vor 1914 bildeten sich zwei Achsen globaler Konflikte heraus, die in ihren wechselseitigen Spannungen den Prozeß globaler Integration bis in die Krise der Gegenwart bestimmten. Beide Konfliktachsen entstanden aus der eben umrissenen, universalen Krise der autonomen Herrschaftsräume im 19. Jh. Erst von diesem Zeitpunkt an kann man ernsthaft von einer Globalgeschichte sprechen, so sehr es auch schon vorher Weltreiche und ein System von Austauschbeziehungen gegeben hat. Beide Konfliktachsen oszillierten um die Pole von Integration und Autonomie, aber außer einem gemeinsamen Schnittpunkt im Prozeß der globalen Integration hatten sie kaum etwas gemein.

Die eine, gewissermaßen „laterale“ Achse entwickelte sich um die Spannungspole von offener Weltverkehrswirtschaft und geschlossenen Staatswirtschaftsräumen. Die andere, gewissermaßen „vertikale“ Achse bildete sich zwischen den Polen von einerseits integraler und andererseits fragmentierter Vergesellschaftung. Man könnte auch sagen: zwischen Über- und Unterordnung, solange nur Verständigung darüber besteht, daß es dabei nicht mehr um die „imperiale“ Überschichtung einer Macht über eine andere geht, sondern um die Fähigkeit der selektiven Aneignung von Machtmitteln und der daraus resultierenden Segmentierung und Fragmentierung untergeordneter Gesellschaften einerseits und der erweiterten, externalisierten Vergesellschaftung überschichteter oder privilegierter Gesellschaften andererseits. Beide Gesellschaften sind damit grundsätzlich offen – sie reproduzieren sich über verschiedene globale Verbundsysteme. Aber den einen wird etwas genommen und den anderen etwas gegeben – und das sind nicht nur materielle Güter, sondern auch die Fähigkeit zu handeln.

Entlang der lateralen Konfliktachse ging es darum, wer die Kontrolle über den globalen Integrationsprozeß ausüben würde. Dies war nie nur eine Angelegenheit von Machtkapazitäten, sondern immer auch von konkurrierenden Herrschaftsstrategien. Die hauptsächlichen Konflikte waren geprägt durch die gegenläufigen Bestrebungen, globale Integration auf der Basis einer globalen Verkehrswirtschaft bzw. auf der Grundlage der Interaktion autonomer machtsstaatlicher Zentren zu etablieren, wobei Macht sowohl militärische Gewalt als auch räumlich konzentrierten wirtschaftlichen Reichtum einschloß. Das Deutsche Reich und Großbritannien sind in dieser Hinsicht das ideale Gegensatzpaar. Diese Weltmacht- und Weltmarktkonkurrenz eskalierte zunächst innerhalb Europas zum Ersten Weltkrieg. Die lange Zwischenkriegskrise zeigte dann aber nicht nur die Schwäche imperialistischer Ordnungsversuche, sondern überhaupt die Anfälligkeit Europas als globales Herrschaftszentrum. Die Sprengkraft sozialer Mobilisierung und der Versuch eines

## Weltgeschichte als Globalgeschichte

Ausbruchs aus der externen Klammer einer krisengeplagten Weltverkehrswirtschaft einerseits und der internen Klammer korporatistischer Vergesellschaftung führten zu den verschränkten Weltmachtkriegen in Europa und Ostasien zwischen 1937 und 1945.

Weltwirtschaftskrise und Weltkriege schienen auf einen Zusammenbruch globaler Integration zu deuten, doch genau das Gegenteil ist der Fall. In diesen Krisen wuchs die Welt enger zusammen – nun allerdings nicht mehr im Rahmen einer offenen Verkehrswirtschaft, sondern im Sog des Aufstiegs der geballten amerikanischen Wirtschafts- und Militärmacht. Die vierzigjährige Übergangskrise endete mit dem amerikanischen Versuch, die Weltordnungsrolle Großbritanniens neu auf- und auszubauen. Die amerikanische Hegemonie legte die Grundlagen für den großen Nachkriegsboom, dem es aber ebenfalls nur kurzzeitig gelang, nationale Machtentfaltung und globale Integration zu synchronisieren. Um diesen Prozeß zu schildern, müßten wir die Elemente und Verlaufsformen korporatistischer Integration ebenso auffächern, wie wir das ansatzweise für die imperialistische Phase getan haben. Letztlich scheiterte jedoch auch dieser Versuch, globale Verfügungsgewalt in Weltordnung umzusetzen. Allerdings ist die Ursache dieses Scheiterns auf der zweiten Konfliktachse zu suchen, was einen wichtigen Fingerzeig auf die langfristige Umpolung von Konfliktformationen im Prozeß globaler Integration gibt. Am Ende des 20. Jhs. ist nicht die laterale Konkurrenz (auch nicht diejenige Japans), sondern der Prozeß selbsttätiger Vergesellschaftung und Selbsterneuerung die entscheidende Kraft in Auseinandersetzungen um den Prozeß der globalen Integration.

Die Interessenauseinandersetzungen um die Kontrolle globaler Verfügungsgewalt stießen permanent auf Ausbruchsversuche aus Unterordnungsverhältnissen, die der subalternen Integration die Alternative autonomer Vergesellschaftung und Selbsterneuerung entgegensetzten. Diese Alternative war nie schlechthin „Widerstand gegen Unterdrückung“, sondern pendelte zwischen Versuchen selektiver Aneignung von Produktions- und Gewaltmitteln und partiellen globalen Integrationsprozessen einerseits und radikaler Aussonderung andererseits, zwischen dem Ruf nach einer Verteidigung „traditioneller“ Werte bzw. der Forcierung der durch die Prozesse der globalen Integration vorgegebenen ökonomischen und sozialen Transformationen, also Modernisierung, hin und her. So vielfältig die Erscheinungsformen von Konflikten auf dieser Achse waren, ihre zentrale Problematik war immer wieder die Suche nach selbstbestimmter Erneuerung und der Reintegration der im globalen Integrationsprozeß segmentierten Gesellschaften.

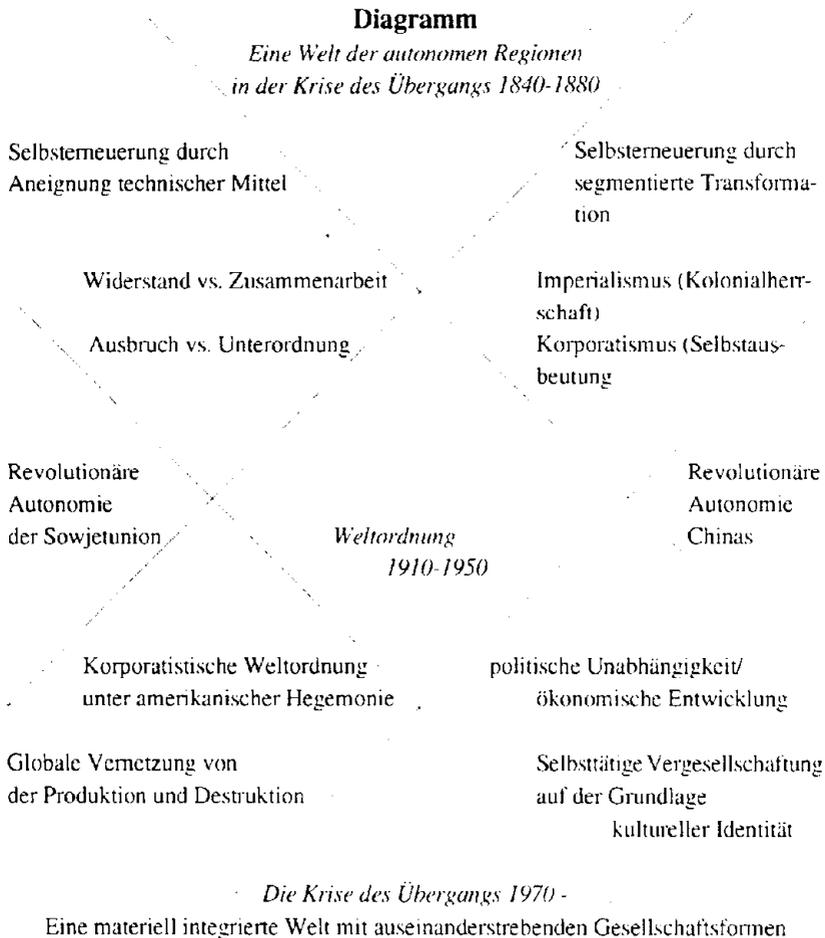
Der Konflikt entlang dieser Achse intensivierte sich in der Zwischenkriegszeit, als die Auseinandersetzung zwischen imperialistischen und korporatistischen Formen der Weltordnung sich gegenseitig blockierte. Die globale Ordnungskrise setzte eine Reihe autonomer Entwicklungsdiktaturen frei. Doch allein die Sowjetunion und China überdauerten diese Krise, indem terroristische Regime die im Krieg zerschundenen Gesellschaften vorantrieben. Der Zweite Weltkrieg eliminierte effektiv diese Alternative autonomer Entwicklung als globale Möglichkeit. Indem China und die Sowjetunion ihren Kurs der autonomen Entwicklung beibehielten, wurden sie radikal ausgegrenzt. Das ist der eigentliche Kern des Kalten Krieges, der sich zwar in Deutschland und Korea abspielte, aber die Sowjetunion und China einerseits und die USA andererseits als Hauptkontrahenten hatte. Die korporatistische amerikanische Hegemonie setzte zwar, im Gegensatz zu den imperialistischen Strategien der Jahrhundertwende, auf politische Unabhängigkeit als Voraussetzung für ökonomische Entwicklung, aber intensivierte gleichzeitig den Integrationsprozeß der neuen, kaum konsolidierten nationalen Gesellschaften und vertiefte damit den nunmehr weltweiten Prozeß der Segmentierung und Fragmentierung lokaler Gesellschaftsformationen. Dieser Vorgang der segmentierten Modernisierung wurde zum Ausgangspunkt einer neuen postnationalen und postimperialen Mobilisierung, welche die gegenwärtige Krise herbeiführte.

Aus dieser postkolonialen Krise erwachsen die Grundelemente für eine erneute Verteidigung der Autonomie in der Erneuerung einer Welt unterschiedlicher kultureller Identitäten und Vergesellschaftungsformen. Die gegenwärtige Übergangskrise ist so durch die Tatsache gekennzeichnet, daß kein einzelner Staat und keine einzelne wirtschaftliche Macht die globalen Integrationsprozesse hinreichend organisieren könnte. Dies ist aber nicht mehr eine Sache der Herrschaftskonkurrenz, wie sie sich am Ende des 19. Jhs. herausgebildet hat. Vielmehr sind die entscheidenden Konflikte nun eindeutig auf die zweite Achse gerutscht. Neue Machtkonzentrationen bilden sich nun dort, wo die Fähigkeit zur selbsttätigen Vergesellschaftung im Prozeß globaler Integration gewahrt blieb; denn die hauptsächlichliche Gefahr im gegenwärtigen Stadium der Globalisierung ist die Desintegration ganzer Regionen und ihrer Gesellschaften. Allerdings sind diese neuen Machtkonfigurationen noch nicht in der Lage, ihrerseits den Prozeß der globalen Integration zu bestimmen.

Dies ist umso brisanter, als die ungebremst voranschreitenden Prozesse globaler Integration einen völlig neuen Handlungsbedarf geschaffen haben. Dieser Handlungsbedarf (etwa in Fragen der globalen Ökologie) verweist noch einmal darauf, daß bei allen Krisen, Zusammenbrüchen und Katastro-

## Weltgeschichte als Globalgeschichte

phen der Prozeß der Globalisierung doch erstaunlich persistent war. Am Ende des 20. Jhs. ist eine Rückkehr zu einer Welt allein auf sich selbst gestellter Regionen oder Staaten kaum mehr denkbar. Die Weltordnung zerfällt, aber auseinanderstrebende Gesellschaftsformen können bei allem Aufwand keine autonome Geschichte der Gegenwart organisieren – weder für sich selbst noch für den Rest der Welt. Dies scheint allein möglich, indem der Faden der Globalisierung aufgenommen wird und in der selbsttätigen Vergesellschaftung der Verbindungen zwischen unterschiedlichen Gesellschaftsformationen weitergesponnen wird. Nachdem wir nun wissen können, daß die Welt nicht in der Universalisierung des Westens endet, können wir nun endlich beginnen, das Gewebe, welches die „Menschheit“ zusammenbindet, politisch zu denken.



## Charles Bright/Michael Geyer

- 1 Eine erste Fassung erschien in: *Radical History Review* 39 (1987), S. 69-91. – Aus dem Amerikanischen von Eckhardt Fuchs. (Anm. der Redaktion)
- 2 R. Nisbet, *Social Change and History: Aspects of the Western Theory of Development*, New York 1969; siehe auch die eher theoretische Debatte dieses Problems durch T. Ingold, *Evolution and Social Life*, Cambridge 1986.
- 3 J. M. Roberts, *The Triumph of the West*, Boston 1985 ist ein typisches Beispiel für diese Art zu argumentieren.
- 4 G. Barraclough, *An Introduction to Contemporary History*, New York 1965 war einer der ersten, der dies hervorhob.
- 5 P. Katzenstein (Hrsg.), *Between Power and Plenty: Foreign Economic Policies of Advanced Industrial States*, Madison 1978 führt das Thema für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg aus. Die klassischen Imperialismustheorien von Hobson bis zu Lenin und Bucharin sind alle auf diese zentrale Fragestellung der Entwicklung im 20. Jh. ausgerichtet.
- 6 H. Freyer, *Die Systeme weltgeschichtlicher Betrachtung*, in: *Propyläen Weltgeschichte*, Berlin 1931, Bd. 1; L. Gottschalk, *Projects and Concepts of World History in the 20th Century*, in: *XIIe Congrès International des Sciences Historiques. Rapports IV*, Wien 1965; E. Schulin (Hrsg.), *Universalgeschichte*, Köln 1974; H. Gollwitzer, *Geschichte des weltpolitischen Denkens*, 2 Bde. Göttingen 1972/82.
- 7 E. Said, *Orientalism*, New York 1978; R. Inden, *Orientalist Construction of India*, in: *Modern Asia Studies* 20 (1986), S. 401-446; D. Chiot, *The Rise of the West*, in: *American Sociological Review* 50 (1985), S. 181-195.
- 8 Sie waren an der „Krise der europäischen Wissenschaft“ um die Jahrhundertwende beteiligt, die P. Johnson, *Modern Times: The World from the Twenties to the Eighties*, New York 1983 anspricht. Allerdings macht Johnson aus dieser Krise einen Gegenstand des Spottes und interpretiert den grundlegenden intellektuellen Umschwung dieser Zeit als ein Nervenverlieren auf der Höhe der Macht, anstatt den Kollaps der historischen Methode und die daraus resultierende Auflösung einer umfassenden westlichen Erzählung über die Welt zum zentralen Problem seiner Beschäftigung mit Weltgeschichte zu machen. So spricht er von der Entdeckung der „Relativität“, tut aber so, als sei nichts geschehen. Dies läßt seine und mitan andere Weltgeschichtsstudien epigonal erscheinen.
- 9 Herrschaft als Verfügungsgewalt wird von einer ganzen Anzahl miteinander konkurrierender „Schulen“ erfaßt und ist etwa in der öffentlichen Debatte über die Nord-Süd-Beziehungen thematisiert worden. Dabei hat sich das zugrundeliegende Paradigma noch weiter befestigt, indem sie Verfügungsgewalt als unüberwindliche Kraft behandeln, die die Welt aufteilt und sie in einem System von Abhängigkeit zu einem dominierenden Zentrum gefangen hält. T. E. Weiskopf, *Dependence as an Explanation of Underdevelopment: A Critique*, Ann Arbor 1977; J. F. Marsal, *Dependencia e independencia: Las alternativas de la sociología latinoamericana en el siglo XX*, Madrid 1979. Ich sehe darin nicht zuletzt einen Fall selbstverschuldeter Unmündigkeit.
- 10 H. W. Arndt, *Economic Development: The History of an Idea*, Chicago 1987. Die klassische Formulierung dieses Gesichtspunktes stammt von Max Weber, vgl. W. Sellwichter, *The Rise of Western Rationalism: Max Weber's Development History*, Berkeley 1981.
- 11 Dieser Gedanke steht im Mittelpunkt der Debatte um internationale Regime, auch wenn ihre Protagonisten oft den aktuellen Gegenstand umgehen. S. Krasner (Hrsg.), *International Regimes*, Ithaca (N.Y.) 1983; W. L. Hollist/J. N. Rousseau (Hrsg.), *World System Structure: Continuity and Change*, Beverly Hills 1981; R. W. Cox, *Social Forces, States and World Orders: Beyond International Relations Theory*, in: *Journal of International Studies* 10 (1981), S. 126-155.
- 12 W. W. Rostow, *The Stages of Economic Growth: A Non-Communist Manifesto*, New York 1960; M. Weiner, *Modernization: The Dynamic of Growth*, New York 1966; M. Stanley, *The Technological Conscience*, New York 1977.

## Weltgeschichte als Globalgeschichte

- 13 Zusammengefaßt in O. Sunkel/ P. Paz, *El subdesarollo Latinoamericano y la teoría del desarrollo*, Mexico City 1970; ein kurzes und vereinfachtes Resümee in A. Portes, *On the Sociology of National Development: Theories and Uses*, in: *American Journal of Sociology* 82 (1986), S. 55-85.
- 14 P. Worsley, *One World or Three? A Critique of the World-System Theory of Immanuel Wallerstein*, in: *Socialist Register* (1980), S. 298-338; ein für dieses Argument typisches Beispiel ist die einflußreiche Untersuchung von E. Weber, *Peasants into Frenchmen: The Modernization of Rural France 1870-1914*, Stanford 1976. Für A. G. Frank, *Latin America: Underdevelopment or Revolution*, New York/London 1962 kippen Gesellschaftsverhältnisse mit imperialen Interventionen schlagartig um. Siehe auch D. Chirot, *Social Change in the Twentieth Century*, New York 1977.
- 15 Diese negative Dialektik ist eine der evidentesten Schwächen bei Said, *Orientalism* (wie Anm. 7) wie bei den Dependenciatheoretikern.
- 16 U.a. E. L. Jones, *The European Miracle: Environment, Economics, and Geopolitics in the History of Europe and Asia*, Cambridge 1981.
- 17 Als Nachtrag sollte man hier einfügen, daß die neueren Versuche (etwa von Huntington), sich mit dem Problem von Zivilisationskonflikten auseinanderzusetzen, dasselbe Mißverhältnis aufweisen.
- 18 I. Wallerstein, *The Capitalist World-Economy*, Cambridge 1974 und ders., *The Politics of the Capitalist World-Economy*, Cambridge 1984. Wallersteins Fernand-Braudel-Center ist einer der Hauptproduzenten von Analysen des Weltsystems geworden.
- 19 Das klassische Beispiel ist natürlich S. P. Huntington, *Political Order in Changing Societies*, New York 1968; siehe aber auch einige der Kritiker Wallersteins wie T. Skocpol, *Wallerstein's World Capitalist System: A Theoretical and Historical Critique*, in: *American Journal of Sociology* 82 (1977), S. 1075-1090; J. Peuras, *Dependency and World System Theory: A Critique and New Directions*, in: R. H. Chillote (Hrsg.), *Dependency and Marxism*, Boulder 1982, S. 148-155; E. K. Trimberger, *World Systems Analysis: The Problem of Unequal Development*, in: *Theory and Society* 8 (1979), S. 101-126.
- 20 R. O. Keohane, *After Hegemony: Cooperation and Discord in World Political Economy*, Princeton 1984.
- 21 Sie folgen entweder der alten Unterscheidung zwischen Machtpolitik und Realpolitik oder der zwischen wirtschaftlicher Macht und staatlicher Macht (C. K. Chase-Dunn, *Interstate system and Capitalist World Economy: One Logic or Two*, in: *International Studies Quarterly* 25 (1981), S. 19-42 oder S. Krasner, *State Power and the Structure of International Trade*, in: *World Politics* 28 (1976), S. 317-343) oder der zwischen „historischer“ und „transhistorischer“ Kontinuität und Wandel (O. R. Young, *International Regimes: Problems of Concept Formation*, in: ebd. 32 (1980), S. 331-356). Sie wiederholen alle die alte Debatte, die von O. Hintze, *Historische und politische Aufsätze*, Berlin 1908 beleuchtet wurde.
- 22 C. Geertz, *The Interpretation of Culture*, New York 1973 ist bei weitem am einflußreichsten bei der Erneuerung von Theorien über die kulturelle Entwicklung, siehe auch M. Sahlins/ E. R. Service (Hrsg.), *Evolution and Culture*, Ann Arbor 1960; M. Taussig, *The Devil and Commodity Fetishism in South America*, Chapel Hill 1980.
- 23 C. Levi-Strauss, *Tristes Tropiques*, New York 1974.
- 24 Auch hier wird man anfügen müssen, daß sich in den letzten zehn Jahren die Forschungssituation dramatisch gewandelt hat. Als wir diesen Aufsatz konzipierten, gehörte der Partikularismus noch zu den unaufgefochtenen Leithähen der Anthropologie. Erste Ansätze dazu sind diskutiert in M. Adas, *Area Studies, Social History, and the Revolution in Third World Historiography*, in: *Journal of Social History* 19 (1986), S. 324-343.
- 25 E. Laclau, *Feudalism and Capitalism in Latin America*, in: *New Left Review* 67 (1971), S. 19-38; C. Mélassoux, *Femmes, griers et capitaux*, Paris 1975; P. P. Rey, *Colonialisme, neo-*

- colonialisme et transition au capitalisme: Exemple de la Comilog au Congo-Brazzaville, Paris 1971 und sein Class Contradictions in Lineage Societies, in: *Critique of Anthropology* 13 (1979), S. 41-61; J. Clmencr (Hrsg.), *The Economic Anthropology*, London 1978. Eine gute Diskussion des afrikanischen Kontextes findet sich bei J. Iliffe, *The Emergence of African Capitalism*, London 1983.
- 26 Wir müssen hier einfügen, daß unsere Interpretation – wie die der meisten anderen, die sich mit globalen Entwicklungen befassen – tief beeinflußt von K. Polanyi, *The Great Transformation*, New York 1944 ist. Die unterhändige Aneignung und die heimliche Plünderung dieser Untersuchung und die notwendige Kritik ihrer Prägung durch die vierziger Jahre verdient eine separate Untersuchung.
  - 27 E. Wolf, *Europe and the People Without History*, Berkeley 1982, S. 7-23; C. Pletsch, *The Three Worlds or the Division of Social Scientific Labor*, circa 1975, in: *Comparative Studies in Society and History* 23 (1981), S. 565-590.
  - 28 L. S. Stavrianos, *Global Rift: The Third World Comes of Age*, New York 1981.
  - 29 Ein nützlicher Überblick ist W. McNeill, *A World History*, New York 1979; siehe auch P. Curtin, *Cross-Cultural Trade in World History*, Cambridge 1984.
  - 30 S. Mintz, *Sweetness and Power: The Place of Sugar in Modern History*, New York 1985; J. DeVries, *The Economy of Europe in an Age of Crisis, 1600-1750*, Cambridge 1976.
  - 31 Während diese Transitionskrise in ihren regionalen Erscheinungsformen untersucht worden ist – ein vorzügliches Beispiel bietet Key-Hiuk Kim, *The Last Phase of the East Asian World Order: Korea, Japan, and the Chinese Empire, 1860-1882*, Berkeley 1980 – gibt es sehr wenige neuere Versuche, die Krise als Teil eines globalen Transformationsprozesses konzeptionell zu erfassen. Unsere eigenen Überlegungen sind hier beeinflußt von W. A. Lewis, *The Evolution of the International Economic Order*, Princeton 1978 ebenso wie von K. Polanyi und A. Gerschenkron, *Economic Backwardness in Historical Perspective*, Cambridge 1962. Das Wachstum der globalen Wirtschaft ist beschrieben bei A. G. Kenwood/ A. L. Lougheed, *The Growth of the International Economy, 1820-1980*, London 1983.
  - 32 Dieses Thema rücken in den Mittelpunkt D. North/ R. P. Thomas, *The Rise of the Western World: A New Economic History*, Cambridge 1973 und H. Bull/ A. Watson (Hrsg.), *The Expansion of International Society*, Oxford 1984.
  - 33 D. R. Headrick, *Tools of Empire: Technology and European Imperialism in the 19th Century*, New York 1981; V. G. Kiernan, *From Conquest to Collapse: European Empires from 1815 to 1960*, New York 1982; P. Bairoch, *Commerce extérieur et développement de l'Europe au XIXe siècle*, Paris 1976. Zu Großbritannien vgl. u. a. S. B. Paul, *Studies in British Overseas Trade 1870-1914*, Liverpool 1960.
  - 34 Zu Lateinamerika vgl. C. Abel/ C. M. Lewis (Hrsg.), *Latin America. Economic Imperialism and the State: The Political Economy of the External Connection from Independence to the Present*, London 1985; zu Westafrika siehe C. Meillassoux (Hrsg.), *The Development of Indigenous Trade and Markets in West Africa*, London 1971; J. Iliffe, *The Emergence of African Capitalism*, (Anm. 25); für Südostasien vgl. M. Adas, *The Burma Delta: Economic Development and Social Change on an Asian Rice Frontier 1852-1941*, Madison 1974.
  - 35 Dies ist Gegenstand einer intensiven Diskussion; siehe P. Bairoch, *The Economic Development of the Third World since 1900*, Berkeley 1975; A. Maizel, *Industrial Growth and World Trade*, Cambridge 1963; J. R. Hanson, *Trade in Transition: Exports from the Third World 1840-1900*, New York 1980.
  - 36 Die Bedeutungslosigkeit der Kolonien wird neben anderen von P. O. Moon, *Imperialism and World Politics*, New York 1926 hervorgehoben. Diese Argumente wurden Teil der Debatte um die Ursprünge und die Triebkräfte des Kolonialismus. Die gesamte Debatte ist zusammengefaßt in W. R. Louis, *Imperialism: The Robinson and Gallagher Controversy*, New York 1976 und in W. J. Mommsen, *Theories of Imperialism*, Chicago 1977. Zur jüngeren Diskussion über

## Weltgeschichte als Globalgeschichte

- die ökonomische Bedeutung von Empires siehe B. Cohen, *The Question of Imperialism*, New York 1974 und M. B. Brown, *The Economics of Imperialism*, New York 1974.
- 37 Die Bedeutung Indiens im britischen Finanzsystem ist prägnant dargestellt von M. de Cecco, *Money and Empire: The International Gold Standard 1890-1914*, Oxford 1974 und Y. S. Pandit, *India's Balance of Indebtedness 1893-1913*, London 1937.
- 38 J. G. Fichte, *Der geschlossene Handelsstaat*, Jena 1920; F. List, *Das nationale System der politischen Ökonomie*, Stuttgart 1844.
- 39 B. Moore, *Social Origins of Dictatorship and Democracy: Lord and Peasant in the Making of the Modern World*, Boston 1966 unterschätzt die Transformation der 1860er Jahre. Seine Studie zeigt den beschränkten Wert vergleichender Untersuchungen für eine Geschichte der Globalisierung. Er behandelt jede Gesellschaft, als wäre sie eine isolierte Einheit, während das Gegenteil der Fall ist. Seine „Revolution von oben“ wird zur Sache „vormoderner“ Eliten, die ein mythisches „modernes“ Zeitalter anstreben, statt ein Problem konkurrierender Selbsterneuerung im Kontext einer sich formierenden globalen politischen Ökonomie. Seine Charakterisierung der Mobilisierung des Volkes erschöpft sich in der Gegenüberstellung von „rationalen“ und „irrationalen“ Bewegungen, anstatt diese Mobilisierung im Zusammenhang mit der Mobilisierung der Gesellschaft in einer globalen Herrschaftskonkurrenz zu deuten. Schließlich verfehlt er die „modernen“ Wurzeln autoritärer Regime, wenn er den Aufstieg des „Autoritarismus“ – in Schumpeterscher Art – dem Fortbestehen agrarischer Oligarchien zuordnet.
- 40 Die Literatur zum Korporatismus ist umfangreich und in weiten Teilen ahistorisch. Sie wird kritisch kommentiert von A. Cawson, *Corporatism and Political Theory*, London 1986.
- 41 G. Kitching, *Development and Underdevelopment in Historical Perspective: Populism, Nationalism, and Industrialization*, New York 1982.
- 42 Über den sogenannten „neuen Imperialismus“ ist B. Semmel, *Imperialism and Social Reform: English Social Imperial Thought 1895-1914*, London 1960 grundlegend. Siehe auch G. R. Searle, *The Quest for National Efficiency*, Oxford 1971.
- 43 S. Amin, *Accumulation on a World Scale: A Critique of the Theory of Underdevelopment*, 2 Bde. New York 1974 etwa unterschätzt diese Grenzen, indem er eine Dichotomie von Entwicklung und Unterentwicklung zugrundelegt. Eine Alternative ist F. Cooper, *Africa in the World Economy*, in: *African Studies Review* 213 (1981), S. 1-86.
- 44 K. Fields, *Revival and Rebellion in Colonial Africa*, Princeton 1985 und M. Adas, *Prophets of Rebellion: Millenarian Protest Movements against European Colonial Order*, Chapel Hill 1979 sind gute Beispiele für die Deutung von Kulthandlungen der Eingeborenen. Die Wichtigkeit der Organisation von Macht und Produktion ist ausgeführt in H. Harootyan, *Things Seen and Unseen: Discourse and Ideology in Tokugawa Nationalism*, Chicago 1986. Das klassische Beispiel für das Zusammenspiel von kolonialer Kollaboration und Widerstand ist natürlich die Herausbildung der indischen Kongreßpartei. Vgl. J. McLane, *Indian Nationalism and the Early Congress*, Princeton 1977 und R. Ray, *Urban Roots of Indian Nationalism*, New Delhi 1977.
- 45 Hier muß A. Appadurai, *Disjuncture and Difference in the Global Cultural Economy*, in: *Public Culture* 2 (1990), S. 1-24 als grundlegender Beitrag angemerkt werden.

## Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten in den neunziger Jahren aus der Sicht der World-System-Theory<sup>1</sup>

### 1. Das sowjetische Weltsystem beruhte auf der asiatischen Produktionsweise

Wirtschaft und Gesellschaft der ehemaligen Sowjetunion können aus der Sicht von zwei Erklärungsmodellen untersucht werden. Diese sind zum einen die Theorie der asiatischen Produktionsweise und zum anderen die World-System-Theory.

Die ehemalige Sowjetunion sollte zum einen als ein Weltreich, zum anderen als auf der asiatischen Produktionsweise beruhend betrachtet werden. Der Untergang des sozialistischen Systems bereitete sowohl den Raum für ein Erstarken des Nationalismus als mächtigste Gegenkraft innerhalb von Weltreichen wie auch für den Niedergang von Wirtschaften, die auf autarker, sich selbst genügender Nichtwarenwirtschaft basieren.<sup>2</sup>

#### *Die Sicht der World System Theory*

Die Theorie des Weltsystems sieht die Welt als eine wirtschaftliche und räumliche Einheit (Totalität) an. Das kapitalistische Weltsystem ist aus den Trümmern verschiedener Weltreiche entstanden und integriert im Gegenzug zahlreiche „Mini“-Systeme.<sup>3</sup>

Das Gleichgewicht der Kräfte in einer World Economy in Gestalt der internationalen Arbeitsteilung sichert, daß es unmöglich ist, daß in den verschiedenen Staaten und Kulturen eine einzelne Macht die anderen gesellschaftlichen Kräfte politisch beherrschen und als Hegemonialmacht so über andere herrschen kann, daß sie ihr Ziel, die World Economy in ein Weltreich zu verwandeln, verwirklichen kann. Die World Economy wird von verschiedenen Staaten und Kulturen repräsentiert, die nur auf der Grundlage der Kapitalakkumulation in dieses System integriert werden. World Economy bedeutet internationale Arbeitsteilung, in der die verschiedenen Produktionsprozesse über Warenströme miteinander verbunden sind, die Abhängigkeiten

## Die GUS in den neunziger Jahren...

erzeugen („commodity chains“) und den Rahmen von Staaten überschreiten. Staaten haben, in einer historischen Perspektive betrachtet, stets danach gestrebt, anderen Staaten ihre Hegemonie aufzuzwingen. Vor der Entstehung des Weltsystems bestanden zahlreiche Weltreiche als gleichförmige politische Einheiten. Im Rahmen dieser Weltreiche entstand die kapitalistische Weltökonomie, die zum erstenmal nicht in ein neues Weltreich umgewandelt werden konnte. Die Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie führten zu einer neuen Qualität der Gegensätze zwischen Klassen und Nationen. Klassengegensätze werden von den Staaten des Zentrums aus verbreitet, nationale Gegensätze breiten sich in entgegengesetzter Richtung aus.<sup>4</sup> Neben den Konflikten zwischen den Bourgeoisien verschiedener Länder treten gegen das Weltsystem gerichtete nationale und Klassenbewegungen auf. Ihre Kraft hängt in starkem Maße davon ab, bis zu welchem Grade es ihnen gelingt, ihre Autonomie innerhalb des Weltsystems durch die Stärkung einer nationalistischen und merkantilistischen Politik zu behaupten. Die Stabilität des kapitalistischen Weltsystems hängt in starkem Maße von der Schwäche der Staaten der Peripherie und von deren Unfähigkeit ab, das traditionelle System der Handelsbeziehungen und der damit verbundenen Abhängigkeiten aufzubrechen, aber ebenso von ihrer Potenz, an der Gestaltung dieser Handelsbeziehungen zu partizipieren. Das Gefüge von Produktionsprozessen, die dem Weltsystem zugrundeliegen, bringt miteinander verbundene Warenströme hervor. Der Wert der Waren wie das Gewicht der Staaten befinden sich dabei in einem Wechsel von Aufstieg und Niedergang. Einige Waren und Staaten gelangen in Spitzenpositionen, andere bleiben zurück. Einige Staaten fallen in die Peripherie zurück, andere holen die früheren Staaten des Zentrums ein und setzen sich selbst an dessen Spitze. Die Begrenzung von gegen das Weltsystem gerichteten Bewegungen und der Hegemonie eines einzelnen Staates beruht auf der Macht der World Economy, die trotz der Vielfalt politischer Systeme innerhalb des Weltsystems eine einzige – kapitalistische – Arbeitsteilung zu ihrer Grundlage hat. Die Regionen der Verlierer erscheinen als Peripherie, die der Gewinner werden zu Zentren des World Systems.<sup>5</sup>

### *Die asiatische Produktionsweise*

Die grundlegenden Merkmale der asiatischen Produktionsweise sind

1. das Fehlen von Privateigentum. Ein Individuum kann nur als Mitglied einer Gemeinschaft in den Besitz von gemeinschaftlichem Eigentum gelangen. Es ist frei von privatem Eigentum.
2. Gesellschaften mit asiatischer Produktionsweise sind agrarische Gesellschaften. Autarke, auf Selbstversorgung ausgerichtete Gemeinschaften

reproduzieren sich unabhängig voneinander Die Basis ihrer Selbstgenügsamkeit ist die Einheit von Landwirtschaft und Handwerk. Es existieren keine städtischen Zentren als Promotoren der Kapitalakkumulation. Über diesen ländlichen Gesellschaften steht der Staat als größere Einheit.

3. In Agrargesellschaften beruht die Produktion auf Subsistenzwirtschaft. Es handelt sich um eine sich selbst genügende Produktion ohne ausgeprägte soziale Arbeitsteilung. Einfache Warenproduktion ist vorhanden in den Verbindungen zwischen Dorfgemeinden und in den Beziehungen zu größeren territorialen Einheiten.
4. In Gesellschaften der asiatischen Produktionsweise dominiert der orientalische Despotismus, der durch eine dominierende Rolle des Staates in der Produktion gekennzeichnet ist. Der Staat ist das wichtigste Instrument zur Aufrechterhaltung des außerökonomischen Zwanges.

Ausbeutung im Rahmen des kapitalistischen Weltsystems beruht dagegen auf dem Prinzip des ökonomischem Zwangs unter den Bedingungen des Privateigentums an Produktionsmitteln. Im Gegensatz dazu vollzieht sich Ausbeutung in Gesellschaften der asiatischen Produktionsweise unter den Bedingungen einer straffen staatlichen Kontrolle und auf der Grundlage des kollektiven Eigentums der Dorfgemeinschaften. Ausbeutung im Rahmen des kapitalistischen Weltsystems kann als eine auf „Eigentum“ beruhende Ausbeutung angesehen werden, während Ausbeutung in Gesellschaften der asiatischen Produktionsweise auf dem „Status“ (Stellung in der festgefügtten gesellschaftlichen Hierarchie) beruht. Ausbeutung im Rahmen des kapitalistischen Weltsystems setzt eine dominante und determinierende Rolle ökonomischer Institutionen voraus, während in Gesellschaften der asiatischen Produktionsweise die Ökonomie determinierend ist, Politik und Ideologie aber die dominante Position einnehmen.

Gesellschaften der asiatischen Produktionsweise beruhen auf dem Prinzip des „Despotismus“. Die Begriffe „Despotismus“ und „Tyranis“ besaßen im alten Griechenland unterschiedliche Bedeutungen. Despotische Herrschaft als Begriff ist zum ersten Mal während des griechisch-persischen Krieges 559-330 vor Chr. verwendet worden. Die Griechen verwendeten den Begriff, um ihren Feind zu charakterisieren: so war der Begriff besetzt für seine zukünftige Verwendung durch die Europäer, die ihn benutzten, um nichteuropäische Gesellschaften zu charakterisieren. Despotismus schließt drei Gegensätze ein. Erstens den zwischen Griechen und Barbaren, zweitens den zwischen Herr und Knecht und drittens den zwischen Griechen und Asiaten. Aristoteles unterschied zwischen der Tyranis der Griechen, die auf der Gewalt beruhte

und dem asiatischen Despotismus, der auf einer Übereinkunft beruhte. Die Grundlage des asiatischen Despotismus bildete nicht die Furcht, sondern die Übereinkunft. Der asiatische Despotismus stellt eine spezifische Form der konstitutionellen Monarchie dar, langlebig und weit verzweigt. Die Ausübung der Macht erfolgt in ihrem Erscheinungsbild analog zur Tyrannis, aber „sie bleibt Recht und Gesetz untergeordnet. Aus diesem Grund sind die Barbaren untertäniger als die Europäer und wehren sich nicht gegen die despotische Herrschaft.“<sup>6</sup>

Das Weltsystem beruht auf der Grundlage des „Pluralismus“, der wie folgt definiert werden kann: „1. Der Begriff wird verwendet zur Kennzeichnung einer bestimmten Strömung in der westlichen politischen Theorie. Von Tocqueville bis Dall ist dafür plädiert worden, daß ein Pluralismus politischer Kräfte im Rahmen eines stabilen Institutionengefüges die Voraussetzung für individuelle Freiheit darstelle; 2. Pluralismus ist einer der zentralen Begriffe jener theoretischen Richtung, deren Vertreter argumentieren, daß die Existenz von unabhängig organisierten sozialen Gruppen die Voraussetzung für effizienten politischen Wettbewerb darstellt und garantiert, daß ein zeitweiliger Sieg in diesem Wettbewerb nicht automatisch das Ende des Prinzips bedeutet, welches diesen Sieg möglich gemacht hat.“<sup>7</sup>

## 2. Die postrevolutionäre Entwicklung in der Sowjetunion

Die gesamte postrevolutionäre Entwicklung der Sowjetunion war durch andauernde Konflikte zwischen den Befürwortern einer Modernisierung auf der Basis der Warenproduktion (Weltsystem-Perspektive) und den Befürwortern des Systems des außerökonomischen Zwangs, der zu einer langanhaltenden Stagnation geführt hat (asiatische Produktionsweise) gekennzeichnet. Die revolutionären Veränderungen in der Stalin-Ära bedeuteten Krieg gegen die Bauern, forcierte Industrialisierung, willkürlichen Terror und Widerstand gegen jedwede Form politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit.

Die Ursprünge des sowjetischen revolutionären Terrors können erstens in der Revolution selbst festgemacht werden, als die Sowjetmacht gestärkt werden mußte. Das Ziel, die Vereinigten Staaten auf wirtschaftlichem Gebiet zu übertreffen, bedeutete die Integration in die fordistische Organisation des Arbeitsprozesses.<sup>8</sup> Zweitens liegen sie in der Auseinandersetzung zwischen auf Asien bzw. auf Europa orientierten Denkern, zwischen „asiatchina“ und der „kitjashchina“ im russischen politischen Denken begründet, die von G. V. Plechanov beschrieben worden sind.<sup>9</sup>

Der sowjetische revolutionäre Terror provozierte in der Folgezeit drei

negative Entwicklungstrends: 1. wirtschaftliche Stagnation, 2. Verschlechterung der Stellung der Landwirtschaft und 3. eine Stärkung der Position der Bürokratie.

Den Wendungen von Kriegskommunismus und Planungsökonomie der NÖP folgte in den dreißiger Jahren eine Periode der Planwirtschaft von fünf Jahren, die von N. Jasny als Wendepunkt der „drei guten Jahre“ (1934-1936) bezeichnet worden ist. Es schloß sich dann die Zeit der „Chistka-Säuberungen“ (1936-1940) an.<sup>10</sup> Mängel wurden in nichtaktivierten Kapazitäten (im Verhältnis zu den Investitionen) und in unzureichender Kapazitätsauslastung sichtbar. Keines der Planziele für die Periode 1938 bis 1940 konnte erfüllt werden. Der Plan sah eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion um 52 Prozent gegenüber 1937 vor, das Niveau der Produktion erreichte 1940 jedoch nur das von 1937. Die nichterreichten Planziele in der Landwirtschaft, im Transportwesen und im Handel stehen im Zusammenhang mit der Vernachlässigung dieser Bereiche gegenüber der Schwerindustrie, der absoluter Vorrang eingeräumt wurde. Diese staatlich festgelegte Priorität führte in den Jahren 1937 bis 1940 zu einer Steigerung der Produktion in den Bereichen Elektroenergie um 33 Prozent, Kohleförderung um 30 Prozent, Eisenproduktion um drei Prozent, Stahlproduktion um drei Prozent. Die Walzstahlproduktion konnte dagegen nicht gesteigert werden, und die Zementproduktion ging gegenüber den vorangegangenen Jahren zurück. Die landwirtschaftliche Produktion verzeichnete eine Stagnationsperiode. War sie in den „drei guten Jahren“ auf 15 Billionen Rubel gestiegen, so erreichte sie in den Jahren der „Säuberungen“ 17 Billionen Rubel.

Absolute Priorität wurde in den dreißiger Jahren der Erzeugung von Elektroenergie und Eisen als Eckpfeilern der Industrialisierung eingeräumt. Die Pläne für 1927-1930 sahen jährliche Kapazitätssteigerungen von 10-17 Prozent vor. Das Ziel für 1931 lag bei 56 Prozent, für 1932 waren 26 Prozent, für 1933 war eine Erfüllung der Planwerte von 80 Prozent vorgesehen. Die Eisenproduktion sollte 1931 um 36,8 Prozent steigen, in der Realität gab es jedoch einen Rückgang um 12 Prozent. Die Stahlproduktion, die 1933 fünf Millionen Tonnen erreicht hatte, wuchs auf zwölf Millionen Tonnen im Jahre 1936. Die Konzentration auf umfangreiche und langfristige Investitionen in der Schwerindustrie provozierte Druck auf die Konsumenten und die bäuerlichen Einzelproduzenten. Das Prinzip der kollektivistischen Planwirtschaft ließ sich von diesen Schwierigkeiten jedoch nicht beeinflussen. Die Reserven für die notwendige Kapitalakkumulation wurden aus dem Absinken des Lebensstandards in den Städten und eine forcierte Kollektivierung der Landwirtschaft gezogen. Die Lebenshaltungskosten für Arbeiter stiegen im Ver-

## Die GUS in den neunziger Jahren...

hältnis zu 1926/27 bis 1937 um das achteinhalbfache, bis 1940 um das zwölfache und bis 1948 um das 23,8-fache. Das Verhältnis von Einkommen zu Lebenshaltungskosten verschlechterte sich gegenüber 57,6 Prozent im Jahre 1937 auf 52,5 Prozent 1940 und 44,3 Prozent 1948. Der Verbrauch von Fleisch ging von 1928 bis 1937 um 50 Prozent zurück, der Verbrauch von Milch, Eiern und Kartoffeln verringerte sich um 40 Prozent. Eine bedeutende Steigerung war dagegen auf dem Gebiet der staatlichen „Sozialleistungen“ zu verzeichnen. Im Zeitraum 1935 bis 1948 stiegen die Ausgaben für das Gesundheitswesen, das Bildungswesen und die Kultur um das 8,6-fache. Im Vergleich dazu stiegen die Löhne nur um das 3,2-fache. Von 1928-1930 wurde die städtische Wohnfläche um 2,7 Prozent erhöht. Gleichzeitig stieg die Zahl der Stadtbewohner aber um fünf Prozent, was zur Folge hatte, daß die Wohnfläche pro Einwohner auf 5,61 m<sup>2</sup> sank. In der Folgezeit verschärfte sich die Wohnungssituation weiter. Bis 1935 wuchs die Wohnfläche um 27,6 Prozent, die Anzahl der Stadtbewohner dagegen um 79,2 Prozent. Die schwierigsten Probleme bereitete die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Der Lebensmittelkonsum pro Kopf der Bevölkerung war ebenso wie die Qualität der Nahrung in den dreißiger Jahren im Vergleich zum Ende der zwanziger Jahre zurückgegangen. In verschiedenen Teilen des Landes brachen Hungersnöte aus. Aus den Plankorrekturen für die Getreideproduktion des Jahres 1934, die nachträglich von 90,3 Millionen auf 80,2 Millionen Tonnen reduziert wurden – eine Erhöhung von lediglich einem Prozent gegenüber 1933 –, werden die Probleme deutlich. 1934 wurde die geplante Steigerung der Getreideproduktion von sechs Prozent erreicht, ebenso die Steigerung von 14 Prozent für 1936. Der Durchschnitt der Jahre 1935-1937 stieg auf 103 Millionen Tonnen, was im Verhältnis zu den 87 Millionen Tonnen der Jahre 1929-1931 einen Zuwachs von 18 Prozent bedeutete. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion blieb jedoch weit hinter den Steigerungsraten für Elektroenergie und Eisen zurück und entsprach in keiner Weise den Bedürfnissen des plötzlichen raschen Anstiegs der Stadtbevölkerung.

Selbst die bescheidene Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, die mit einem Absinken des Fleisch- und Milchverbrauchs pro Kopf der Bevölkerung verbunden war, ist um den hohen Preis einer extrem repressiven Kollektivierung erreicht worden. Stafins Artikel vom 7. November 1929 bestimmte den zeitlichen Verlauf der Kollektivierung. Am 1. Juni 1929 waren eine Million Bauern in Kooperativen organisiert, im Oktober desselben Jahres erreichte ihre Zahl 1,9 Millionen.

Alle Kühe, 80 Prozent der Schweine und 60 Prozent der Schafe mußten in

die Kooperativen überführt werden, und die gesetzten zeitlichen Fristen waren extrem kurz. Am Oberlauf der Wolga im Herbst 1930, im Zentralen Schwarzerdegebiet und in der Zentralukraine im Herbst 1931, in der Westukraine im Frühjahr 1932, in Sibirien und im Norden des Landes im Verlauf des Jahres 1933. Im Januar 1930 erreichte die Kampagne ihren Höhepunkt. A. Nove erinnert an die Worte eines führenden Agitatoren, der sagte: „Wenn Du in irgendeiner Beziehung übertreibst und dafür ins Gefängnis mußt, sollst Du immer daran denken, daß es für ein revolutionäres Ziel geschah.“<sup>11</sup> Massive Repressionsmaßnahmen und Deportationen zwangen die Bauern in die Kooperativen, aber das „Primat der Ökonomie in letzter Instanz“ zeigte seine ganze Macht in der Abschächtung des Viehbestandes, durch die Gleichgültigkeit der Mitglieder der Kolchosen.

Die Abschächtung des Viehbestandes führte Stalin dazu, auch auf die Gefahr einer Untergrabung der Autorität der Sowjetmacht hin, lokale Funktionäre zu beschuldigen, die „vor Erfolgen vom Schwindel befallen“ seien, und wies jegliche Verantwortung von sich.<sup>12</sup> Die Zahl der Bauern, die sich an der Kollektivierung beteiligten, begann in der Folgezeit rasch zu sinken.

Hing der Stalinismus in der Zwischenkriegszeit in starkem Maße von direkter Repressionsgewalt ab, die sich sowohl gegen die Stadt- wie gegen die Landbevölkerung richtete; wurde später in der Stabilisierungsphase der Planwirtschaft der Arbeiterschaft auf der Basis von Paternalismus und Umverteilung besondere Sorgfalt zuteil. Während des gesamten Zeitraums blieb dagegen die Meinung vorherrschend, der Markt vertiefe soziale Unterschiede.

### **3. Die Entwicklung Rußlands auf dem Weg an die Peripherie oder ins Zentrum?**

Aus heutiger Sicht der Auflösung der Sowjetunion lohnt es sich, an Stalins Worte zu erinnern, die uns einer der Helden aus Rybakovs Roman „Die Kinder vom Arbat“ überliefert: „Der Tod löst alle Probleme. Entweder es bleibt niemand übrig, oder es gibt Probleme.“ Die Auflösung der Sowjetunion hat keines der beiden Probleme gelöst - weder das der Stellung der UdSSR im kapitalistischen Weltsystem noch das den Charakter von Wirtschaft und Gesellschaft in dieser Region betreffende Problem vor dem Hintergrund der Theorie von der asiatischen Produktionsweise. Einseitige Projektionen einer unweigerlichen Entwicklung von demokratischen und marktwirtschaftlichen Strukturen in den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion vernachlässigen erstens die Dynamik der Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems. Die gegenwärtigen Beziehungen von Dominanz und Abhängigkeit müssen nicht

ewig anhalten. Sie übersehen zweitens die Potentiale des Erbes der asiatischen Produktionsweise - der extensive und stagnative Charakter der Produktion hat wesentlich zur Stabilisierung des Systems beigetragen.

Der Charakter des sowjetischen Wirtschaftssystems ist in der Vergangenheit von zwei Faktoren abhängig gewesen: erstens von einem stalinistischen Modell der Wirtschaft und zweitens vom Primat des wirtschaftlichen Wachstums. Das stalinistische Modell hielt die ökonomische Entwicklung in den Fängen von Administration und Regulierung. Der Primat des wirtschaftlichen Wachstums lag ein Modell des extensiven Wachstums zugrunde. Die Erweiterung der Produktion wurde über einen höheren Einsatz an Arbeit, Kapital (bei gleichbleibender oder sich verschlechternder Kapitalintensität) und Bodenfläche im Produktionsprozeß erreicht. Zum Vergleich sei daran erinnert, daß in den USA 90 Prozent des Wirtschaftswachstums in diesem Jahrhundert auf der Basis des technologischen Fortschritts durch intensive Erweiterung erzielt worden sind. Die Entwicklung in den USA steht damit in einem absoluten Gegensatz zur Entwicklung in der Sowjetunion.<sup>13</sup>

Diese Merkmale von Wirtschaft und Gesellschaft der Sowjetunion stimmen vollständig mit der Perspektive der asiatischen Produktionsweise überein. Eine langsame, durch Stagnation gekennzeichnete Entwicklung, die einerseits ein Zurückbleiben gegenüber den entwickelten Ländern des Zentrums verursacht, gleichzeitig aber als wichtigstes Ziel die Stabilität der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung betont. Wenn diese Merkmale der asiatischen Produktionsweise ignoriert und Schlußfolgerungen für die Zukunft der UdSSR nur aus der Perspektive der Weltsystemtheorie gezogen werden, dürften diese Schlußfolgerungen unzutreffend sein. Es ist eine Tatsache, daß sich die UdSSR als „Weltreich“ aufgelöst hat, aber realistischere Weise kann daraus nicht geschlußfolgert werden, daß das Land sich zu einem Staat der Peripherie oder der Semiperipherie entwickeln wird, wenn wir die Potentiale des gegenwärtigen Rußland betrachten. In diesem Sinn vermögen die analytischen Hilfsmittel der Weltsystemtheorie kein realistisches Bild von der historischen und der künftigen Entwicklung in den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion zu zeichnen. „Was wird das Ergebnis der schwierigen Wandlungsprozesse in der Sowjetunion sein? ... Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden diese Wandlungsprozesse in manch einer Richtung von Erfolg gekrönt sein und in anderer Richtung fehlschlagen. Gorbachovs wichtigstes Ziel war die Modernisierung der Sowjetunion. Die Beseitigung des stalinistischen Systems und die Neubestimmung des Sozialismus stellte ein untergeordnetes eigenes Ziel dar, bildete aber in noch viel stärkerem Maße die Voraussetzung für die Verwirklichung des Hauptziels.“<sup>14</sup>

Solche Zukunftsprojektionen waren das Ergebnis der Vernachlässigung

der Beziehungen zwischen der Weltsystemtheorie und der Theorie der asiatischen Produktionsweise. Der unweigerlichen Auflösung des sowjetischen „Weltreichs“, die im Mittelpunkt der Weltsystemtheorie stand, stehen die Widerstandsfähigkeit der asiatischen Produktionsweise und eine nur unvollständige Transformation in Richtung einer westlichen Entwicklung auf den Feldern der Demokratie und der Marktwirtschaft gegenüber.

Die Vorstellungen über die Entwicklung in der ehemaligen UdSSR beruhen auf drei Hypothesen. Erstens: Die sowjetische Wirtschaft befindet sich in einem schlechten Zustand. Zweitens: Der Verlust Osteuropas beweist den schwindenden Einfluß der UdSSR auf Europa. Drittens: Der wachsende Nationalismus wird die Sowjetunion unweigerlich auseinanderbrechen lassen. Allein Rußland wird von dem früheren Weltreich übrig bleiben.<sup>15</sup>

In dieser Perspektive werden mehrere Szenarien entworfen, die zukünftige Ereignisse vorhersagen sollen.

1. Ein ziviler oder militärischer Putsch aus den Reihen der alten „Eliten“.
2. Extreme nationalistische Kräfte übernehmen die Macht in Rußland.
3. Linke Kräfte gelangen an die Macht, entweder durch einen politischen Vorstoß oder auf reguläre Weise mit Hilfe der Institutionen. Diese Kräfte sind daran interessiert, die politischen und wirtschaftlichen Reformen voranzubringen.
4. Populistische demokratische Revolution.
5. Eine Entwicklung frei vom ideologischen Erbe.

Die Ereignisse des Jahres 1990 waren dann eine Mischung aus all diesen Szenarien.

Die Richtigkeit der Weltsystemtheorie ist auf zweifache Weise bestätigt worden. Erstens durch die Vorhersage des Auseinanderbrechens des sowjetischen Weltreichs, zweitens durch die Vorhersage eines Wiederauflebens des russischen Staats.<sup>16</sup> B. Porter hat vor einigen Jahren festgestellt, daß die wahrscheinlichste Prognose für die Zukunft Rußlands nicht in seinem Zusammenbrechen und Verschwinden von der Weltbühne bestünde, sondern im Gegenteil in seiner Wiedereinsetzung als Supermacht, die ein konstantes Hindernis für die Interessen des Westens darstellen dürfte. Er schrieb: „Die Sowjetunion könnte in ein völlig neues System umgewandelt werden, oder in ihre einzelnen konstitutiven Teile aufgelöst werden. Unabhängig davon, was mit der Sowjetunion geschieht, wird Rußland bleiben und – weil es über die nötigen Voraussetzungen verfügt – wieder eine Weltmacht werden... Am Beginn des dritten Jahrtausends wird Moskau immer noch das Zentrum einer bedeutenden Macht sein. Diese Macht, die entweder kommunistisch, demokratisch oder autarkistisch sein wird, wird das gegenwärtige Territorium der

## Die GUS in den neunziger Jahren...

russischen Republik (drei Viertel der ehemaligen Sowjetunion) kontrollieren und wahrscheinlich auch die Ukraine, Belorußland und Kasachstan. Wenn es ihr gelingt, diesen „Slovenischen Kern“ zu behalten, wird sie nahezu 92 Prozent des Territoriums und 80 Prozent der Bevölkerung der ehemaligen Sowjetunion einschließen. Sie wird ebenso die Macht über den größten Teil des Potentials der Sowjetarmee behalten, welches das größte nukleare Arsenal der Welt und die bestausgerüstete Armee in Europa einschließt.“<sup>17</sup>

Aus der Sicht der Weltsystemperspektive war es relativ leicht, den Aufstieg des Nationalismus als gegen das Weltreich gerichtetes Element und die Auflösung dieses Weltreiches vorherzusagen. „Es ist schlecht, daß der Marxismus-Leninismus durch den russischen Nationalismus abgelöst werden wird, denn obwohl der Kalte Krieg zu Ende gehen wird, wird die Notwendigkeit, ein Gleichgewicht der Mächte aufrechtzuerhalten, bleiben.“<sup>18</sup>

Im Jahre 1835 hat Alexis de Tocqueville seine Arbeit „Demokratie in Amerika“ veröffentlicht. In seiner Analyse der Perspektiven Rußlands und Amerikas schrieb er: „Ihr Ausgangspunkt ist verschieden, verschieden ist ihr Weg; und doch, nach einem geheimen Plan der Vorsehung scheint jeder von ihnen berufen, dereinst die Geschichte der halben Erde zu lenken.“<sup>19</sup> Vor einigen Jahren ist B. Porter auf diese Feststellung zurückgekommen und meinte: „Heute, da viele Wissenschaftler Rußland zu einer zweitrangigen Macht degradieren und ihren Fall als unaufhaltsam und nicht korrigierbar einschätzen möchten, scheint es klug, an Tocquevilles Urteile zu erinnern.“<sup>20</sup>

Man sollte ebenfalls die Worte Winston Churchills im Kopf behalten: „Alle haben die Russen immer unterschätzt.“

- 1 Aus dem Englischen von Steffen Sammler.
- 2 Vgl. M. Jaksic, The Theory of Mode of Production and Changes in the International Economic Relations, in: Journal of Contemporary Asia 15 (1985) 3, S. 361-374; ders., Exploitation in the Model of Capitalism and Asiatic Mode of Production, in: ebenda 20 (1989) 2, S. 224-238; ders., Marx' Theory of Modes of Production: Problems of Colonialism and Underdevelopment, in: Marxian Theory and the Third World, hrsg. von D. Banerjee, Neu Dehli 1985; ders., Asiatic Mode of Production, Beograd 1991.
- 3 I. Wallerstein, Kapitalizam – istorijski sistem, Podgorica 1990; ders., Sovremeni sovjetski sistem, Zagreb o.J.
- 4 Vgl. Vgl. E. Balibar/I. Wallerstein, Rasse, Klasse, Nation – Ambivalente Identitäten, Hamburg 1990.
- 5 I. Wallerstein, Unthinking Social Science, Oxford 1992.
- 6 Vgl. B. O'Leary, The Asiatic Mode of Production, London 1989. Der neo-aristotelische Blick auf Asien, der auf dem Begriff des Despotismus beruhte, hat eine sehr wichtige Rolle in den Beziehungen zwischen Europa und Asien gespielt. Zwischen 1526 und 1550 sind 116 Ausgaben der Werke von Aristoteles in ganz Europa veröffentlicht worden.
- 7 P. Hirst, Law, Socialism and Democracy, Third Programme of Radio Belgrad, November 1989.

- 8 W. I. Lenin schrieb in der „Pravda“: „Wir müssen lernen, Demokratie mit eiserner Disziplin am Arbeitsplatz zu verbinden...“ Vgl. B. Moore, *Authority and Unequality under Capitalism and Socialism*, Oxford 1987.
- 9 Vgl. G. V. Plechanov, *Istorija ruskoj obscestvennoj mysli*, Moskau 1925.
- 10 Vgl. *Economic Philosophy of Stalinism*, hrsg. von M. Jakšić und D. Pirec (im Druck).
- 11 Ebenda.
- 12 M. Jakšić, *Stalinism in Historical Perspective*, in: *Iskusenja marksizma*, Beograd 1985.
- 13 S. Bialer, *Gorbachev's Programm of Change. Sources, Significance, Prospects*, in: *Political Science Quarterly* 103 (1988), S. 419-443.
- 14 Ebenda.
- 15 Ebenda.
- 16 B. Porter, *The Coming Resurgence of Russia*, in: *National Interest* 23 (1991), S. 14-24.
- 17 Ebenda.
- 18 E. H. C. d'Ercause hat früher argumentiert, daß die Sowjetunion nicht als einziges multinationales Reich immun gegenüber zentrifugalen Tendenzen existieren könne. Der Aufstieg der nationalistischen Gefühle würde explodieren und das Weltreich zerstören. Ein ähnliches Schicksal ereilte die ehemalige SFR Jugoslawien.
- 19 A. de Tocqueville, *Über die Demokratie in Amerika*, hrsg. von J.-P. Mayer, Stuttgart 1985, S. 216.
- 20 B. Porter (Anm. 15).

## **Kapitalismus, Kommunismus und die Glocken der Geschichte<sup>1</sup>**

When the bell tolls do not ask  
for whom it tolls - it tolls  
for you.  
*Ernest Hemingway*

### **I.**

Eine der häufigsten Reaktionen auf den Untergang des Kommunismus war - im Westen wie im Osten - die Überzeugung, daß von nun an nichts mehr den Fortschritt von Kapitalismus und Demokratie aufhalten könne. Die Grundlage dieser Vorstellung war einfach und zum Teil zutreffend: Kommunismus und Kapitalismus als die beiden Pole haben sich 74 Jahre lang gegenseitig bekämpft. Und so war es in der Substanz auch wirklich. Doch - warum „zum Teil zutreffend“? Weil neben dem wesenhaften Aspekt der Entwicklung jedes Systems mindestens zwei andere existieren - ein genetischer und ein funktionaler. Und hier sind die Beziehungen zwischen Kapitalismus und Kommunismus keineswegs so linear, manichäisch und eindimensional.

Es gibt in der Geschichte ein Paradoxon, das nicht nur nicht erklärt ist, sondern meines Erachtens auch völlig vernachlässigt wird. Kommunistische Ideen haben seit mehr als zwei Jahrtausenden existiert. Doch als distinktes gesellschaftliches und ökonomisches System nahmen sie nur in der Epoche des Kapitalismus als Antikapitalismus Gestalt an. Es gab niemals Antisklaverei oder Antifeudalismus als unterschiedene gesellschaftliche und ökonomische Systeme oder den Kommunismus als Antisklaverei- oder anti-feudales System. Historisch ist der Kommunismus als gesellschaftliches System Antikapitalismus, und nur Antikapitalismus. Das heißt aber, daß im Kapitalismus etwas liegt, was ihm die spezielle Eigenschaft verschafft, ein positives wie ein negatives soziales Antlitz zu haben. Worum handelt es sich?

### **II.**

Ein zentrales Merkmal des Kapitalismus ist der Widerspruch zwischen Wesen und Funktion des Kapitals selbst. Die wesensmäßigen und funktionalen

Aspekte des Kapitals unterscheiden sich voneinander, und es gibt auch keine Koinzidenz zwischen ihnen. Hegel war der erste, der das feststellte und in abstrakten Begriffen als logisches Problem analysierte. (So weit ich sehe, hat V. Krylov als erster, dieses Element des Hegelschen Denkens hervorgehoben).

Was bedeutet die Tatsache, daß die wesensmäßigen und funktionalen Aspekte des Kapitals nicht koinzidieren, und wie manifestiert sich dieses Charakteristikum?

Um in Marxschen Termini zu sprechen: auf der Ebene der Produktion wurde dieser allgemeine Widerspruch reflektiert im Widerspruch zwischen dem lokalen (regional im Nordatlantikraum) Charakter der Produktivkräfte und dem weltweiten (globalen) Charakter der Produktionsverhältnisse. Die Produktionsverhältnisse des Kapitalismus sind ökonomischer Natur. Ihre systembildenden Objekte sind nicht der Mensch oder Grund und Boden, sondern solche Objekte, in denen ein artifizielles Substrat die natürlichen dominiert (sei es in Gestalt der Industrie oder in Form spezieller sozialer Organisation, die die Vorherrschaft von vorindustriell akkumulierter Arbeit über die lebendige Arbeit sicherstellen). Die Aneignung dieses Objekts (bei normalem Funktionieren des *etablierten* Systems, d. h. nach dem Ende der Zeit der ursprünglichen Akkumulation) erfordert keine außerökonomischen Formen als Produktionsverhältnisse. Die Ausbreitung der Warenwirtschaft beruht auf der Herrschaft artifizierlicher, d. h. durch menschliche Arbeit geschaffener Produktionsfaktoren über natürliche, die immer lokal existieren, und hat die Welt als locus operandi. Deshalb ist das Kapital als soziales Verhältnis ein extralokales Phänomen. Doch diese *Extralokalität* war im größten Teil seiner Geschichte funktionaler Natur, im Widerspruch zum Kapital als Wesen, als spezifischer Prozeß der gesellschaftlichen Produktion. Der funktional globale Charakter des Kapitals als soziales Verhältnis, der mit dem Austausch zusammenfällt, erlaubte es einerseits, die funktionale Gestalt von Nichtkapital anzunehmen, wenn ihm nicht Lohnarbeit gegenüberstand, und andererseits, nichtkapitalistische Formen für die kapitalistische Ausbeutung zu schaffen, wo für die kapitalistische Produktionsweise keine Bedingungen herrschten. Deshalb gab es Ende des 19. Jhs. im kapitalistischen Weltssystem mehr nichtkapitalistische Formen als im 17. Jh.!

Eine andere Erscheinung der Nicht-Deckungsgleichheit von Wesen und Funktion des Kapitals trat im Auseinanderfallen des gesellschaftlichen Systems in Eigentum (Kapital) und Macht (Staat) zutage. In vorkapitalistischen Systemen war sozialer Zwang eingebettet in die - außerökonomischen - Produktionsverhältnisse. Der Ausbeuter steht hier als gleichzeitige Verkörperung von Eigentum und Macht dem Ausgebeuteten gegenüber. Daher bestand

## Kapitalismus, Kommunismus und die Glocken der Geschichte

kein Bedürfnis nach einer speziellen Institution für den Staat als System sozialen Zwangs. (Natürlich darf man den Staat als spezifische historische Institution nicht mit dem Herrschaftsapparat verwechseln, der lediglich eine bestimmte Technik der Macht verkörpert, unabhängig von seiner sozialen Qualität. Ein solcher Apparat ist ein Rückgrat; es gibt viele Lebewesen mit Rückgrat - Fische, Krokodile, Tiger, doch sie gehören zu verschiedenen Arten.)

Der Kapitalismus beruht auf ökonomischen Produktionsverhältnissen und steht vor dem Problem der Regulierung von nichtökonomischen und nichtproduktiven Verhältnissen zwischen wirtschaftlichen Akteuren, weil der Markt nur ökonomische Beziehungen reguliert, indem er diese von allen anderen unterscheidet. Spezielle Einrichtungen und Formen werden benötigt, die außerökonomische und nichtproduzierende Funktionen verwandeln - sei es Gewalt oder „sanfter“ gesellschaftlicher Zwang.

So ist (und hat) der Staat (Bürokratie, Politik) gesellschaftliche Funktion(en) des Kapitals als Substanz. Es ist kein Zufall, daß Machiavelli den Begriff „lo stato“ Ende des 15. Jhs. für den Aufstieg der „neuen Monarchien“ im Gegensatz zu den „alten“ (feudalen) Monarchien prägte.

### III.

Es ist offensichtlich, daß - erstens - die funktionale Kapitalisierung der Welt (die Welt wird ein Netzwerk von funktional kapitalistischen Beziehungen unabhängig vom Wesen des konkreten Produktionssystems) die wesenhafte hinter sich ließ; daß - zweitens - die Anpassung an die funktionale Kapitalisierung oder die Integration in diese zuallererst ebenso funktional war (manchmal bei sehr schwach entwickeltem oder beinahe inexistentem kapitalistischem Eigentum) - durch die Schaffung moderner Institutionen wie der staatlichen Bürokratie (zumindest der kolonialen), der Armee, der Kommunikationsbeziehungen, des Steuer- und Finanzsystems usw. Um mit dem wesentlichen Kern des modernen Weltsystems zu konkurrieren oder nur - wohl oder übel - in das moderne Weltsystem integriert zu werden, mußte jedes Territorium gewisse organisatorische Formen entwickeln (oder aufgezwungen bekommen), die nichts anderes als funktionale Formen des Kapitals sein können. Und je weiter es vom Kern, vom Zentrum des modernen Weltsystems entfernt ist, desto stärker ist die Funktion im Verhältnis zum Wesen, desto größer ist die Rolle der sozial organisatorischen Formen des Kapitals, das soziale Energie und soziale Information staatsähnlich, politisch und ideologisch (d.h. in unproduktiven Formen) nutzt.

All das bedeutet: Die Beziehungen zwischen dem Wesen und der sozialen Funktion des Kapitals können in verschiedenen gesellschaftlichen Zeiten und Räumen unterschiedlich sein. Beispielsweise widerspiegelt sich die Herrschaft des Wesens über die Funktion in der politischen Herrschaft der Zivilgesellschaft über den Staat in Gestalt der parlamentarischen Demokratie (in verschiedenen Varianten: Niederlande, Großbritannien, USA). Die Dominanz der Funktion über das Wesen in einer Sphäre des gesellschaftlichen Lebens - der Politik - liegt in autoritären Regimes vor (Bonapartismus). Wenn die Funktion (Staat, Partei oder Staatspartei wie in Hitlerdeutschland oder in Mussolinis Italien) das Wesen (das Kapital) und die Gesellschaft insgesamt in allen Bereichen einschließlich von Teilen der Wirtschaft beherrscht, handelt es sich um „Totalitarismus“. (Ich setze das Wort in Anführungszeichen, da „Totalitarismus“ ein verschwommener Begriff ist; gewöhnlich spreche ich von Nationalsozialismus, doch hier verwende ich den Terminus „Totalitarismus“, um zwischen dem konkreten Fall und der allgemeinen Form der Dominanz der Funktion über Kapital und Gesellschaft in allen Bereichen zu unterscheiden).

Beide, Autoritarismus und Totalitarismus, entwickeln sich innerhalb des kapitalistischen Systems; sie zerschlagen es nicht, sondern vertauschen nur (zeitweise) Wesen und Funktion. Der autonome Charakter der sozialen Funktion des Kapitals schafft nun aber logisch und historisch die Möglichkeit eines vollkommenen Bruchs zwischen Funktion und Wesen; die Funktion negiert vollständig ihr Wesen, das Wesen wird völlig aufgehoben und die Funktion wird zur einzigen existierenden Substanz. Das ist beim Kommunismus der Fall, der eine absolut funktionale Machtordnung ist.

Die Verschiedenheit von sozialer Funktion und Wesen des Kapitals und deren institutionelle Fixierung ermöglicht es dem Kapitalismus logisch, in zweierlei Gestalt, in positiver/wesenhafter und negativer/funktionaler Form zu existieren. Im modernen Weltsystem gibt es folglich, im Prinzip, Raum für eine antikapitalistische Zone, der von Rußland in Gestalt der kommunistischen Ordnung bzw. der Sowjetunion besetzt wurde (warum dies gerade in Rußland geschah, ist eine spezielle Frage, die die Thematik meines Beitrages übersteigt).

Dieser Widerspruch zwischen Wesen und Funktion des Kapitals, der in vorkapitalistischen Formen nicht existierte, ist der Grund für die Tatsache, warum in der antiken Sklavenhaltergesellschaft Antisklaverei als unterschiedenes gesellschaftliches System und in der Feudalgesellschaft Antifeudalismus unmöglich waren. (Es waren nur solche Fälle möglich, die sich jenseits dieser Ordnungen ansiedelten, seien es die Schweizer Kantone oder die Kosakengebiete an der Südgrenze Rußlands.)

## Kapitalismus, Kommunismus und die Glocken der Geschichte

Einige Gelehrte konnten der Versuchung nicht widerstehen und erklärten den Kommunismus als Wiedergeburt vorkapitalistischer Ordnungen - sei es des Feudalismus oder der asiatischen Produktionsweise. Obwohl der Kommunismus oberflächlich an manche vorkapitalistische Merkmale erinnern mag, hat er genetisch und substantiell nichts mit irgendeiner vorkapitalistischen Form zu tun. Erstens ist er eine Industriegesellschaft. Zweitens ist er eine Negation des Kapitalismus, das heißt, er ist ein kapitalistisches (wenngleich negatives) Phänomen. Drittens hatte der Kommunismus als Negation des Kapitalismus die Einheit von Macht und Eigentum nicht als gesellschaftliche Ausgangssituation, sondern als historisches Ergebnis einer bestimmten Entwicklung innerhalb des kapitalistischen Systems. Viertens steht der Kommunismus als Negation des Kapitalismus logischerweise wenn nicht weiter von vorkapitalistischen Gesellschaften entfernt als der Kapitalismus selbst, so doch zumindest auf der anderen Seite des Kapitalismus.

Dieser Beitrag befaßt sich nicht mit der inneren Natur des Kommunismus.<sup>2</sup> Um aber Verwirrung zu vermeiden, möchte ich kurz einige Dinge erklären. Der Kommunismus war dergestalt eine Lösung des Widerspruchs zwischen Funktion und Wesen des Kapitals, daß er diese funktionalen Aspekte - soziale und geistige - zu systembildenden Objekten des Eigentums machte. Der Kommunismus löste den zentralen Widerspruch des Kapitalismus nicht auf der Ebene der materiellen Produktion, sondern auf der Ebene der gesellschaftlichen und politischen bzw. ideologischen Formen. Doch als Negation des Kapitalismus transformierte der Kommunismus diese Formen von der Politik und Ideologie in die Produktionsverhältnisse hinsichtlich der gesellschaftlichen und geistigen Faktoren der Produktion. Unter diesem Gesichtspunkt bedeutet Kommunismus die Verwandlung von Politik und Ideologie in produktive Faktoren, da er sie zu funktionalen Produktionsverhältnissen macht. Hier steht der Kommunismus dem Totalitarismus entgegen (d.h. Deutschland und Italien in den dreißiger Jahren), der ein kapitalistisches Phänomen ist. Der Grund für die Überbetonung sozialer und geistiger Faktoren im Kommunismus war nicht die Tatsache, daß dort ein hohes materielles Niveau erreicht war, sondern im Gegenteil, diese „Produktivisierung“ von nichtmateriellen, außerökonomischen Faktoren diente einzig dazu, materielle Produktionsfaktoren zu entwickeln (vor allem die Industrie zu schaffen).

### IV.

Was bedeutet der Fall des Kommunismus für den Kapitalismus - den Beginn einer glänzenden und beinahe immerwährenden glücklichen Zukunft ohne

geschlagenen (oder toten) Feind oder etwas anderes, schlimmeres?

Um diese Frage zu beantworten, sollten wir eine andere aufwerfen - die Frage nach dem Zeitpunkt des Erscheinens des Kommunismus. Er trat nicht im 18. Jh. hervor, im vor- oder frühindustriellen Kapitalismus. Er entstand im 20. Jh., als die „industrielle Revolution“ vorüber war, als sich die industriellen Produktivkräfte nicht nur etabliert hatten, sondern auch ein Niveau der organisierten Autonomie der Funktion voraussetzten, das über die bestehenden politischen Formen hinausging und eine Veränderung in den Beziehungen zum Wesen verlangte. (Dies widerspiegelte sich in der Krise des „sich selbstregulierenden Marktes“ und seiner Institutionen und im Niedergang der britischen Hegemonie im modernen Weltssystem Ende des 19. Jhs.)

In zugespitzter und offener Form (die eine offene und oft eine zugespitzte Lösung erfordert) manifestiert sich der Widerspruch zwischen Wesen und Funktion des Kapitals nur im reifen - unter dem Gesichtspunkt der materiellen Produktion gesunden und kräftigen - Industriekapitalismus. Für den Kapitalismus war das die Zeit zwischen 1860/70 und 1960/70, im vorindustriellen Kapitalismus ist die Vorherrschaft der Funktion über das Wesen ein Resultat der schwachen Entwicklung des Kapitals selbst - sei es im Absolutismus und Ancien Régime oder im Bonapartismus. In beiden Fällen ist die Dominanz der sozialen Funktion des Kapitals im breitem Maße in der politischen Sphäre möglich. Ein Versuch, dieses Einflußgebiet zu vergrößern, hatte im vorindustriellen Kapitalismus keine reale Basis, insofern dieser eine wirklich signifikante Differenzierung von Wesen und Funktion als historisches Entwicklungsergebnis (nicht als historische Ausgangssituation) nicht erlaubte. Das ist einer der Hauptgründe, warum die Jakobiner scheiterten und in der Geschichte als Modell für Entstehung von Totalitarismus und Kommunismus gleichermaßen verblieben.

So konnte die Möglichkeit einer drastischen Veränderung in den Beziehungen zwischen gesellschaftlicher Funktion und Wesen des Kapitals in der Periode des reifen Industriekapitalismus Raum greifen, die Ende des 19./Anfang des 20. Jhs. einsetzte. Und es ist kein Zufall, daß das 20. Jh. (das in Wirklichkeit ein Jahrhundert des funktionalen Kapitalismus oder des Triumphes der sozialen Funktion des Kapitals und seitdem das sozialistische Jahrhundert ist) drei neue historische Subjekte hervorbrachte, die die Welt wie Goyas Kolosse des Grauens überragen und die dominante Funktion verkörpern: Kommunismus, Faschismus und nationale Befreiungsbewegungen. (Das 20. Jhr. erlebte auch den Aufstieg verschiedener Schattenseiten der sozialen Funktion des Kapitals, sozusagen eine Überfunktion: Geheimdienste und organisiertes Verbrechen.) Und als der Faschismus als eine Form der

## Kapitalismus, Kommunismus und die Glocken der Geschichte

Diktatur der Mittelklasse besiegt war, wurde sein funktionaler Platz im Westen vom Wohlfahrtsstaat als einer sanften Form der Diktatur der Mittelklasse übernommen, genauer gesagt, der Diktatur der „sozialistischen Bourgeoisie“. Diesen Terminus verwende ich für die gesamte Gruppe der westlichen Bevölkerung, die kein Kapital besitzt und das Lebensniveau der Mittelklasse-Bourgeoisie durch die und von der umverteilenden Sozialpolitik (die in diesem Sinn sozialistisch ist) des Staates auf Kosten des privaten Sektors erreichte.

Das hauptsächliche und stärkste dieser funktionalen Subjekte war natürlich der Kommunismus, und ich denke, die Tatsache, daß er, als er aufkam, als ein gesellschaftliches System auftrat, zeigt: Der Kapitalismus mußte eine „doppelte Masse“ haben, wovon ein Teil nicht kapitalistisch ist.

### V.

Weiter oben sprach ich über nichtkapitalistische ökonomische Formen, die durch das Kapital selbst in der Peripherie und Semiperipherie des modernen Weltsystems konserviert oder geschaffen wurden. Doch das Kapital nutzte nichtkapitalistische (vorkapitalistische) Formen auch in seinem Zentrum. J. Schumpeter machte darauf aufmerksam, als er sagte, daß durch die Zerstörung des präkapitalistischen Gesellschaftsrahmens, der die institutionelle Ordnung der feudalen Welt zerbrach, der Kapitalismus „nicht nur die Schranken [niederriß], die seinen Fortschritt hemmten, sondern auch Strebepfeiler, die seinen Einsturz verhinderten“.<sup>3</sup>

Ich denke, es ist kein Zufall, daß die nichtkapitalistische Konstante, der nichtkapitalistische Teil der „doppelten Masse“ des Kapitalismus sich in Gestalt der kommunistischen Zone, des einzigen wirklichen Weltreiches herauskristallisierte, genau zu der Zeit, als die Überreste der alten Ordnung in Europa untergingen. Vielleicht erfüllte der Kommunismus, ebenso wie der Faschismus und der Wohlfahrtsstaat, neben anderem für das Kapital die Funktion, die das Ancien Régime im 17. und 18. Jh. ausübte: eine Funktion, die während der kurzen glücklichen Zeit des „substantiellen Kapitalismus“ im 19. Jh. nicht so sehr nötig war? Der Kommunismus in offener und direkter Form, Totalitarismus, Wohlfahrtsstaat und nationale Befreiungsbewegung (jeder von diesen unterschiedlich) in weniger offener Form lösten im modernen Weltsystem auf nichtproduktivem Wege und außerhalb der Sphäre der materiellen Produktion ein Problem, das das Kapital selbst (als ein realer Produktionsprozeß) in diesem Bereich in seiner industriellen Gestalt nicht lösen konnte. So ging es 50-70 Jahre, doch dann, für die Beobachter plötzlich

und unerwartet, starben sie in den achtziger Jahren zusammen. Die Sackgasse und der Verlust irgendwelcher Aussichten für die Dritte Welt als der „materialisierten“ Form nationaler Befreiungsbewegungen, der Niedergang des Wohlfahrtsstaates und der mit ihm verbundenen öffentlichen Eliten, der kommunistischen Parteien und der „sozialistischen Bourgeoisie“, und natürlich der Untergang des Kommunismus kamen gleichzeitig. Warum? Was ist geschehen? Gibt es irgendeinen und alleinigen Grund dafür? Ich denke ja. Dieser Grund ist die wissenschaftliche-technische Revolution und die ökonomischen, sozialen und politischen Veränderungen, die sie zur Folge hat.

## VI.

Im Gegensatz zum industriellen System der Produktivkräfte, das auf der Vorherrschaft materieller über die gesellschaftlichen und geistigen Produktionsfaktoren beruht und die Dominanz des Wesens über die Funktion auf der Ebene des wirklichen kapitalistischen Produktionsprozesses widerspiegelt, setzt das Produktivkräftesystem der wissenschaftlich-technischen Revolution die Vorherrschaft funktionaler Elemente innerhalb der Produktion selbst voraus (von Energie, Information, von gesellschaftlichen und geistigen Faktoren über die materiellen Faktoren im realen Produktionsprozeß).

In der Tat löste die wissenschaftlich-technische Revolution den Hauptwiderspruch des Kapitalismus auf der Ebene der realen Produktion, den Widerspruch, der die Achse des Kapitalismus bildete, zwischen wesenhaften und funktionalen Elementen des Systems. Das Wesen des Systems selbst wurde funktional! In gewisser Weise erzeugte die wissenschaftlich-technische Revolution dasselbe Ergebnis wie der Kommunismus. Aber sie erreichte es nicht durch einen Versuch, den Entwicklungsrückstand materieller Produktionsfaktoren und substantieller Aspekte des Kapitals auf dieser negativen Basis zu kompensieren, sondern auf der Grundlage eines extrem hohen Entwicklungsniveaus von materiellen Produktionsfaktoren, die ihre eigene Grenze erreichen, also auf positivem Wege.

Indem er die gesellschaftlichen und geistigen organisatorischen Produktionsformen überbetonte, neu kombinierte und transformierte, konnte der Kommunismus in der materiellen Produktion mit dem Industriekapitalismus konkurrieren. Doch mit dem postindustriellen Kapitalismus konnte er nicht wetteifern, der auf der Dominanz derselben Produktionsfaktoren wie der Kommunismus beruhte, aber nicht außerökonomisch, sondern ökonomisch in der produzierenden Form war. Hier wurde nicht nur die Kluft dauerhaft,

## Kapitalismus, Kommunismus und die Glocken der Geschichte

sondern deren Permanenz verwandelte sich zur Unmöglichkeit der Existenz des Kommunismus als eine negative funktionale Form des Kapitalismus in der Welt des positiven postfunktionalen Kapitalismus. Diese logische Unmöglichkeit auf der Ebene des modernen Weltsystems fiel zusammen mit der inneren Logik und Geschichte des kommunistischen Systems selbst, die den „seltsamen und schnellen Tod des Kommunismus“ hervorrief.

Aber ist positiver postfunktionaler Kapitalismus Kapitalismus? Ja, er ist noch Kapitalismus, doch ich denke, ein sterbender. Soziale Systeme vergehen, sobald sie ihr soziogenetisches Programm verwirklichen und erschöpfen und die zentralen Widersprüche beseitigen, die sie stützten. Das antike Sklavensystem nahezu ohne Sklaven und Sklavhalter, aber mit Kolonen und der Masse der armen freien Bevölkerung - das ist eine Lösung des sozialen Hauptwiderspruchs des Sklavensystems. Doch es ist bereits das absterbende Sklavensystem. Dasselbe gilt für den Feudalismus des späten 14./frühen 15. Jhs., und auch für den Kapitalismus des ausgehenden 20. und beginnenden 21. Jhs.

Während vierer Jahrhunderte war die Entwicklung des kapitalistischen Systems bestimmt durch den Widerspruch zwischen Wesen und Funktion, und von diesem leiteten sich alle anderen Widersprüche ab, sei es Klasse gegen Klasse, Staat gegen Klasse usw. Die gesamte Geschichte und Entwicklung des Kapitalismus ist die Geschichte von Versuchen, eine Lösung dieses Widerspruchs zu finden. Die Heftigkeit der Versuche nahm mit der wachsenden Verschärfung dieses Widerspruchs zu, der manchmal zu Krisen führte - zur Krise des Ancien Régime im letzten Drittel des 18. Jhs., zur Krise des „wesenhaften“ Kapitalismus im letzten Drittel des 19. Jhs. und zur Krise der „funktionalen“ kapitalistischen Welt im letzten Drittel des 20. Jhs. So ist die Geschichte des Kapitalismus in Wirklichkeit die Geschichte seiner Funktionalisierung (Desubstantialisierung). Doch es gibt einen bestimmten *point of no return*. Ich denke, die wissenschaftlich-technische Revolution ist ein solcher Punkt.

Dieser Artikel handelt nicht von der Zukunft des Kapitalismus. Aus diesem Grund weise ich hier nur kurz auf die drei Tendenzen hin, die mir als Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Revolution eindeutig erscheinen. Erstens, die Welt der wissenschaftlich-technischen Revolution ist eine dezentralisierte Welt. Die Einheit der Welt vor der wissenschaftlich-technischen Revolution gründete sich auf die Tatsache, daß die industriellen Produktivkräfte, da sie regional (lokal) waren, in jenem Gebiet konzentriert waren, das als Zentrum der Welt galt. Die Produktivkräfte der wissenschaftlich-technischen Revolution können dagegen überallhin versetzt werden.

auch dorthin, wo die Entwicklung von Industrie bisher unmöglich war. Es muß mehrere Zentren geben, mehrere geokulturelle Zonen (um den Begriff von Immanuel Wallerstein zu benutzen) oder geokulturelle Blöcke mit ihrem jeweiligen Kern, mit Semiperipherie und Peripherie. Stärke und Gewalt scheinen eine viel größere Rolle zu spielen als die Wirtschaft, wenn es darum geht, wer oder was zum Zentrum aufrückt. All das bedeutet, daß das moderne Weltsystem sichtbar dabei ist, seine gegenwärtige Einheit - im Weltmaßstab - zu verlieren, und dieser Prozeß verläuft nicht eben sehr friedlich.

Zweitens, der Staat als Institution ist der Welt der wissenschaftlich-technischen Revolution inadäquat:

1. Er ist eine soziale Funktion des Kapitals - doch nun ist diese soziale Funktion eingebaut in Struktur und Organisation der Produktion selbst; die funktionale Integration in großräumige Strukturen wird auf der Ebene der Produktion erreicht.

2. Der Staat war, unter anderem, eine Form der Lösung des Widerspruchs zwischen dem regionalen Charakter der industriellen Produktivkräfte und dem globalen Charakter der Produktionsverhältnisse. Nun aber, da die Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in dem Sinne „homogenisiert“ sind, als sie beide funktionale Prozesse sind, besteht kein so starkes Bedürfnis nach dem Staat als einer speziellen Institution. Wenn das moderne Weltsystem von geokulturellen Blöcken untergraben wird, so wird der Staat unterminiert von lokalen Einheiten (Provinzen usw.). Seither gibt es einen neuen Separatismus (die lombardische „Lega Nord“ ist das erste Phänomen dieses Typs).

3. Die Welt der wissenschaftlich-technischen Revolution braucht keine Arbeiterklasse und keine große Mittelklasse (die „sozialistische Bourgeoisie“). Beide Gruppen sterben aus. Ihr Platz wird von einer großen Gruppe eingenommen, deren einziges gesellschaftliches Charakteristikum darin zu bestehen scheint, eine „sozial organisierte Bevölkerung“ zu sein. Als Ergebnis der Fusion von Teilen der sich auflösenden Arbeiter- und Mittelklasse ist diese Gruppe eine mittlere Gruppe in dem Sinne, daß ihr Platz zwischen einem umfassenden Teil der sozial unorganisierten Bevölkerung und den Eliten liegt. Dieser Prozeß ist überall sichtbar - in Großbritannien wie in Indien, in Frankreich wie in Brasilien. Und auch in Rußland.

Wenn wir die Sowjetunion der letzten zehn bis fünfzehn Jahre betrachten, können wir feststellen, daß das kommunistische System, das funktionaler ist als der „funktionale“ Kapitalismus, in mehrfacher Hinsicht viele Unruhen früher und schärfer erlebte als der Kapitalismus, der noch Sicherheitsventile in der kapitalistischen Substanz und ihren Institutionen hatte, einschließlich der „kleinen Annehmlichkeiten“ des täglichen Lebens, deren Verlust manch-

## Kapitalismus, Kommunismus und die Glocken der Geschichte

mal viel schwerer zu ertragen ist als irgendetwas anderes. Die genannte „mehrfache Hinsicht“ sind der Untergang des kommunistischen Zentrums, die Dezentralisierung des Sowjetreiches, die ungleiche gesellschaftliche Polarisierung einschließlich des Abstiegs mancher früher besser gestellten Teile der Gesellschaft.

### VII.

Es gibt auch noch eine andere Ähnlichkeit - eine geopolitische: Die sowjetische Hegemonie begann in ihrem Teil der Welt, im sozialistischen Lager und in ihren Einflußgebieten in der (nahen und fernen) Dritten Welt zur selben Zeit zu sinken, wie der Niedergang der US-Hegemonie im modernen Weltsystem einsetzte. Und etwas früher: Die Sowjetunion hatte beispielsweise ihren ersten Nord-Süd-Krieg zwölf Jahre eher als die USA.

Der Zerfall der Sowjetunion, die Wiedereingliederung Rußlands in die Strukturen der Weltwirtschaft und ihre partielle Demilitarisierung (zusammen mit demselben Prozeß in den USA) sind nach meiner Auffassung zusätzliche Anzeichen für die Tatsache, daß das moderne Weltsystem (die kapitalistische Welt) in den siebziger und achtziger Jahren den *point of no return* überschritt.

Rußland/die Sowjetunion spielte eine sehr eigenständige Rolle im Kampf um die Hegemonie im modernen Weltsystem, eine Rolle, die entweder nicht beachtet oder vernachlässigt wurde.

Viele Wissenschaftler, die verschiedene methodische Ansätze verfolgen - ob sie die Zyklen der politischen Führung oder der Kriege oder die Zyklen von Hegemonie untersuchen -, zeichnen folgendes Bild des Kampfes um Hegemonie: Die Seemacht schlägt immer die Landmacht in „dreißigjährigen“ Hegemoniekriegen (Napoleonische Kriege, Eurasische Kriege 1914-1945) und wird zur neuen Führungsmacht. So besiegte Großbritannien Frankreich und die USA Deutschland. Weltsystem-Analytiker verweisen überdies auf die Rolle des früheren Hegemons: Er ist immer auf der Seite des späteren Hegemons (so die Niederlande mit Großbritannien gegen Frankreich; Großbritannien mit den USA gegen Deutschland). Man muß kein Russe sein, um zu fragen: Hat Großbritannien Frankreich besiegt? Wo hat es gesiegt? In England? In Europa? Haben die USA Deutschland zweimal besiegt?

Die Logik „Seemacht gegen Landmacht“ erinnert mich an eine Anekdote. Der Ehemann kommt von der Arbeit nach Hause und erzählt seiner Frau, daß er, ein einfacher Ingenieur, heute zum Minister ernannt wurde und ab morgen diese Funktion auszuüben hätte. Als sie zu Bett gahen, sagt die Ehefrau zu ihm:

„Du bist ein unglaublich glücklicher Mensch! Du bist nur ein einfacher Ingenieur und gehst zu Bett mit eines Ministers Ehefrau.“ Tatsache ist, daß in der Geschichte des Kampfes um Hegemonie Seemächte niemals Landmächte besiegten. Die Landmächte wurden besiegt von einem Bündnis aus Seemacht und einer anderen Landmacht, von dieser doppelten Überlegenheit, die das Ergebnis des Kampfes zu 90 Prozent vorhersagbar machten. Diese „andere Landmacht“, die eine siegreiche Überlegenheit garantierte, war immer Rußland/die Sowjetunion. Rußland besiegte Napoleon und Hitler; Rußland pflasterte 1915 den Weg für den Sieg der Entente. Unter diesem Gesichtspunkt war Rußland zuerst immer das Zünglein an der Waage der Hegemonie. Für Rußland war es natürlich, sich im Krieg um die Hegemonie mit einer Seemacht zu verbünden. Als Landmacht und zugleich als nicht fest integriertes Element des modernen Weltsystems hatte Rußland eine Landmacht zu fürchten, die um die Hegemonie innerhalb dieses Systems stritt und sich mit ihrem Antipoden verband, einer Seemacht. Doch wenn der Krieg vorüber war, brach der Sieger gewöhnlich die Allianz, um das Gleichgewicht zu wahren, während Rußland in die Richtung des früheren Feindes driftete (Frankreich im 19. Jh., Deutschland im 20. Jh.).

Die Militarisierung Rußlands/der Sowjetunion bei gleichzeitiger Entfernung von vollständiger Integration in das moderne Weltsystem oder sogar die Opposition zu diesem war nicht nur ein russisches/sowjetisches Merkmal, sondern auch die Funktion Rußlands/der Sowjetunion im Weltsystem des Kapitalismus. Und wenn Rußland nun in dieses System reintegriert und teilweise auch entmilitarisiert wird, heißt das, daß sich eine bedeutende Transformation des und im kapitalistischen System(s) vollzieht, daß etwas beendet wird. Mir scheint, der gesamte Mechanismus des Kampfes um die Einzelhegemonie in der Welt (als einziges System) ist zusammengebrochen.

Als schwaches Glied (negative sind immer schwächer als positive) der kommunistischen Ordnung fiel die Sowjetunion als erste der globalen Transformation des Kapitalismus zum Opfer. Nicht der Kapitalismus besiegte den Kommunismus, sondern die Geschichte besiegt den Kapitalismus, und die schwächsten Blöcke seines Weltsystems, die schwächsten Mauern werden gesprengt.

## VIII.

Die Glocken der Geschichte läuten für den Kapitalismus, und der Untergang des Kommunismus bedeutet nur, daß das kapitalistische System nicht so stark,

## Kapitalismus, Kommunismus und die Glocken der Geschichte

jung und gesund ist, daß es ohne zwei Stützen auskäme. In der Tat, das kommunistische Weltimperium war ein zusätzlicher Pfeiler (trotz des Kalten Krieges, der in Wirklichkeit eine spezielle Form der Kooperation zwischen Kapitalismus und dem Imperium war). Es ist keine Überraschung: Man kann sich nur auf etwas stützen, das Bestand hat. Der Höhepunkt des modernen Weltsystems wurde mittels der „doppelten Masse“ des Kapitalismus-Kommunismus erreicht.

Der kapitalistisch-kommunistische Dualismus war der ultimative Ausdruck des zentralen - vitalisierenden - Widerspruchs des Kapitalismus. Ohne Widersprüche gibt es kein Leben und keine Geschichte. Zum Beispiel löste der Kommunismus verschiedene zentrale Widersprüche der autokratischen russischen Gesellschaft - und in diesem Sinne beendete er seine Geschichte. Daher besteht eine der Hauptaufgaben nun darin, Kommunismus und Zarenreich nicht als gegensätzliche Wesen zu studieren, sondern als aufeinanderfolgende Phasen einer einzigen historischen Entwicklung. Dasselbe gilt für den Kommunismus und den Kapitalismus als Elemente des modernen Weltsystems.

Aber hierin liegt ein Paradoxon. Wir sollten beide zusammen studieren, nun, da das moderne Weltsystem selbst seine innere Einzigartigkeit, seine immanente Einheit zu verlieren scheint. Nur zwanzig Jahre sind vergangen, seit Immanuel Wallerstein den bahnbrechenden ersten Band von „The modern world-system“ schrieb, und in diesem Zeitraum sind bestimmte wichtige Aspekte der Einheit der Welt unterminiert worden. Das Buch selbst wurde Anfang der siebziger Jahre geschrieben, am Beginn der wissenschaftlich-technischen Revolution, jenem Prozeß, der der gesellschaftliche ‚Terminator‘ des modernen Weltsystems zu sein scheint. Es wurde in den frühen siebziger Jahren geschrieben, als für den Kapitalismus gerade die ersten Glocken der Geschichte zu läuten begannen. Es ist keine Überraschung: „Die Eule der Minerva fliegt in der Nacht.“ Das heißt, die Menschen beginnen die Dinge zu verstehen, wenn sie historisch vorbei oder fast vorbei sind. Das modern-world-system, das sowohl die Analyse wie auch das Monument des sich auflösenden Weltsystems ist, bestätigt diese Regel.

- 1 Aus dem Englischen von Heiko Röhnstein und Matthias Middell.
- 2 Zu diesem Punkt vgl. A. Fursov, *Cratocracy*, in: *Socium*, Moskau 1991, nos. 8-12; ebenda 1992, nos. 1-8; ders., *The rise and fall of Perestroika*, in: ebenda 1992, nos. 9-12; 1993, nos. 1-3.
- 3 J. A. Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Tübingen/Basel 1993, S. 225f.

## Weltsystemtheorie oder Internationale Politische Ökonomie?

Über den Stand der entwicklungstheoretischen Diskussion der letzten Jahrzehnte ist durchaus Unterschiedliches zu vernehmen: Steht für die einen das ‚Scheitern der großen Theorien‘ aufgrund der unterschiedlichen Entwicklungsdynamiken und daraus resultierender großer Uneinheitlichkeit einzelner Länder und Regionen fest, die man nicht mehr mit einer einzigen ‚Großtheorie‘ adäquat erfassen könne,<sup>1</sup> so sprechen andere zwar von einer Theoriekrise mit wissenschaftsimmanenten (z.B. überzogene Erklärungsansprüche, allgemeine Theoriebildung trotz partiellen Erkenntnisinteresses, Verabsolutierung bestimmter Aspekte von Entwicklung, Nichtzurkenntnisnahme konkurrierender Theorieansätze) und realpolitischen Ursachen (z.B. Differenzierungsprozesse in der ‚Dritten Welt‘, generelle Krise des Fortschrittsbegriffs), glauben aber, daß die ‚Totenscheine‘ angesichts der Renaissance von Modernisierungs- und Dependenztheorien zu früh ausgestellt worden seien.<sup>2</sup> Wieder andere plädieren - explizit gegen konservative und liberale Entwicklungsstrategien gerichtet - angesichts *einer* politisch, ökonomisch, sozial und ökologisch vielfältig verbundenen und interdependenten Weltgesellschaft erneut für den Entwurf einer ‚großen Theorie‘, um überhaupt weltgeschichtliche Entwicklungsprozesse erfassen und der weitverbreiteten theoretischen Resignation und dem politischen Zynismus begegnen zu können.<sup>3</sup>

Doch existiert nicht in Form der Wallersteinschen Weltsystemtheorie eine solche ‚Großtheorie‘, die sich sowohl von der alten Dependenz- wie auch von der noch älteren Modernisierungstheorie abhebt und die allgemeinen Krisenprozesse erstaunlich gut verarbeitet hat? Liegt hier nicht ein Versuch vor, weltgeschichtliche Entwicklung als Bündel aufeinander bezogener Prozesse in unterschiedlichen Regionen und gesellschaftlichen Sphären zu begreifen? Kann nicht gerade die Weltsystemtheorie den Aufstieg von Staaten Südostasiens einerseits und den Abstieg von Staaten Afrikas andererseits und die verschiedenen Hegemoniephasen im internationalen System konsistent erklären? Läßt sich nicht der Übergang der ehemals realsozialistischen Länder zu marktwirtschaftlich-kapitalistischen Verhältnissen als Peripherisierungsdruck sehen, und war es nicht die Weltsystemtheorie, die immer von der Unmöglichkeit des Sozialismus im modernen kapitalistischen Weltsystem ausgegangen

## Weltsystemtheorie oder Internationale Politische Ökonomie?

war? Sind schließlich nicht Rassismus und Sexismus konstitutive Elemente der Moderne und im Denken von Weltsystemtheoretikern?

Im folgenden soll ausgehend von den Absichten der Weltsystemtheorie gezeigt werden, daß die angedeutete Überlegenheit ihrer Erklärungen nur unter Ausklammerung beträchtlicher logischer Inkohärenzen und theoretisch-argumentativer Widersprüche sowie einer außerordentlichen Simplifizierung der (geschichtlichen) Realität postuliert werden kann. Gleichsam soll jedoch das kritische Anregungspotential herausgearbeitet werden, das in den Varianten der Weltsystemtheorie steckt. Am Ende des Beitrags soll schließlich versucht werden, wichtige Elemente einer ‚internationalen Politischen Ökonomie‘ zusammenzubringen, aus denen vielleicht eine neue Metatheorie, zumindest aber ein ausführliches Analyseraster zur Erklärung weltgeschichtlicher Prozesse erwachsen könnte.

Die Weltsystemtheorie Immanuel Wallersteins, wie sie in mehreren Bänden zur Entwicklung des Kapitalismus seit dem 16. Jh. sowie in verschiedenen Aufsätzen dargelegt ist,<sup>4</sup> läßt sich theoriegeschichtlich im Schnittpunkt von Historie, Ökonomie, Politik und Soziologie verorten: Was die Historiographie angeht, so ließe sich die Weltsystemtheorie zunächst allgemein in ein sozial- und wirtschaftsgeschichtliches Umfeld einbetten. Pate gestanden haben hier insbesondere die großen geschichtlichen Entwürfe der auf umfassende historische Betrachtungsweisen und Integration diverser Strömungen zielenden französischen ‚Annales‘-Schule. Ihre konzeptionell zwar eher eklektisch-ambivalenten, aber immer induktiv-empirischen Studien rückten kollektive Entwicklungsprozesse und dauerhafte sozioökonomische Strukturen unterhalb politischer Ereignisgeschichte in den Mittelpunkt des Interesses.<sup>5</sup> In politikwissenschaftlicher Hinsicht kann die Weltsystemtheorie als ein Zweig der Internationalen Beziehungen gesehen werden. Dort steht sie neben Idealismus, (Neo-)Realismus und Neomerkantilismus, zu denen sie teils in Gegensatz steht, teils auch Überschneidungen aufweist. So führt etwa eine Entwicklungslinie vom Idealismus auch zu globalistischen Positionen der Weltsystemtheorie; mit realistischen Positionen teilt der Wallerstein-Ansatz etwa die Bezugnahme auf das internationale System als Nullsummenspiel.<sup>6</sup> Soziologisch eingeordnet werden kann die Weltsystemtheorie sowohl in die Entwicklungsländersoziologie wie auch in die historische Soziologie. Im ersten Fall stünde sie in der Tradition der Dependenztheorien, hier insbesondere der Variante von Andre Gunder Frank und seinen weit ausholenden Entwürfen zur Problematik der Unterentwicklung; im letzteren Fall ist Wallerstein mit Autoren im Rang von Shmuel Noah Eisenstadt, Alexander

Gershenkron, Reinhard Bendix, Karl Polanyi und Barrington Moore in eine Reihe gestellt worden, obgleich die Erklärungsansprüche, Methoden sowie die Reichweite ihrer Analysen ebenso wie die Qualität stark differieren.<sup>7</sup> Ökonomisch knüpft Wallerstein an marxistische Theorietraditionen und an die Imperialismustheorien von Lenin, Luxemburg und Hilferding an, ohne daß er allerdings über eine versatzstückhafte Rezeption hinauskäme.<sup>8</sup>

Die Weltsystemtheorie versteht sich als genuine Entwicklungstheorie, die aus dem Protest gegen damals in den USA dominante sozialwissenschaftliche Theorieansätze geboren wurde. Insbesondere wandte sie sich gegen strukturfunktionale Modernisierungstheorien, deren ‚Ideologie‘ und ‚Apolitizismus‘ sie kritisierte und denen Wallerstein den Vorwurf machte, sie verschütteten eine Vielzahl von interessanten und wichtigen Fragestellungen. Die traditionelle Trennung der Wissenschaftsdisziplinen voneinander wird von der Weltsystemtheorie als eine wesentliche Barriere zur weiteren Erkennbarkeit der Welt angesehen und erscheint ihr deshalb fragwürdig, da Differenzen innerhalb bestimmter Disziplinen häufig größer seien als zwischen ihnen. Entsprechend postuliert die Weltsystemanalyse, daß weder die politische, noch die ökonomische, noch die soziokulturelle Sphäre eigenständige Bereiche sozialen Handelns darstellen und nicht separaten ‚Logiken‘ folgen. Ohne Berücksichtigung der Interdependenzen könne Wissenschaft kein nützliches Forschungsmodell hervorbringen. Weltsystemanalyse hat laut Wallerstein den heuristischen Wert, zwischen ‚trans-historischen Generalisierungen‘ und ‚partikularen Ereignissen‘ angesiedelt zu sein. Optimalerweise verorte sie ihre Analyse innerhalb eines systemischen Rahmens, der raum-zeitlich lang und groß genug ist, um ‚Logiken‘ zu erkennen, welche den größten Teil des Systems ‚determinieren‘, ohne dabei außer acht zu lassen, daß es sich um ‚historische Systeme‘ mit Anfang und Ende handele.<sup>9</sup> Damit müsse auf die interne Entwicklungsdynamik eines solchen Systems besonderes Augenmerk gerichtet werden. Der Terminus ‚historisches System‘ ersetzt den nach Wallerstein vagen Begriff der ‚Gesellschaft‘ und zielt auf ein Selbstverständnis als ‚historische Sozialwissenschaft‘ ab, dessen zentrale Analyseeinheit zugleich einen systemischen wie auch historischen Charakter besitze. Wallerstein selbst unterscheidet in seinen Analysen zwischen drei Arten von ‚historischen Systemen‘, nämlich ‚Mini-Systemen‘, ‚Weltreichen‘ und ‚Weltwirtschaften‘. Die Definition und Explikation dieser ‚historischen Systeme‘ als Analyseeinheiten sei wesentliches Ziel seines wissenschaftlichen Unternehmens. Im Mittelpunkt steht dabei die Analyse der kapitalistischen Weltwirtschaft, ihrer Normen, Funktionsprinzipien und historischen Evolution als System. Daß in diesem System raum-zeitlich sehr unterschiedliche Arbeits-

## Weltsystemtheorie oder Internationale Politische Ökonomie?

verhältnisse und -formen nebeneinander bestehen, kann gemäß Wallerstein bereits als ein entscheidendes Charakteristikum des Kapitalismus verstanden werden. Die spezifische Historizität des Kapitalismus als Weltsystem und das Denken in langen Zeiträumen relativiere für zentral gehaltene Wendepunkte geschichtlicher Entwicklungsprozesse wie etwa die industrielle Revolution in England oder die Französische Revolution in ihrer Bedeutung. Kategorien müßten ebenso wie das System in ihrer Historizität begriffen werden. Davon betroffen sei auch die gesamte Idee des Fortschritts. Weltsystemanalyse als historische Sozialwissenschaft beginne methodisch mit dem Abstrakten, um dann zum Konkreten vorzustoßen und zu einer kohärenten Interpretation geschichtlicher Entwicklungen zu kommen, da nur so die wirklichen Wendepunkte und Übergänge verortet und erklärt werden könnten. Das Bestimmte ist also nicht das Einfache, sondern das (Hyper-) Komplexe, von dem aus dann einzelne Entwicklungen rekonstruiert werden sollen. In diesem Sinn will Weltsystemanalyse über bislang verborgene Zusammenhänge der Welt aufklären.<sup>10</sup>

Die zentralen Charakteristika der Wallersteinschen Weltsystemperspektive können wesentlich in drei Punkten gesehen werden: Konstitutiv für diese Perspektive ist zunächst, daß die angemessene Analyseeinheit das ‚Welt-system‘ selbst ist. Die damit sofort entstehende Mikro-Makro-Problematik über die Zusammenhänge von lokaler, nationaler und Weltsystemebene sowie die Reichweiten von Determinationsstrukturen des Weltmarkts werden von Wallerstein als falsche Problemstellung betrachtet und die Bedeutung des Nationalstaats als sich relativ eigenständig entwickelnde Ebene bestritten. Des weiteren kann das Denken in Prozessen der ‚longue durée‘ als Definitionskriterium der Weltsystemperspektive betrachtet werden. ‚Longue durée‘ ist dabei das zeitlich-quantitative Korrelat zur qualitativ-räumlichen Ausdehnung des Weltsystems. Drittes konstitutives Element ist schließlich eine bestimmte Kombination von Elementen und Zusammenhängen, die das Weltsystem ausmachen. Dazu gehören

- die unaufhörliche Akkumulation von Kapital als Antriebsmotor des Weltsystems;
- eine axiale Arbeitsteilung mit einem Zentrum-Peripherie-Gegensatz, der durch einen räumlich stattfindenden ungleichen Tausch zusammengehalten wird;
- die Existenz einer Semiperipherie zwischen Zentrum und Peripherie;
- die bedeutsame und zunehmende Rolle von Formen der Nicht-Lohnarbeit zusammen mit der Entwicklung von Lohnarbeitsverhältnissen;
- die Entsprechung der Grenzen des modernen Weltsystems mit einem Verbund souveräner Nationalstaaten;

- die Verortung der Ursprünge der kapitalistischen Weltwirtschaft im 16. Jh.;
- die Entstehung des modernen Weltsystems zunächst in Westeuropa und die anschließende Expansion dieses Systems mittels sukzessiver ‚Inkorporationen‘ neuer Gebiete über den gesamten Globus;
- die Existenz von hegemonialen Staaten innerhalb des Weltsystems, deren vollständige Hegemoniephasen immer nur von kurzer Dauer waren;
- die sekundäre Bedeutung von Staaten, ethnischen Gruppen und Haushalten als konstitutiven Elementen des primäre Bedeutung zukommenden Weltsystems;
- die fundamentale Bedeutung von Rassismus und Sexismus als wichtigen Organisationsprinzipien des Systems;
- das Entstehen antisystemischer Bewegungen, die das Weltsystem zugleich unterhöhlen und stabilisieren;
- die Existenz sowohl zyklischer Krisen wie säkularer Trends, die die internen Widersprüche des Systems befördern und zur gegenwärtigen systemischen Krise geführt haben.<sup>11</sup>

Nach zwanzig Jahren Weltsystemforschung haben Weltsystemtheorien einen festen, aber keineswegs allgemein akzeptierten Platz innerhalb des Wissenschaftsbetriebs erobert. Der Ansatz von Immanuel Wallerstein ragt dabei durchaus heraus. Neben seinen eigenen Beiträgen zum ‚Modern World System‘ wäre insbesondere auf die Zeitschrift ‚Review‘, die Reihe ‚Political Economy of the World System Annuals‘ sowie die Sektionsgründung ‚Political Economy of the World System‘ im entsprechenden Berufsverband hinzuweisen. Daneben gelang der Wallersteinschen Weltsystemvariante die ‚Schulbildung‘ wie kaum einer anderen neueren sozialwissenschaftlichen Richtung - ohne allerdings eine einheitliche Begriffsbildung konstituiert zu haben und mit großen Widersprüchen zwischen einzelnen Autoren.<sup>12</sup> Dazu hat nicht zuletzt auch die Institutionalisierung in Form des *Fernand Braudel Center* in Binghamton beigetragen, die es erlaubt hat, stärker themen- und länder-spezifisch wie auch komparativ zu arbeiten. Walter Goldfrank hat die ‚Leistungen‘ der Weltsystemtheorie jüngst in drei Punkten resümiert: Erstens habe die Theorierichtung eine große Zahl historischer und struktureller Reinterpretationen in bezug auf modernen sozialen Wandel vorgelegt. Zweitens seien durch die Weltsystemtheorie große länderübergreifende Datensets erstellt worden, die entweder die Effekte bestimmter Weltebenenvariablen auf periphere oder semiperiphere Länder untersuchten oder der Validisierung des grundlegenden Weltsystemmodells dienten. Drittens hätten Weltsystemanalysen dazu beigetragen, die Bedeutung von Studien mit dem Nationalstaat

## Weltsystemtheorie oder Internationale Politische Ökonomie?

als zentralem Bezugspunkt und unhinterfragter Analyseeinheit zu entlegitimieren. Mit der oben genannten Institutionalisierung und Schulbildung sei die Theorierichtung als eine von verschiedenen miteinander in Wettbewerb stehenden Paradigmata akzeptiert worden und bilde in diesem Sinne eine ‚normale Wissenschaft‘.<sup>13</sup>

Die Weltsystemtheorie Immanuel Wallersteins als Versuch, eine zusammenhängende und aufeinanderbezogene Elemente enthaltende Theorie der Geschichte des Kapitalismus und des kapitalistischen Weltsystems seit dem 16. Jh. zu schreiben, ist ein äußerst ehrgeiziges und anspruchsvolles Projekt. Wenn auch auf allgemeinsten Ebene ihre phänomenologische Richtigkeit nur schwer bestritten werden kann, so ist sie doch aufgrund ihrer theoretischen Schwächen und historisch-empirischen Ungenauigkeiten wenig überzeugend. Grundlegende Konzepte der Theorie wie auch einzelne Elemente sind nur ungenügend definiert und lassen sich nur schwer operationalisieren. Dies betrifft die Durchsetzung und Entstehung des Kapitalismus, den Status von Staaten im System, die damit zusammenhängende Zentrums-Peripherie- und generelle Unterentwicklungsproblematik, die willkürliche Definition von ‚kapitalistischen Arbeitsformen‘ und Arbeitsverhältnissen, die Natur ökonomischer und politischer Krisenzyklen und deren zeitliche Datierung sowie nicht zuletzt die Konzeption des Sozialismus. Alle diese Punkte müssten entscheidend spezifiziert und modifiziert werden, um sie nützlich und mit Erkenntnisgewinn in eine größere Theorie einbringen zu können. Nimmt man weitere konstitutive Elemente wie den von Wallerstein jüngst relativierten ungleichen Tausch in der Variante von Emmanuel und die grundsätzliche Vernachlässigung endogener Entwicklungspotentiale und -strukturen hinzu, so wird die Weltsystemtheorie Wallersteins empirisch und theoretisch fragwürdig, ist sie doch nicht in der Lage, reale Prozesse tatsächlich zu erklären. Ihr fehlt die historische Akkuratessse, insofern sie geschichtlichen sozialen Wandel beträchtlich übersimplifiziert und fragwürdige, zumindest umstrittene kausale Beziehungen herstellt, die funktionalistischen, teleologischen und reduktionistischen Charakter tragen. Funktionalistisch ist diese Theorie, weil alle Entwicklungen und Ereignisse im Modernen Weltsystem von seinen vorher anscheinend feststehenden funktionulen Erfordernissen her gedacht und konstruiert werden. Alle endogenen Entwicklungen und Verhältnisse geraten so zu Erfordernissen des Gesamtsystems. Das Handeln sozialer Akteure wird vernachlässigt, ist sogar in hohem Maße irrelevant für den Verlauf der Geschichte. Teleologisch ist diese Theorie häufig dort, wo einzelne geschichtliche Entwicklungen im Weltsystem auf einen bestimmten Endpunkt hin zu laufen müssen, weil später bestimmte Ereignisse eingetreten

oder Strukturen vorfindbar sind. Zweckbestimmte Argumentationsmuster und post-hoc-Konstrukte sind entsprechend häufig. Reduktionistisch ist diese Theorie schließlich, weil geschichtliche Entwicklung auf Weltebene v. a. über den ungleichen Tausch und globale Ausbeutungsverhältnisse zwischen unterschiedlichen Nationen und Regionen bestimmt wird, der zentrale Nexus des Weltsystems also rein ökonomischer Natur ist. Das allumspannende Weltsystem und seine nur ungenügend explizierte interne Entwicklungslogik stellt einen Imperativ für alle Subsysteme dar, seien dies Staaten, Klassen und Schichten oder Haushalte. Häufig nur um den Preis zirkulärer Argumentationen kann Wallerstein einen Holismus postulieren, der zu einer Überdeterminierung des gesamten Systems führt und Geschichte in eine Zwangsjacke preßt, in der sowohl die Variationsbreite von Entwicklung wie auch ihre grundsätzliche Offenheit verlorengehen. Die Wallersteinsche Weltsystemtheorie verharrt damit auf der Stufe der Spekulation und der Hypothesenbildung und bleibt viel zu allgemein und abstrakt, um historische Prozesse angemessen erklären zu können. Damit fällt sie hinter andere Theorienteilwürfe zurück.<sup>14</sup>

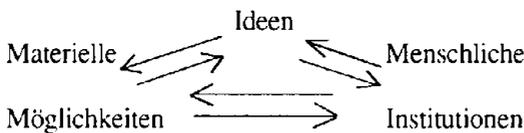
Wenn zwar so die Wallersteinsche Weltsystemtheorie wenig hilfreich zum Verständnis historischer gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse ist, so darf darüber hinaus allerdings auch nicht das Anregungspotential übersehen werden, das in ihr steckt. Wallerstein verweist darauf, daß Entwicklung heute nur noch als Entwicklung im Weltmaßstab zu begreifen ist, daß diese Entwicklung eine historisch veränderbare und sich verändernde ist, und daß Entwicklung einzelner gesellschaftlicher Subsysteme untereinander und in bezug zum Weltmarkt notwendigerweise ein reziprokes Beziehungsgeflecht darstellt. Die Weltsystemtheorie verweist zudem auf die Asymmetrie der internationalen Beziehungen und rückt internationale Herrschafts- und Ausbeutungsbeziehungen in den Vordergrund. Strukturelle Deformationen einzelner Länder und darin enthaltene Entwicklungshemmnisse bringt sie mit der Weltwirtschaft in Verbindung. Im Sinne einer globalen Sichtweise spricht auch Altvater von der „ökonomisch widersprüchlichen, sozial gegensätzlichen, politisch konfliktreichen und ökologisch *einen* Weltgesellschaft“<sup>15</sup> und gründet darauf die Notwendigkeit einer neuen theoretischen Anstrengung, die der Vielschichtigkeit von Entwicklungsprozessen Rechnung trägt. Ob es überhaupt einen derartigen theoretischen Entwurf, der mehrere Jahrhunderte und Kontinente umspannt, geben kann, ist fragwürdig, da ja ein zusammenhaltendes inneres Band gefunden und damit das Verhältnis unterschiedlicher Faktoren zueinander thematisiert werden müßte. Erfolgversprechender er-

scheint es, auf einer mittleren Ebene der Analyse zu beginnen, um daran vielleicht den Versuch einer neuen großen Theorie anzuschließen. Entsprechende Großtheorien mit eigener Gesamtdeutung von historischen Zusammenhängen und darin enthaltenen Handlungsoptionen müßten solange hinter (vorläufigen) Partialanalysen und entsprechenden Erklärungen von Teilbereichen zurücktreten, bis durch die Konstruktion eines entsprechenden ‚archimedischen Punktes‘ eine neue ‚kritische Theorie‘<sup>16</sup> entstünde, die als umfassende ‚internationale Politische Ökonomie‘ verstanden werden könnte. Es geht also im folgenden nicht (in erster Linie) um die Propagierung einer neuen Großtheorie mit globaler Reichweite, sondern um das ‚Aufzeigen eines Erkenntnisweges‘<sup>17</sup> und das Ausloten von Analyseschritten, die verschiedene Erklärungsebenen zusammenbringt und damit die Schwächen und spezifischen Verkürzungen, die bislang allen entsprechenden Versuchen zugrundeliegen, zu überwinden trachtet.

Internationale Politische Ökonomie in diesem Sinne wäre in ihrem Gegenstandsbereich im Schrittfeld der nach wie vor als getrennte Sphären verstandenen Disziplinen der internationalen Politik, der Nationalökonomie, der Soziologie als Analyse von Sozialstrukturen und der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte anzusiedeln. Ihr Ziel wäre es, über deren Integration die Ebenen des internationalen Systems, des Nationalstaats und diverser (nationaler wie auch internationaler) Akteure systematisch aufeinander zu beziehen und in einen gemeinsamen Rahmen einzubetten, so daß ein besseres Verständnis von konkreten historischen Abläufen, Ereignissen und Situationen möglich wird und die Entwicklungsprozesse nicht auf die eine oder andere Dimension verkürzt. Das spezifische Interaktionsgeflecht von sozialen Akteuren, Staaten (in seinen unterschiedlichen Formen) und der Struktur des ‚Weltsystems‘ soll den Schlüssel bilden für die Analyse von Entwicklungsprozessen und Entwicklungsmustern, die ihrerseits wiederum strukturell konditionierend auf jene zurückweisen. Im Anschluß an Robert W. Cox würden institutionelle Formen und Ausprägungen, gesellschaftliche Beziehungen, Macht- und Herrschaftsverhältnisse sowie Weltmarktstrukturen nicht als gegeben und unveränderlich akzeptiert, sondern diese auf ihre Entstehung und Wandlungspotenz hin hinterfragt, ohne dabei jeweils den Blick auf gesellschaftliche Totalität zu verlieren. Internationale Politische Ökonomie hätte dabei akteursspezifische (und das meint handlungstheoretische) mit historisch-strukturellen Ansätzen zur Erklärung jedweder Entwicklungsprozesse zu kombinieren und zunächst darauf zu reflektieren, daß soziales Handeln immer in einem bestimmten Rahmen stattfindet und niemals ganz frei sein kann; daß Theoriebildung ebenfalls von dieser Problematik berührt

wird und diese sich in ihrer Relativität begreifen muß; daß sich der Rahmen für bestimmte Handlungen ebenso wie Handlungsoptionen selbst im Zeitverlauf verändern und damit historisch strukturell verortet werden müssen in einem Dreiecksverhältnis aus Denkmustern, materiellen Bedingungen und menschlichen Institutionen, die jeweils eine gewisse Kohärenz untereinander aufweisen. Diese Strukturen determinieren zwar nicht menschliches Handeln in irgendeinem mechanistischen Sinn, bilden aber gewöhnlich dessen Kontext. Der strukturelle Rahmen menschlichen Handelns kann dabei nicht von irgendwelchen ‚Gleichgewichtsgesichtspunkten‘ oder ‚Funktions‘- bzw. ‚Reproduktionserfordernissen‘ her konstruiert werden.<sup>18</sup> Gleichzeitig weist dies auf die Schwächen diverser handlungstheoretischer Ansätze zur Erklärung von Entwicklungsprozessen hin: Diese dürfen nicht voluntaristisch strukturiert sein, da individuelle Wahlhandlungen immer durch einen größeren Rahmen (kulturelle Dispositionen, Habitusformen etc.) bedingt werden; ebenso wenig führen hier extreme Formen des methodologischen Individualismus und seiner Erklärung sozialen Verhaltens in Termini von individuellen Motivationen, Intentionen und Interessen weiter; schließlich hat auch der rational choice-Ansatz als universalistisches Modell auf der Basis individueller Nutzenmaximierung nur einen begrenzten Erklärungswert für hier interessierende kollektive Prozesse.<sup>19</sup>

Schaubild 1: Rahmenbedingungen für menschliches Handeln

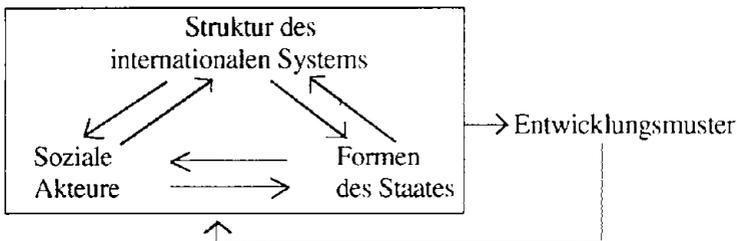


Zwischen diesen drei Kategorien gibt es zunächst keine einseitigen und wie auch immer gearteten, vorher feststehenden hierarchischen Determinationszusammenhänge. Historische Strukturen lassen sich dagegen als zeit-räumliche Verfestigungen von Aggregaten begreifen, die v.a. auf drei Ebenen bzw. in drei Sphären sich niederschlagen können: a) der Art und Weise der Organisation der Produktionsbeziehungen und damit der Herausbildung bestimmter sozialer Akteure, b) Formen des Staates, und c) bestimmten internationalen Strukturen, die die Form von Weltmärkten oder Weltordnungen

## Weltsystemtheorie oder Internationale Politische Ökonomie?

aufweisen. Auch diese drei Ebenen stehen untereinander in Beziehung und beeinflussen sich gegenseitig. Die Beziehungsgeflechte verlaufen auch hier nicht einseitig, so daß sowohl Veränderungen in der Form des Staates auf Weltmarktbedingungen Rückwirkungen haben können wie umgekehrt. Soziale Akteure, Staatsformen und die Struktur des internationalen Systems können damit zunächst als spezifische Konfigurationen von materiellen Möglichkeiten, Ideen und Institutionen betrachtet werden.<sup>20</sup>

Schaubild 2: Schematische Darstellung politökonomischer Entwicklungsprozesse



Da das bisher Gesagte aber nur den konzeptionellen Rahmen für Untersuchungen historischer Entwicklungswege absteckt, müßte zunächst und in erster Linie die exakte Natur der jeweiligen Beziehungsgeflechte geklärt werden. Ein dynamischer Ansatz zur Erklärung von sozialem Wandel hätte dabei das Zusammenspiel und die wechselseitige Determinierung von sowohl internen wie externen Akteuren (damit Handlungen) und Strukturen zu betonen. Eine darauf aufbauende Transformationstheorie müßte erklären können, wie Strukturen und Handlungen interagieren.<sup>21</sup> So könnte zunächst ein Analyseraster für konkrete Entwicklungsprozesse und sozioökonomische Umbruchphasen gewonnen werden, das auf einer mittleren Ebene zwischen der ‚Mikroebene‘ individuellen Verhaltens und der ‚Makroebene‘ der internationalen Beziehungen und des Handelns von Staaten liegt. Ihr Ausgangspunkt wäre die Einsicht, daß alle Nationen im Zuge der ‚Globalisierung des Kapitals‘ und der ‚Internationalisierung des Staates‘ an einer zunehmend interdependenten Weltwirtschaft teilnehmen (müssen), die die Reichweite und Einflußmöglichkeiten bestimmter Entwicklungsstrategien begrenzt und die Durchsetzung von Wirtschaftspolitiken erschweren kann. Fragenkomplexe etwa nach den spezifisch historischen und sozioökonomischen Determinanten

bestimmter Wirtschafts- und Entwicklungsstrategien von Staaten und deren Unterschiedlichkeit trotz einer gleichen oder ähnlichen internationalen Umgebung könnten dann ebenso geklärt werden wie die nach Umbruchphasen und Strategiewechseln im Kontext national und international veränderter Rahmenbedingungen, der Rückwirkungen staatlicher Strategien auf nationale Märkte und die internationale Ebene sowie den Entwicklungserfolg von Staaten überhaupt. Diese Ergebnisse könnten dann auf einer anderen Reflexionsstufe in die Analyse internationaler Machtstrukturen münden und die Basis bilden für weltwirtschaftliche Phasereinteilungen, Hegemoniezyklen und Interdependenztypologien, die ihre Erklärungskraft gerade aus der Verkopplung von nationalen und internationalen Faktorenbündeln bezöge.

Diese Erkenntnisse sind nun keineswegs neu und eigentlich auch nicht originell, kann doch derartiges Denken auf lange Traditionslinien zurückblicken, welches Entwicklungsprozesse in einem derartigen Spannungsfeld positioniert. Zu nennen wären hier Autoren wie Marx, Weber, Polanyi, Moore, Gershenkron u.a., deren Anliegen es ja immer war, nationale bzw. lokale Entwicklungen als Teil einer größeren Gesamtheit zu verstehen. Neu und auch originell ist dagegen, daß heute der dahinterstehende Anspruch wieder ernst genommen und umzusetzen versucht wird.

Wichtige empirische und theoretische Ansatzpunkte für derartige Erklärungen lieferte seit den achtziger Jahren die (häufig komparativ arbeitende) internationale Politische Ökonomie. Nach den Zweifeln an den dominanten Entwicklungstheorien der sechziger und siebziger Jahre (Modernisierungstheorien, Dependencia-Ansätze)<sup>22</sup> und dem begrenzten Erklärungswert der meisten Theorien der internationalen Beziehungen für die Soziologie von Entwicklungsprozessen<sup>23</sup> hat jene versucht, die Schwächen dieser Ansätze zu überwinden, indem sie das komplexe Wechselspiel von Politik und Ökonomie und von nationaler und internationaler Ebene in den Mittelpunkt ihres Interesses rückte. Dabei waren es zunächst Differenzierungen im Gefolge der Dependenztheorien selbst, die Studien hervorbrachten, die deterministische Vereinseitigungen modernisierungs- oder dependenztheoretischer Provenienz kritisierten und betonten, daß etwa Staaten der ‚Dritten Welt‘ über ein beträchtliches Handlungspotential in der Strukturierung ihrer Beziehungen zum Weltmarkt und zum Auslandskapital verfügten, ohne daß Abhängigkeitsverhältnisse gänzlich aufgehoben würden.<sup>24</sup> In der Folgezeit entstandene Arbeiten können sowohl nach methodologischem Vorgehen wie auch nach jeweiliger Schwerpunktsetzung klassifiziert werden: Zu unterscheiden wären etwa induktiv-historische von deduktiv-axiomatischen Studien, deren Schwerpunkt jeweils eher auf dem internationalen System, der Gesellschaft und ihren

## Weltsystemtheorie oder Internationale Politische Ökonomie?

Akteuren, oder dem Staat selbst liegt.<sup>25</sup> Diese Studien sind thematisch auf ein breites Themenfeld ausgerichtet, umfassen ganz unterschiedliche Zeitperioden und haben eine unterschiedliche analytische Reichweite. Sie bilden somit zwar keineswegs ein einheitliches Paradigma, aus dem universalistische Aussagen über Entwicklungsprozesse und ihre Geschichte gewonnen werden könnten, aber sie teilen bestimmte Hypothesen über zentrale Probleme gesellschaftlicher Entwicklung und deren Vorbedingungen, über die Notwendigkeiten einer konspektiv Betrachtung von Ökonomie und Politik sowie den Einbezug internationaler Faktoren in die Analyse, und betrachten Entwicklungspfade als historisch kontingent. Ein wesentliches Ziel dieser Studien ist die Erklärung und Interpretation unterschiedlicher Entwicklungswege, ohne daß dabei externe Faktoren die Dynamik nationaler Ökonomien überdeterminieren. Darüber hinaus knüpfen sie in mancherlei Hinsicht an Fragestellungen der Klassischen Politischen Ökonomie im 19. Jh. an. „This agenda respects the diversity and complexity of processes of historical change while continuing to aspire to generalizable explanations. It recaptures the scope of classic nineteenth-century sociological concerns but also addresses contemporary policy issues. It defines the sociology of development not as simply the study of poor countries but the study of long-term, large-scale socioeconomic and political change irrespective of the epoch or region in which it occurs. Such an agenda is not just essential to the survival of the sociology of development, it is central to the progress of any kind of macrosociological analysis and is the best insurance against a return to the parochialism of the past.“<sup>26</sup>

Analysen, deren Schwerpunkt eher auf dem internationalen System liegt und die von dortigen Prozessen auf nationale Entwicklungen rückschließen, heben v.a. die Rolle transnationaler Akteure, internationaler Organisationen, regionaler Handels- und Finanzblöcke, internationaler Regimes, globaler Kapitalmärkte oder die Weltwirtschaft als solche hervor. Hier ist in gewisser Weise eine Synthese von Modernisierungs- und Dependenztheorie zu beobachten, was die Konsequenzen der Integration in den Weltmarkt betrifft. Statt Nationalökonomien zur Gänze vom internationalen System in ihren Entwicklungsmöglichkeiten (negativ) determiniert zu sehen, ist eine stärker reziproke Sichtweise eingetreten, die in Betracht zieht, daß nationale Entwicklungswege sowohl von der Weltwirtschaft geformt werden wie diese auch formen. Positive Effekte der Weltmarktintegration hängen von der Fähigkeit der Staaten ab, ihre Einbindung aktiv zu gestalten und gegebenenfalls zu verhandeln, was wiederum von spezifischen Allianz- und Koalitionsbildungen auf gesellschaftlicher Ebene abhängig ist.<sup>27</sup>

Die eher gesellschaftszentrierte Perspektive hebt auf nationale Akteure

und gesellschaftliche Kräfteverhältnisse ab und fragt danach, wie Prozesse historischen Wandels durch Konflikt- und Allianzbildungen zwischen Klassen(-fraktionen) und Schichten beeinflußt werden. Sie thematisiert den Staat als eine Arena für den Konfliktaustrag von Interessengruppen und Klassenkoalitionen. Staatshandeln und Politik sind Resultat der Macht verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, wobei hier insbesondere Arbeiterbewegung und Unternehmer Erwähnung finden. Soziale Akteure innerhalb einer bestimmten sozialstrukturellen Konfiguration werden dabei zunächst als unabhängige, interessen geleitete gesellschaftliche Kräfte betrachtet, die etwa als Interessengruppe beträchtlichen Einfluß auf die Ausgestaltung nationaler Politik und die Integration in die Weltwirtschaft haben. Umgekehrt manifestiert sich über sie die Internalisierung externer Abhängigkeiten. Die historischen Komplexitäten von Sozialstrukturen werden damit auch in ihren entwicklungspolitischen Konsequenzen gesehen.<sup>28</sup>

Die staatszentrierten Ansätze heben schließlich auf das Potential von Staaten ab, unabhängig auch gegen machtvolle gesellschaftliche Opposition oder internationale Zwänge handeln zu können. Staatshandeln wird in einem komplexen Spannungsfeld von sozialen und ökonomischen Kräften, internen und externen Akteuren, historischen und gegenwärtigen Gegebenheiten gesehen und nicht als ‚Reflex‘ von Klassenkräften oder dominanten Koalitionen betrachtet. Instrumentalistische Sichtweisen sind zugunsten von Ansätzen zurückgetreten, die unterschiedliche Grade von ‚relativer Autonomie‘ des Staates gegenüber gesellschaftlichen Kräften postulieren. Die Struktur und Funktion von Staatsapparaten ist im Verbund mit dem Handeln gesellschaftlicher Akteure in das Zentrum der Erklärung von Entwicklungsprozessen gerückt. Damit werden dem Staat zugleich spezifische Eigeninteressen zugeschrieben, die er aufgrund seiner Besonderung auch durchsetzen kann. Staatliche Strukturen bilden somit einen Schlüsselfaktor in der Konzeptionierung und Implementierung autonomer Politiken nach innen und außen, so daß Staatsinterventionismus und Markterfolg eng verkoppelt gesehen werden.<sup>29</sup>

Macht nun die unterschiedliche Schwerpunktsetzung im Einzelfall nur einen graduellen Unterschied aus, da immer auf umfassende gesellschaftliche Entwicklungsprozesse Bezug genommen wird, so folgt aus dem methodischen Vorgehen eher ein prinzipiell anderes Forschungsdesign: „Es leuchtet unmittelbar ein, daß die analytischen ebenso wie die politischen Konsequenzen, begreift man Politische Ökonomie als eine den Kriterien ökonomischen Maximierungsverhaltens verpflichtete Untersuchung *politischer* Entscheidungsprozesse, andere sind als die, die sich aus einer Untersuchung *ökonomischer* Entscheidungsprozesse im Blick auf die diesen unterliegenden politi-

## Weltsystemtheorie oder Internationale Politische Ökonomie?

schen Machtverhältnisse ergeben. Im ersten Fall erhalten wir eine ‚public-choice‘-Theorie im Gewande einer quasi mathematischen, deduktiven Ableitung von für rational erklärten ökonomischen Prämissen. Im zweiten Fall haben wir es mit einer historisch-soziologischen, Konflikten zwischen organisierten Interessen und sozioökonomischen Klassen nachspürenden Untersuchungsperspektive zu tun, die die im Ergebnis ökonomischer Entscheidungen zum Ausdruck kommenden Machtbeziehungen aufdeckt und insoweit gerade jenen kategorialen Zusammenhang wiederherzustellen sucht, den die klassische liberale Volkswirtschaftslehre leugnet: den zwischen dem sozialen Interaktionsfeld Staat und dem sozialen Interaktionsfeld Markt.<sup>30</sup>

Die interessante und wesentliche Frage ist nun, wie externe Faktoren (der Weltmarkt), nationale Institutionen (der Staat) und gesellschaftliche Gruppen und Schichten (soziale Akteure) zusammenspielen. Ansatzpunkte für eine entsprechende Analyse solcher Entwicklungsprozesse können aus den Studien von Stephan Haggard, Jeffrey Frieden und Peter Gourevitch gewonnen werden. Stephan Haggard<sup>31</sup> hebt in seinen Studien v.a. auf das Beziehungsgeflecht von internationaler Ebene und Staat ab. Die internationalen Bedingungen spielen seiner Meinung nach eine wichtige Rolle in der Öffnung oder Schließung bestimmter Entwicklungsoptionen. Durch die Struktur des Staates werde zudem nicht nur festgelegt, welche gesellschaftlichen Gruppen und Schichten unter welchen Bedingungen am Politikprozeß beteiligt seien, sondern auch, wie sich ‚externe Schocks‘ nach innen transformieren könnten. Da er allerdings gesellschaftliche Akteure relativ niedrig aggregiert beläßt (Klassen und Schichten) und nicht über ein relationales Konzept von Macht verfügt, kann er nicht zeigen, wie bestimmte Wirtschaftscoalitionen Politikprozesse beeinflussen. Jeffrey Frieden<sup>32</sup> geht davon aus, daß die jeweilige Regierung und ihre Wirtschaftspolitik entscheidend für die wirtschaftliche Performance bzw. die Wahl bestimmter Entwicklungsstrategien ist. Regierungshandeln faßt er idealtypisch als Ausdruck von Druck seitens mächtiger Interessengruppen und sozialer Akteure auf. Deren Verhalten wiederum führt er auf ihre ökonomischen Interessen, ihre Kohäsions- und Konfliktmuster und die anzutreffende sektorale bzw. klassenmäßige Verwurzelung zurück, so daß Wirtschaftspolitik mehr oder weniger konsistent auf die Interessen der mächtigsten Gruppen der Gesellschaft zugeschnitten ist. Ihr konkretes Verhalten leitet er aus der ‚Kapitalspezifität‘ und der ‚Konzentration‘ ab, die sich in spezifische Präferenzintensitäten bezüglich bestimmter Politiken umsetzen. Um über rein ökonomische Kriterien hinauszukommen, ließe sich an dieser Stelle Gedankengut von Pierre Bourdieu bezüglich der Kapitalarten und eine sich daraus ergebende Strukturierung der Gesellschaft in die Analyse einbrin-

gen. Damit müßten erstens die Politikpräferenzen von sozialen Akteuren im weitesten Sinne auf Grundlage ihrer Position in der sozioökonomischen Struktur der Gesellschaft identifiziert werden. Zweitens müßte die Umwandlung dieser Akteure in politisch relevante soziale Kräfte auf der Basis gemeinsamer Interessen gezeigt werden, um dann drittens diese organisierten Interessen im Kontext bestehender (Staats-) Institutionen zu verorten. Schließlich könnten so Druck und Einflußnahme samt ihrer Resultate nachgezeichnet werden. Frieden versucht damit, die Gründe für den Erfolg oder das Scheitern bestimmter Entwicklungsstrategien an im Zentrum seines Ansatzes stehende Akteure (bei ihm Klassen und Schichten) und ihre jeweiligen Verhaltensweisen rückzubinden. Ausgangspunkt der Analysen von Peter Gourevitch<sup>33</sup> sind die in Krisenzeiten deutlicher zutage tretenden Politikoptionen und Handlungsalternativen infolge von Veränderungen des internationalen Kontextes. Wirtschaftspolitik, die auf diese Veränderungen reagiert, wird von Gourevitch direkt an gesellschaftliche Akteure, Institutionen und deren Interessen rückgekoppelt. Die Auswahl von Politikoptionen wird in einem innergesellschaftlichen Machtgeflecht sozialer Koalitionen – nicht notwendigerweise Klassen oder Schichten –, diese repräsentierende Interessengruppen und dem Staat und seinen Institutionen verortet. Die Situation gesellschaftlicher Akteure in der internationalen Ökonomie und ihre Politikpräferenzen, die die Basis für politische Konflikte und Allianz- und Koalitionsbildungen darstellen, bilden für ihn je spezifische ‚Produktionsprofile‘ von Staaten.

Die Synthese der Arbeiten von Haggard, Frieden und Gourevitch könnte einen möglichen Ausgangspunkt bilden für die Erklärung allgemeiner Entwicklungsprozesse. Mit ihnen könnte eine Bestimmung zentraler gesellschaftlicher Akteure aus den Produktionsstrukturen heraus geleistet werden, von denen dann die dominanten Koalitionen die Struktur, Form und Funktionen des Staates modellierten. Aus der Verstetigung und Verfestigung solcher Strukturen erwüchse dann, was die französische Regulationstheorie als ‚Akkumulationsregimes‘ und ‚Regulationsweisen‘ bezeichnet hat.<sup>34</sup> Daraus wiederum ließen sich hegemoniale Machtstrukturen im globalen Kapitalismus herleiten, die sich beispielsweise als spezifische Weltordnungen materialisierten.<sup>35</sup> So ließe sich zeigen, daß das internationale System zwar als ‚Sachzwang‘ wirkt, aber eben nicht komplett determinierend ist. Die Wahl bestimmter Entwicklungsstrategien hängt wesentlich von nationaler Politik, der politökonomischen Machtverteilung innerhalb eines Landes und diese Machtverteilung beeinflussende Faktoren ab: gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und Akteure, Koalitionsbildungen, intermediäre Vereinigungen, Staats-

## Weltsystemtheorie oder Internationale Politische Ökonomie?

strukturen, Ideologien, Machtressourcen etc. Eine Hierarchisierung des Bedeutungsgehalts dieser Faktoren zielt auf strategische Interaktionsprozesse ab, womit das Zusammenspiel verschiedener Faktoren für die längerfristige Ausgestaltung von Entwicklungsprozessen zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt gemeint ist. Dabei wäre darauf zu reflektieren, daß die Beziehung zwischen einzelnen Variablen keine feststehende Konstante ist, sondern sich je nach politischen Umständen, sozialen Bedingungen und historischen Perioden verändert. Eine derartig verstandene internationale Politische Ökonomie als auf gesellschaftliche Totalität ausgerichtetes Analyseinstrumentarium müßte noch erheblich verbessert und differenziert werden. Sie könnte zunächst weniger eine theoretisch stringente denn eine soziologische Erklärung für gesellschaftliche Entwicklungsprozesse zur Verfügung stellen, die eine konkrete (empirische) Analyse keineswegs entbehrlich macht. Die vorgängig vorgestellten Ansätze sollten denn auch weniger als kohärente Theorie verstanden werden als vielmehr vor allzu einfachen Theoriebildungen warnen. Ob eine solche (Groß-) Theorie, die diesen Namen verdiente,<sup>36</sup> angesichts der Differenzierung und Vielfältigkeit sozialer, ökonomischer und kultureller Strukturen und Prozesse in der Welt überhaupt möglich sein kann, muß vorerst - trotz eventueller Wünschbarkeit - skeptisch beurteilt werden.

Im Gegensatz zur formalen Eleganz der Weltsystemtheorie Immanuel Wallersteins würden die analytischen Faktoren einer internationalen Politischen Ökonomie, welche qualitativ aufeinander bezogen wären, der hohen Komplexität gesellschaftlicher Entwicklung besser gerecht, da sie die historischen Situationen im Rahmen einer bestimmten Spannbreite als grundsätzlich offen (d.h. es stehen zu einem bestimmten Zeitpunkt verschiedene Handlungsalternativen zur Verfügung) und nicht deterministisch (d.h. Entwicklungen laufen nicht per se auf bestimmte Ziele zu und bestimmte gesellschaftliche Interessen setzen sich nicht immer quasi automatisch durch) sowie nicht reduktionistisch (d.h. es findet keine Verkürzung auf rein ökonomische oder rein politische, auf rein nationale oder rein internationale Prozesse statt) interpretiert.

- 1 U. Menzel, Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie, Frankfurt a.M. 1992.
- 2 A. Bocckh, Entwicklungstheorien: Eine Rückschau, in: D. Nohlen/F. Nuscheler (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd. 1: Grundprobleme, Theorien, Strategien, Bonn 1992, S. 110-130.
- 3 E. Altwater, Der Preis des Wohlstands oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung, Münster 1992, S. 15; N. Mouzelis, Sociology of Development, Reflections on the Present Crisis, in: Sociology, Vol. 22, 1988, Num. 1, S. 23-44.
- 4 I. Wallerstein, The Modern World-System, Capitalist Agriculture and the Origins of the

- European World Economy in the Sixteenth Century, New York 1974 (als Das Moderne Weltssystem. Die Anfänge kapitalistischer Landwirtschaft und die europäische Weltökonomie im 16. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1986, auf deutsch erschienen); ders., The Modern World-System II. Mercantilism and the Consolidation of the European World-Economy 1600-1750, New York 1980; ders., The Modern World-System III. The Second Era of Great Expansion of the Capitalist World-Economy 1730-1840s, New York 1989; T. K. Hopkins/I. Wallerstein, Grundzüge der Entwicklung des modernen Weltsystems, Entwurf für ein Forschungsvorhaben, in: D. Senghaas (Hrsg.), Kapitalistische Weltökonomie, Frankfurt a.M. 1979, S. 151-200.
- 5 Vgl. L. Raphael, Epochen der französischen Geschichtsschreibung, in: W. Küttler/J. Rüsen/E. Schulin (Hrsg.), Geschichtsdiskurs, Bd. 1: Grundlagen und Methoden der Historiographieggeschichte, Frankfurt a.M. 1993, S. 101-132; V. Rütner, Ein Versuch systematischer Aneignung von Geschichte: die ‚Schule der Annales‘, in: I. Geiss/R. Tamchina (Hrsg.), Ansichten einer künftigen Geschichtswissenschaft, Bd. 1: Kritik, Theorie, Methode, Frankfurt a.M. 1980, S. 153-172; L. Meldolesi, Critical Economics and Long-Term History. An Introduction, in: Review, Vol. IX, 1985, Num. 1, S. 3-55.
  - 6 Vgl. R. Meyers, Theorien der internationalen Beziehungen, in: W. Woyke (Hrsg.), Handwörterbuch Internationale Politik, Opladen 1993, S. 403-430; R. Meyers, Grundbegriffe, Strukturen und theoretische Perspektiven der internationalen Beziehungen, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Grundwissen Politik, Bonn 1991, S. 220-316.
  - 7 Vgl. T. Skocpol (Ed.), Vision and Method in Historical Sociology, Cambridge 1984.
  - 8 Vgl. Ch. Ragin/D. Chirot, The World System of Immanuel Wallerstein: Sociology and Politics as History, in: T. Skocpol (Ed.), Vision and Method (Anm. 7), S. 276-312, hier S. 289.
  - 9 Vgl. I. Wallerstein, Der historische Kapitalismus, Berlin 1984.
  - 10 Siehe ders., World-Systems Analysis, in: A. Giddens/J. H. Turner (Eds.), Social Theory Today, Cambridge 1987, S. 309-324.
  - 11 Siehe I. Wallerstein, World-Systems Analysis. The Second Phase, in: Review, Vol. XIII, 1990, Num. 2, S. 288f.
  - 12 Ganz offensichtlich ist dies beim Weltssystem-Begriff selbst, der zum Teil in sehr extensiver Weise verwendet wird. Dabei werden zum einen Weltssysteme mit Weltreichen und Mini-systemen vermischt, zum anderen Weltssysteme historisch so weit zurückverlegt, daß eher von einer Menschheitsgeschichte denn von einer Weltssystemgeschichte die Rede sein kann. Siehe etwa A. G. Frank, A Theoretical Introduction to 5000 Years of World System History, in: Review, Vol. XIII, 1990, Num. 2, S. 155-248; B. K. Gills/A. G. Frank, World System Cycles, Crises, and Hegemonial Shifts 1700 BC to 1700 AD, in: Review, Vol. XV, 1992, Num. 4, S. 621-687; S. Amin, The Ancient World-Systems Versus the Modern Capitalist World-System, in: Review, Vol. XIV, 1991, Num. 3, S. 349-385; J. L. Abu-Lughot, Before European Hegemony. The World System A.D. 1250-1350, New York 1989; siehe auch die Beiträge zum ‚Weltssystem‘ von ‚Cahokia‘ und zum ‚mesoamerikanischen Weltssystem‘ in Review, Vol. XV, 1992, Num. 3.
  - 13 Vgl. W. Goldfrank, Current Issues in World-Systems Theory, in: Review, Vol. XIII, 1990, Num. 2, S. 251-254.
  - 14 Siehe P. Imbusch, ‚Das Moderne Weltssystem‘. Eine Kritik der Weltssystemtheorie Immanuel Wallersteins, Marburg 1990; Th. R. Shannon, An Introduction to the World-System Perspective, Boulder 1989, S. 137-175, jeweils mit weiteren kritischen Literaturverweisen. Diese Kritik an der Weltssystemtheorie wäre ungerecht, würde sie nicht zumindest die partielle Revision einiger Prämissen seitens Wallerstein in Betracht ziehen, die wohl aus der teilweise vernichtenden Kritik an seinem theoretischen Entwurf im angelsächsischen Raum geboren wurde. Dazu zählt zum einen die Relativierung des Stellenwerts des Weltssystemansatzes als Theorie, zum zweiten das partielle Abrücken vom Theorem des ungleichen Tauschs. Bezüglich des letztgenannten Punktes geht Wallerstein scheinbar nicht mehr davon aus, daß aus der internationalen

## Weltssystemtheorie oder Internationale Politische Ökonomie?

Arbeitsteilung unbedingt ein ungleicher Tausch derart resultiert, wie ihn Arghiri Emmanuel konzipiert hat. Was allerdings an dessen Stelle tritt, bleibt unklar. Eine weitere Veränderung betrifft den Stellenwert der Theorie selbst. Weltssystemanalyse will nun keine Theorie mehr über die soziale Welt oder ihre Teile sein, kein Paradigma der historischen Sozialwissenschaft darstellen, sondern versteht sich mehr als Beitrag zum Nachdenken über ein solches Paradigma. Aussagen über die Geschichte des Weltsystems, soweit sie die Koexistenz unterschiedlicher Weltssysteme betreffen, werden nun als Hypothesen betrachtet, die der Diskussion, Verbesserung und Revision unterliegen. Auch die oben angeführten Punkte sollen jetzt nicht mehr sein als ein Set von Prämissen und Argumenten und keine unumstößlichen Wahrheiten oder Glaubensbekenntnisse. Wallerstein schließt sogar eine größere Reformulierung des Weltsystemansatzes nicht aus, falls es die Empirie erfordere. Siehe I. Wallerstein, *World-Systems Analysis. The Second Phase* (Anm. 11). Davon war allerdings bis zum dritten Band des *Modernen Weltsystems* wenig zu spüren. Vgl. M. Mann, *Is the World System an Economic System?* in: *Contemporary Sociology*, Vol. 19, 1990, Num. 2, S. 196-198; sowie zwei weitere Rezensionen in *Theory and Society*, Vol. 20, 1991, S. 891-899. D. Garst, *Wallerstein and his Critics*, in: *Theory and Society*, Vol. 14, 1985, S. 469-495, glaubt dagegen, daß Wallerstein die Kritik sehr wohl berücksichtigt habe. Eine Auseinandersetzung mit Kritikern findet sich bei Wallerstein ansatzweise in *The West, Capitalism, and the Modern World-System*, in: *Review*, Vol. XV, 1992, Num. 4, S. 561-619.

- 15 E. Altvater, *Der Preis des Wohlstands* (Anm. 3), S. 16.
- 16 R. W. Cox, *Social Forces, States and World Orders: Beyond International Relations Theory*, in: *Millennium. Journal of International Studies*, Vol. 10, 1981, Num. 2, S. 126-155.
- 17 Dies kann durchaus im Sinne von S. Strange, *States and Markets*, London 1988, verstanden werden. Siehe zum Komplex Internationale Politische Ökonomie grundlegend S. Strange (Ed.), *Paths to International Political Economy*, London 1984; M. Staniland, *What is Political Economy? A Study of Social Theory and Underdevelopment*, New Haven 1985; B. Bazan/R. J. Barry Jones (Eds.), *Change and the Study of International Relations, The Evaded Dimension*, London 1981; R. A. Isaac, *International Political Economy, Managing World Economic Change*, Englewood Cliffs 1991; R. J. Barry Jones (Ed.), *The Worlds of Political Economy, Alternative Approaches to the Study of Contemporary Political Economy*, London 1988; C. N. Murphy/R. Toozé (Eds.), *The New International Economy*, Boulder 1991, die alle auf die Ausdifferenzierung der Disziplin und den ‚state of the art‘ abheben.
- 18 Vgl. R. W. Cox, *Social Forces* (Anm. 16), S. 135.
- 19 Siehe N. Long, *From Paradigm Lost to Paradigm Regained? The Case for an Actor-oriented Sociology of Development*, in: *European Review of Latin American and Caribbean Studies*, Num. 49, 1990, S. 3-32. Das folgende Schaubild stammt von R. W. Cox, *Social Forces* (Anm. 16), S. 135.
- 20 Vgl. ebenda, S. 137ff. Das folgende Schaubild ist in Anlehnung an H. Koo, *World System, Class, and State in Third World Development. Toward an Integrative Framework of Political Economy*, in: *Sociological Perspectives*, Vol. 27, 1984, Num. 1, S. 33-52, hier S. 47, konstruiert.
- 21 Siehe A. Giddens, *Central Problems in Social Theory, Action, Structure and Contradiction in Social Analysis*, London 1979, S. 49-95; R. Powell, *Anarchy in International Relations Theory: The Neorealist-Neoliberal Debate*, in: *International Organization*, Vol. 48, 1994, Num. 2, S. 321ff.
- 22 Siehe dazu A. Boeckh, *Entwicklungstheorien* (Anm. 2); U. Menzel, *Geschichte der Entwicklungstheorie. Einführung und systematische Bibliographie*, Hamburg 1991; C. Kay, *Latin American Theories of Development and Underdevelopment*, London 1989; A. Y. So, *Social Change and Development, Modernization, Dependency, and World System Theory*, Newbury Park 1990; D. E. Apter, *Rethinking Development, Modernization, Dependency, and Postmodern Politics*,

- Newbury Park 1987; C. Pateman, *The Civic Culture. A Philosophical Critique*, in: G. A. Almond/S. Verba (Eds.), *The Civic Culture Revisited*, Boston, 1980; G. Palma, *Dependency: A Formal Theory of Underdevelopment or a Methodology for the Analysis of Concrete Situations of Underdevelopment*, in: *World Development*, Num. 6, 1978, S. 881-894; T. Smith, *The Underdevelopment of Development Literature. The Case of Dependency Theory*, in: *World Politics*, Vol. 32, 1979, S. 247-288; J. Toye, *Dilemmas of Development. Reflections on the Counter-Revolution in Development Theory and Policy*, Oxford 1987.
- 23 Siehe den Überblick von R. Meyers, *Wieviele Schwalben machen einen Sommer? (Re-)Naissance der Internationalen Politischen Ökonomie?*, in: *Neue Politische Literatur*, Jahrgang XXXIV, 1989, Num. 1, S. 5-40.
- 24 Bereits frühzeitig und als Ausnahme innerhalb der Dependenztheorie haben F. H. Cardoso/E. Faletto in ihrem Buch *Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika*, Frankfurt a.M. 1976, auf diesen Tatbestand hingewiesen. Siehe auch P. B. Evans, *Dependent Development. The Alliance of Multinational, State, and Local Capital in Brazil*, Princeton 1979; Th. H. Moran, *Multinational Corporations and the Politics of Dependence*, Princeton 1974; G. Gereffi, *The Pharmaceutical Industry and Dependency in the Third World*, Princeton 1983; D. G. Becker, *The New Bourgeoisie and the Limits of Dependency. Mining, Class, and Power in 'Revolutionary' Peru*, Princeton 1983; D. C. Bennett/K. E. Sharpe, *Transnational Corporations Versus the State. The Political Economy of the Mexican Auto Industry*, Princeton 1985; G. Gereffi/D. L. Wyman (Eds.), *Manufacturing Miracles. Paths of Industrialization in Latin America and East Asia*, Princeton 1990; R. Newfarmer (Ed.), *Profits, Progress and Poverty. Case Studies of International Industries in Latin America*, Notre Dame 1985. Eine stärker theoretische Verarbeitung dieses Tatbestandes weist D. G. Becker u.a., *Postimperialism. International Capitalism and Development in the Twentieth Century*, Boulder 1987, auf.
- 25 Vgl. W. R. Smith, *International Economy and State Strategies. Recent Work in Comparative Political Economy*, in: *Comparative Politics*, Vol. 25, 1993, Num. 3, S. 351-372.
- 26 P. B. Evans/J. D. Stephens, *Development and the World Economy*, in: N. J. Smelser (Ed.), *Handbook of Sociology*, Newbury Park 1988, S. 761; vgl. auch P. B. Evans/J. D. Stephens, *Studying Development since the Sixties. The Emergence of a New Comparative Political Economy*, in: *Theory and Society*, Vol. 17, 1988, S. 713-745.
- 27 Dieser Richtung ließen sich zurechnen St. Haggard, *Pathways from the Periphery. The Politics of Growth in Newly Industrializing Countries*, Ithaca 1990; R. Rogowski, *Commerce and Coalitions. How Trade Affects Domestic Political Alignments*, Princeton 1989; H. Milner, *Resisting Protectionism*, Princeton 1988; D. Lake, *Power, Protection, and Free Trade*, Ithaca 1988; R. Gilpin, *The Political Economy of International Relations*, Princeton 1978; R. O. Keohane, *After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy*, Princeton 1984; R. O. Keohane/J. S. Nye jr., *Power and Interdependence*, World Politics in Transition, Boston 1977.
- 28 Repräsentative Studien mit induktiv-historischem Hintergrund wären etwa J. Frieden, *Debt, Development and Democracy. Modern Political Economy and Latin America 1965-1985*, Princeton 1991; ders., *Classes, Sectors, and Foreign Debt in Latin America*, in: *Comparative Politics*, Vol. 21, 1988, Num. 1, S. 1-20; ders., *Invested Interests. The Politics of National Economic Policies in a World of Global Finance*, in: *International Organization*, Vol. 45, 1991, S. 425-451; P. Gourevitch, *Politics in Hard Times. Comparative Responses to International Economic Crises*, Ithaca 1986; ders., *International Trade, Domestic Coalitions, and Liberty. Comparative Responses to the Crisis of 1873-1896*, in: *Journal of Interdisciplinary History*, Vol. VIII, 1977, Num. 2, S. 281-313; ders., *The Second Image Reversed: The International Sources of Domestic Politics*, in: *International Organization*, Vol. 32, 1978, S. 881-911; ders., *Breaking with Orthodoxy. The Politics of Economic Policy Responses to the Depression of the 1930s*, in: *International Organization*, Vol. 38, 1984, S. 95-129; L. Panitch, *Working Class*

## Weltsystemtheorie oder internationale Politische Ökonomie?

- Politics in Crisis, London 1980; W. Korpi, *The Democratic Class Struggle*, London 1983; Ch. W. Bergquist (Ed.), *Labor in the World Capitalist Economy*, Beverly Hills 1984; I. Katznelson/A. R. Zolberg (Eds.), *Working Class Formation. Nineteenth Century Patterns in Western Europe and the United States*, Princeton 1986. - Deduktiv-axiomatisch ausgerichtet wären eher die Studien von B. A. Levi/S. L. Popkin, *The Rational Peasant. The Political Economy of Rural Society in Vietnam*, Berkeley 1979; R. H. Bates, *Markets and States in Tropical Africa*, Berkeley 1981; ders. (Ed.), *Toward a Political Economy of Development. A Rational Choice Perspective*, Berkeley 1988; A. Przeworski, *Capitalism and Social Democracy*, Cambridge 1985; M. Levi, *Of Rule and Revenue*, Berkeley 1988; G. Tsebelis, *Nested Games. Rational Choice in Comparative Politics*, Berkeley 1990.
- 29 Staatszentrierte, induktiv-historisch geleitete Studien stammen von P. B. Evans u.a., *Bringing the State Back in*, Cambridge 1985 (mit einer Vielzahl weiterführender Literatur); T. Skocpol, *States and Social Revolutions. A Comparative Analysis of France, Russia, and China*, Cambridge 1979; dies., *Political Response to Capitalist Crisis: Neo-Marxist Theories of the State and the Case of the New Deal*, in: *Politics and Society*, Vol. 10, 1980, Num. 2, S. 155-201; P. Katzenstein, *Small States in World Markets. Industrial Policy in Europe*, Ithaca 1985; ders., (Ed.), *Between Power and Plenty. Foreign Economic Policies of Advanced Industrial States*, Madison 1978; St. Krasner, *Defending the National Interest. Raw Materials Investment and U.S. Foreign Policy*, Princeton 1978; ders., *Structural Conflict. The Third World Against Global Liberalism*, Berkeley, 1985; F. C. Deyo (Ed.), *The Political Economy of the New Asian Industrialism*, Ithaca 1987; A. Stepan, *The State and Society. Peru in Comparative Perspective*, Princeton 1978; St. E. Sanderson, *The Politics of Trade in Latin American Development*, Stanford 1992; R. Jenkins, *The Political Economy of Industrialization. A Comparison of Latin American and East Asian Newly Industrializing Countries*, in: *Development and Change*, Vol. 22, 1991, Num. 2, S. 197-231; B. Jessop, *The Capitalist State*, Cambridge 1982; P. Hall, *Governing the Economy. The Politics of State Intervention in Britain and France*, Oxford 1986; N. Hamilton, *The Limits of State Autonomy. Post-Revolutionary Mexico*, Princeton 1983; Ch. Tilly, *The Formation of National States in Western Europe*, Princeton 1975; ders., *Coercion, Capital, and European States, AD 990-1990*, Cambridge 1990; G. Esping-Anderson, *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge 1990; J. S. Migdal, *Strong Societies and Weak States. State-Society Relations and State Capabilities in the Third World*, Princeton 1988. Eher deduktiv-axiomatische Arbeiten stammen von B. A. Levi, *Political Survival. Politicians and Public Policy in Latin America*, Berkeley 1987; D. C. North, *Institutions, Institutional Change, and Economic Performance*, Cambridge 1990; ders., *Structure and Change in Economic History*, New York 1981; E. Nordlinger, *On the Autonomy of the Democratic State*, Cambridge 1981; J. Ikenberry, *Reasons of State. Oil Politics and the Capacities of American Government*, Ithaca 1988.
- 30 R. Meyers, *Wieviele Schwalben machen einen Sommer?* (Anm. 23), S. 15.
- 31 St. Haggard, *Pathways from the Periphery. The Politics of Growth in Newly Industrializing Countries*, Ithaca 1990; ders./R. R. Kaufman (Eds.), *The Politics of Economic Adjustment. International Constraints, Distributive Conflicts, and the State*, Princeton 1992.
- 32 J. Frieden, *Debt, Development and Democracy. Modern Political Economy and Latin America 1965-1985*, Princeton 1991, Kap. 1; ders., *Classes, Sectors, and Foreign Debt in Latin America*, in: *Comparative Politics*, Vol. 21, 1988, Num. 1, S. 1-20; ders., *Invested Interests. The Politics of National Economic Policies in a World of Global Finance*, in: *International Organization*, Vol. 45, 1991, Num. 4, S. 425-451.
- 33 P. Gourevitch, *Politics in Hard Times. Comparative Responses to International Economic Crises*, Ithaca, 1986, Part I; ders., *The Second Image Reversed: The International Sources of Domestic Politics*, in: *International Organization*, Vol. 32, 1978, S. 881-911. Siehe auch den in diese Richtung gehenden Versuch von R. Berins Collier, *Combining Alternative Perspectives*,

## Peter Imbusch

- Internal Trajectories Versus External Influences as Explanations of Latin American Politics in the 1940s, in: *Comparative Politics*, Vol. 26, 1993, Num. 1, S. 1-29.
- 34 Siehe dazu J. Hirsch, *Internationale Regulation. Bedingungen von Dominanz, Abhängigkeit und Entwicklung im globalen Kapitalismus*, in: *Das Argument*, Num. 198, 1993, S. 195-222.
- 35 Siehe R. W. Cox, *Production, Power and World Order*, New York 1987; ders., *Gramsci, Hegemony and International Relations. An Essay in Method*, in: *Millenium. Journal of International Studies*, Num. 12, 1983, S. 162-175; St. R. Gill/D. Law, *Global Hegemony and the Structural Power of Capital*, in: *International Studies Quarterly*, Num. 33, 1989, S. 475-499.
- 36 Eine solche müßte neben konsistenten Theorieelementen auch Interpretations-, Orientierungs-, Zielbeschreibungs- und Handlungslegitimierungsfunktionen erfüllen können und epistemologisch ausgelegt sein. Vgl. R. Meyers, *Die Theorie der internationalen Beziehungen im Zeichen der Postmoderne. Versuch einer Schneise durch das Dickicht konkurrierender Wucherungen*, in: *WeltTrends*, 1993, H. 1, S. 51-79, hier S. 58.

## Zur Rezeption des Weltsystemkonzepts in Deutschland

### 1. Die Verzögerung der Rezeption

Anfang der siebziger Jahre haben einige Vertreter der politikwissenschaftlichen Disziplin „Internationale Beziehungen“ in der Erkenntnis, „daß koloniale so gut wie postkoloniale Gesellschaften nicht aus sich selbst begreifbar sind“, den Versuch unternommen - zum Teil ohne Kenntnis voneinander -, die Geschichte des internationalen Systems zu schreiben.<sup>1</sup> Einen Überblick dieses neuen Ansatzes im systematischen Zusammenhang gab Ekkehart Krippendorff.<sup>2</sup>

Der durch den großen Umfang des integrierten Materials bestehende Versuch ist die auf vier Bände geplante Geschichte des modernen Weltsystems von Immanuel Wallerstein, von welcher der erste Band 1974 vorgelegt worden ist.<sup>3</sup> In diesem Buch liegt eine eingehende Kritik von Hermann Kellenbenz vor, welche die englischsprachige Welt auf etwas hinweist, das dem deutschen Leser als erstes auffällt: sowohl in der Rezeption der Literatur wie in der historischen Einordnung bildet Deutschland für Wallerstein eine Lücke.<sup>4</sup>

Dies gilt aber auch umgekehrt: das Weltsystemkonzept wurde in Deutschland weniger rezipiert als in anderen westlichen Ländern. Man kann das an der Rezeption Wallersteins verdeutlichen, der international der bekannteste Vertreter des Konzeptes ist.<sup>5</sup> Der erste Band des *Modern World-System* wurde bisher in elf Sprachen übersetzt (Holländisch, Italienisch und Norwegisch 1978, Spanisch 1979, Französisch 1980, Japanisch 1981, Ungarisch 1983, Deutsch und Serbokroatisch 1986, Portugiesisch 1990 und Rumänisch 1992). Außerdem erschien ein Band in Braille. Der zweite Band, der 1980 in Englisch erschien, wurde bisher in acht Sprachen übersetzt, für den dritten Band, der 1989 publiziert wurde, sind vier Übersetzungen z.Zt. in Arbeit. Arbeiten Wallersteins wurden auch in Farsi und Arabisch, Koreanisch, Indonesisch, Türkisch, Schwedisch und Finnisch übersetzt. Die Übersetzung des ersten Bandes von *The Modern World-System* ins Deutsche gelang erst zwölf Jahre nach dem Erscheinen und acht Jahre nach der Übersetzung ins Holländische sowie sechs nach der ins Französische. Eine Übersetzung der Bände zwei und drei ist nicht in Sicht.

Zu den wichtigen Auftritten Wallersteins in Deutschland gehört ein

Symposium am Historischen Seminar der Universität Hannover 1979, zu dem auch ein Wallerstein-Text übersetzt wurde. Bedauerlicherweise weigerte sich der damals angesprochene Zeitschriftenverlag, diesen Text zu publizieren. Der Deutsche Historikerverband machte das Weltsystemkonzept bisher nicht zum Thema einer Sektion auf einem seiner Historikertage und lehnte es ab, das von mir eingebrachte Teilkonzept der „inneren Peripherien“ auf dem Historikertag in Hannover 1992 zu behandeln.<sup>6</sup> Der Deutsche Soziologentag lud den amerikanischen Wissenschaftler jedoch 1984 zu einem Vortrag ein.<sup>7</sup>

Die Verzögerung der Rezeption scheint mir im allgemeinen daran zu liegen, daß Deutschland im Vergleich zu den atlantischen Gesellschaften nach wie vor ziemlich selbstbezogen ist. Das hat eine Vielfalt von Gründen, nicht nur die lange Präokkupation deutscher Politik mit deutscher Einheit - zuerst unter den Bedingungen des 19., dann denen des 20. Jhs. -, sondern auch in dem komplementären und sehr lange durchgehaltenen Versuch deutscher „Weltpolitik“, also dem Versuch, Deutschland als Weltmacht zu etablieren, obgleich spätestens nach dem Ersten Weltkrieg demüthlich sein mußte, daß das deutsche Potential dazu nicht ausreichte. Daß der Versuch, Deutschlands Hegemonie im Weltsystem mit militärischen Mitteln zu erzwingen, zweimal gemacht wurde, deutet auf eine ziemlich tief sitzende Schwierigkeit, reale Machtverhältnisse im Weltsystem nüchtern zu kalkulieren. Vielleicht ist es - man verzeihe einem Deutschen das etwas wehleidige Argument - schwieriger, das Scheitern eines Hegemonieversuchs zu verarbeiten, als von einer realen Hegemonie Abschied zu nehmen, wie die atlantischen Mächte Holland bzw. England das im 18. bzw. 20. Jh. relativ nüchtern, jedenfalls ohne allzugroße Zerstörung eigener Ressourcen getan haben.

Es kann in diesem Zusammenhang nicht um eine Debatte des deutschen „Sonderwegs“ gehen. Daß die Nationen im Rahmen des Weltsystems nicht alle dieselbe Geschichte haben, auch wenn sie zur selben Großregion gehören, ist eine Banalität. Daß Deutschland, das am Anfang des 19. Jhs. im Osten und Norden noch ein eher halbperipheres Land war, sich in seiner Geschichte von den westlichen Zentralländern unterscheidet, liegt ebenfalls auf der Hand. Daß Deutschland sich in seiner Struktur noch heute von den atlantischen Nationen unterscheidet, liegt aber auch an der Vernichtung bzw. Vertreibung seiner jüdischen Bevölkerung im 20. Jh.

Ein wichtiger Grund für den deutschen Provinzialismus ist die Abwesenheit der jüdischen Komponente im deutschen Geistesleben der Nachkriegszeit. Bis zu ihrer Vernichtung bzw. Vertreibung trugen Juden überdurchschnittlich zum intellektuellen Leben im allgemeinen, aber auch zur Weltoffenheit im einzelnen bei. Man könnte diese These leicht quantifizierend

## Zur Rezeption des Weltsystemkonzepts in Deutschland

ausführen, etwa indem man den Anteil von Juden an an Deutsche verliehenen Nobelpreisen aufführt oder ihren Anteil an den Redaktionen kritischer, weltzugewandter Zeitungen vor 1933. Aber es geht mehr um ein qualifizierendes Argument - weiß die jüdischen Deutschen anders waren, besaßen sie mehr Interesse für Anderes und bildeten gerade mit diesem Interesse auf Internationales gerichtete Antennen für das deutsche nationale intellektuelle Leben. Daß wir diese Antennen abgeschlagen haben, ist ein Akt der Selbstverstümmelung, welcher der Aufklärung immer noch hart; jedenfalls trägt diese Selbstverstümmelung nach wie vor dazu bei, Deutschlands Wahrnehmung der Welt zu behindern.

Überraschenderweise hat die 68er Bewegung weniger an der Selbstbezogenheit Deutschlands geändert, als man hätte erwarten dürfen - sieht man vielleicht vom Aufblühen der Imperialismusforschung ab.<sup>8</sup> Die deutsche Linke nach 1968 war weithin marxistisch - gab es vor 1968 außer Wolfgang Abendroth m. W. keinen Marxisten auf einem deutschen Lehrstuhl, so wurden nun im Zeichen der Reform einige Lehrstühle mit Personen besetzt, die das Bekenntnis zu Marx auf den Lippen trugen (während die Masse der Lehrstühle weiterhin in den alten, eher konservativen Klientelverbindungen besetzt wurde). Die amerikanische Linke war weniger marxistisch als „liberal“ - eine Strömung, die gewiß nicht mit unserer Wortbedeutung von „liberal“ bezeichnet werden kann, aber doch keine Identifizierung mit Namen von Denkern goutiert, wie sie in der deutschen Geistesgeschichte von den Lutheranern über Marxisten und Kantianer bis zu den Freudianern und dann eben den Neomarxisten häufig vorkommt. Nicht nur die Konservativen, sondern auch die Linken waren in Deutschland vom Ost-West-Konflikt fasziniert, der ja eben zugleich einen innerdeutschen Konflikt und eine Erneuerung der Einheitsfrage bedeutete. Jedenfalls wurden die Debatten um Marx so geführt, als ob es nicht um einen großen Denker des 19. Jhs., sondern um einen Glaubenshelden ginge: Theoretiker des Spätkapitalismus für die einen, Erfinder des Sozialismus für die anderen und Ahnvater des Totalitarismus für die meisten. Mit dem Zusammenbruch des Systems, das Jacek Kuron und Karol Modzelewski schon 1964 treffend als Monopolsozialismus kritisiert hatten,<sup>9</sup> ist das Objekt dieser Faszination entfallen. Vielleicht kommt die Rezeption der Weltsystemdebatte in Deutschland zurecht, um in einer neu zu findenden Weltsicht nüchterner mit den Realitäten umzugehen.

Man kann gegen dies Bild von großer deutscher Selbstbezogenheit einwenden, daß es heute ein weites Interesse an „Dritter Welt“ gibt, und daß Informationen über außerdeutsche Vorgänge sowohl in der *FAZ* wie in der *taz* einen großen Raum einnehmen. Man kann in der Tat hoffen, daß Deutschland

- ohne gleich alle nationalen Eigenheiten aufgeben und sich ganz in Europa auflösen zu wollen - eine weltoffene, nüchterne Nation wird. Das deutsche Beamtenrecht mit seiner starren Struktur erlaubt es jedoch nur in geringem Ausmaß, daß viele der jungen Leute, welche sich zu Fachleuten für afrikanische oder russische, karibische oder tatarische Geschichte und Gegenwart herangebildet haben und damit inhaltlich über die bloßen Jammerbilder von der Peripherie kenntnisreich hinauszuführen vermögen, dauerhaft an den Hochschulen arbeiten können. So bleibt viele Kenntnis von „Dritter Welt“ bloß emotional und ohne die nötige wissenschaftliche Kritik.

Noch jedenfalls kann sich die deutsche Hochschullandschaft in „Area-Studies“ nicht mit den USA vergleichen, wenn man von Osteuropastudien absieht. Statt jedoch Forschung und Lehre über andere außerdeutsche und außereuropäische Gebiete zusätzlich zu etablieren sowie Osteuropastudien dort auszubauen, wo es nötig ist, setzen manche Hochschulpolitiker Osteuropastudien und z.B. Afrikanistik in eine Konkurrenzsituation, als ob es darum gehen könne, statt Osteuropa Afrika zu studieren.

All dies erklärt vielleicht etwas, warum die Rezeption des Welt-systemkonzepts in Deutschland nur kleine Gruppen berührt hat. In Deutschland ist es nach wie vor unwahrscheinlich, daß führende Geschichtswissenschaftler der Frühen Neuzeit sich zusammensetzen und in Symposien die Ergiebigkeit des Konzepts durch Detailstudien abklopfen, wie das in den USA geschehen ist.<sup>10</sup> Aber auch wenn Deutsche die von ihnen in die Wege geleiteten derartigen Versuche noch in englischer Sprache publizieren, weil sie sich in diesem Medium mehr Aufmerksamkeit erhoffen als in deutscher Sprache,<sup>11</sup> so ist doch auch der Ertrag der bisherigen deutschen Forschung trotz ihrer Verstreutheit gewichtig. In dieser zunehmenden, kritischen Rezeption des neuen Paradigmas steckt ein Stück „Normalisierung“ Deutschlands - es wird für alle immer unumgänglicher, über Geschichte und Gegenwart der immer stärker „vernetzten“ *Einen Welt* zu forschen.

Die Rezeption der Weltsystemdiskussion deutscher Sprache kann man, wenn ein kursorischer erster Überblick erlaubt ist, grob nach Weltbildern und Fragestellungen sowie Forschungen und Fakten gliedern.<sup>12</sup>

## 2. Wirkung auf Weltbilder und Fragestellungen<sup>13</sup>

Die entwicklungstheoretische Diskussion hat die Erklärungsschwierigkeiten der Dependenztheorie gegenüber den *newly industrialized countries* überwiegend dahin interpretiert, daß die endogenen Voraussetzungen in peripheren

## Zur Rezeption des Weltsystemkonzepts in Deutschland

Ländern entscheidender sind als die Weltmarktbezüge. Typisch und kennzeichnend für diese Wende und mit Ulrich Menzel führend in ihr war Dieter Senghaas, der es in den siebziger Jahren in Rezeption der Dependenztheorie noch für eine Voraussetzung von Entwicklung hielt, daß die peripheren Länder sich vom Weltmarkt dissoziierten.<sup>14</sup> Die Veränderung der Gewichtungen zeichnete sich in dem Band ab, mit welchem Senghaas eigentlich zur Rezeption auch der Weltsystemkonzepte in Deutschland beitrug. Zusammen mit Ulrich Menzel machte Senghaas hier das Kompetenzgefälle zwischen Zentrum und Peripherie zu einer wesentlichen Erklärungsvariable und rückte damit von allen Fragen nach ungleichem Tausch etc. ab.<sup>15</sup> Senghaas verwies in seinem schulebildenden Buch *Von Europa lernen*<sup>16</sup> auf Beispiele vor allem aus Nordeuropa und Südamerika, also Länder wie Dänemark oder Schweden, denen weltmarktbezogene, exportorientierte Industrialisierung gelungen war. Die Betonung endogener Voraussetzungen für „Entwicklung“ (vor allem eine erfolgreiche Landreform) wurde zum neuen Paradigma der Entwicklungsforschung. Gut abwägend und mit weiteren Differenzierungen hat z.B. Clemens Dillmann den norwegischen Fall in diese Debatte eingebracht.<sup>17</sup> In dieser Forschungsrichtung ist die Weltsystemperspektive präsent, ihr Erklärungspotential wird jedoch dem der inneren Voraussetzungen von Entwicklungen nachgeordnet. Das hat Arno Tausch in seinem Buch *Jenseits der Weltgesellschafstheorien* deutlich gemacht, in dem er für ein länderspezifisches sozialliberales Entwicklungsmodell plädiert.<sup>18</sup>

In der marxistischen Diskussion wurde das Weltsystemkonzept intensiv diskutiert und meist scharf abgelehnt. Jochen Blaschke hat in einem 1983 publizierten Sammelband die 1977 in englischer Sprache veröffentlichte Kritik Robert Brenners bekanntgemacht, der das Weltsystemkonzept als Neuauflage von Adam Smith vorstellte und kritisierte, daß Wallerstein die innovative Kraft der Kapitalakkumulation nicht erklären könne: „Im Wallersteinschen System wirken Fortschritt und Innovation - soweit sie überhaupt verkommen - wie ein *Deus ex machina*.“<sup>19</sup>

Klaus Busch warf Wallerstein Inkonsistenz in seinem theoretischen Ansatz vor und folgerte, daß Wallerstein nicht in der Lage ist, die „besonderen Gesetzmäßigkeiten der Kapitalkonkurrenz auf dem Weltmarkt zu entschlüsseln“. So werde „die Erkenntnis der Struktur der kapitalistischen Produktionsweise verschüttet“. Auch verstand er das Weltsystemkonzept weniger als Forschungsentwurf denn als neuen dogmatischen Entwurf für die Linke, der aber nur durch Komplexitätsreduktion Anhänger gewinne: „Mit einer solchen Zauberformel im Tornister können wir ruhigen Gewissens *unwissend* durch die Weltgeschichte eilen, denn wir *wissen* heute wie gestern und morgen: es ist immer das Weltsystem.“<sup>20</sup>

1990 publizierte Peter Imbusch eine kritische Gesamtanalyse über Wallerstein, die zum Ergebnis gelangt, daß „es keine Weltökonomie gibt, in der etwa die Nationalökonomien einzelner nationalistischer Länder aufgehen. Werte und Preis, Mehrwert und Profitrate, Distribution sowie die strukturellen Gegebenheiten von Produktion und Konsum sind abhängig von jeweils sehr unterschiedlichen nationalen Bedingungen“. Imbusch argumentierte also dafür, daß die endogenen Bedingungen auf nationaler Ebene noch so bestimmend sind, daß es Sinn macht, Nationalökonomien nach deren „konkret-historischen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten“ zu befragen.<sup>21</sup> Imbusch betonte wie Busch, daß die Untersuchungseinheit Nation für marxistische Analysen nach wie vor ergiebig sei; nicht zuletzt wegen der Schwierigkeiten, ungleichen Tausch zwischen Gesellschaften verschiedener organischer Zusammensetzungen des Kapitals wissenschaftlich präzise zu fassen.

Die dritte Richtung, in der das Weltsystemkonzept diskutiert wird, versucht, „Wirtschaft, Politik und Kultur und ihre Wechselwirkungen in der Weltsystem-Perspektive“ gleichgewichtig zu analysieren, wie Volker Bornschiefer formuliert hat.<sup>22</sup>

Für eine wirtschaftliche, soziale, intellektuelle und politische Ansätze integrierende Geschichtsschreibung habe auch ich 1980 votiert, zuerst in einer ausführlichen, regional bezogenen Auseinandersetzung mit Wallerstein,<sup>23</sup> dann in einem Versuch, die Geschichte des Internationalen Systems als „Einer Welt“ in einem umfangreichen Essay darzustellen<sup>24</sup>. Aus meinem Ansatz folgt, daß „europäisches System“ und Kapitalismus nicht in eins fallen, denn politisch, intellektuell und nach Gemeinsamkeit der Sozialstruktur bildete die mittelalterliche Christenheit ein System, das sich von den großen Reichen des Islam deutlich (und in den Kreuzzügen sogar gewaltsam) absetzte, ohne daß internationale Arbeitsteilung und Fernhandel für die einzelnen christlichen Königreiche schon wirklich prägend waren. Von Menzel übernahm ich das Konzept der Kompetenz für meine Darstellung. In meinem Nachwort zur deutschen Ausgabe von Wallersteins Essay *Historical Capitalism*<sup>25</sup> habe ich meine Position für die als dem Marxismus nahe stehend angenommene Leserschaft als „reformistisch“, also sozialdemokratisch bezeichnet.<sup>26</sup>

Sowohl die sozialliberale Entwicklungstheorie wie die marxistischen Positionen betonen also länderbezogene Analyseansätze, da - im Widerspruch zum ersten Ansatz Wallersteins - die ökonomischen Verhältnisse sich im Verlauf der Geschichte und oft auch in der Gegenwart auf der Ebene der Nationen noch recht plausibel erklären lassen. Der Außenhandel machte auch in der Frühen Neuzeit meist nur wenige Prozente der gesamten wirtschaftlichen Produktion aus. In der Geistesgeschichte ist der Zusammenhang des

## Zur Rezeption des Weltsystemkonzepts in Deutschland

Systems nicht selten besser zu fassen als in der Ökonomie - z.B. in der Ausformulierung von Konzepten wie Menschenrechte oder Nation im Zentrum und nachholender Nationsbildung bzw. nachholender Durchsetzung von Menschenrechten in peripheren oder halbperipheren Räumen. Das gilt dann auch in der Ökonomie, z.B. in nachholenden Übernahmen von Produktionsformen, die nicht immer einen großen Niederschlag in den Außenhandelsbeziehungen finden müssen. Manchmal wurden sie sogar als Blaupausen oder erworbene Fertigkeiten von Flüchtlingen wie den Hugenotten „kostenlos“ ins Land gebracht.

### 3. Forschungen und Fakten

Die Vorherrschaft der länderbezogenen Entwicklungsforschung hat dazu geführt, daß wenige (oder keine?) weltsystembezogene Forschungen von zentralen Forschungsinstitutionen gefördert worden sind. Mir wurde von einem Mitglied eines zugehörigen Beratungsgremiums einmal persönlich mitgeteilt, daß Weltsystem „out“ sei. Die Weltsystemforschung ist nicht nur wie jede andere wissenschaftliche Richtung, sondern deswegen in einem besonderen Maß auf Forschung angewiesen, weil die meisten vorhandenen Datensammlungen von existierenden Staaten organisiert worden sind und entsprechend Wahrscheinlichkeit besteht, daß sie vor allem solche Fragestellungen aufnehmen, welche traditionale Ansätze bestätigen.<sup>27</sup> Bis das Verhältnis endogener und exogener Antriebe zwischen nationalen und internationalen Forschungsrichtungen von gleich zu gleich diskutiert werden kann, ist ein weiter Weg, auf dem kaum der erste Schritt getan worden ist.

Es ist deshalb von entscheidender Bedeutung, daß sowohl von Christel Adick im Bereich der Pädagogik<sup>28</sup> wie von Hans-Jürgen Nitz im Bereich der Geographie<sup>29</sup> die Weltsystemperspektive an einigen, vor allem universitätsnahen Institutionen als Forschungsperspektive aufgenommen wird. In der Geschichtswissenschaft hat Elisabeth Harder-Gersdorff Ansätze des Weltsystems in Forschungen zum Osthandel der Frühen Neuzeit erprobt<sup>30</sup>, ebenso Peter Seifried<sup>31</sup>. Carl-Hans Hauptmeyer hat regionalgeschichtliche Studien in den Kontext von Weltsystemforschung gestellt<sup>32</sup> und fördert mehrere Dissertationen aus dem nordwestdeutschen Raum, die den Zusammenhang mit erforschen. Hierhin gehören auch Versuche, Geschichte von Migrationen zu erklären.<sup>33</sup> In der Afrikanistik ist vor allem auf Beatrix Wuppermanns Dissertation zu verweisen.<sup>34</sup>

Diese und z.B. die Arbeiten zur russischen bzw. sowjetischen Geschichte<sup>35</sup>

lassen einen Fundus von Forschung entstehen, der allerdings bisher nicht nur klein ist, sondern auch nur wenig Institutionalisierung besitzt; im Grunde kaum mehr als einen Verein.<sup>36</sup>

#### 4. Zusammenfassung

Dietmar Rothermund hat kürzlich zusammengefaßt, daß man bei allen Einwänden dem Weltsystemkonzept den heuristischen Wert gewiß nicht absprechen könne.<sup>37</sup> Niemand wird behaupten, daß es ein allgemein anerkanntes Konzept gebe, mit dem Region und Nation, Kulturkreis und Ökumene in ihren Wirkungen auf den freien Entscheidungsraum des einzelnen ins Verhältnis gesetzt werden könnten. Daß aber das auf die Welt ausgeweitete europäische System eines dieser Verhältnisse bildet, läßt sich kaum mehr in Zweifel ziehen.

Die Dependeneia-Theorie hatte es den Oppositionsbewegungen der Peripherie erleichtert, die Zentren für ihre Not verantwortlich zu machen, den maoistischen „Aufstand der Dörfer gegen die Städte“ zu planen. Die sozialliberale länderbezogene Entwicklungsforschung erlaubt es den Nationen des Zentrums, vorrangig Veränderungen an der Peripherie zu fordern, wenn von Entwicklungspolitik die Rede ist. Ein ökonomistisches Weltsystemkonzept kann leicht in einem trotzkistischen Sinn verstanden werden - einerseits muß man dauernd und überall gegen den „Spätkapitalismus“ kämpfen, andererseits ändert man fast per definitionem kaum je etwas, so daß ein Leben als ewiger Revolutionär legitim wird. Das sozialliberale Weltsystemkonzept geht von dem Verständnis aus, daß alles politische Handeln „geduldiges Bohren harter Bretter“ ist und revolutionäre „Beschleunigungen“ nur scheinbar sind, weil sie dem Komplexitätsgrad der Gegenwart nicht entsprechen. Das Konzept impliziert weiter, daß offenbar Handeln auf mehreren Ebenen notwendig ist - Region, Nation, Kulturkreis und Welt. Um die Bedeutung dieser Ebenen gegeneinander zu bestimmen, aber auch um Richtungen und Instrumente des politischen Handelns im historischen Kontext angemessen zu reflektieren, ist mehr weltsystembezogene Forschung nötig, als bisher erfolgt.

- 1 Literaturübersicht: E. Krippendorff, Die Entstehung des internationalen Systems, in: Neue Politische Literatur, 1977, H. 1, S. 36-48, Zitat S. 36-37.
- 2 Ders., Einführung in die internationalen Beziehungen. Band 1: Internationales System als Geschichte. Band 2: Internationale Beziehungen als Wissenschaft, Frankfurt a.M. 1975-1977; vgl. auch mehrere Beiträge in: Herrschaft und Befreiung in der Weltgesellschaft, hrsg. von K. J. Gantzel, Frankfurt a.M. 1975, insbesondere I. Ahlers/H. Orbon/R. Tolle, Zur politischen Ökonomie des Handelskapitals. Ein Beitrag zur historischen Dimension der Weltgesellschaft, S. 115-160.

## Zur Rezeption des Weltssystemkonzepts in Deutschland

- 3 I. Wallerstein, *The Modern World-System. Capitalist Agriculture and the Origins of the European World-Economy in the Sixteenth Century*, Vols. III., New York [usw.] 1974ff. Eine deutsche Übersetzung des ersten Bandes unter dem Titel: *Das moderne Weltssystem*, Frankfurt a.M. 1986.
- 4 H. Kellenbenz in: *Journal of Modern History* 48 (1976), S. 685-692; weitere Rezensionen: H. Wunder in *Zeitschrift für Historische Forschung* 5 (1978); H. Bley/H.-H. Nolte in *Journal für Geschichte* 1980/2.
- 5 Zur Person: H.-H. Nolte, „Nachwort“ zu I. Wallerstein, *Abschied vom 19. Jahrhundert. Die Sozialwissenschaft zerdenken* (deutsche Übersetzung von *Unthinking Social Science*, Cambridge 1991, erscheint z.Zt. bei Beltz/Athenäum). Die ostjüdische Familie Wallersteins ist in den zwanziger Jahren von Berlin nach New York ausgewandert.
- 6 Der Historikertag widmete der außereuropäischen Geschichte jedoch eine von sieben Sektionen, und Wolfgang J. Mommsen ging in seinem Schlussvortrag „Europa und die außereuropäische Welt“ auch kurz auf Wallerstein ein. Zu „inneren Peripherien“ vgl. H.-H. Nolte (Hrsg.), *Internal Peripheries in European History*, Göttingen 1991 (Beiträge von M. Hechter, W. Brustein, G. Zang, M. North, H. Obenaus, J. Topolski, E. Druzina und anderen); Rezension W. W. Hagen in: *Journal of Economic History* 53 (1993) 3.
- 7 Vgl. B. Lutz (Hrsg.), *Soziologie und gesellschaftliche Entwicklung*, Frankfurt a.M. 1984, S. 76-90.
- 8 Vgl. H. Bley, *Die Geschichte der europäischen Expansion. Ein Überblick über die deutschsprachige Forschung*, in: H.-H. Nolte (Hrsg.), *Weltssystem und Geschichte*, Göttingen 1985, S. 94-125.
- 9 J. Kuron/K. Modzelewski, *Monopolsozialismus*, Hamburg 1969; vgl. H.-H. Nolte, *Rußland/UdSSR*, Hannover 1991, S. 168-176. In der deutschen Linken wurde die innermarxistische, aus den „realsozialistischen“ Ländern stammende Kritik überwiegend erst mit Rudolf Bahro rezipiert.
- 10 J. D. Tracy (Hrsg.), *The Rise of Merchant Empires*, Cambridge 1990; ders., *The Political Economy of Merchant Empires*, Cambridge 1991 (Beiträge von D. C. North, G. Parker, K. N. Chaudhuri, H. van der Wee, C. Rahn Phillips, N. Steensgard, J. R. Bruijn, F. Mauro, I. Habib, H. S. Klein und vielen anderen), Rezension: H.-H. Nolte in: *VSWG* 80 (1993).
- 11 H.-J. Nitz (Hrsg.), *The Early Modern World-System in Geographical Perspective. Erdkundliches Wissen Bd. 110*, Stuttgart 1993 (Beiträge von 26 Geographen und auch Historikern aus Osteuropa); Rezension: H.-H. Nolte in: *VSWG* (im Druck).
- 12 Zur Begründung dieser Gegenüberstellung H.-H. Nolte, *Drang nach Osten. Sowjetische Geschichtsschreibung der deutschen Ostexpansion*, Frankfurt a.M. 1976, S. 13-25.
- 13 Vgl. die Bibliographie bei U. Menzel, *Geschichte der Entwicklungstheorie*, Hamburg 1993, bes. S. 253-262, Bibliographie deutschsprachiger Arbeiten zum Weltssystemkonzept in: Wallerstein, *Abschied* (Anm. 5), Nachwort.
- 14 Dieter Senghaas, *Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation*, Frankfurt a.M. 1977.
- 15 D. Senghaas/U. Menzel, *Autozentrierte Entwicklung trotz internationalem Kompetenzgefälle*, in: D. Senghaas (Hrsg.), *Kapitalistische Weltökonomie*, Frankfurt a.M. 1979, S. 280-313.
- 16 D. Senghaas, *Von Europa lernen*, Frankfurt a.M. 1982.
- 17 C. Dillmann, *Von Europa lernen?!*, Pfaffenweiler 1993.
- 18 A. Tausch, *Jenseits der Weltgesellschaftstheorien*, München 1987.
- 19 J. Blaschke (Hrsg.), *Perspektiven des Weltsystems*, Frankfurt a.M. 1983, hier R. Brenner, *Das Weltssystem. Theoretische und historische Perspektiven*, S. 80-111, Zitat S. 95.
- 20 K. Busch, *Mythen über den Weltmarkt*, in: *Probleme des Klassenkampfes* 15 (1985), S. 101-121, Zitate S. 107 und S. 118.
- 21 P. Imbush, *„Das moderne Weltssystem“*, Marburg 1990; Rezension J. Gieseke in: *Das Argument*.

## Hans-Heinrich Nolte

- 22 V. Bornschieer. „Weltsystem“. in: D. Nohlen (Hrsg.), Pipers Wörterbuch zur Politik, Bd. 5, München 1985, S. 535-541. Zitat S. 536.
- 23 H.-H. Nolte. Zur Stellung Osteuropas im internationalen System der frühen Neuzeit, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 29 (1980), S. 159-197.
- 24 Ders., Die eine Welt. Abriss der Geschichte des internationalen Systems, Hannover 1982, 21993.
- 25 I. Wallerstein, Der historische Kapitalismus, Berlin 1984.
- 26 Ebenda, S. 101.
- 27 H.-H. Nolte, Einleitung, in: ders., Weltsystem und Geschichte, Göttingen 1985, S. 6-15; I. Wallerstein, *Unthinking Social Science*, Cambridge 1991, S. 227-272, dt. unter dem Titel *Abschied vom 19. Jahrhundert*.
- 28 Vgl. Ch. Adick, Die Universalisierung der Schule, Paderborn 1992.
- 29 Vgl. H.-J. Nitz, Early Modern World-System (Anm. 11).
- 30 E. Harder-Gersdorff, Im Vorfeld der Industrialisierung - Riga als Emporium, in: *Hansische Geschichtsblätter* 105 (1987), S. 51-81; dies., Russisches Juchtenleder in den internationalen Kanälen des ‚Modern World System‘, in: H. Ebner (Hrsg.), *Festschrift Othmar Pickl*, Graz 1987, S. 173-183.
- 31 P. Seifried, Koloniale Abhängigkeit oder regionale Autonomie?, in: H.-H. Nolte (Hrsg.), *Weltsystem* (Anm. 27), S. 37-93.
- 32 Publiziert liegt vor C.-H. Hauptmeyer, Die Residenzstadt Hannover, in: *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 61 (1989), S. 61-85.
- 33 H.-H. Nolte (Hrsg.), *Fremde in Deutschland/Deutsche in der Fremde*, Hannover 1994 (im Erscheinen).
- 34 B. Wuppermann, Afrika im kapitalistischen Weltsystem. Zur ökonomischen Fundierung der Wallersteinschen Weltsystemtheorie, Berlin 1985.
- 35 A. Tausch, Rußlands Treitmühle. Kapitalistisches Weltsystem, lange Zyklen und die neue Instabilität im Osten, München 1991, Vgl. zu meinen Arbeiten in diesem Bereich die Bibliographie in Wallerstein, *Abschied* (Anm. 5).
- 36 Verein für Geschichte des Weltsystems e.V., Bullerbachstr. 12, 30890 Barsinghausen.
- 37 D. Rothermund, *Geschichte als Prozeß und Aussage*, München 1994, S. 111-119, hier S. 119.

## Iberoamerika<sup>1</sup> in deutschen Zeitschriften des 18. und 19. Jahrhunderts. Das Beispiel der MINERVA 1792–1857

Das hier vorzustellende Teilprojekt<sup>2</sup> untersucht den Informationstransfer zwischen der Neuen Welt und bedeutenden kulturellen und kommerziellen Zentren im deutschen „Hinterland“, konkret die Widerspiegelung iberoramerikanischer Prozesse und die Vermittlung von Bildern und Stereotypen in ausgewählten Periodika des 18. und 19. Jhs., deren Autoren und Verleger und ihren Querverbindungen zu jenen, die sich wissenschaftlich oder kommerziell mit Iberoamerika befaßten, sowie - soweit rekonstruierbar - mit der Rezeption der Presseerzeugnisse.<sup>3</sup>

Zweifellos sind Zeitungen und Zeitschriften eine nicht unproblematische historische Quelle. Es wäre beispielsweise unsinnig zu erwarten, daß man mit Hilfe deutscher Zeitschriften, die ihre Informationen häufig aus zweiter oder dritter Hand erhielten (z.B. wurde aus englischen und französischen Blättern abgeschrieben) oder, wenn sie originale Briefe, Reiseberichte und dergleichen veröffentlichten, historische Ereignisse in Iberoamerika oft Monate, wenn nicht Jahre verspätet beschrieben, die Verhältnisse in Lateinamerika zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt wahrheitsgemäß rekonstruieren zu können. Aber die Periodika eignen sich sehr wohl als Quelle, wenn es darum geht festzustellen, welches Bild von Iberoamerika ein in der deutschen Provinz ansässiger, durchschnittlich gebildeter Mensch, der Amerika nicht aus eigener Anschauung kannte und sicher auch keinen Zugang zu archivalischen Quellen hatte, über die regional verbreiteten Zeitungen und Zeitschriften vermittelt bekam oder in welchen Diskussionen um die politische und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands bzw. einzelner Regionen politische Vorgänge in oder Handelsmöglichkeiten mit Iberoamerika eine Rolle spielten. Außerdem wurden in Zeitschriften dieser Zeit oft Ausschnitte aus bedeutenden Reisebeschreibungen und historischen Abhandlungen über Iberoamerika abgedruckt, auf diese Weise wurden die Erkenntnisse dieser Bücher, die sich sicher nicht jeder Leser<sup>4</sup> kaufen konnte oder wollte, einem breiteren Publikum zugänglich gemacht.

Die im Rahmen des erwähnten Projektes durchgeführten parallelen Untersuchungen zu den Handelsbeziehungen deutscher Regionen zu Iberoamerika

und zur wissenschaftlichen Beschäftigung mit Phänomenen der Neuen Welt und der Prosopographie daran beteiligter Personen ermöglichen dann, Genaueres zu erfahren über die Genese des Bedürfnisses nach Informationen über Iberoamerika, über die Motivation von Redakteuren und Verlegern, über Amerika zu berichten, über die Möglichkeiten der Informationsbeschaffung und über die Zusammenhänge zu wirtschaftlichen und politischen Vorgängen in Europa und Iberoamerika.

Die im folgenden am Beispiel der „Minerva“ beschriebenen Tendenzen der Informationsübermittlung über Iberoamerika, was Konjunkturen, Themenstellungen, regionale Schwerpunkte, Quellen anbetrifft, gelten auch für andere historisch-politische Zeitschriften mehr oder weniger, was sich hier aus Platzgründen nicht belegen läßt.<sup>5</sup> In der Bewertung der Emanzipation Lateinamerikas von der spanischen und portugiesischen Kolonialherrschaft, einzelner Personen und Ereignisse gab es natürlich Unterschiede bei Zeitschriften liberaleren oder konservativeren Zuschnitts<sup>6</sup> und unabhängig von der politischen Tendenz der Zeitschrift entsprechend der verwendeten Quellen.

Die Zeitschrift „Minerva - ein Journal historischen und politischen Inhalts“ erschien von 1792<sup>7</sup> bis 1857 unter dem Motto: „To shew the very age and body of the time, its form and pressure.“<sup>8</sup>

Zunächst wurde die „Minerva“ von Johann Wilhelm von Archenholz<sup>9</sup> herausgegeben, Friedrich Alexander Bran<sup>10</sup>, der die „Minerva“ ab 1809 redigiert hatte, übernahm die Herausgabe nach dem Tode Archenholz' endgültig. 1831 wurde die Minerva von dessen Sohn Friedrich Bran übernommen, der diese in den letzten beiden Jahren mit Dr. L. W. Fischer aus Frankfurt am Main führte.

Die Zeitschrift „Minerva“ eignet sich für die Untersuchung, weil sie sehr umfangreich über Iberoamerika berichtete, über einen langen Zeitraum erschien und somit die Analyse langfristiger Tendenzen erlaubt. Außerdem gehörte sie zu den meist gelesenen ihrer Art, am Ende des 18. Jhs. war sie die in den deutschen Lesegesellschaften am weitesten verbreitete historisch-politische Zeitschrift<sup>11</sup> und hatte zeitweise eine für damalige Zeiten erstaunlich hohe Auflage (5000 Stück 1809).<sup>12</sup> Man kann also davon ausgehen, daß das Bild, das sie von bestimmten Ereignissen in aller Welt vermittelte, die Meinung der politisch interessierten und gebildeten Kreise mitbestimmte. In den zwanziger und dreißiger Jahren des 19. Jhs. nahm angesichts der Vielzahl von Neugründungen politischer Zeitschriften die relative Bedeutung der „Minerva“ ab, aber sie blieb für die Medienlandschaft dieser Zeit ein wichtiges politisches Forum.

Bis 1805 wurde aus der Neuen Welt fast ausschließlich über Nordamerika, d.h. über die Entwicklung der gerade unabhängig gewordenen USA, und über

die Karibik, vor allem über die Sklavenrevolution von Haiti, berichtet.<sup>13</sup> Spanisch-Amerika tauchte nur im Zusammenhang mit der Besprechung einer Tragödie von Sheridan über Pizarro<sup>14</sup> und einem Bericht über Alexander von Humboldts Reiseunternehmungen<sup>15</sup> auf, in dem erklärt wurde, daß eine Weiterverbreitung von Humboldts Erkenntnissen über die Neue Welt sehr wünschenswert sei.

1805 wurde über das Schicksal eines Negerklaven in Brasilien<sup>16</sup> und über „Sitten, Aberglaube und Gebräuche der Peruaner in der Ebene der Pampa von Sacramento und in dem Andengebirge, nach Skinner“<sup>17</sup> berichtet. Im letztgenannten Artikel wurden uralte Vorurteile tradiert, wenn z.B. ein Stamm der Pampa als das „gedankenloseste Volk unter der Sonne“ bezeichnet wurde, weil er Stirn und Hinterkopf mit Brettern plattdrückte, oder die Rede davon war, daß manche Indianer die Köpfe ihrer Feinde kochten. Abgesehen davon läßt sich kaum rekonstruieren, auf welche Indianer zu welchem Zeitpunkt sich welche Beschreibung bezieht, da es sich offensichtlich um eine wüste Kompilation aus verschiedenen Quellen handelte (der Autor erwähnt nur den „Mercurio Peruano“), die zum Verständnis der Lebensweise der Indigenas in Spanischamerika um 1805 sicher nichts beitrug.

1808 begann im Zusammenhang mit der Besetzung Spaniens durch napoleonische Truppen, die 1810 zum Auslöser der Independencia wurde, der Boom der Berichterstattung über Iberoamerika.

1808 wurde zum ersten Mal darüber spekuliert, welche negativen Folgen die spanische Herrschaft in Amerika hatte und wie die Situation dort verbessert werden könnte.<sup>18</sup> Spanien sollte zum Beispiel den Loskauf aus der Leibeigenschaft<sup>19</sup> und Bodenerwerb möglich machen, die Gewerbefreiheit einführen, den Handel durch Aufhebung der Ein- und Ausfuhrbeschränkungen, die Senkung der Zölle und die Gestattung des Direkt Handels mit Europa und den USA fördern, die Einwanderung unterstützen, die Einwohner mit der Verleihungen von Titeln und Auszeichnungen gewinnen und die Sklaverei abschaffen u.v.a. mehr: kurzum die „Minerva“ verkündete ein recht umfangreiches liberales Wirtschaftsprogramm für Spanisch-Amerika.

In den Jahren 1810-1815 dominierten in den Beiträgen zu Iberoamerika und der Karibik Beschreibungen einzelner Regionen und die Auseinandersetzung mit den Folgen des spanischen Handelsmonopols<sup>20</sup> sowie Veröffentlichungen von Statistiken über Handel, Schiffahrt, Bevölkerung,<sup>21</sup> dabei wurde meist aus englischen und französischen Quellen geschöpft. Die zitierten englischen und französischen Autoren setzten sich zum Teil mit Humboldts Werken auseinander, sonst gab es aber kaum Berichte deutscher Reisender oder Kaufleute in der „Minerva“. Die politischen Veränderungen in Spanisch-

Amerika wurden schon öfter erwähnt,<sup>22</sup> standen aber noch nicht im Zentrum der Berichte.

1816/1817 änderte sich das. Nun wurden eine „Denkschrift über die Spanischen Colonien in Amerika“,<sup>23</sup> ein Artikel von Henry Lister Maw „Ursprung der Revolution am Rio de La Plata“<sup>24</sup> und Auszüge aus de Pradts „Über die Colonien und die gegenwärtige Situation in America“<sup>25</sup> abgedruckt. In den beiden letzten Quellen gaben sich die Autoren überzeugt, daß die Unabhängigkeit Spanisch-Amerikas unvermeidbar sei – interessanterweise zu einem Zeitpunkt, wo der endgültige militärische Sieg der Independentisten sich noch nicht einmal andeutete. Der Herausgeber der „Minerva“ äußerte sich selbst nicht zu den Inhalten der veröffentlichten Artikel, aber natürlich läßt auch die Auswahl der Quellen Rückschlüsse auf dessen Einstellung zu.

Sehr aufschlußreich ist auch die Aufnahme einer Artikelserie von Henry Koster über die Staatsverwaltung, die Bewohner, die Sklaverei in Brasilien<sup>26</sup> in die „Minerva“. In der Kritik an bestimmten Mißständen im brasilianischen Staat, z.B. an übermäßiger Steuerbelastung der unteren Klassen, an dem System der Verpachtung des Zehnten und dessen Unterverpachtung und damit an einer unproduktiven, sich bereichernden Gesellschaftsschicht, an der Bestechlichkeit der Beamten, am schlechten Zustand der Gefängnisse und vor allem an der schlimmen Behandlung der Sklaven auf Plantagen, und der Institution der Sklaverei als solcher wird eine aufgeklärte und liberale Haltung des Autors deutlich.<sup>27</sup>

Von 1818 bis 1828 wurde in fast jeder Nummer von der Independencia Spanisch-Amerikas bzw. den ersten Aktivitäten der befreiten Staaten berichtet. Zum Beispiel wurden Auszüge aus den Berichten der vom US-amerikanischen Kongreß mit der Erkundung der Lage in Südamerika (La-Plata-Region, Chile) ausgesandten Beauftragten Rodney, Graham und Bland abgedruckt,<sup>28</sup> und es wurde ein mehrteiliger Bericht über die revolutionären Ereignisse in Mexiko publiziert.<sup>29</sup>

Zur Motivation, so umfangreich über die Independencia zu berichten, äußerte sich Bran selbst in der Vorrede zu „Beiträge zur Geschichte des Insurrectionskrieges“: „Wir haben bis jetzt in dieser Zeitschrift das Vorzüglichste und Authentischste, was in Europa und America über den Insurrectionskrieg der Spanier in Südamerika erschienen ist, der, welches auch das endliche Resultat desselben seyn möge, von unzurechenbaren Folgen für die Verhältnisse der beiden Welttheile seyn muß, mit möglichster Unparteilichkeit geliefert. Unserem Motto gemäß, wollen wir bloß die Gestaltung der Zeit für künftige Geschichtsforscher aufbewahren. Dazu gehört aber nicht nur, daß wir darstellen, was sich ereignet hat, sondern auch wie es geschah. Zu dem

letzteren dienen uns besonders die Erzählungen einiger Theilnehmer an den Handlungen selbst. Mögen immerhin diese Abenteurer, aufgereizt durch das Mißlingen ihrer Versuche, hie und da andere Tinten, als die der reinen Wahrheit, bei ihrer Schilderung gebrauchen, schätzbare Beiträge liefern sie gewiß.<sup>30</sup>

Die Urtheile, die die unterschiedlichen Zeugen über die Independencia und ihre politisch-militärischen Führer fällten, waren dann auch sehr unterschiedlich: so spiegeln sich in den Urteilen über Bolívar zum Teil die Enttäuschung englischer Freiwilliger im Unabhängigkeitskrieg über den unfreundlichen Empfang durch die amerikanischen Soldaten (die zum Teil auch mit religiösen Vorurteilen zusammenhingen) wider. McGregor schrieb über Bolívar: „Bolívar, dessen Ergebenheit und Liebe znm Vaterlande man uns bewundern lehrte, als eine glänzende Nachahmung der edlen Römischen Helden aus den besten Zeiten des Gemeinwohls, war nach der jetzigen Beschreibung nichts weiter als ein Wagehals; grob, grausam, willkürlich und rachsüchtig. Alles was seiner Macht sich widersetzte, oder nach der Politik seiner Maßregeln fragte, der Vernichtung weihend, gleich unersättlich in Ehrgeiz und Eitelkeit, die Vortheile des Sieges und den Verfolg seines Glückes dem Glanze eines prachtvollen Triumphes opfernd.“<sup>31</sup> In Barbet du Bertrands Darstellung der Ereignisse im Spanischen Amerika<sup>32</sup> werden Bolívars militärische Fähigkeiten bestritten, er sei ehrsüchtig, ein Diktator und „Völkerfresser“, seine Maßnahmen (die Abschaffung der Sklaverei, die Verkündung der Gleichheit der Indianer mit den übrigen Bürgern, die Lancasterschulen) seien Blendwerke ausschweifender Philantropie.

In einem anderen Bericht über Bolívar hieß es dagegen, daß Bolívar „zutraulich, tapfer, .... feurig im Kriege, .... ein Liebhaber der Frauen, ohne daß ihn eine einzige unterjochen konnte. ... dem Rest der Bevölkerung des Landes völlig überlegen, ... großmütig und uneigennützig sei“ und jede Strapaze ertrüge.<sup>33</sup> Er wurde mit Napoleon und Washington verglichen, wobei er sicher mit noch mehr Widrigkeiten zu kämpfen hätte als jene. Die „Guerra a muerte“ der Independentisten wurde entschuldigt: „Wenn der Unabhängigkeitskrieg grausam, schrecklich war, so ist es doch ganz gewiß, daß Bolívar, wo er Sieger war, immer die Rechte der Menschlichkeit, den Kriegsgebrauch zwischen zivilisierten Völkern in Anspruch nahm und nur mit Leidwesen, und als alles aufs Äußerste kam, seine Zustimmung zu Repressalien gab, die nur zu oft von den Amerikanern ausgeübt wurden. Die Spanier verschonten weder Alter, noch Geschlecht, noch die Gefangenen, nicht einmal die friedlichen Bewohner - alle Excesse schienen ihnen erlaubt. Bolívar glaubte endlich diese Cannibalen durch die Furcht, mit gleicher Barbarei behandelt zu werden, einschüchtern zu müssen.“<sup>34</sup>

Der Nordamerikaner Brackenridge bezeichnete in seinem Bericht<sup>35</sup> den Befreiungshelden der Banda Oriental, Artigas<sup>36</sup>, als einen „abscheulichen Wilden“, Räuber und Aufrührer, während die Independentistenführer Argentiniens und Chiles, San Martín und O’Higgins, positiv gewertet wurden. In einer Artikelserie von Basil Hall, Seemann und Wissenschaftler (Geologe und Meteorologe),<sup>37</sup> zur Entwicklung Chiles, Perus und Mexikos von 1820 bis 1822<sup>38</sup> kommt trotz gelegentlicher Kritik an Handlungen der Führer der Independencia dessen Überzeugung von der Rechtmäßigkeit des Unabhängigkeitsstrebens der Amerikaner und von der Unumkehrbarkeit dieser Entwicklung zum Ausdruck.

Der Leser der „Minerva“ zu Beginn der zwanziger Jahre des 19. Jhs. kannte die Namen aller wichtigen Persönlichkeiten, die in der Independencia Spanisch-Amerikas eine Rolle spielten, war über die Einzelheiten der politischen Auseinandersetzungen und über den besonderen Weg Brasiliens zur Unabhängigkeit<sup>39</sup> recht gut unterrichtet. Dafür wurden soziale und ethnische Probleme, die mit der Intependencia zusammenhingen, die Eigentumsverhältnisse, die *guerra de castas* u.ä. selten angesprochen. Die Nachrichten, die der Leser von iberamerikanischen Vorgängen erhielt, stammten, wie aus den angeführten Beispielen zu ersehen ist, von ganz unterschiedlichen Zeugen (Seeleuten - meist Offizieren -, Abenteurern, Forschungsreisenden, Geschäftsleuten, Diplomaten) und aus Geschichtsbüchern, die manchmal mit Hilfe von Archivmaterialien oder vor Ort entstanden waren, oft aber auch unseriöse Kompilationen aus verschiedenen Quellen darstellten; selten waren die Autoren professionelle Historiker.

Die „Minerva“ publizierte auch Auszüge aus einem der wenigen Berichte von Frauen über die lateinamerikanische Realität von damals, den Bericht Marie Grahams über Chile, in dem sie ein sehr negatives Urteil über José de San Martín, den „Befreier des Südens“, abgab (er sei mittelmäßig und nicht sonderlich tapfer) und vor allem die Hinrichtung der Gebrüder Carrera unter Führung von San Martíns Sekretär Monteagudo verurteilte.<sup>40</sup> Marie Grahams Bücher wurden auch vom Literarischen Conversationsblatt besprochen und in den Annalen der Erd-, Völker- und Staatenkunde auszugsweise abgedruckt, so daß sie durch die Zeitschriften vielen Leuten bekannt geworden sein dürften. Angesichts dieser Tatsache werde ich die Spur Marie Grahams im Rahmen des Projektes weiterverfolgen.

Trotz der zum Teil negativen Beurteilung einzelner Führer der Independentisten wurde in der „Minerva“ von der Unvermeidbarkeit und dem Recht der Lateinamerikaner auf Emanzipation ausgegangen: „Die Spanischen Provinzen Americas waren reif in ihrer Emancipation. Diese Reife war die

natürliche Folge ihrer Entwicklung, weil diese eine Zeit herbeiführt, wo die Kräfte der Mutterländer aufhören, mit denen ihrer Colonien im Verhältniß zu stehen, und es wird alsdann widernatürlich, daß der Schwache den Kräftigen leite.“<sup>41</sup>

Daß die politische Berichterstattung über die Ereignisse in Iberoamerika für einen längeren Zeitraum so große Bedeutung hatte, hing sicher sowohl mit der Hoffnung zusammen, daß die Emanzipation Amerikas der krisengeschüttelten deutschen Wirtschaft neue Exportmöglichkeiten eröffnen würde,<sup>42</sup> aber auch damit, daß im Deutschland der Restauration die Möglichkeiten, über verschiedene politische Systeme, Konstitutionen usw. zu diskutieren, durch Zensur und politische Verfolgung so stark eingeschränkt waren, daß man gewissermaßen stellvertretend über die politische Entwicklung außereuropäischer Staaten disputierte, wofür natürlich eher die unabhängigen bzw. sich gerade emanzipierenden „Ableger“ der europäischen Kultur in Nord- und Südamerika in Frage kamen<sup>43</sup> als etwa asiatische Staaten.

Neben den aktuellen Informationen wurden in der „Minerva“ Beiträge über die Geschichte der Kolonisierung Amerikas<sup>44</sup> und weitere Berichte über die wirtschaftlichen Verhältnisse, Rohstoffe, Kolonialwaren<sup>45</sup> usw. veröffentlicht. Auch die Idee eines Kanalbaus zwischen dem Atlantischen und Stillen Ozean, in Nicaragua oder am Golf von Darien, wurde bereits besprochen und erklärt, daß der Bau eines solchen Kanals in seinem Nutzen der Entdeckung Amerikas kaum nachstünde<sup>46</sup>. An der Auswahl solcher Artikel und an der ebenfalls zu beobachtenden Tatsache, daß Berichte über politische Ereignisse immer mit neuesten Meldungen über Handelsgesetze, Steuern und Zölle verbunden wurden, zeigt sich, daß man dem Informationsbedürfnis des deutschen Bürgertums, das zu dieser Zeit diverse Aktivitäten in Richtung auf einen Ausbau des Handels mit Iberoamerika entfaltete,<sup>47</sup> auch in der „Minerva“ nachkommen wollte, obwohl diese natürlich keine wirtschaftliche Fachzeitschrift war.

In den dreißiger Jahren kam es zu einem totalen Einbruch in der Berichterstattung über Iberoamerika, fast ein ganzes Jahrzehnt wurde Lateinamerika kaum noch erwähnt, ein Phänomen, das sich auch in anderen Zeitungen und Zeitschriften, wenn auch selten in so extremer Weise, wiederholte. Erklärungsmöglichkeiten dafür gibt es einige: abnehmendes Interesse angesichts des Endes der Independencia und des Versinkens vieler lateinamerikanischer Staaten im Chaos der Machtkämpfe verschiedener Caudillos, die von Europa aus schwer zu durchschauen waren; die Enttäuschung deutscher Liberaler, die auf die Entwicklung konstitutioneller Staaten in Iberoamerika große Hoffnungen gesetzt hatten; die Nichtrealisierbarkeit vieler Vorstellungen

gen hinsichtlich der Handelsmöglichkeiten mit Lateinamerika und der zu erwartenden Gewinne von in Amerika operierenden Bergwerksgesellschaften<sup>48</sup> im Zusammenhang mit der politischen Instabilität der neuen Staaten und des Nichtzutreffens zahlreicher Prognosen in bezug auf die wirtschaftlichen Potenzen Iberoamerikas.

In den vierziger Jahren wurde Lateinamerika im Zusammenhang mit dem Krieg zwischen den USA und Mexiko wieder erwähnt, wobei man einen Bericht ansah, der eher die Sicht der Nordamerikaner, wenn auch nicht ganz unkritisch, reflektierte<sup>49</sup>. Ein Artikel über „Frankreich und Buenos Ayres“ von 1841<sup>50</sup> befaßte sich mit den Spannungen und militärischen Auseinandersetzungen zwischen Frankreich und Argentinien seit 1837, dem Verhältnis von Unitariern und Föderalisten in Argentinien sowie dessen Zusammenhang zu dem Konflikt Buenos Aires-Montevideo<sup>51</sup>, wobei die Person des Diktators Rosas interessanterweise eher positiv gewertet und betont wurde, daß die Bevölkerungsmehrheit auf dem Lande ihn unterstütze. Diese Wertung könnte mit dem Ärger darüber zusammenhängen, daß die französische Blockade dem deutschen Handel schadete, war allerdings nicht typisch für die damalige deutsche Medienlandschaft.<sup>52</sup>

Das starke Interesse an Iberoamerika kehrte allerdings nicht wieder. In den fünfziger Jahren spielte Iberoamerika in der „Minerva“ keine Rolle mehr, sicher nicht, weil dort nichts Berichtenswertes mehr passierte, sondern aus den schon für die dreißiger Jahre genannten Gründen, und weil die Zeitschrift offenbar in interne Schwierigkeiten gekommen war, die schließlich zu ihrer Auflösung führten.

- 1 Die historischen Wandlungen des Begriffs „Amerika“ wären einen eigenen Artikel wert. Ich habe mich entschieden, den heute in der Wissenschaftssprache verwendeten Begriff „Iberoamerika“ für die ehemaligen spanischen und portugiesischen Kolonien auf dem amerikanischen Kontinent und den Antillen zu benutzen. Dieser geographische Raum wird sonst - erst seit der zweiten Hälfte der 19. Jhs. - meist als „Lateinamerika“ bezeichnet. Zuvor hatte der Begriff „Amerika“ schon einem Bedeutungswandel unterlegen: als er sich im 16. Jh. einbürgerte, war zunächst die Nordwestküste Südamerikas, später der gesamte neuentdeckte Kontinent gemeint, von dem man zunächst vor allem das mittlere und südliche Amerika, das von Spanien und Portugal erobert wurde, kannte. Vom spanischen Amerika und Brasilien wurde dann „Nordamerika“ abgehoben. Nach der Unabhängigkeit der USA jedoch wurde es am Ende des 18. Jhs. üblich, unter „Amerika“ Nordamerika, d.h. die USA (manchmal wurde Kanada in den Begriff eingeschlossen), zu verstehen, und davon wiederum „Spanisch-Amerika“ und Brasilien abzuhelien. In Spanien war zunächst von den „Indias occidentales“ bzw. den „Reinos Ultramarinos“ die Rede, erst seit der Aufklärung wurde von „Amerika“ gesprochen.
- 2 Der vorliegende Beitrag stellt einen Ausschnitt der Arbeitsergebnisse meines Teilprojektes im Rahmen des von der DFG geförderten Forschungsvorhabens dar, das Michael Zeuske, Bernd Schröter, Jörg Ludwig, Ulrike Schmieder und Karin Schüller ursprünglich an der Universität Leipzig, z.Z. an der Universität Köln durchführen: „Amerika in Europa. Warenaustausch und

## Iberoamerika in deutschen Zeitschriften: „Minerva“ 1792–1857

Informationstransfer zwischen deutschen Regionen und Lateinamerika vom 17. bis zum Ende des 19. Jhs. Regionale Bedingungen, Trägergruppen und Zentren kognitiver Interaktion mit kolonialen Gesellschaften im europäischen Raum“. Bei diesem Vorhaben geht es darum, die Beziehungen zwischen einzelnen deutschen Regionen (Preußen, Sachsen, Anhalt) und Iberoamerika in Handel und Wissenschaft unter Einbeziehung der Kommunikations- und Informationsnetze sowie der Entstehung von Personengruppen, die diese Beziehungen konkret umsetzten, zu erforschen. Es soll ein tieferes und komplexeres Verständnis des Zusammenhangs zwischen regionalen und universalen Entwicklungen im Rahmen der neuzeitlichen Transformation Europas zur modernen Gesellschaft erreicht werden. Das Projekt soll neue Sichten auf das Verhältnis von „händlerschen“ Küstenzonen und „produzierenden“ Hinterländern innerhalb Deutschlands und ihre unterschiedlichen Stellungen zu den westeuropäischen Zentren der „direkten“ europäischen Expansion eröffnen.

- 3 Zu methodischen Problemen der Realisierung des Teilprojektes, zur Periodisierung und einer groben Gesamtübersicht über das Lateinamerikabild in verschiedenen Kategorien periodischer Literatur des 18. und 19. Jhs., siehe auch Beitrag von U. Schmieder auf der 2. Tagung des DFG-Schwerpunktprogramms „Transformationen der europäischen Expansion vom 15. bis 20. Jh.“, Februar 1994 in Hamburg, unter dem Titel: „Präsenz Lateinamerikas in verschiedenen Kategorien der Presse deutscher Regionen im 18. und 19. Jh.“ (nicht publizierter Protokollband, spanische Übersetzung in: APUNTES. Revista universitaria para problemas de la cultura iberoamericana. Nueva Serien, Leipzig 4/1993).
- 4 Wieviel Prozent der Bevölkerung anspruchsvolle Lektüre lesen konnten und sie auch tatsächlich regelmäßig lasen, ist umstritten: Laut Wittmann werden die Zahlen von R. Schenda und R. Engelsing, die den Alphabetisierungsgrad für 1770 mit 15 Prozent der erwachsenen Bevölkerung, für 1800 mit 20 Prozent, für 1840 mit 40 Prozent angeben, allgemein akzeptiert, jedoch scheint mir Wittmann recht zu haben, wenn er meint, daß tatsächlich ein wesentlich geringerer Teil der Bevölkerung fähig war, halbwegs anspruchsvolle Lektüre zu konsumieren (R. Wittmann, Geschichte des deutschen Buchhandels, München 1991, S. 171ff.)
- 5 Dies wird in einem noch in Arbeit befindlichen Artikel erfolgen. Vgl. bereits: „Las transformaciones en América Latina desde las reformas borbónicas hasta la Independencia y el período de la postemancipación através de periódicos y revistas seleccionadas de Prusia y Sajonia“, X. Kongreß der Assoziation Europäischer Lateinamerikahistoriker (AHILA), Leipzig 21.-25.9.1993 (Beitrag wird publiziert): „Lateinamerika zur Zeit der Independencia und während der ersten Jahre der Nachemanzipation bis etwa 1830 in Leipziger Zeitschriften“, Vortrag auf dem ersten Symposium des erwähnten DFG-Schwerpunktprogrammes Heidelberg 25.-27.2.1993 (siehe Konferenzprotokoll).
- 6 Beispiel für die liberalere Variante: Neue Monatsschrift für Deutschland historisch-politischen Inhalts, hrsg. von F. Buchholz, Berlin 1820-1835, für die konservativere: Pfeilschiffler, Der Staatsmann, Zeitschrift für Politik und Tagesgeschichte, Offenbach 1823ff.
- 7 Zunächst in Berlin, ab Nr. 3 in Hamburg, ab 1812 in Leipzig, ab 1817 in Jena. Es erschienen in vier Bänden pro Jahr jeweils 3 monatliche Einzelnummern.
- 8 Der Herausgeber schrieb außerdem zur Intention seiner Zeitschrift: „Dieses Werk ist vorzüglich der neuesten Geschichte gewidmet, in so fern die Schicksale naher oder ferner Länder, und die Meynungen und Handlungen ihrer Bewohner für aufgeklärte Völker Interesse haben.“ (Minerva, 1792/ I, Band, S. 1).
- 9 Johann Wilhelm von Archenholz (1741-1812) war auch einer militärischen Karriere in preußischen Diensten Historiker und Publizist. Er profilierte sich vor allem als Herausgeber von politisch-historischen Zeitschriften, z.B. dem „Britischen Merkur“, den „Annalen der britischen Geschichte“ und des „English Lyceum“. In der wichtigsten von ihm herausgegebenen, hier zu untersuchenden Zeitschrift „Minerva“ berichtete er als eifriger Anhänger der französischen Verfassung von 1791 vor allem über die Französische Revolution. Das Interesse

- Archenholz' für die Geschichte der Karibik kommt in der Tatsache zum Ausdruck, daß er eine „Geschichte der Flibustier“, Tübingen 1803, veröffentlichte (Französisch Paris 1804, englisch London 1807, Angabe bei: K. Schüller, Die deutsche Rezeption haitianischer Geschichte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts: ein Beitrag zum deutschen Bild des Schwarzen, Köln-Weimar-Wien 1992, S. 249). - Archenholz verfaßte auch eine damals sehr beachtete Reisebeschreibung „England und Italien“, Leipzig 1785, sowie eine „Geschichte des siebenjährigen Krieges in Deutschland“, Frankfurt a.M.-Leipzig 1793. Daneben gab er von 1743-1812 die Zeitschrift „Literatur- und Völkerkunde“ heraus. Auch wenn Archenholz' Name heute weitgehend unbekannt ist, sollte man auch für die Bedeutung der „Minerva“ in Betracht ziehen, daß Archenholz bis in die vierziger Jahre des 19. Jhs. hinein zu den meistgelesenen Historikern gehörte. - Biographische Angaben siehe F. Ruoff, „Johann Wilhelm von Achenholz“ in: H.-D. Fischer (Hrsg.), Deutsche Publizisten des 15. bis 20. Jahrhunderts, München 1971, S. 129-139.
- 10 Friedrich Alexander Bran (1767-1831) trat vor allem als Verfasser von politischen Aufsätzen und Herausgeber von Zeitschriften hervor, neben der „Minerva“ redigierte er die „Nordischen Miscellen“, Hamburg, die Miscellen aus der neuesten ausländischen Literatur, Leipzig, und das Ethnographische Archiv, Jena. 1811 ließ Marschall Davoust ihn wegen der Übersetzung einer Schrift von Cevallos (vermutlich ist Pedro Cevallos' „Exposición de los hechos y maquinaciones que han preparado la usurpación de la Corona de España y los medios que el Emperador de los Franceses ha puesto en obra para realizarla“, Madrid 1808, gemeint, in der dieser nach seinem Wechsel vom josephinischen in das patriotische Lager die Methoden entlarven wollte, die Napoleon bei der Gefangensetzung Ferdinands VII. und bei der Unterwerfung Spaniens angewandt hatte verfolgen): ein erster Hinweis auf sein Interesse an der Iberischen Welt. - Biographische Angaben vgl. Allgemeine Deutsche Biographie, Leipzig 1875ff. und Minerva 1831/4. Band, Nachruf auf F. A. Bran von H. Luden. Über seinen Sohn war leider nichts Biographisches zu erfahren, in den Katalogen (Universitätsbibliothek Halle, Sächsische Landesbibliothek Dresden) und in der Zeitschriftenbibliographie von J. Kirchner fehlt jeder Hinweis auf dessen Herausgeberschaft in bezug auf die Minerva, in Saur's Deutschem Biographischen Index ist F. Bran nicht verzeichnet.
  - 11 M. Prüsener, Lesegesellschaften im 18. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Lesergeschichte, Frankfurt a.M. 1972, S. 430. - Daraus kann man schließen, daß die Leser der Minerva vor allem im inhaltlich anspruchsvollen und politisch interessierten Bildungsbürgertum, das die Mitglieder solcher Lesegesellschaften stellte, zu suchen sind, sich die Zeitschrift also nicht nur an ein beschränktes Fachpublikum wandte.
  - 12 M. Lindemann, Deutsche Presse bis 1815 (Geschichte der deutschen Presse, Bd. 1), Berlin 1966, S. 275.
  - 13 Da zum Haitibild der deutschen Presse und Literatur eine außerordentlich wertvolle Dissertation Karin Schüllers vorliegt (vgl. Anm. 8), wird die Berichterstattung über Haiti hier ausgeklammert.
  - 14 Minerva, 1799/3. Band, S. 562ff.
  - 15 Minerva, 1803/3. Band, S. 538ff.
  - 16 Minerva, 1805/3. Band, S. 412ff.
  - 17 Minerva, 1805/4. Band, S. 511ff., Fortsetzung 1806/1. Band, S. 329ff., vermutlich nach: Captain Joseph Skinner, Present State of Peru, London 1805. Chiefly from the Mercurio Peruano (British Biographical Archive).
  - 18 „Blicke auf das spanische Amerika“ (ohne Autoren- oder Quellenangabe), in: Minerva 1808/3. Band und 1808/4. Band. Artikel in mehreren Fortsetzungen.
  - 19 Welche persönlichen Abhängigkeitsverhältnisse in Iberoamerika mit diesem aus der deutschen Historiographie stammenden, eigentlich nicht übertragbaren Begriff gemeint waren, wurde nicht spezifiziert.

## Iberoamerika in deutschen Zeitschriften: „Minerva“ 1792–1857

- 20 *Minerva* 1813/3. Band, S. 401ff., Historische und topographisch-statistische Nachrichten von Venezuela, nach Dauxion Lavaysse „Voyages aux îles de Trinidad, de Tabago, de la Marguerite et dans diverses parties de Venezuela dans l'Amérique meridionale“. Bd. 1 u. 2 Paris, 1813. Jean-François Dauxion-Lavaysse, 1775-1826, sollte als Agent der französischen Regierung die Rückkehr Haitis unter französische Vorherrschaft erreichen (Archives biographiques françaises). - *Minerva*, 1810/2. Band, S. 193ff., Ansichten eines Engländers über das Monopol, besonders in Hinsicht auf das Spanische Süd-America, Aus Bells Weekly Messenger.
- 21 *Minerva*, 1811/ 3. Band, S. 120ff., Statistisches Gemälde der dänischen Besitzungen in Westindien; *Minerva*, 1813/ 3. Band, S. 46ff., Bemerkungen über den Gewerbefleiß und den Handel der spanischen Kolonien in Amerika, in Vergleichung mit jenen der Franzosen, Engländer, Holländer u.s.w.
- 22 Z.B. *Minerva* 1815/3. Band, S. 138ff., „Beiträge zur Geschichte der Revolution von Caracas“, von H. Poudenz und F. Mayer, ein Artikel, in dem Miranda übrigens sehr negativ beurteilt wird, seine Motivation beim Kampf für die Unabhängigkeit Venezuelas sei eher Rache und persönliches Geltungsstreben als Freiheitswillen.
- 23 *Minerva*, 1816/4. Band, S. 1ff.
- 24 *Minerva* 1817/1. Band, S. 177ff. - Maw(c) war ein Offizier der britischen Navy, der in Westindien und Südamerika Dienst tat, er publizierte das „Journal of a Passage from the Pacific to the Atlantic, crossing the Andes in the Northern Provinces of Peru, and descending the River Marañon or Amazon“, London 1829, und sammelte für die „Society of Encouragement of Arts, Manufacturers, and Commerce“ Artefakte in Südamerika, wofür er von dieser ausgezeichnet wurde (British Biographical Archive), sein Werk wurde auch vom in Berlin erscheinenden „Gesellschafter“ benutzt.
- 25 *Minerva*, 1817/2. Band, S. 128ff. - Dominique Georges Frédéric, Dufour de Pradt, archeveque des Malines (1759-1837), 1791 aus Frankreich emigriert, Publizist und Diplomat in napoleonischen Diensten, hatte mehrere Werke zur spanischen und südamerikanischen Geschichte veröffentlicht, darunter z.B. *L'Europe et l'Amérique en 1822 et 1823*, 1824, 2 Bde.; *De l'Amérique après le Congrès d' Aix-la-Chapelle, 1821-1822*, 2 Bde.; *Examen du plan présenté aux Cortès sur la reconnaissance de l'indépendance de l'Amérique espagnole*, 1822 (Archives biographiques françaises). Er wurde häufig zitiert, z.B. auch im in Leipzig publizierten *Literarischen Conversationsblatt*.
- 26 *Minerva*, 1817/3. Band, S. 41ff., 264ff., 298ff., nach „Travels in Brazil“, London 1816, 2. Aufl. 1817. - Henry Koster's Person wurde in Portugal als Sohn englischer Eltern geboren und 1820 in Pernambuco gestorben (English Biographical Archive).
- 27 Allerdings lobte Koster auch verschiedene brasilianische Einrichtungen, z.B. die „Roda dos Enceitados“, in der Kinder von „zweifelhafter Geburt“ aufgezogen werden, bzw. den Brauch, daß unehefiche Kinder auf die Schwelle des Hauses eines Begüterten abgelegt werden konnten, der sie dann meist im Haus aufzog.
- 28 *Minerva* 1819/3. Band, S. 4ff., Rodney an John Quincy Adams, 5.11.1818, 1819/ 3. Band, S. 65ff., Graham an John Quincy Adams, 5.11.1818, 1819/ 4. Band, S. 239ff. u. 382ff., Blands Bericht an den Kongreß. Diese Berichte waren damals eine wichtige Informationsquelle, auch Götschen benutzte sie in seiner Zeitschrift „Ameriks, dargestellt durch sich selbst“ (Leipzig 1818-20). - Caesar Augustus Rodney, 1772-1824, war der erste Botschafter der USA in Argentinien, er schrieb auch den: Report of the present state of the Unites Provinces of South America (1819). - John Graham, 1774-1820, war als US amerikanischer Diplomat in Spanien, Portugal und Brasilien tätig (American Biographical Archive).
- 29 *Minerva*, 1821/4. Band, S. 1ff., 222ff., 413ff., Historische Darstellung der Revolution in Mexiko, nach dem Englischen des Herrn Williams Davis Robertson.
- 30 *Minerva*, 1819, Band 4, S. 173.
- 31 *Minerva* 1819/4. Band, S. 197. - Vermutlich war mit McGregor der Abenteurer Sir Mac Gregor

- gemeint, der bis 1819 in Bolívars Diensten auf der Seite der venezolanischen Independentisten kämpfte und später an der Moskitoküste lebte (British Biographical Archive).
- 32 Minerva 1825/3. Band, S. 157ff., über den Autor war leider nichts herauszufinden.
- 33 Minerva 1828/1. Band, S. 479ff., „Beiträge zur Charakteristik Bolívars“, aus dem Englischen.
- 34 Ebenda, S. 485.
- 35 Minerva, 1820/3. Band, nach „Voyage to South America, performed by order of the American Gouverneement 1817 and 1818, by H. M. Brackenridge“, London 1820. - Henry Marie Brackenridge, 1786-1871, Kongreßabgeordneter, Diplomat, bereiste 1817/1819 im Auftrag des Kongresses Brasilien, Buenos Aires und Venezuela, um zu sondieren, ob man die USA die südamerikanischen Staaten anerkennen sollten, sein aus dieser Reise resultierendes Buch (siehe oben) wurde von Humboldt lobend erwähnt (American Biographical Archive).
- 36 Zu Artigas' Rolle bei der Unabhängigkeit der Banda Oriental siehe: B. Schröter, José Gervasio Artigas, Del contrabandista al dirigente revolucionario, in: APUNTES. Revista universitaria para problemas de la historia y de la cultura iberoamericana, Nueva serie, 2/1992, S. 27-47.
- 37 Bekannt geworden durch: „A Voyage of Discovery of the Western Coast of Corea and the Great Loo-Choo-Island in the Japan Sea (1817)“: „Extracts from a Journal written on the Coasts of Chili, Peru, and Mexico, in the years 1820, 1821, and 1822“ (British Biographical Archive), sein Werk wurde auch in anderen deutschen Zeitschriften wie den Annalen der Erd-, Völker- und Staatenkunde von Berghaus verwendet.
- 38 Minerva, 1824/3. Band, S. 161ff., S. 196ff., S. 249ff.
- 39 Minerva 1824/4. Band, S. 1ff., Vorstellung an die Monarchen Europas in Betreff auf die Unabhängigkeit des Reichs von Brasilien, Aus dem Französischen des Herrn Alphonse Beauchamp. - Alphonse Beauchamp (1767-1832), in Monaco geboren, während der Großen Französischen Revolution im Staatsdienst der Republik, schrieb u.a. eine „Histoire du Brésil depuis son conquête en 1500 jusqu'en 1810“, 1815, und eine „Histoire de la conquête et des révolutions du Pérou“, 1807.
- 40 Minerva 1825/1. Band, S. 269ff., nach „A Journal of a residence in Chile during the year 1822...“, London 1824, Marie Graham (1785-1842), eigentlich Maria Lady Calcott, hatte sich 1821 mit ihrem Mann, Captain Thomas Graham, nach Südamerika begeben. Dort hielt sie sich mit ihm in Brasilien auf, nach seinem Tode auf See im April 1822 weite sie allein in Chile und dann noch einmal in Brasilien (veröffentlichte auch das „Journal of a Voyage to Brazil and Residence there, during the part of the years 1821, 1822, 1823“), in Rio war sie zeitweilig Englischlehrerin Donna Marias, der späteren portugiesischen Königin. In Chile und Brasilien hatte sie Zugang zu höchsten gesellschaftlichen Kreisen und dies zur Zeit des Höhepunktes der Independencia, was ihre Berichte besonders interessant macht. - Biographische Angaben: Vorworte zum Reprint der beiden Reiseberichte, New York 1969, von A. Curtis Wilgus und in: The Captain's Wife, the South American Journals of Maria Graham 1821-23, compiled and edited by E. Mavor, London 1993. - Bei den Hingerichteten Carreras handelte es sich um Juan José und Luís Carrera, die Brüder von José Miguel Carrera, der 1811 und 1814 in Chile die Macht ergriffen hatte. - Inge Buisson hat in ihrem Artikel „Frauen in Hispanoamerika in Reiseberichten von Europäerinnen, 1830-1853“, in: JbLa, Bd. 27, 1990, S. 227-257, die Berichte von Flora Tristan, Fanny Calderón und Frederika Bremer ausgewertet.
- 41 Minerva 1826/4. Band, S. 154.
- 42 Zu den Wirtschaftsbeziehungen deutscher Staaten zu Lateinamerika und der für die Förderung dieser Beziehungen notwendigen Anerkennung der iberamerikanischen Staaten durch die ihnen politisch feindlich gegenüberstehenden Staaten der Restauration: M. Kossok, Im Schatten der Heiligen Allianz, Deutschland und Lateinamerika 1815-1830, Berlin 1964.
- 43 Zu dieser Problematik siehe auch: Kleinmann, Die politische und soziale Verfassung des unabhängigen Mexiko im Bild und Urteil liberaler deutscher Zeitgenossen, in: JbLa 1971, S. 221-249.

## Iberoamerika in deutschen Zeitschriften: „Minerva“ 1792–1857

- 44 Minerva 1823/1. Band S. 309ff., Über des Bischofs von Las Casas, des Schutzengels der Indianer Leben und Schriften, nach Llorentes neuer Bearbeitung, 1825/3. Band, S. 354ff., Über den Antheil Deutscher Kaufleute an den ersten Frohnden der Indianer in Südamerikanischen Bergwerken“, S. 486 „Über Verleihungen Südamericanischer Länder an Deutsche Kaufleute, von Seiten Carl V.“
- 45 Zu diesen Berichten gehörte z.B. „Über die Minen der Neuen Welt“ (Minerva 1826/1. Band) nach englischen Quellen, worin genaue Angaben zu Bergwerksgesellschaften, Reinerträgen, wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hinsichtlich der Gold-, Silber- und Kupferminen der einzeln iberoamerikanischen Staaten enthalten waren und ein besonders optimistisches Bild in bezug auf die Gewinnmöglichkeiten in mexikanischen Bergwerken gezeichnet wurde.
- 46 Minerva, 1825/4. Band, S. 173ff., nach Birk Pitman.
- 47 Siehe: M. Zeuske, Preußen, die „deutschen Hinterländer“ und Amerika, Regionales, „Nationales“ und Universales in der Geschichte der „Rheinisch-Westindischen Compagnie“ (1820-1830), in: „Scripta mercaturae, Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialgeschichte“, H. 1/2 1992, S. 49-88; J. Ludwig, Sächsischer Handel und die Südamerikanischen Freistaaten 1822-1828, Die ‚Elb-Amerikanische Compagnie‘, in: ebenda, S. 23-49.
- 48 Beispiele für das Scheitern deutscher ökonomischer Aktivitäten in Iberoamerika: das Scheitern der von Aktionären zahlreicher deutscher Regionen getragenen Rheinisch-Westindischen Compagnie zu Beginn der dreißiger Jahre und das Ende des Deutsch-Amerikanischen Bergwerkvereins (Literatur dazu H. Kruse, Deutsche Briefe aus Mexiko mit einer Geschichte des Deutsch-Amerikanischen Bergwerksverein 1824-1838, Ein Beitrag zur Geschichte des Deutschtums im Auslande, Essen 1923; H.-J. Oehm, Die Rheinisch-Westindische Compagnie, Neustadt an der Aisch 1968, - Die die Akten des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz, damals noch Mersburg (Rep 120 CXIII, 17, Nr. 10, Band 1+2, Rep 120 C 1, Abt. VIII, Nr. 11, Rp 120, CVIII, 1/11, Rep 120 C XIII 17, Nr. 3.) zeigen, daß die dreißiger Jahre eine Periode der Stagnation des Handels Preußens mit Lateinamerika waren: eine gewisse Ausnahme stellten Mexiko und Brasilien dar, wobei es auch dort hinreichend Probleme gab. Der Handel mit Buenos Aires war durch militärische Auseinandersetzungen und Blockaden behindert, engere Wirtschaftsbeziehungen zu den anderen südamerikanischen Staaten wurden erst in den vierziger/fünfziger Jahren aufgenommen.
- 49 Minerva, 1848/ 1. Band, S. 1ff., Die nordamericanische Armee und die Ereignisse am Rio Grande, (Aus eigenen Beobachtungen und Erfahrungen dargestellt von einem ehemaligen preußischen Officier im Dienste der nordamericanischen Freistaaten).
- 50 Minerva, 1841/ 1. Band, S. 350ff.
- 51 Zu den innen- und außenpolitischen Auseinandersetzungen der La-Plata-Region in dieser Zeit siehe: Handbuch der Geschichte Lateinamerikas, Bd. 2, Stuttgart 1992, S.349-357.
- 52 Zum Beispiel wurden die Mordtaten und Vermögenskonfiskationen im Auftrag Rosas' in der Allgemeinen Preußischen Staatszeitung mit Abscheu geschildert (Nr. 79, 20.3.1994).

---

## Buchbesprechungen

**Averil Cameron, *The Mediterranean World in Late Antiquity*, Routledge, London, New York 1993, XVII, 251 S.**

Die Verfasserin gibt in diesem Buch einen umfassenden Überblick über das wirtschaftliche, soziale, kulturelle und religiöse Leben und Veränderungen in der spätantiken Mittelmeerwelt vom Ende des 4. bis zum Beginn des 7. Jhs. Entsprechend ihrer wissenschaftlichen Spezialisierung steht das Oströmische Reich im Vordergrund der Darstellung, doch werden auch wichtige Entwicklungen der westlichen Mittelmeerwelt berücksichtigt. Ausgerüstet mit dem neuesten Forschungsstand – vor allem auf dem Gebiet archäologischer Untersuchungen – wirft sie erneut Fragen nach dem Verhältnis zwischen Wandel und Kontinuität in der Spätantike bis zu den arabischen Eroberungen im 7. Jh. auf, die seinerzeit schon Henri Pirenne zu seinen berühmten Untersuchungen über *Mahomet et Charlemagne* aus dem Jahr 1922 veranlaßten.

Nach der Einleitung, die den Forschungsstand und die Schwerpunkte ihrer Abhandlung erkenntlich macht, behandelt *Cameron* im ersten Kapitel Konstantinopel und das Oströmische Reich im 5. Jh. Im zweiten

Kapitel werden die Zusammenhänge zwischen dem spätantiken Imperium, den Barbaren und der spät-römischen Armee dargestellt. Im dritten Kapitel erörtert die Vf. die Wechselbeziehungen zwischen Kirche und Gesellschaft im Untersuchungszeitraum. Im vierten Kapitel werden die spät-römischen sozialen Strukturen und die spät-römische Ökonomie untersucht. Die Eroberungen des Kaisers Justinian stehen im Mittelpunkt des fünften Kapitels. Kultur und Mentalität bilden den Schwerpunkt des sechsten Kapitels. Eingehend beschäftigt sich die Vf. im siebenten Kapitel mit dem Wandel im städtischen Leben und dem Ende der Antike. Eine sozialgeschichtliche und demographische Studie über die östliche Mittelmeerwelt über Veränderungen ihrer Besiedlungsbietet das achte Kapitel. Eine Conclusion, Anmerkungen, eine ausgewählte kritische Bibliographie zu den einzelnen Kapiteln und ein Index beschließen das Buch.

*Cameron* hebt besonders die *longue durée*, das schwache, vereinzelte Eindringen nicht-römischer ethnischer Gruppen in das Reich hervor, lange bevor diese Gruppen dann auf dem Boden des Imperium eigene Königreiche bildeten. Viele der dadurch bewirkten langfristigen Veränderungen lagen außerhalb staatli-

## Buchbesprechungen

cher Kontrolle, und oft begann ein umfassender sozialer und kultureller Wandel auf der Grundlage lokaler und regionaler Veränderungen, die nicht zentral koordiniert waren und dennoch die gesamte Gesellschaft beeinflussten. Die Vf. betont die zunehmende Kluft zwischen dem spät-römischen Heer, das zunehmend aus barbarischen Stammeskontingenten bestand, und der Zivilbevölkerung des Reiches. Das spät-römische Heer entfaltete in immer stärkerem Maße eine politische Eigendynamik, die sich unter Umständen auch gegen die kaiserliche Zentralgewalt richten konnte. Der Prozeß der barbarischen Besiedlung in den Westprovinzen des Reiches und der Rückgriff auf barbarische Truppenkontingente für die römische Armee ließen neue soziale, wirtschaftliche und militärische Strukturen entstehen, die sich vor allem im Weströmischen Reich für das Kaisertum negativ auswirkten. Der Staat wurde von barbarischen Söldnern abhängig, die er nicht mehr wirksam kontrollieren konnte.

Die ökonomischen Veränderungen in der Spätantike waren nicht von revolutionärer Natur. Es gab in der Übergangsperiode von der Antike zum Mittelalter keine Revolution der Produktivkräfte, wie sie etwa in der agrarischen Revolution oder in der industriellen Revolution erkennbar ist. Als neue ökonomische Faktoren im 5. und 6. Jh. nennt *Cameron* die barbarische Besiedlung in großem

Umfang und die Entwicklung der Kirche als eine wesentliche wirtschaftliche Institution, die sich u.a. auf die Zunahme der wirtschaftlichen Bedeutung der Klöster für die lokale und regionale Ökonomie gründete.

Mit Recht betont die Autorin, wie in der Spätantike ältere soziale Strukturen, etwa die *ordines*, an Bedeutung verlieren, dafür die *dignitates*, *condiciones* und *status* an Gewicht gewinnen. Auch die Klassenverhältnisse der frühen Kaiserzeit sind in der Spätantike in Veränderung begriffen. Der gallo-römische Presbyter Salvian von Massilia hat diese Veränderung mit seinen Worten wiedergegeben: man sei nicht in der Knechtschaft des Standes wegen, sondern wegen der Armut (epist. 1.6).

Sehr differenziert untersucht *Cameron* die Veränderung des Stadt-Land-Verhältnisses, die sich im Ost-römischen Reich zeitlich wie inhaltlich wesentlich von den Vorgängen im Weströmischen Reich und in den nachfolgenden Königreichen unterscheidet.

Eine Korrektur, Galla Placidia auf S. 34 betreffend, sei angemerkt. Gemeint ist hier die Tochter des Kaisers Valentinian III., Placidia. Galla Placidia dagegen war die Tochter des Kaisers Theodosius I., Mutter Valentinians III.

Die Autorin gelangt abschließend zu dem Ergebnis, daß das Römische Reich nicht in einer Revolution geen-

det habe (S. 197). Keine revolutionäre Erhebung stürzte das römische Reich. Die Frage nach einem möglichen revolutionären Charakter einer gesamten historischen Übergangsepoche stellt sich ihr nicht. Eindeutig – und zu Recht – wendet sie sich gegen Begriffe des „Niedergangs“ oder des „Untergangs“, die die Sicht in eine historische Perspektive versperren. „But societies do not exist in a vacuum. The world itself is in a constant state of change. In the same way, myriads of small and large changes happened both within the vast territories of the empire and outside its borders: it is these changes taken together which have misleadingly been labelled ‚decline‘. But it is not the historian’s place either to sit in moral judgement on his subject or to impose inappropriate classical norms“ (S. 198). „Much too much emphasis is still placed on the ‚collapse‘ of the Roman Empire and the ‚transformation‘ of the classical world, and too little on the long-term continuities (S. 200).

Dieser Kontinuität sollte man in der Forschung zur Sozialgeschichte der Spätantike noch intensiver nachgehen.

Rigobert Günther

**Neithard Bulst, Die französischen Generalstände von 1468 und 1484. Prosopographische Untersuchungen zu den Delegierten, Jan Thorbecke Verlag, Sigmaringen 1992, 495 S.**

Der Vf. hat sich mit zahlreichen Veröffentlichungen als Spezialist der französischen Geschichte des ausgehenden Mittelalters und der frühen Neuzeit ausgewiesen und es dabei verstanden, verfassungsgeschichtliche Untersuchungen wirkungsvoll mit sozial- und kulturgeschichtlichen Fragestellungen und Methoden zu verbinden. An die „klassischen“ Arbeiten von Marc Bloch anknüpfend, der auch einer Sozialgeschichte der Ständeversammlungen wertvolle Anregungen vermittelt hat, hat *Bulst* überdies mehrere seiner Studien in vergleichender Perspektive angelegt.<sup>1</sup>

Vorliegender Bd. verbindet die kritische Diskussion der Forschung zu den französischen Ständeversammlungen mit einer umfassenden prosopographischen Untersuchung der Delegierten zu den Versammlungen der Generalstände der Jahre 1468 und 1484. Die Arbeit untersucht auf der Grundlage umfangreicher Quellenstudien in französischen und weiteren europäischen Archiven und Bibliotheken erstmalig die Vertreter aller drei Stände und erschließt damit auch im Vergleich mit der französischen Forschung Neuland.

*Bulst* stellt seiner Präsentation der Delegierten ein Kapitel zur Seite, in dem Wahlmodi, Verlauf und Ergebnisse der Ständeversammlungen analysiert werden. Quellenanhang, ausführliches Literaturverzeichnis, Personen-, Orts- und Sachregister sowie eine Reihe von Grafiken, die die verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen den Delegierten verdeutlichen, komplettieren den Band.

Der Vergleich der Jahre 1468 und 1484 macht auf Veränderungen in der Organisation der Ständeversammlungen am Ende des Jahrhunderts aufmerksam, die durch die Einführung eines Wahlverfahrens, das an die Stelle der persönlichen Einberufung der Delegierten durch den König tritt, sichtbar werden.

Ein zentrales Problem der inhaltlichen Analyse der Generalstände des Jahres 1484 besteht im Machtzuwachs der königlichen Amtsträger, die bereits am Ende des Jahrhunderts ihre besondere Rolle „als intermediäre Führungsschicht zwischen dem König und den übrigen drei Ständen“ unterstreichen (S. 371). Stellten die „officiers“ doch über mehrere Jahrhunderte das konstituierende und stabilisierende Element des französischen Absolutismus dar und entwickelten sich gleichzeitig zu einem erheblichen Hemmnis für dessen Reformfähigkeit im 18. Jh.<sup>2</sup>

*Bulst* beleuchtet das Spannungsfeld von ständischen, verwandtschaftlichen und persönlichen Macht-

interessen in den Wahlen und den Diskursen der Delegierten und stellt, ausgehend von den Erfahrungen des 15. Jhs., interessante Fragen an die Geschichte des 18. Jhs., etwa wem mit Blick auf die strategische Bedeutung der Ortswahl fragt, „was wäre 1789 geschehen, wenn die Generalstände statt nach Versailles, wo die unzufriedene Masse der Pariser Großstadtbevölkerung ein unberechenbares politisches Potential bildete, etwa wie im 15. und 16. Jahrhundert oder wie 1614 nach Orléans, Tours, Blois oder Sens einberufen worden wären?“ (S. 372).

*Bulst* vermittelt vielfältige Anregungen für künftige Untersuchungen zur Entwicklung des verfassungsrechtlichen Denkens im absolutistischen Frankreich oder zur Geschichte des Ständestaates im europäischen Vergleich. Über den engeren Gegenstand hinaus belegt die Arbeit die Fruchtbarkeit der Anwendung sozial- und kulturgeschichtlicher Methoden und Fragestellungen auf dem Feld der Institutionengeschichte, an der künftige Arbeiten zur Verfassungsgeschichte des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit zu messen sein werden, und liefert gleichzeitig den Beweis für die Möglichkeit einer Symbiose von Theorie- und Methodendiskussion und anspruchsvoller Quellenpräsentation, die deutlich macht, daß der Gegensatz von „Fallschirmgleitern“ und „Trüffeljägern“, den Emmanuel Le Roy

Ladurie unter seinen Historikerkollegen ausgemacht hat, überwindlich scheint.

Steffen Sammler

- 1 Vgl. dazu N. Bulst, Kollektive Gewalt in englischen und französischen Bauernaufständen im 14. Jahrhundert, in: Was ist Gesellschaftsgeschichte? Hrsg. von M. Hettling u.a., München 1991, S. 155-165.
- 2 Vgl. dazu E. Hinrichs, Ancien Régime und Revolution. Studien zur Verfassungsgeschichte Frankreichs zwischen 1589 und 1789, Frankfurt a.M. 1989.

**Wegscheiden der Reformation. Alternatives Denken vom 16. bis zum 18. Jahrhundert, hrsg. von Günter Vogler, Verlag Hermann Böhlau Nachfolger, Weimar 1994, 553 S.**

Versammelt sind die Beiträge einer Konferenz, die aus Anlaß des (mutmaßlichen) Müntzerjahres 1989 in Bautzen stattfand, sowie einige im Nachhinein für die Publikation verfaßte Aufsätze. Seinerzeit organisiert von der Fachkommission Frühe Neuzeit der Historiker-Gesellschaft der DDR mit dem Anliegen, von Müntzer ausgehend die Problematik alternativen Denkens und Handelns zwischen dem 16. und 18. Jh. einzufangen, gerät die Druckfassung nun in einen völlig neuen Kontext, der der Aktualität des Themas jedoch keineswegs abträglich ist.

Eingangs nmreißt Vogler das

Spannungsfeld von „Alternative“ und „Reformation“, das sowohl das Reformationsverlangen der Zeitgenossen als Alternative zum Bestehenden, dem „krisenhaften Zustand von Kirche und Gesellschaft oder von beiden“ (S. 15) – hier wäre freilich zu erwägen, inwiefern dann auch die katholische Reform als Variante alternativen Denkens und Handelns aufgefaßt werden kann, soweit sie auf denselben Zustand reagierte – als auch andere reformatorische Ansätze als Alternativen zur Reformation in lutherischer Gestalt beinhaltet.

Hans-Jürgen Goertz nähert sich der Frühzeit der Reformation und den historiographischen Interpretationsansätzen von der politikwissenschaftlich inspirierten Kategorie der „sozialen Bewegung“ her (S. 34) und verbindet damit eine Kritik am großteils unreflektierten Gebrauch des „Bewegungs“begriffs bei den Historikern. Die „soziale Bewegung“ sei die adäquate Form einer (auch von Luther als *Rechtsbruch* begonnenen und somit schlechthin) *radikalen* Reformation gewesen, bis diese Eingang in die Institutionen fand. Der Gewinn dieses Nachweises eines Bewegungscharakters der verschiedenen reformatorischen Bemühungen in den zwanziger Jahren des 16. Jhs. dürfte stärker noch als für das Reformationsverständnis selbst (dazu S. 51f.) im Interesse einer komparatistisch orientierten Frühneuzeit-historiographie allgemein liegen: In-

dem *Goertz* eine nicht an bestimmte historische Epochen gebundene Definition auf das Phänomen der Reformation anwendet, erlaubt er deren Vergleichbarkeit mit zeitlich wie räumlich anderen sozialen Bewegungen.

Obrigkeit und Widerstand betrachten *Eike Wollgast* für die Frühzeit der Reformation und *Adolf Laube* für die Zeit um 1530. Luther und Müntzer, Programme der aufständischen Bauern und täuferische Ansichten werden vorgestellt. *Wollgast* meint, daß es ein stringentes Konzept für aktiven Widerstand der Untertanen (in Glaubensfragen) gegen die Obrigkeit im Deutschland der Reformationszeit nicht gegeben habe. *Laube* arbeitet dagegen anhand zweier deutscher Übersetzungen (1522 und 1530) einer Schrift Wessel Gansforts (ca. 1419-1489) zu Gehorsamsgebot und Widerstandsrecht, die in der Forschung zum Widerstandsrecht bislang unberücksichtigt geblieben sind, eine der am weitesten gehenden Widerstandslehren jener Zeit heraus.

Auch in anderen Beiträgen werden einzelne Aspekte des Gedankengebäudes von Luther und Müntzer sowie ihr spannungsreiches Verhältnis zueinander behandelt (*Siegfried Bräuer*, *Hans J. Hillerbrand*). Karlstadt wird ihnen von *Sigrid Loos*, die einige personale Beispiele für alternatives Denken im frühen 16. Jh. aufgreift, als „Schlüsselfigur der alternativen Reformation“ (S. 107) zur Seite gestellt. Der (im Schatten des

Müntzerjubiläums begangene) 500. Geburtstag von Kaspar Schwenkfeld im Herbst 1989 bot *Giünter Mühlpfordt* Anlaß zu vergleichenden Betrachtungen über radikale (gewaltfreie) Reformation im 16. Jh. und radikale Reform Ende des 20. Jhs. in Mitteleuropa. Er plädiert in seiner ausführlichen Darstellung des Schwenkfeldischen Reformations-, Menschen- und Weltverständnisses – bis zu den Nachfahren in der amerikanischen Freikirche – nachdrücklich für eine Korrektur des historischen Gedächtnisses, das Schwenkfeld stiefmütterlich bedenkt.

*Werner O. Packull* analysiert das Täuferium, das er als „Religion der Entfremdeten“ bezeichnet, im Tiroler Kontext hinsichtlich der Beziehungen zu Gaismair und dem Bauernaufstand, des doppelten – deutschen/schweizerischen – Ursprungs und seines radikalen Erscheinungsbildes. Den massenhaften Zuzug von Täufeln nach Polen-Litauen nach der Niederschlagung des Münsteraner Täuferreiches, als auch aus Schlesien und Mähren Täufer ausgewiesen wurden, behandelt *Janusz Tazbir*. Er geht auch auf die Auswirkungen auf den polnischen Antitrinitarismus ein. *James M. Stayer* versucht in differenzierter Argumentation das Verhältnis zwischen Karlstadt, Müntzer und den Zwickauer Propheten zum Schweizer Täuferium zu bestimmen.

Charakter, Inhalte, Trägerschichten und Stärke der Alternativen zur lutherischen Reformation besonders

in Norddeutschland untersucht *Heinz Schilling*, der den Meinungsstreit zwischen Lutheranern einerseits und „Sakramentierern, Zwinglianern und Schwärmern“ andererseits auch als Streit um alternative politische und gesellschaftliche Wege in der Frühneuzeitgeschichte sieht. „Alternativen“ sind dabei für ihn nur die nicht realisierten Ansätze, die die „entwicklungsgeschichtlich offensichtlich notwendige Phase der Konfessionalisierung“ (S. 307) und deren implizite, nur begrenzte Differenzierung in Frage stellen bzw. solche, die als Ausdruck kommunalistischer Selbstbehauptung gegen eine starke fürstliche Gewalt auftraten; die landesherrliche Protektion nichtlutherischer Strömungen etwa in Hessen (S. 285f.) mache es kaum möglich, diese als Alternativbewegung zu begreifen. In zahlreichen Beispielen verdeutlicht er die „frühreformatorische Pluralität“, die bis etwa 1525 keineswegs das Bild eines offenen innerevangelischen *Gegensatzes* bot und in Norddeutschland erst danach durch lutherische Identitätsbildung und nachfolgende Polarisierung beendet wurde. *Schilling* erwartet vom Fortgang der archivalischen Forschungen vor allem in mittel- und kleinstädtischen Archiven verstärkt Belege für den eher synkretistischen als lutherischen Charakter der frühreformatorischen Bewegungen.

*Volker Press* greift die These auf, daß das reformierte Bekenntnis auf

lange Sicht eine Voraussetzung für den Aufstieg Brandenburg-Preußens zur zweiten Großmacht im Reich war. Die Ausgrenzung der Reformierten aus dem Augsburger Religionsfrieden begünstigte oppositionelle Aufladung, führte zur Orientierung auf die westeuropäischen Mächte (als Vertreter der Glaubensgenossen bzw. als konfessionspolitisch eigennützig Agierende) und unterminierte die Reichsverfassung. In dieser Hinsicht müsse die Anerkennung des reformierten Bekenntnisses als eine der wichtigsten Errungenschaften des Westfälischen Friedens gelten, da sie diese Sprengwirkung entschärfte und auf eine Zusammenfassung des deutschen Protestantismus gewirkt habe. Es fragt sich aber, ob eine rein konfessionelle Argumentation hinreichend für die Erklärung des Wettstreits (und seiner Sieger) um Großmachtpositionen im Reich ist. Die Zusammenhänge von Konfession und Politik bzw. Wirtschaft, die gewiß in die genannte Richtung wirkten, können noch nicht als hinreichend erforscht gelten.

*Lodewijk Blok* erläutert die Ursachen der „religiösen Pluriformität“ (S. 382) der Niederlande im 17. Jh., die dem (aus heutiger Sicht irreführenden) Diktum von den „calvinistischen Niederlanden“ widerspricht, greift auf die (grob Luther, dem Täuferum und Calvin entsprechenden) drei Phasen der Durchsetzung von Reformation in den Vereinten

Niederlanden zurück und entwirft ein Panorama der religiösen Positionen in der Republik des 17. Jhs.

Die russische Kirchengeschichte, zwar von der west- und mitteleuropäischen Reformationsproblematik abgetrennt, fügt sich ebenfalls durch die Frage nach Alternativsituationen in den vorliegenden Band ein. Die im 17. Jh. im Gefolge mehrhundertjähriger Entwicklung anstehende Frage nach der Stellung und Haltung der Kirche im russischen Staat brachte unter dem Patriarchen Nikon Reformen hervor, die freilich weniger Glaubensfragen als vielmehr das Zeremoniell betrafen und schließlich zur Kirchenspaltung zwischen Staatskirche und Altgläubigen führten. *Peter Hoffmann* zeigt, wie die Innerkirchlichen Auseinandersetzungen alsbald soziale Brisanz gewannen, da die Raskolniki zum oppositionellen Sammelbecken wurden, besteht aber darauf, daß die Komponente des sozialen Protestes nicht von vornherein im Raskol existierte, sondern erst mit der Ausgrenzung aus der Staatskirche einsetzte. *Michael Schippan* verfolgt die Ansiedlung dreier ‚ausländischer‘ Religionsgemeinschaften – Hutterer, Herrnhuter und mennonitische Täufer – in Rußland im 18. Jh., die besonders aus ökonomischen Motiven gefördert und wiederum gerade wegen ihrer andersartigen Wirtschaftsweise von Teilen der einheimischen Bevölkerung als Gefahr aufgefaßt wurden. Außerdem umreißt

er Ähnlichkeiten in den Anschauungen west- und mitteleuropäischer und russischer Religionsgemeinschaften.

Die Spannweite der im Band behandelten Themen reicht bis zum Sozinianismus des 17. Jhs. und zum Pietismus und berührt auch den europäischen Zusammenhang von Reformation und (Früh-) Aufklärung (*Petra Schellenberger, Hannelore Lehmann, Irina Modrow*). *Martin Brecht* stellt in Vorwegnahme der angekündigten umfassenden „Geschichte des Pietismus“ neue Sichten auf den europäischen Pietismus vor, die diesen bereits um 1600 ansetzen. Andererseits sind einige nur scheinbar marginale Themen wie z.B. die „Reformation vor Calvin“ in Frankreich nicht präsent. Dies schmälert jedoch den Gewinn, den man aus der Lektüre des Bandes zieht, nicht entscheidend. Leitthema des Bandes wie thematische Vielfalt der präsentierten Fragestellungen befördern die Entwicklung weg von einer Reformationsgeschichtsschreibung, die durch die Orientierung auf das angenommene „Hauptphänomen“ Luther und dessen Denken lange genug einseitig verzerrt war. Dank der üppigen Fußnotenausstattung der einzelnen Texte verfügt man nebenher beinahe über ein Kompendium der Literatur zu wesentlichen Teilen der aktuellen Reformationsforschung. Das für einen Sammelband nicht unbedingt selbstverständliche Personenregister erleichtert die gezielte Suche.

Die Weiträumigkeit des Alternativen-Begriffs in der hier verwendeten Form läßt Zweifel an dessen Operationalität für die Geschichtswissenschaft aufkommen. Verschiedene Beiträge sprechen nicht explizit von Alternativen, während andere den Begriff in verschiedensten Zusammenhängen gebrauchen bzw. als Synonym für „oppositionelles“, „utopisches“ Denken o.ä. einsetzen. Unbeantwortet bleibt die Frage, ob als „Alternativen“ erst in der Rückschau alle jene Strömungen ausgemacht werden, die scheiterten, oder ob ein Ansatz erst dann zur Alternative wird, wenn sich ein anderer als stärker erwies und die Mehrheit überzeugte? Auch sagt der Begriff an sich noch nichts über die realen Gestaltungspotenzen einer ‚Bewegung‘ aus. Hinter der Problematik verbirgt sich allerdings die Aufforderung, jenseits der „Geschichte als Einbahnstraße“ die Verschiedenheit der Wege in Denken und Handeln zu verdeutlichen und auch jene aufzudecken, die sich nicht durchsetzen konnten bzw. zu einem bestimmten Zeitpunkt abbrachen und andere freisetzen, die sich schließlich als historisch wirkungsmächtiger erwiesen. Und lange den Blick für eine Wahrnehmung der Vielfalt verbaut haben.

Katharina Middell

**Fictions of the French Revolution, edited by Bernadette Fort, Northwestern University Press, Evanston/ Illinois 1991, 209 S.**

Dieser Band enthält die Beiträge einer Tagung vom November 1989 an der Northwestern University, eines der zahllosen Kolloquien zum Bicentenaire. Die Herausgeberin eröffnet einleitend die neuere Entwicklung der Historiographie, die sie unter dem Einfluß poststrukturalistischer Theorien von der Geschichte als Text, der modernen Semiotik und der Psychoanalyse in einem Paradigmenwechsel sieht, den François Furet mit seinem „Penser la Révolution française“ eingeleitet habe. Die Abkehr von sozialen Erklärungen, die sie der marxistischen Erklärung zurechnet, und die Entdeckung des Politischen führe dazu, daß die Revolution als sich selbst hervorbringendes Mythengeflecht dekonstruiert werden könne. Zweifellos hat *B. Fort* recht, Mentalitätsgeschichte, Begriffsgeschichte, die Rolle von Bild und kollektiver Imagination als Forschungsfelder herauszustellen, auf denen in den letzten Jahren erheblicher Zugewinn an Material und interpretatorischer Eleganz gewonnen wurde. Zwei Schwächen fallen jedoch ins Auge. Einmal wird die zur Begründung herangezogene historiographiegeschichtliche Beschreibung, die den Status einer Legitimationsinstanz erhält, nicht selbst-

kritisch auf ihren fiktionalen Charakter überprüft. Dies ist insofern erstaunlich, als die Vielzahl von Vorworten zu Konferenzbänden inzwischen beinahe schon eine Serialisierung der Varianten dieser Erzählung zuläßt. Zum anderen scheint dem Rezensenten die Debatte um die Schwierigkeiten und Risiken von Mentalitätsgeschichte ebenfalls weiter fortgeschritten, als daß sie einen einfachen Optimismus zuließe, die alte marxistische Sozialgeschichte sei nunmehr obsolet und durch die Untersuchung kollektiver Einstellungen abgelöst, für die es keinen Rückgriff mehr auf soziale Realitäten hinter den Texten und Bildern gebe.

Immerhin, die Fiktionalität der Erzählungen über Ereignisse und Zusammenhänge der Revolutionszeit, die ja unbestreitbar auszumachen, wenn auch m. E. mit der (sozialgeschichtlichen?) Frage zu konfrontieren ist, warum wer wann diese Erzählungen erfinden konnte und ihnen teilweise handlungsauslösend geglaubt wurde, lädt zur Kooperation von Historikern und Literatur- und Kunstwissenschaftlern ein.

Die Beiträge sind solcher pluri-disziplinären Dekonstruktion gewidmet: *Jacques Revel* wendet sich der Rhetorik in den revolutionären Pamphleten, *Patrice Higonnet* der Fiktion des sentimental Suizids und *François Furet* der Wirkung von Revolutionserinnerungen auf die politischen Vorstellungen des 19. Jhs.

zu. *Peter Brooks* und *Thomas Crow* beschäftigen sich mit Körperlichkeit und revolutionärer Kunst, *David Simpson* mit der zeitgenössischen Aufnahme der Revolutionsbilder in England. *Craig Kinker*, Regisseur eines vierstündigen Theaterspektakels während der Tagung, erörtert seine Inszenierungsvorstellungen für Stanislaw Przybyszewskas „The Danton Case“.

Matthias Middell

**Lothar Gall (Hrsg.), Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft, Oldenbourg, München 1993, 428 S.**

Das Bürgertum ist die schillerndste und vielfältigste Sozialformation der deutschen Gesellschaft seit dem ausgehenden 18. Jh. Das erhöht den Reiz seiner wissenschaftlichen Erforschung. Es erschwert aber auch die theoretische und konzeptionelle Präzisierung. Einer der pointiertesten und bekanntesten Forschungszugriffe auf die Geschichte des Bürgertums im 19. Jh. wird in einem Frankfurter Projekt, das von *Gall* geleitet wird, erprobt. Es basiert auf dem Gesetz der „klassenlosen Bürgergesellschaft“, wie es *Gall* in einem der einflußreichsten Aufsätze der jünge-

ren Forschung vor zwei Jahrzehnten skizzierte.<sup>1</sup> Zwischen Ständegesellschaft und moderner Klassengesellschaft habe es eine mehrere Jahrzehnte andauernde Phase gegeben, in der die zeitgenössischen bürgerlichen Theoretiker und politisch Aktiven der Vorstellung einer quasi-egalitären Bürgergesellschaft angehangen hätten. Das sei vor allem während der ersten Hälfte des 19. Jhs. nicht nur eine soziale Zukunftsvorstellung gewesen, sondern die gesellschaftliche Realität habe dem noch weitgehend entsprochen, im deutschen Südwesten in besonderem Maße, aber nicht nur dort. Später dann, im Zusammenhang mit dem 1988 begonnenen Frankfurter Projekt, wurde dieses Konzept dahingehend erweitert, daß sich das Bürgertum als soziale Gruppe in ganz entscheidendem Maße in der Stadt als historischem Raum konstituiert habe.<sup>2</sup> Geplant sind rund ein Dutzend Monographien mit analogen Fragestellungen und gleichem methodischen und theoretischen Ansatz zu verschiedenen (west-)deutschen Städten, insgesamt 16. Der vorliegende Sammelband stellt den analytischen und methodischen Zugriff vor und präsentiert die zentralen Untersuchungsfelder (die Sozialstruktur der städtischen Bevölkerung, des städtischen Bürgertums und der städtischen Eliten; die Konstituierungsfaktoren des Bürgertums; das Verhältnis zwischen städtischem Bürgertum und Staat).

Die detaillierte Kritik und Erörterung einzelner Stärken und Schwächen findet man in Kommentaren nicht am Projekt beteiligter renommierter Historiker, die mit abgedruckt sind. Das ersetzt ansatzweise die bisweilen spärlichen Hinweise auf frühere und andere Forschungsliteratur in den Anmerkungen.

Der Ertrag des Frankfurter Projektes, der sich in diesem Band nur zum Teil widerspiegelt, liegt in mehreren Punkten. Einmal wird durch den gewählten Ansatz eine prinzipielle Vergleichbarkeit der Ergebnisse gewährleistet. Für eine Reihe von Städten wird man exakt untereinander vergleichen können, wie sich die Sozialstruktur veränderte, welche Teile des Bürgertums jeweils dominierten, was die lokalen Eliten prägte usw. Zum zweiten wird hier die Stadt als historisches Untersuchungsfeld stark aufgewertet. Das liegt im Trend der Forschung. Die Sozialgeschichte beschäftigt sich immer mehr mit Problemen im lokalen Rahmen, ohne sich dabei auf eine reine Urbanisierungs- oder Stadtgeschichte zu reduzieren.<sup>3</sup> Drittens schließlich könnte durch den Band und das Projekt insgesamt auch die Diskussion über die „bürgerliche Gesellschaft“, das Entstehen einer Zivilgesellschaft angeregt werden. Nicht nur auf der nationalstaatlichen Ebene werden damit Fragen von politischer Partizipation, von Demokratisierung erörtert. Das kann gewohnte Kategorien und

Konzepte relativieren und kann ein Beitrag der Historiker sein zur gegenwärtig wieder stärker geführten Diskussion über die „civil society“.

Die Kritik, die anzubringen ist, richtet sich zum Teil gegen die hier präsentierten Beiträge, genauso jedoch gegen die Grundkonzeption des Forschungsprojektes. Das kann im einzelnen nicht jeweils getrennt werden. Da der Band eher die generelle Forschungsstrategie expliziert, mag es gerechtfertigt sein, auch vor allem darauf einzugehen. Vier Aspekte sind besonders hervorzuheben.

1. Die verwendete Begrifflichkeit und Terminologie ist nicht immer präzise und eindeutig. In einem Band, der im Titel den Ausdruck „Moderne“ verwendet, kann man erwarten, daß erläutert wird, was unter diesem weiten Begriff verstanden wird. Ist damit eine Zeitspanne gemeint, die Epoche nach der Industrialisierung, soll damit die seit dem 18. Jh. entstehende „bürgerliche Gesellschaft“ verstanden werden – das bleibt hier unklar. Der „Übergang“, der hier skizziert werden soll, bleibt blaß, weil die Unterschiede zwischen „klassenloser Bürgergesellschaft“ und vorausgehender traditionaler Gesellschaft bzw. nachfolgender moderner Gesellschaft nicht ausreichend expliziert werden.

Ebenso bleibt letztlich unklar, was unter „Lebenswelt“ verstanden wird. Anfangs fast als Gegenkonzept zu

einer sozial- und strukturanalytischen Untersuchungsmethode eingeführt, wird auch dieser Begriff an keiner Stelle definiert und inhaltlich gefüllt. Plakativ bleiben Abgrenzungen wie: untersucht werden sollen „lebensweltlich vermittelte ... Zusammenhänge“, „reale Fraktionen des Bürgertums“ anstatt „angeblich aus der Analyse des sozialen Gesamtsystems“ gewonnene, die nur das „Konstrukt abstrakter Schichtenanalysen“ (S. 2) seien. Insbesondere ist auch unverständlich, was an diesem Ansatz denn das spezifisch Neue und nicht aus der Analyse des Gesamtsystems resultierende sein soll, wenn rechtliche, soziale, politische und wirtschaftliche Konstituierungsfaktoren jeweils getrennt untersucht werden (S. 127ff.). Folgt man der Einleitung des Herausgebers, soll mit diesem lebensweltlichen Ansatz geleistet werden, von der Analyse von Teilphänomenen zur Untersuchung der sozialen Gruppe als Handlungseinheit zu kommen. Was in diesem Band aber nicht vorgestellt wird, sind Arbeiten, die das leisten. Fein säuberlich getrennt werden etwa die ökonomische Oberschicht, die politische Elite, die gesellschaftliche Führungsschicht behandelt, und gerade nicht die Verknüpfung unterschiedlicher Dimensionen in spezifischen Handlungseinheiten analysiert. Ob sich die begriffliche Neuschöpfung „Realkollektiv“ (S. 3), die hierfür angeboten wird, durchsetzt, dürfte zu be-

zweifeln sein. Der Untersuchungsraum „Stadt“ ist sicherlich ideal dafür geeignet, Lebensweltphänomene zu untersuchen. Deshalb ist es zu bedauern, daß diese Chance hier so wenig eingelöst wird. Offen bleibt z.B., weshalb dann nicht wenigstens für einzelne Städte eine Netzwerkanalyse durchgeführt wird. Das Untersuchen von Vereinsmitgliedschaften kann das nicht ersetzen.<sup>4</sup>

Unbefriedigend ist auch, daß unterschiedslos von „städtischem Bürgertum“ und von „Stadtbürgertum“ (S. 5) gesprochen wird. Unklar bleibt damit, wann jeweils von Bürgertum als rechtlich definierter Gruppe (Stadtbürgertum) oder als sozialstrukturell gefaßter Gruppe (städtisches Bürgertum) die Rede ist.<sup>5</sup> Das ist bedauerlich, weil die Kategorie des Bürgerrechts für das Projekt eine zentrale Bedeutung einnimmt. Gerade deshalb sollte genau getrennt und dem Leser deutlich gemacht werden, wenn von Bürgertum als durch das Bürgerrecht abgegrenzter Einheit (was sich im 19. Jh. oft noch mit der Selbstwahrnehmung des Bürgertums deckte) oder von Bürgertum im Sinne einer nach abstrakten sozialanalytischen Kategorien definierten Gruppe gesprochen wird. Die damit jeweils erfaßbaren und beschreibbaren sozialen Einheiten werden nicht immer deckungsgleich sein, gerade diese Differenz gilt es dann zu thematisieren und zu erörtern.

2. Einer der Grundgedanken des Projektes ist, daß zwischen Stände-

welt und Klassengesellschaft als gewissermaßen eigene Epoche eine kurze Phase der „klassenlosen Bürgergesellschaften“ existiert habe. Das wird nicht explizit formuliert, liegt aber den betonten Differenzierungen der Bürgergesellschaft zur Ständewie zur Klassengesellschaft zugrunde. Der Wandel im 19. Jh., hin zur Industriegesellschaft wird in diesem Band deutlich ausgeführt und auch überzeugend präsentiert. Bisher ist in der Forschung eher der politische Wandel des Bürgertums diskutiert worden.<sup>6</sup> Hier wird nun der allmähliche Erosionsprozeß des rechtlich abgegrenzten Stadtbürgertums im Verlauf des 19. Jhs. deutlich gezeigt. Weniger deutlich wird jedoch die Unterscheidung zur ständischen Gesellschaft ausgeführt. Was war vor der „Bürgergesellschaft“ des Vormärz, wie unterscheidet sich diese von der früheren Zeit? Hier argumentiert der Band nicht stringent. Zum Teil wird eine Kontinuität betont und die lange Tradition der Stadtbürgergesellschaft erwähnt. Zum anderen wird jedoch der Unterschied zur segregierten Ständegesellschaft hervorgehoben und auf die elitäre Struktur der Bürgergesellschaft hingewiesen. Vielleicht resultiert diese Unschärfe daraus, daß hier mit einer stadtbürgerlichen Tradition argumentiert wird, die jedoch zu Beginn des 19. Jhs. erst erfunden wurde als Waffe im Kampf gegen die altständische Gesellschaft.<sup>7</sup>

3. Der zentrale Punkt des Konzepts der „klassenlosen Bürgergesellschaft“ liegt in der Annahme der tendenziell egalitären sozialen Struktur des Bürgertums der damaligen Zeit. Vor dieser Folie wird dann die Differenzierung der „bürgerlichen Klassengesellschaft“ beschrieben. Die prinzipielle Frage dabei ist – *Langewiesche* weist in seinem Kommentar darauf hin –, ob die Gleichheit der vormärzlichen Bürgergesellschaft eine ideale Leitvorstellung damaligen Denkens war – wofür er eintritt –, oder auch in der sozialen Realität der Stadt gegeben war – was *Gall* vertritt und was dieser Band zu zeigen versucht. Es wird überzeugend dargelegt, daß in vielen Städten des 19. Jhs. ein großer Anteil der männlichen, volljährigen Einwohner das Bürgerrecht besaß.<sup>8</sup> Zu bedauern ist, daß jedoch kaum auf konkrete Praxis der Bürgerrechtsverleihung eingegangen wird. Auch bisher schon wurden in Arbeiten meist nur relativ knapp die rechtlichen Voraussetzungen für den Erwerb des Bürgerrechts skizziert. Genauere Studien über jene Personen, die sich im Verlauf des 19. Jhs. ins Bürgerrecht einkauften, und aus welchen Motiven, fehlen. Mit zum Teil erheblichem Aufwand an statistischem Material versucht der Band nun zu zeigen, daß die klassenlose Bürgergesellschaft auch real existierte. Ausgeblendet bleiben dabei die nichtbürgerlichen Sozialgruppen der Stadt; nicht thematisiert werden die

sozialen Differenzierungen innerhalb der rechtlich gleichgestellten Stadtbürger. In der in derselben Reihe bereits erschienenen Arbeit über Wetzlar wurde zwar die „innere Ungleichheit der Bürgerschaft“ dargestellt. Hier jedoch wird immer wieder primär der sozialen Nivellierung nachgespürt. Diese findet man letztlich in einem Zeitraum von wenigen Jahren, in den 1830er Jahren. Für diese Zeit spricht man von der „Identität von Bürgertum und Volk“ (S. 227f.). Dabei überschneiden sich aber in der Argumentation zwei Ausgrenzungslinien. Für die ersten Jahrzehnte des Jahrhunderts wird betont, daß Vereine noch durch ihren Elitencharakter geprägt gewesen seien (S. 166), daß der „mittelständisch-gewerbliche Kern des alten Stadtbürgertums“ von den städtischen Vereinen „de facto ausgeschlossen war“ (S. 225). Für die 1830er Jahre wird eine „bewußte soziale Öffnung“ (S. 166) konstatiert, wobei die große Gruppe des gewerblichen Mittelstandes jedoch nur eine „kleine Minderheit der Mitglieder“ (S. 170) ausmache, und in den 1840er Jahren bereits „Risse in diesem Gehäuse der sozialen Integration“ (S. 172) zu finden sind. Man könnte diese Befunde auch noch sehr viel stärker dahingehend interpretieren, wie weit die soziale Realität des Vormärz vom idealen Leitbild der klassenlosen Bürgergesellschaft entfernt war. Dieser Weg wird in den Aufsätzen aber nicht be-

schritten. Unbestritten ist, daß die soziale Ungleichheit in den Städten, bezogen auf die Differenz von Einkommenshöhen innerhalb bürgerlicher Teilgruppen im Verlauf des 19. Jhs. zugenommen hat, insbesondere auch durch die großen Vermögen, die später durch industrielle Tätigkeit erworben werden konnten. Eine andere Frage ist es jedoch, ob deshalb für die erste Jahrhunderthälfte sinnvollerweise die bürgerliche Egalität im sozioökonomischen Bereich so stark betont werden sollte. Dieser Band kann es m.E. nicht überzeugend beweisen. Auch deshalb dürfte die Auseinandersetzung um das Konzept der „klassenlosen Bürgergesellschaft“ weiterhin andauern.

4. Damit ist der Punkt erreicht, wo auf ein prinzipielles Unbehagen bei der Lektüre dieses Bandes hinzuweisen ist. Oft spürt man eine immanente Spannung zwischen dem Deutungskonzept der „klassenlosen Bürgergesellschaft“ und dem ausgebreiteten Material. Dadurch bleibt z.B. ausgespart, was denn nun die Einheit des „Bürgertums“ ausmachte. Das Projekt untersucht „ein als Realität vorausgesetztes Bürgertum“, geht „von der Einheit der sozialen Formation ‚Bürgertum‘ aus“ (S. 241) – und kann deshalb nicht mehr erörtern, was denn diese Einheit konstituierte, und ob es sie überhaupt in dieser Form gegeben hat. Mit dem postulierten Zusammenhang von Stadt und Bürgertum wird dabei tendenziell die Grenze

von Untersuchungsebene und Untersuchungsgegenstand aufgehoben. Es gibt im vorliegenden Band sehr gute Beiträge, etwa über die wirtschaftliche Position als Konstituierungsfaktor des Bürgertums (S. 203ff.) oder über die städtische Selbstverwaltung (S. 343ff.). In ihnen wird mit dem Modell der Bürgergesellschaft flexibel operiert, dient es nur als Ausgangspunkt für Überlegungen, läßt sich die Argumentation auch durch die Empirie anregen. An anderen Stellen ist die Interpretation des empirischen Materials nicht nachvollziehbar. So dient dasselbe Beispiel, nämlich daß in Göttingen zwei von 12 Bürgervorstehern Advokaten waren, als Beleg für zwei unterschiedliche Aussagen. Zuerst wird damit erläutert, daß Bildungsbürger in der politischen Elite „kaum vertreten“ waren (S. 286), sieben Seiten später leitet man daraus ab, daß sich wieder „eine nennenswerte Partizipation des Bildungsbürgertums“ in der politischen Elite der Stadt finde.

Vielleicht ist es auch diesem Konzept geschuldet, daß so zentrale Dimensionen fehlen wie einerseits die überlokalen Bezugspunkte und Integrationsformen. Die Eximierten, die Bildungsbürger gehören auch zu einer Geschichte des Bürgertums. Gerade weil die Arbeiten in diesem Band zeigen, wie zentral der Einfluß der Bildungsbürger bei der Gründung der bürgerlichen Vereine am Beginn des 19. Jhs. war, wie groß ihr Anteil am

Projekt der bürgerlichen Gesellschaft war, hätte die Bedeutung dieser weder im nur lokalen Rahmen faßbaren noch nur durch ihren rechtlichen Status allein beschreibbaren Gruppe stärker untersucht werden müssen. Man kann das Bildungsbürgertum geradezu als Hefe im Teig des Bürgertums bezeichnen. Und diese Hefe ist hier nicht ausreichend vertreten.

Und andererseits die Bereiche bürgerlicher Selbstdeutung und Weltauslegung, Religion, Bildung, Kultur – das waren essentielle Bestandteile der bürgerlichen Welt, die nie nur innerhalb eines engen städtischen Horizontes zu verstehen sind. Gerade semantische Arbeiten haben das gezeigt,<sup>10</sup> während die sozialhistorische Forschung diese Anregungen noch nicht hinreichend aufgegriffen hat. Die Bürgertumsforschung hat zeitweise ihre Hoffnungen darauf gesetzt, hier den archimedischen Punkt für die Analyse des Bürgertums zu finden. Sie hat es zwar noch nicht konkret in der Praxis ausgeführt, ausblenden sollte man diese Aspekte aber doch auf keinen Fall.

Insofern bleibt ein zwiespältiges Fazit. Es ist zu erwarten, daß die einzelnen Stadtmonographien ein beeindruckendes Spektrum an empirischem Material, an vergleichbaren Ergebnissen und an weiterführenden Perspektiven ergeben werden. Vielleicht werden sie aber auch dazu beitragen, das Modell der „klassenlosen Bürgergesellschaft“ in der hier bis-

weilen vertretenen kanonischen Form zu relativieren.

Manfred Hettling

- 1 L. Gall, Liberalismus und „bürgerliche Gesellschaft“. Zu Charakter und Entwicklung der liberalen Bewegung in Deutschland, in: HZ 220, 1975, S. 324-356.
- 2 Ergebnisse dieses Projektes erscheinen denn auch seit 1990 in einer eigenen Buchreihe mit dem Titel „Stadt und Bürgertum“.
- 3 Vgl. etwa D. Langewiesche, „Staat“ und „Komune“. Zum Wandel der Staatsaufgaben in Deutschland im 19. Jh., in: HZ 248, 1989, S. 621-635.
- 4 Der Begriff der „Vergesellschaftung“, wie er v. a. von Lepsius in die Bürgertumsforschung eingebracht worden ist, wird hier nicht aufgenommen. Man kann sicher auch hervorragende Arbeiten ohne diesen Begriff schreiben, es verwundert aber, daß eine Auseinandersetzung mit diesem Ansatz kaum stattfindet.
- 5 Vgl. zu dieser Unterscheidung H.-W. Schmuhl, Bürgerliche Eliten in städtischen Repräsentativorganen. Nürnberg und Braunschweig im 19. Jh., in: H.-J. Puhle (Hrsg.), Bürger in der Gesellschaft der Neuzeit, Göttingen 1991, S. 178-198.
- 6 Vgl. die Positionen von L. Gall, Liberalismus und „bürgerliche Gesellschaft“. Zu Charakter und Entwicklung der liberalen Bewegung in Deutschland, in: HZ 220, 1975; und W. J. Mommsen, Der deutsche Liberalismus zwischen „klassenloser Bürgergesellschaft“ und „organisiertem Kapitalismus“. Zu einigen neueren Liberalismusinterpretationen, in: GG 4, 1978, S. 77-90.
- 7 Vgl. A. Kosfeld, Politische Zukunft und historischer Meinungsstreit. Die Stadt des Mittelalters als Leitbild des Frankfurter Bürgertums in der Verfassungsdiskussion der Restaurationszeit, in: K. Schreiner (Hrsg.), Bürgerschaft, Stuttgart 1994, S. 375-454.

- 8 Erwähnen sollte man jedoch, daß es schon vor Jahren etwa von Hartwig Brandt für die württembergischen Landtagswahlen durchgeführt worden ist, den Anteil der das Bürgerrecht Besitzenden nicht mit der absoluten Einwohnerzahl, sondern nur mit den volljährigen männlichen Einwohnern zu vergleichen. Ganz so neu ist der hier (S. 76ff.) vorgestellte Ansatz also nicht.
- 9 H.-W. Hahn, Altständisches Bürgertum zwischen Beharrung und Wandel. Wetzlar 1689-1870. München 1991. S. 74.
- 10 Vgl. R. Koselleck, Drei bürgerliche Welten? Zur vergleichenden Semantik der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland, England und Frankreich, in: H.-J. Puhle (Hrsg.), Bürger in der Gesellschaft der Neuzeit, Göttingen 1991, S. 14-58; R. Koselleck, Einleitung – zur semantischen und anthropologischen Struktur der Bildung, in: ders. (Hrsg.), Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Bd. 2, Stuttgart 1990, S. 11-46.

**Peter Steinbach, Widerstand im Widerstreit. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerung der Deutschen. Ausgewählte Studien, Ferdinand Schöningh, Paderborn München Wien Zürich 1994, 297 S.**

Eine der letzten Amtshandlungen des unlängst aus dem Amt geschiedenen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker bestand in der Unterzeichnung der Urkunde des Bundesverdienstkreuzes für Peter Steinbach. Mit dieser glücklichen demonstrativen Geste findet eine in ihrer Substanz respektvoller und von

großem persönlichen Engagement getragene wissenschaftliche Arbeit Steinbachs für die Nachzeichnung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus in seiner komplizierten Genese und ganzen Breite eine verdiente Würdigung.

Eine größere Öffentlichkeit lernte den mittlerweile auch in der Hauptstadt lehrenden Politikwissenschaftler vor allem in der vor über einem Jahrzehnt übernommenen Funktion des Wissenschaftlichen Leiters der ständigen Ausstellung „Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ im Berliner Bendlerblock kennen. Insbesondere im turbulenten Jahr 1989 geriet diese Exposition wegen ihres Konzeptes in eine vornehmlich von wissenschaftsexternen Gründen bestimmte heftige Kontroverse, die in erstaunlicher Quantität bis in sämtliche Massenmedien vordrang. Die Gemüter erhitze dabei besonders die Frage, ob dem Nationalkomitee „Freies Deutschland“ angesichts seiner auch kommunistischen Mitglieder der Rang einer würdigen Organisation des deutschen Widerstandes zugesprochen werden könne. Die Maueröffnung in genau jenen Tagen, als diese Kontroverse sich dem Höhepunkt zuzubewegen schien, überspülte gleichsam deren Resonanz in der öffentlichen Auseinandersetzung.

Daß die damaligen Kontroversen damit keineswegs ausgestanden waren, zeigte zuletzt das unmittelbare Vorfeld des 50. Jahrestages des Atten-

## Buchbesprechungen

tates auf Adolf Hitler. In der Sache brach genau derselbe Streit wieder auf. Erneut durchwalte die Auseinandersetzung medientrchtig das Land – was eigentlich verwundern muhte, denn kein einziges Argument in der neuerlichen Streitfrage, ob in an Kommunisten wie Walter Ulbricht oder Wilhelm Pieck in Berlin durch Einbeziehung in den ausgestellten Kreis deutscher Widerstndler ehren knne, war neu oder wenigstens originell.

Erstaunen muhten da eher Stellungnahmen zum Teil prominenter Personen wie etwa Marion Grfin Dnhoff,<sup>1</sup> deren historische Urteile zu den ernst zu nehmenden Stimmen im Lande gehren. Unter Zuhilfenahme des Argumentes von den zwei Diktaturen zielen sie darauf, Kommunisten den Rang von – wenn man so will – „guten“ Widerstndlern abzusprechen. Gewhnlich geht das mit der Bemerkung einher, dennoch bekunde man natrlich vor gezeigtem Mut auch hier „menschlichen“ (was immer man darunter verstehen darf) Respekt.

Vielleicht wird es eines Tages so kommen, da wir eine dritte Runde dieser Kontroverse erleben und da diese Argumentation dann auch ffentlich zu Ende gedacht wird: Genaugenommen sei den Kommunisten ja Recht geschehen, als sie von den Nazis verfolgt und hingerichtet wurden.

Ein solchermaen erregtes Um-

feld ist zweifellos ein guter Resonanzboden fr den zu besprechenden Band, dessen hauptschliche Schwche darin liegt, da die Titelankndigung doppelt in die Irre fhrt. Denn nicht dieser Widerstreit ist sein Gegenstand. Vielmehr sind zwlf sntlich bereits andernorts gedruckte Studien *Steinbachs* aus dem letzten Jahrzehnt hier erneut verffentlicht, die vor allem in engem Zusammenhang mit der von ihm verantworteten Konzeption der Gedenksttte stehen und die heutige Gestalt der Stndigen Ausstellung argumentativ untermauern. Insoweit ist der erwhte Widerstreit vor allem Teil des Hintergrundes des Bandes. Vollends unzureifend ist der Anspruch, ber die „Erinnerung der Deutschen“ etwas zu erfahren. Weder wollte der Autor solch wohl eher von Soziologen zu beakkerndes Feld abschreiten, noch kann dieser Anspruch im Jahre 1994 mit einer Aufsatzfolge aufrechterhalten werden, die die frhere bundesdeutsche Perspektive atmet und demzufolge etwa zu den vormaligen DDR-Brgern und ihrer Erinnerung nichts Gesichertes mitteilen kann.

Tatschlich widerspiegelt der vorliegende Sammelband in den ersten Teilen (I. Zum Problem, II. Ausweitungsversuche) eine Synthese der umsichtigen Bemhungen *Steinbachs*, durch eine wissenschaftlich abgesicherte Ortsbestimmung des Forschungsproblems „Widerstand“ und eine vor allem historiographisch

vorgehende Analyse des Wachsens eines Bildes von ihm den Blick auf dessen tatsächliche Breite und Vielfalt zu öffnen und zu wahren. Die beiden folgenden Kapitel (III. Einzelgänger, IV. Umstrittener Widerstand) führen in konkrete Fallbeispiele des Ringens gegen das NS-Regime und ihre Rezeption in der westdeutschen Gesellschaft. Beschlossen wird das Buch mit einem Teil V. („Ausblick“).

Es liegt in der Natur der Sache, daß die Forschungsergebnisse und Überlegungen *Steinbachs*, die sowohl die Historiographie über den Widerstand der Bundesrepublik maßgeblich vorangebracht haben wie sie auch heute unverändert inspirierend wirken, dennoch auch manchen Widerspruch im Detail auslösen, den hier zusammenzufassen freilich den Rahmen einer Rezension sprengte.

Statt dessen sollen knapp zentrale Gesichtspunkte berührt werden, die auch in den Aufsätzen des Autors eine Rolle spielen. Etwa erscheint die Zugrundelegung eines Maßstabes der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ zur Einbeziehung des Widerstandes gegen das NS-Regime in eine bewahrenswerte Tradition nicht überzeugend. Die Verquickung von aktiv geleistetem Widerstand gegen ein verbrecherisches Regime mit Zielvorstellungen über die Zeit „danach“ ist eine Form nachträglicher Betrachtung, die hinter das Verständnis der damaligen Akteure zurückfällt: Denn

um Widerstand zu leisten, bedurfte es erst einmal und vor allem des persönlichen Mutes, „seinen Kopf hinzulieten“ (Walter Markov). Diesen Schritt hatte jeder vor allem mit sich selbst auszumachen, und verallgemeinernd läßt sich sicher sagen, daß die Widerständler am wenigsten an sich oder an persönliche Vorteile, sondern an andere Menschen, ja, an Deutschland dachten. Bekenntnisse zur Zeit danach waren, wiewohl gewiß häufig diskutiert, dennoch kein zwingendes Eintrittsbillett in ihren Kreis. Und viele Widerständler zwischen 1933 und 1945 haben auch in dem Glauben gehandelt, daß die Nachgeborenen verstehen würden, daß sie nach dem Ende der faschistischen Diktatur (auch) ihnen die Möglichkeit verdanken werden, ihre dann auf der Tagesordnung stehenden politischen und weltanschaulichen Konflikte in einem in den Kreis der Völkerfamilie zurückgekehrten Deutschland in zivilisierten Formen auszutragen. Daß der deutsche Beitrag aufs Ganze gesehen hierzu schließlich gering ausfiel, gehört zu den schmerzlichen Seiten unserer Geschichte.

Gerade deshalb schulden ihnen die Nachgeborenen zuvörderst einen niemals restlos tilgbaren Dank. Die gebeugten Rücken all jener, die, um einen Romantitel zu paraphrasieren, „nackt unter Wölfen“ um Deutschlands Ehre rangen, sind deshalb ein ungeeigneter Platz nachträglicher weltanschaulicher oder politischer

Zensurierung dieses Widerstandes. Hier könnte auch eine Überlegung hilfreich sein, worauf sich eigentlich unsere Bewertung jener Soldaten der Roten Armee stützt, die nicht einmal gefragt worden sind, ob sie ihren Kopf für die Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus „hinhalten“ möchten. Gewiß waren sie nicht besetzt vom Gedanken, Deutschland den Weg zu einer „freiheitlich-demokratischen“ Grundordnung zu eröffnen: Genau wie für die Widerständler galt für sie, daß die Aufgabe auf der Tagesordnung stand, den ärgsten denkbaren Feind der Menschheit überhaupt zu bezwingen. Hunderttausendfacher, wenn nicht millionenfacher Tod ist dafür gestorben worden, der immerwährende Dankbarkeit verlangen kann. Die würdelose Debatte und schließliche Verabschiedung, mit der ihre Nachfahren unlängst aus Deutschlands Osten vorlieb nehmen mußten, läßt wenig Gutes in dieser Richtung für die Zukunft ahnen.

Und ein zweiter Gesichtspunkt. Gelegentlich scheinen die von *Steinbach* gezogenen Schlüsse von einem erreichten wissenschaftlichen Kenntnisstand hin zur „politischen Kultur“ der Bundesrepublik allzu optimistisch, weil auch lediglich in aufsteigender Linie gedacht. Ein praktisch zufälliger Blick in die Presse in den Tagen des Schreibens dieser Besprechung genügt, um diese Skepsis zu vertiefen: Etwa schildert er ein-

drücklich, wie seriöse Forschung seit Jahrzehnten gegen das diffamierende Urteil von der „Roten Kapelle“ als sowjetisch gesteuerter Organisation angeschrieben hat. Auch sein subtiler Aufsatz im hier gewürdigten Band gehört zu diesen Bemühungen. Dennoch hat eine der großen überregionalen Zeitungen in diesen Tagen die Veröffentlichung eines Abschiedsbriefes einer jungen Frau aus dem Jahre 1943, die wegen Mitwirkung in eben dieser Organisation zum Tode verurteilt worden war, mit der knappen Bemerkung eingeleitet, jene „hätte sich mit der Widerstandsgruppe ‚Rote Kapelle‘ eingelassen (sic!), einer Gründung des sowjetischen Geheimdienstes“.<sup>2</sup>

Hierzu paßt dann auch, daß fünfzig Jahre nach Kriegsende die Koalitionsmehrheit im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages im Falle der Entschädigungsregelungen für Soldaten, die in das Räderwerk der Wehrmachtsjustiz gerieten, Einzelfallprüfung verlangte. Denn eine pauschale Entschädigung hieße, so die erhellende Begründung, „nicht-fahnenflüchtigen Kriegsteilnehmern vor(zu)werfen, sie hätten ein Terrorregime unterstützt.“<sup>3</sup>

Wenn es in solchen fundamentalen Einschätzungen auch nach Jahrzehnten nicht möglich ist, einen Konsens zu erzielen, also geschichtswissenschaftlich zweifelsfrei offengelegten Fakten zu einer allgemeinen Akzeptanz zu verhelfen, dann ist die

politische Kultur viel stärker von tagespolitisch bestimmter Inbesitznahme und Vereinnahmung geprägt als öffentlich immer wieder zu Festtagen oder in Gedenkreden behauptet. Auch deshalb ist der Nachdruck von Peter Steinbachs nicht zuletzt erfreulich streitbaren Schriften so lebhaft zu begrüßen.

Gerald Diesener

- 1 Dönhoff: „Man muß wahrscheinlich einen Unterschied machen, ob man sein Leben einsetzt, um eine Diktatur loszuwerden oder um unter Umständen ... eine neue Diktatur einzusetzen. Das ist die Schwierigkeit.“ – Beeindruckend souverän dagegen Helmut Schmidt am gleichen Ort: „Und wenn man mit vollem Recht sagt, dies ist ein ganz bedeutendes moralisches Datum in der deutschen Geschichte [gemeint ist der 20. Juli 1944 – G. D.], dann muß man sich hüten, jemanden, der auch Widerstand geleistet hat, deshalb totzuschweigen, weil er Kommunist war.“ Vgl. Im Namen der Moral, in: Die Zeit vom 15. Juli 1994, S. 3.
- 2 Die Menschen sind alle lieb und gut, in: FAZ vom 25. Juli 1994, S. 23.
- 3 Vgl. Nur Mut, in: Die Zeit vom 22. Juli 1994, S. 1.

**Eberhard Zeller, Oberst Claus Graf Stauffenberg. Ein Lebensbild. Mit einer Einführung von Peter Steinbach, Ferdinand Schöningh, Paderborn München Wien Zürich 1994, 331 S.**

Rechtzeitig zum fünfzigsten Jahrestag des 20. Juli 1944 ist neben weiteren Publikationen zum Attentat auf Adolf Hitler an diesem Tag, seiner Vorgeschichte und den hierbei handelnden Akteuren ein Lebensbild Claus Graf Stauffenbergs erschienen, das aus mehreren Gründen besondere Beachtung verdient.

Obgleich ebenfalls chronologisch vorgehend, handelt es sich nicht um eine klassische wissenschaftliche Biographie. Sie ist wohl angesichts mehrerer vorliegender derartiger Arbeiten, am eindringlichsten zuletzt wohl von Peter Hoffmann, derzeit auch kaum neu zu schreiben. Im hier vorliegenden Buch dominiert nicht die Ausschöpfung sämtlicher erreichbarer Quellen und Zeugnisse samt bisheriger Literatur, um durch wissenschaftliche Interpretation des Gesamten eine neuerliche Synthese dieses Wissens zu erreichen, sondern der Versuch, unter Nutzung vieler dieser Zeugnisse und gestützt auf die persönliche Kompetenz des Autors vor allem den Menschen Claus Graf Stauffenberg sichtbar werden zu lassen. Dieses Vorgehen ist insgesamt geglückt und macht gelegentlich unterlaufene sachliche Fehler weitge-

hend wett. *Eberhard Zeller*, kaum jünger als Stauffenberg und eine Zeitlang mit den Zwillingen Berthold und Claus freundschaftlich verbunden, gelingt auf beeindruckende Weise, diese beiden Komponenten zu verweben.

Auch noch nachträglich ist deshalb der erst vor wenigen Jahren gefaßte Entschluß, den Band – wenn man so will – in der Abendsonne zu schreiben, besonders zu würdigen.

Wiewohl die mutige Tat in der „Wolfsschanze“ im letzten Kriegssommer inzwischen zu den am besten erforschten Vorgängen der deutschen Geschichte dieses Jahrhunderts gehört, ist dennoch dem von Peter Steinbach varangestellten Befund zuzustimmen, wonach uns ihr Hauptakteur in vielem „fremd“, in manchem gar „ein Rätsel“ geblieben ist. Die mit dem vorliegenden Buch verknüpfte Hoffnung lautet folgerichtig auch, vor allem die Nachgewachsenen mögen anhand dieses Lebensbildes einen ersten Zugang zu Claus Graf Stauffenberg finden.

*Zellers* ebenso einfühlsam wie unpräzise vorgetragene Interpretation zentriert die heute verfügbaren Mitteilungen und Gedanken zu seinem Helden im Grunde auf einige immer wieder bekräftigte Momente. Da ist zum einen die durch alle Zeugnisse von Zeitgenossen bekräftigte immense menschliche Faszination Claus Stauffenbergs. Diese Ausstrahlung verspürten offenbar alle, die mit

ihm in Berührung kamen. Gewiß nicht frei von nachträglichen Hypertrophierungen, die allzu verständlich sind, heben doch sämtliche Zeugen, die seine Bekanntschaft schlossen oder gar Freundschaft gewannen, hervor, daß er sie sogleich in selten kennengelernter Heftigkeit in seinen Bann zog.

Selbst als Soldat und militärischem Vorgesetzten wird ihm eine außergewöhnliche Aura nachgesagt. Kein Zweifel, daß dies so war – nicht zuletzt seine beeindruckende militärische Karriere belegt ja, daß man ihn allerorten für weit über dem Durchschnitt stehend und für eine glänzende Laufbahn prädestiniert hielt. Diese Konstellation hat er souverän zu handhaben gewußt; ein an sich bereits bewundernswerter Zug. Zu seinen tiefsten Antrieben freilich, die unumstößlichen Konstanten seines Lebens gleichkommen, gehörte die den engsten Kreis um Stefan George auszeichnende sittliche Ethik. Über diese Beziehung der Stauffenberg-Zwillinge zum Dichter ist, weshalb sich hier Näheres erübrigt, zuletzt auch von Peter Hoffmann ausführlich berichtet worden.

Stauffenberg soll bekanntlich mit dem Wort vom „geheimen“ – oder wie ebenso überliefert – „heiligen“ Deutschland auf den Lippen in der Nacht nach dem Schicksalstag gestorben sein. Das war mehr als ein trotziger Ausruf; das war sein letztes, vielleicht alles erklärendes Wort. Hier

schloß sich mit Logik ein Lebenskreis.

Diese Gesinnung nahezubringen und zu historisieren ist freilich ein überaus schwieriges Unterfangen. Ihre Vermittlung allein wäre bereits Problem genug, denn sie war wohl schon damals nur einer Minderheit verständlich. Schwieriger wird das Ganze, weil sie sich mit – heute teilweise geradezu grotesk erscheinenden – Irrungen der Akteure paarte. Die vielfach im Raum stehenden Irrtümer über das braune Regime Anfang 1933 oder, namentlich im Falle Stauffenbergs, die Illusionen über eine „befreiende“ deutsche Mission in der überfallenen Sowjetunion vermag wohl heute nur noch begreifen, wer sich von einer seit dem Kriegsende 1945 zunehmend zu Tage tretenden Wahrheit über 12 Jahre Diktatur in Deutschland einschließlich der mittlerweile dazu aufgetürmten Historiographie zu lösen versteht und sich ausschließlich mit den damaligen Akteuren zu fühlen bemüht. Hinzu kommt nun bei alledem, daß in übrigens beiden deutschen Nachkriegsstaaten Stefan George lange keine abgewogene Würdigung erfahren hat. Das schlug konsequenterweise auch auf jene zurück, die von ihm beeinflußt waren oder sich trotz dieser widrigen Umstände gar weiter zu ihm bekannten. Man könnte dieses Problem etwa am Beispiel des zuletzt in Halle lebenden Germanisten und Hochschullehrers Ernst Hadermann,

dessen Biographie in dieser Richtung manche Parallele zu der Stauffenbergs aufweist, sehr eindringlich studieren. Durch Hadermann ist übrigens auch ein spektakulärer Auftritt Stauffenbergs im Offizierskasino Ohrdruf Mitte der dreißiger Jahre überliefert, den Zeller in sein Buch nicht mit einbezogen hat. Als die Situation sich ergab, verteidigte er vehement in einer aus dem Stegreif gehaltenen Rede ganz im Geiste Platons und Stefan Georges den griechischen Eros, was nur als deutlicher Affront gegen die damaligen Verhältnisse verstanden werden konnte; er wies darnü allzu forsche NS-Karriereoffiziere in die Schranken. Beide – Hadermann und Stauffenberg – setzten später die Unterhaltung allein fort, und ihre Gedanken galten dabei vor allem Stefan George. Die hier umrissene Dimension der Gesamtproblematik stand *Eberhard Zeller* insgesamt vor Augen, nicht zufällig vergleicht er in den Schlußgedanken die Kunde von Stauffenbergs Leben mit einer Sage. Und in der Tat: Hier wird ein ungewöhnliches Leben porträtiert; und der Versuch muß sich im selben Moment der Aufgabe stellen, auch noch in den folgenden Jahrzehnten aufgehäuften (Vor)urteile mindestens partiell zu beseitigen.

Manche Zweifel bleiben deshalb, ob dieses bewegende Buch die große Annäherung an diesen deutschen Patrioten für heute Heranwachsende sein kann. In Zeiten, da sich die Welt

nicht nur „ins Große öffnet“ (E. Zeller), sondern auch – um etwas altmodisch klingende Begriffe zu gebrauchen – „Seelenadel“ oder „Noblesse der Gesinnung“ von einer sich immer mehr beschleunigenden Entwicklung verachtet oder doch zumindest verschwätzt werden, wird Stauffenberg vielen nach wie vor fremd, ja, unzeitgemäß erscheinen.

Deshalb paart sich in diesem Fall Bewunderung für ein Buch, das der Wissende dankbar und bereichert aus der Hand legen wird, mit dem Bewußtsein, daß es allenfalls möglich sein kann, das Überzeitliche auch an Stauffenbergs Handeln immer wieder ins Gedächtnis zu rufen – und das war der damals die unterschiedlichsten Parteien einende Wille, in höchster Not gegen alle Willkür die Tat zu setzen. Im 50. Jahr nach dem Attentat scheint viel gewonnen, könnte sich auch nur dieses Bewußtsein erhalten.

Gerald Diesener

**Mechthild Rahner**, „Tout est neuf ici, tout est à recommencer...“ **Die Rezeption des französischen Existentialismus im kulturellen Feld Westdeutschlands (1945-1949)**, Königshausen und Neumann, Würzburg 1993, 353 S. (=Reihe Epistemata. Würzburger Philosophische Schriften. Reihe Philosophie, Band 142)

Die Rezeption des französischen Existentialismus in Deutschland stellt, trotz einiger bereits existierender Studien vor allem zur Sartre-Rezeption,<sup>1</sup> einen insgesamt noch wenig systematisch untersuchten Gegenstandsbereich dar, was angesichts der Bedeutung Sartres und vor allem Camus' als Schulautoren, ihrer Präsenz auf deutschen Bühnen und der intensiven, bereits kurz nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzenden Übersetzungstätigkeit erstaunen mag. Das vorliegende, aus einer Freiburger Dissertation (1992) hervorgegangene Buch behandelt einen besonders ergiebigen und geradezu faszinierenden Abschnitt dieser Rezeptionsgeschichte, die in entscheidendem Maße das kulturelle und intellektuelle Leben Westdeutschlands seit 1945 geprägt hat: nämlich die Rezeption des französischen Existentialismus in der unmittelbaren Nachkriegszeit, die von einer einzigartigen Konstellation der radikalen Neuorientierung, des Traditionsbruchs und einer – von

der alliierten Kultur- und Übersetzungspolitik zusätzlich geschürten – „Bereitschaft besonders der Jüngeren zur Auseinandersetzung mit ausländischen Orientierungsmodellen“ (S. 103) gekennzeichnet war.

Die Vorgehensweise der Autorin wird von zwei methodischen Bezugsrahmen bestimmt, deren überzeugende Verknüpfung der vorliegenden Arbeit zugleich eine Art Modellcharakter verleiht: zum einen die Literatur- und kultursociologische Feldtheorie („*théorie des champs culturels*“) Pierre Bourdieus, deren wichtigster Vermittler und Verfechter im deutschen Sprachraum der Betreuer der Dissertation, der Freiburger Romanist Joseph Jurt, ist; und zum anderen die Rezeptionsästhetik, die in den letzten Jahren besonders durch die Kulturtransferforschung (u.a. der Pariser CNRS-Gruppe um Michel Espagne und Michael Werner) wichtige methodische Anstöße erhalten hat.

Ausgehend von einer skizzenartigen Darstellung des historischen Entstehungs- und Rezeptionskontexts des Existentialismus in Frankreich sowie der institutionellen Rahmenbedingungen seiner Rezeption im zeitgenössischen Deutschland behandelt die Arbeit in den folgenden vier Hauptkapiteln (S. 90-304) die Verkaufsformen der Rezeption in den Jahren 1945 bis 1949 und die hieraus ableitbaren Positionen im literarischen und intellektuellen Feld West-

deutschlands. Auf der Basis einer breiten Quellengrundlage, die vor allem die zeitgenössische Zeitschriftenliteratur (die sog. „Zeitschriften des ‚politisch-kulturellen‘ Typus“, S. 117) in extensiver Weise berücksichtigt, arbeitet *Rahner* vier wesentliche Positionen heraus, die mit spezifischen Zeitschriftenprofilen und unterschiedlichen Einstellungen zum Existentialismus zusammenfallen: zum einen die konservative Literaturkritik, repräsentiert etwa durch Friedrich Sieburg, die einen weitgehend eskapistischen Literaturbegriff vertrat und hiermit – durch Valorisierung von Autoren wie Rudolf Bach und Gottfried Benn – einem zeitgenössischen Bedürfnis nach Gegenwartsflucht und einer kompensatorischen Funktion von Dichtung entsprach (S. 268ff.); zweitens die deutsche Existenzphilosophie (von Karl Jaspers, aber auch christlicher Prägung), die dem französischen Existentialismus vor allem einen vorgeblichen destruktiven „Nihilismus“, aber auch – aufgrund seines politischen Engagements – Oberflächlichkeit und fehlende metaphysische Tiefe zum Vorwurf machten. Während der Einfluß der dritten Position, die Existentialismus-Kritik der antifaschistisch-kommunistischen Linken (Johannes R. Becher, Anna Seghers usw.) vor allem auf Ostdeutschland, die damalige sowjetische Besatzungszone, beschränkt blieb,<sup>2</sup> eröffnete die Rezeption des Existentialismus unter

den jüngeren Linksintellektuellen – vor allem die „Gruppe 47“ um Alfred Andersch – die Perspektive einer Neubestimmung der Rolle von Literatur und Intelligentsia in der Gesellschaft und zugleich die Möglichkeit eines „Dritten Weges“ zwischen den amerikanisch geprägten westlichen Demokratien und dem Sowjetkommunismus. Der Existentialismus erschien hier als „mögliche philosophische Basis des gesuchten zukunftsweisenden Humanismus“ und einer „revolutionären“ dritten Kraft, die einen Beitrag zum Aufbau des freiheitlichen neuen Europa leisten konnte“ (S. 149) – eine moralisch geprägte Rezeptionshaltung, der die existentialistischen Kategorien der moralischen Verantwortlichkeit, der Sinnsetzung und des radikal individuell gedachten Freiheitsbegriffs entgegenkamen. Zugleich bot der Existentialismus französischer Prägung den Vertretern dieser vierten Position die Möglichkeit, die Rolle des Schriftstellers und die Funktion von Literatur – in radikaler Distanznahme zur konservativen Position etwa Sieburgs – neu zu denken und ihnen eine politische Rolle zuzuschreiben. In diesem Bestreben der jungen Nachkriegsgeneration deutscher Schriftsteller um Alfred Andersch, nach französischem Vorbild auch für die deutschen Intellektuellen eine gesamtgesellschaftliche Orientierungsfunktion zu beanspruchen und die Institution Literatur aus ihrer ge-

sellschaftsfernen Autonomie herauszulösen – und ihr somit die Aufgabe eines Forums kritischer Reflexion zu geben – nahm die Rezeption des französischen Existentialismus, wie die Autorin überzeugend zu zeigen vermag, eine katalysatorische Funktion ein: in der kreativen Auseinandersetzung vor allem mit den Werken Sartres und Camus bildeten sich neue Begriffe von Literatur und Kultur heraus, die an frühere Debatten, vor allem der zwanziger Jahre (etwa zwischen Heinrich und Thomas Mann) angeschlossen, aber zugleich im westdeutschen Kontext der Jahre 1945–1949 durch die Erfahrung des Krieges und des Faschismus eine völlig neue politische und anthropologische Dimension erhielten. Es lassen sich auch, wie *Rahner* darstellt, bis zu einem gewissen Grade Analogien zwischen der französischen Situation des Jahres 1940 – die für viele Intellektuelle und auch breitere Schichten der Bevölkerung eine „existentielle Nullpunkt-Erfahrung“ bedeutete – und der deutschen Situation des Jahres 1945 herstellen, auch wenn die historische Erfahrung des Nationalsozialismus und das Nachdenken über seine Genese und Verlaufsformen die deutschen Intellektuellen der Jahre 1945 bis 1949 radikal von ihren Vorgängern unterschiedet. Aus diesen unterschiedlichen Erfahrungshorizonten heraus erklärt sich auch auf deutscher Seite die außerordentliche Sensibilität, in den verschiede-

nen intellektuellen Lagern, für Sprache, Wirkung von Sprache und die Notwendigkeit einer bewußten und tiefgreifenden Sprachreinigung, die die Autorin in einem sehr konzisen Kapitel ausgehend von den Positionen von Hans Werner Richter, Alfred Andersch und Wolfgang Borchert überzeugend umreißt.

Den ambitiösen Anspruch, einen „fruchtbaren Beitrag“ für die „generelle Erforschung interkultureller Transferprozesse“ (S. 316) darzustellen, vermag die Arbeit trotz aller Qualitäten jedoch nur zum Teil einzulösen. Zum einen bleibt die soziokulturelle Dimension der Rezeption des französischen Existentialismus aufgrund der weitgehenden Ausblendung quantitativer Analysen unpräzise. Von einer programmatisch an den methodischen Ansprüchen der neuere Kulturtransferforschung orientierten Arbeit hätte an sich erwartet werden müssen, daß die *Dimensionen* der Übersetzungstätigkeit, von der immer nur annäherungsweise die Rede ist,<sup>3</sup> auch in quantitativer Hinsicht erfaßt und analysiert werden. Sinnvoll wäre in diesem Zusammenhang auch eine Unterscheidung der Übersetzungsmedien und -gattungen gewesen, um etwa das Verhältnis von monographischen zu in Zeitschriften publizierten Übersetzungen (oder Teilübersetzungen) oder den – vor allem für die Sartre-Rezeption wichtigen – Anteil der Theaterübersetzungen<sup>4</sup> präzise zu bestimmen. Zum

anderen läßt der in der Arbeit zentrale – und zweifelsohne für eine rezeptionsanalytische Untersuchung grundsätzlich fruchtbare – Begriff des „kulturellen Feldes“ eine Reihe von Fragen und Problemen offen. Angesichts der Beschränkung des Analysekorpus auf Kultur- und Literaturzeitschriften (und der Nichtberücksichtigung etwa von Radiofeuilletons und vor allem der allgemeinen Tages- und Wochenpresse) erscheint der „Kultur“-Begriff enger als in den Arbeiten Pierre Bourdieus (der allerdings häufig auch von „champ intellectuel“ spricht), auf die die Autorin recurriert. Aufgrund des relativ begrenzten kulturellen Untersuchungsfeldes lassen sich „alltags- und mentalitätsgeschichtliche Erkenntnisse über die Schlüsselperiode nach 1945“ (S. 316), wie *Rahner* formuliert, nur in begrenztem Rahmen – d.h. für die im Zentrum der Arbeit stehenden Intellektuellengruppen und ihre herausragenden Wortführer Jaspers, Andersch und Sieburg – gewinnen. Dies gilt gleichfalls für die ansonsten außerordentlich anregenden begriffsgeschichtlichen Analysen der Arbeit (vgl. vor allem S. 217ff.), in denen die Vf. in Diskurs-elementen wie dem Nihilismusvorwurf und zeittypischen Begriffen wie „Geworfenheit“, „Tabula rasa“, „Nullpunkt“, „Verlorenheit“, „Aufbruch aus dem Nichts“, „Verlorene Generation“ oder „Neues Europa“ – in denen zum Teil existential-

stische Grundkategorien adaptiert wurden – im Sinne Bourdieus die Konturen einer epochenspezifischen „Axiomatik des Denkens und Fühlens“ (S. 116) zu erfassen sucht. Diese jedoch als „Nachkriegsmentalität“ (S. 217) zu bezeichnen, hieße, die spezifischen kulturellen Erfahrungsmuster und Ausdrucksformen einer schmalen intellektuellen Elite, deren Marginalität die Autorin selbst unterstreicht, mit der kollektiven Mentalität – oder dem „kulturellen Unbewußten“ (Bourdieu, zit. S. 116) – der gesamten Gesellschaft gleichzusetzen. Für die Aufarbeitung der Geschichte der deutschen *Intellektuellen* nach 1945, ihrer Positionen, Diskursformen und kulturellen Bezugspunkte (unter denen die französische Literatur und Kultur, und insbesondere der Existentialismus, eine herausragende Stellung einnahmen), stellt die vorliegende Studie hingegen eine materialreiche und großenteils auch methodisch überzeugende Untersuchung dar. Sie verdeutlicht zudem, daß eine solche Geschichte notwendigerweise komparatistisch angelegt sein und mit interkulturellen Fragestellungen und methodischen Ansätzen arbeiten muß.

Hans-Jürgen Lüsebrink

1 Vgl. vor allem M. Häußler, *Rezeption der Sartre-Dramen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland: Von der ‚Stunde Null‘ zur Terrorismus-Diskussion*. Unver-

öff. Diss. Freiburg, 1989; M. Christadler, *Der französische Existentialismus und die deutschen Intellektuellen*. In: DAAD-Dokumentationen und Materialien zum Deutsch-Französischen Germanistentreffen in Berlin, vom 30.9.-4.10.1987. Bonn, 1987, S. 556-575; J. Wertheimer, „Une saison en purgatoire“. Aspekte der Sartre-Rezeption. In: G. Hay (Hg.), *Zur literarischen Situation 1945-49*. Kronberg/Ts., Athenäum, 1977, S. 270-284.

- 2 Eine Ausnahme bildet lediglich die von der Vf. leider nur in einem Nebensatz erwähnte Zeitschrift *Ost und West*, deren Position jedoch „im Verlauf des von immer stärkerem Antikommunismus geprägten Restaurationsprozesses immer mehr ins Abschiefe geraten sei“ (S. 108).
- 3 Z. B. S. 145: „Auffällig ist die häufige Erwähnung Camus“ in den alliierten Zeitschriften“; S. 306: „Denn dabei wurden, wenn auch zahlenmäßig ungleich geringer, auch andere französische Autoren wie Camus, de Beauvoir, Malraux, Anouilh und selbst dem Existentialismus eigentlich fernstehende Schriftsteller wie Bernanos unter dem vagen Etikett ‚existentialistisch‘ einbezogen.“
- 4 Die auf S. 136, Fußnote 14 genannten Ausführungsstatistiken sind sehr global, unvollständig und zudem nicht zeitlich differenziert.

**Eric Voegelin/ Alfred Schütz/ Leo Strauss/ Aron Gurwitsch, Briefwechsel über ‚die Neue Wissenschaft der Politik‘, hrsg. von Peter J. Opitz, Karl Alber Verlag, Freiburg/ München 1993, 156 S.**

*Peter Opitz* und das Eric-Voegelin-Archiv der Ludwig-Maximilians-

## Buchbesprechungen

Universität München präsentieren nach der Nachauflage von „Die neue Wissenschaft der Politik“ (1991) nun den begleitenden Briefwechsel *Voegelins* mit drei wichtigen deutschen Emigranten zu diesem Werk – insgesamt 13 ausführliche Briefe aus der Zeit vom Februar 1951 bis zum Januar 1953. *Leo Strauss* hatte den „Walgreen-Lectures“ 1951 an der University of Chicago, die zur Grundlage des Buches wurden, selbst beigewohnt; mit *Alfred Schütz* war *Voegelin* seit der Studienzeit in Wien bei Hans Kelsen verbunden. *Opitz*, dem an der Rehabilitierung des „eigentlichen“ und immer wieder in Besprechungen und der politologischen Fachliteratur verkannten Ziels von *Voegelins* normativ-ontologischer Neubegründung der politischen Wissenschaften gelegen ist, publiziert diesen Briefwechsel, um den einleitend skizzierten Mißverständnissen der europäischen Rezeption jene „interne“ Diskussion gegenüberzustellen, in der das Werk angemessen erörtert worden sei. Die Fehlwahrnehmungen sieht *Opitz* im Anschluß an *Voegelin* selbst, gerade als Beweis für dessen zentrale These vom Verfall der Rationalität in der Moderne.

Die Probleme unterschiedlicher Rezeptionshorizonte in den USA, in Deutschland und unter jenen Emigranten, die vor dem Faschismus aus Deutschland geflohen und dann mit der Wissenschaft und Kulturindustrie

Nordamerikas konfrontiert waren, bleiben jedoch in der Einleitung unterbelichtet, so daß der Leser nur knapp die äußeren Umstände für diese Korrespondenz erfährt.

Matthias Middell

**Winfried Schmähl (Hrsg.), *Mindestsicherung im Alter: Erfahrungen, Herausforderungen, Strategien*, Campus Verlag, Frankfurt a.M./New York 1993, 363 S. (=Schriften des Zentrums für Sozialpolitik, Bd. 2).**

Vermeidung von Armut im Alter ist eines der unumstrittenen Ziele staatlicher Sozial- und Verteilungspolitik in den Staaten der Europäischen Gemeinschaft, so lautet die einstimmige Feststellung dieses Bandes. Die Aufgabe des Sammelbandes besteht darin, einen umfassenden Überblick über den Stand der derzeitigen Diskussion zu Möglichkeiten und Formen der Alterssicherung zu geben. Mit der Zusammenstellung von Beiträgen, die Strategien und Erfahrungen europäischer Staaten darstellen und die Reformdiskussion in Deutschland betreffen, will der Hrsg. die Frage beantworten: Wie kann man, angesichts der strukturellen Veränderungen in der Gesellschaft und unter

Betrachtung der Erfahrungen in anderen Staaten, die Alterssicherung in Deutschland so umgestalten, daß sie einerseits den Vorstellungen der Menschen entspricht und andererseits finanzierbar bleibt?

Einen Überblick über praktizierte Formen der Alterssicherung in verschiedenen Ländern gibt die rechtsvergleichende Studie von *Bernd Schulte*. Nach der Lektüre aller Aufsätze läßt sich eine Systematik erstellen: Eine Reform des Alterssicherungssystems in Deutschland wird notwendig, da durch die „Auflösung von Normalarbeitsverhältnissen“ Probleme für bestimmte Bevölkerungsgruppen beim Erwerb von ausreichenden Rentenanwartschaften entstehen. *Gerd Wagner* stellt in seiner Analyse dar, daß für die meisten Männer das „Normalarbeitszeitverhältnis“ gilt, und daß die meisten Frauen teilzeitbeschäftigt sind (diese sind aber oft Ehefrauen, deren Männer vollerwerbstätig sind). Das Problem der zu geringen Rentenanwartschaften betrifft deshalb vor allem „geringfügig Beschäftigte“ (besonders Studierende, die länger als fünf Jahre studieren, und Alleinerziehende) sowie „kleine Selbständige“, deren Zahl in Zeiten schwieriger Arbeitsmarktlagen stark ansteigt. Doch auch die demographische Entwicklung erfordert ein grundlegendes Überdenken des Alterssicherungssystems. Wenn die Gesellschaft durch zu niedrige Geburtenhäu-

figkeiten insgesamt altert, kann es zum Bruch des „Generationenvertrages“ kommen. Die jüngeren Erwerbstätigen könnten die Versorgung der Rentner als zu teuer empfinden und deshalb die Senkung des Rentenniveaus fordern. Dann hätten sehr viele Alte mit dem Mindestsicherungsproblem zu kämpfen. Andererseits können durch die starke Individualisierung von Lebensläufen hauptsächlich für Alleinstehende, die schon mit ihrem laufenden Einkommen nicht zurechtkommen, und für Geschiedene Versorgungsprobleme entstehen. Zuwanderer mildern die mit der demographischen Entwicklung verbundene Finanzierung der Altersvorsorge, werfen aber auch ein neuartiges Mindestsicherungsproblem, das der Einwanderer, auf.

Diese strukturellen, ökonomischen und auch gesellschaftspolitischen Probleme müssen eine Um- oder sogar Neugestaltung des Alterssicherungssystems nicht nur in Deutschland nach sich ziehen. In den europäischen Ländern sind unterschiedliche Konzeptionen zur Alterssicherung entstanden. Deren Ausgestaltung ist in sehr vielen Fällen ein Modell zwischen einer allgemeinen Armutsvermeidung (Beveridge-Modell) und der Sicherung des gewohnten Status (Bismarck-Modell). Die Vorschläge zur Veränderung des gegenwärtigen Rentenversicherungssystems in Deutschland können ohne die Erfahrungen der anderen euro-

päischen Staaten nicht beurteilt werden.

Verschiedene Strategien werden genannt, um den Herausforderungen der Veränderungen in der Gesellschaft gerecht zu werden. Die *Staatsbürger-Grundrente* wird unabhängig vom früheren Einkommen, allein auf der Grundlage der Staatsbürgerschaft bzw. einer bestimmten Wohndauer in einem Staat, ab dem Erreichen einer Altersgrenze und im Prinzip in einheitlicher Höhe gezahlt. Bei der Diskussion über diese Möglichkeit der Alterssicherung, die von Kurt Biedenkopfs Institut für Wirtschaft und Gesellschaft und den „Grünen“ in unterschiedlicher Ausgestaltung vorgeschlagen wird, müssen neben der Frage der Finanzierbarkeit auch Probleme, die sich z. B. in der Schweiz ergeben haben, betrachtet werden. *Helmut Schneider* stellt die Schwierigkeiten dar, die die steuerfinanzierte Minimalrente, die in der Schweiz an jeden Rentner gezahlt wird, mit sich bringt. Durch die Einführung einer obligatorischen betrieblichen Alterssicherung mit einkommensbezogenen Renten wird hier deutlich, daß man nicht ausschließlich auf eine auf die Grundrente reduzierte Alterssicherung bauen kann. Aber auch die Erfahrungen, die in Skandinavien gemacht wurden, bestätigen den Trend, daß der Wunsch nach einer differenzierten, am früheren Lebensstandard anknüpfenden Alterssicherung besteht. So wurde in Schweden

und Norwegen neben einer allgemeinen Grundrente ein Zusatzrentensystem (ATP) eingeführt. Eng verbunden mit der Idee der Staatsbürger-Grundrente ist eine „Mindestversicherungspflicht“ in Form eines „Kopfbeitragssystems“ als Finanzierungsgrundlage dieser Rente. Hier soll jeder Staatsbürger einen einheitlich hohen Kopfbeitrag zahlen, damit er dementsprechend auch – zwar nur eine einheitlich hohe – Staatsbürger-Grundrente beziehen kann.

Eine weitere Variante, die in der jüngsten Zeit vor allem von *Ulf Fink* vorgeschlagen wurde, ist die *Aufstockung unzureichend hoher Renten auf einen Mindestbetrag*. Hier stand Österreichs Ausgleichszulagensystem Pate. Durch Zuzahlung einer Ausgleichszulage, dem Differenzbetrag zwischen dem tatsächlichen Einkommen und dem sogenannten Richtsatz (also bedürftigkeitsgeprüft), soll jedem Rentner in Österreich eine Mindestsicherung gewährt werden. *Theodor Tomandl* beschreibt anhand statistischer Daten die Bedeutung, die diese Zuzahlung hat. So erweist sich dieses System vor allem für die Existenzsicherung von Frauen als sehr wichtig, aber auch für die österreichischen Bauern stellt sie einen bedeutenden Faktor für die Alterssicherung dar.

„*Rente nach Mindesteinkommen*“ bedeutet: Bei Versicherten, deren Rente nach einer bestimmten Zahl anrechnungsfähiger Versicherungs-

## Buchbesprechungen

jahre einen Mindestbetrag unterschreitet, wird die Höhe des früheren Arbeitsentgeltes für die Rentenberechnung korrigiert, ohne daß eine Bedürftigkeitsprüfung erfolgt. Diese Erhöhung soll aus dem Beitragsaufkommen finanziert werden und vor allem die niedrigen Renten von Teilzeitbeschäftigten aufbessern. Diese Variante, die Renten auf eine angemessene Höhe zu heben, wird in einer wenig abgeänderten Form bei der Rentenberechnung im Osten Deutschlands bereits angewendet.

Eine andere Idee ist die *„einkommensbezogene Alterssicherung mit Mindestbeiträgen“*. Der Unterschied zum gegenwärtigen Rentenversicherungssystem liegt zunächst in der Finanzierung. Hier sollen Mindestbeiträge eingeführt werden, die jeder unabhängig von seinem Arbeitsentgelt zu zahlen hat. Wer die Mindestbeitragsgrenze überschreitet, zahlt einkommensabhängig bis zur Höchstgrenze Beiträge. Ein zweiter Unterschied liegt darin, daß jeder mindestens einen Mindestbeitrag zahlt und demnach auch mindestens eine Grundrente erhält. Wenn kein ausreichendes Einkommen in der Erwerbsphase vorliegt, ist entweder die *„Subventionierung“* der Beitragszahlungen oder der Rentenzahlungen in der Altersphase aus Steuermitteln vorgesehen.

*Winfried Schmähl* dagegen vertritt die Ansicht, daß das gegenwärtig praktizierte einkommensbezogene

staatliche Alterssicherungssystem modifiziert oder ergänzt werden müsse. Änderungen im Sozialhilferecht und ein engeres Zusammenarbeiten von Sozialhilfe und Sozialversicherung sollen negative Effekte der Bedürftigkeitsprüfung und des Rückgriffs auf Familienangehörige vermeiden helfen. Mit der Einführung der Beitragspflicht zur Sozialversicherung für geringfügig Beschäftigte könnten dann zusätzliche Ansprüche erworben werden.

Allgemein ist bei Vermutungen über die zukünftige Entwicklung zu beachten, daß sich wichtige Faktoren in der Erwerbsphase ändern und die zukünftigen Alten sich wesentlich von den heutigen alten Menschen unterscheiden, besonders hinsichtlich ihrer Erwartungen und Ziele für die Gestaltung der Nacherwerbsphase.

Auch nicht unterschätzt werden dürfen die Probleme, die mit der Öffnung des europäischen Marktes entstehen. Obwohl Sozialpolitik in der EU vornehmlich eine Aufgabe der Mitgliedsstaaten bleibt, wurde in der *„Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer“* festgelegt, daß alle älteren Personen über Mittel verfügen sollen, die ihnen einen ausreichenden Lebensstandard sichern. Durch den *„Entwurf für eine Empfehlung des Rates über die Annäherung der Ziele und der Politik im Bereich des sozialen Schutzes“*, der allgemeine Ziele und Prinzipien der Systeme sozialer Sicherheit definiert.

## Buchbesprechungen

sollen Mobilitätshemmnisse beseitigt, aber auch künstliche Mobilitätsanreize vermieden werden.

Britta Matthes

**Manfred Hermanns, Jugendarbeitslosigkeit seit der Weimarer Republik. Ein sozialgeschichtlicher und soziologischer Vergleich, Leske & Budrich, Opladen 1990, 162 S.**

In einer Zeit, da die Arbeitslosenquoten Rekordwerte erreichen, steigt auch das Interesse an sozialwissenschaftlichen Untersuchungen, die sich mit diesem Thema befassen. Der Autor will den zahlreichen empirischen Untersuchungen zu diesem Thema keine weitere hinzufügen; ihm geht es um die Durchdringung der Gesamtproblematik, um eine Zusammenschau und Gesamtwürdigung aller bisherigen Primärergebnisse der Soziologie über Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf junge Menschen sowie Veränderungen und Gemeinsamkeiten in der Erfahrung von jugendlichen Arbeitslosen in den letzten siebenzig bis achtzig Jahren.

Im krassen Gegensatz zu dieser anspruchsvollen Aufgabenstellung steht nun das Buch selbst. Schon die ersten Kapitel, in denen geschichtliche Epochen hoher Arbeitslosigkeit

vorgestellt werden, leiden unter der allzu verknüpften Darstellung, einer Überhäufung mit Zahlen und fehlenden Begriffsbestimmungen, die es dem Leser unmöglich machen, z.B. Leistungsansprüche zu rekonstruieren. Erst in dem Kapitel, das dem Zeitraum seit 1974 gewidmet ist (S. 22ff.), findet man eine klare Definition zur Jugendarbeitslosigkeit. Die jüngere Vergangenheit wurde vom Autor deutlich besser verarbeitet, in diesem Kapitel findet man Tabellen und internationale Vergleiche mit z.T. interessanten Fakten.

Die Hauptkritik betrifft inhaltliche Aspekte. Es kommt immer wieder vor, daß der Autor Behauptungen aufstellt, die er nicht begründet oder die im Widerspruch zu seinen eigenen Aussagen an anderer Stelle stehen. Am deutlichsten wird dieser Mangel im Kapitel „Politische Wirkungen“. Hier werden politische Aussagen getroffen, die in solcher Form in einer wissenschaftlichen Studie nichts zu suchen haben. Ein Beispiel sei genannt: Im Abschnitt „Jugendarbeitslosigkeit – eine Gefahr für die Demokratie?“ (S. 120ff.) geht es um die Frage, ob bei demselben Ausmaß von Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise wie in der Weimarer Republik Hitler heute eine Chance hätte, an die Macht zu gelangen. Die Fixierung der Medien auf nationalsozialistische und faschistische Tendenzen könnte nach Meinung des Autors den Blick für andere Gefah-

## Buchbesprechungen

ren – wie antidemokratische und antimarktwirtschaftliche Affekte – trüben. *Hermanns* schließt mit einem Zitat von Allerbeck: „Von zunehmenden Tendenzen zum Neonazismus unter Jugendlichen kann überhaupt nicht die Rede sein“ (S. 135). Mit einem einzigen, aus dem Zusammenhang gerissenen Satz aus dem Jahre 1984 wird ein Autor wie Allerbeck vereinnahmt, der sich durchaus differenzierter mit dem Thema auseinandergesetzt hat als hier suggeriert wird. Auch hätte man erwarten können, daß in einer „stark erweiterte(n) und neugefaßte(n)“ Ausgabe einer Studie von 1983 aktuellere Entwicklungen berücksichtigt worden wären.<sup>1</sup>

Ungewöhnlich viel Raum verwendet der Verfasser für das Kapitel „Jugendarbeitslosigkeit und die grün-alternative Bewegung“. Wieder wird der Leser mit Behauptungen konfrontiert, für die sachliche Argumente oder gar empirische Belege fehlen: so hätten „Die Grünen“ den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde ohne die durch die Arbeitslosigkeit verursachten Stimmen nicht geschafft, oder seit 1983 hätte die Bereitschaft unter den Arbeitslosen stark zugenommen, extreme Parteien zu wählen, mit einem deutlichen Vorsprung der links-extremen Parteien (S. 124ff.). Dieses Kapitel mündet in einen Vergleich der rechtsextremen Bewegung in der Weimarer Republik und der „neuen alternativen bis linksextremen Be-

wegung“. Es erscheint an dieser Stelle des Buches nicht mehr verwunderlich, daß *Hermanns* eine Fülle von Gemeinsamkeiten findet: „Versuchung zur Selbsterstörung der Demokratie durch Nichtanerkennung ihrer Gesetze“, das „Ausmaß der irrationalen Sehnsüchte“ oder der „anti-industrielle und antizivilisatorische Affekt“ (S. 129). Im Schlußwort warnt der Autor noch einmal unmißverständlich vor den Gefahren, die der Demokratie von Seiten der alternativen Bewegung drohen.

Kurzum: Es handelt sich hier um politische Polemik unter dem Deckmantel einer seriösen Studie.

Diane Wogawa

1 Zumal K. Allerbeck selbst in aktuellen Veröffentlichungen deutlich macht, für wie brisant er das Thema Rechtsextremismus hält: „Die Bedeutung des Themas steht außer Zweifel. Die heutigen Rechtsextremisten sind ja überwiegend keine ‚unverbesserlichen‘ alten Nazis, wie dies zur Zeit der NPD scheinen mochte, und Hoffnungen auf eine demographische Lösung des Problems Rechtsextremismus in Deutschland haben getragen. Es gibt eine nennenswerte Zahl von Jugendlichen in einer gewalthereiten rechtsextremen Szene.“ Vgl. seine Rezension zu: W. Heitmeyer, Bielefelder Rechtsextremismusstudie, in: Soziologische Revue 1 (1994), S. 76.

**Abraham de Swaan, Der sorgende Staat. Wohlfahrt, Gesundheit und Bildung in Europa und den USA der Neuzeit. Aus dem Englischen von Hans Günter Holl, Campus-Verlag, Frankfurt a.M./New York 1993, 345 S.**

„Wie und warum kamen Menschen dazu, kollektive, landesweite, verbindliche Arrangements gegen Risiken und Defizite zu treffen, die sie einzeln zu bedrohen und individuelle Lösungen zu erfordern schienen?“ (S. 12)

Ausgehend von dieser Fragestellung untersucht *Abraham de Swaan* den Zeitraum der letzten 500 Jahre „aus dem ungewohnten Blickwinkel einer historisch vergleichenden Soziologie, verbunden mit der Theorie des kollektiven Handelns“. (S. 11).

Dabei stützt sich der Autor auf zwei Theoriestränge: zum einen auf das aus der Wohlfahrtsökonomik bekannte Konzept der „externen Effekte“. Dieses Konzept weiterführend werden die zwar gegensätzlichen, jedoch interdependenten Gruppeninteressen analysiert. Zum anderen stützt sich der Autor auf das von Norbert Elias bekannte Konzept der „Figurationen von Menschen“, wonach Menschen durch Interdependenzketten, welche sich im Laufe der historischen Entwicklung immer mehr erweiterten und verfestigten, miteinander verbunden sind. Die

Theorie des kollektiven Handelns dient als Leitfaden, um den Kollektivierungsprozeß des Gesundheits-, Erziehungs- und Fürsorgewesens zu erklären.

Die in den Vergleich einbezogenen Länder England, Frankreich, die Niederlande, Deutschland und die USA wurden entsprechend der Verfügbarkeit der vorhandenen Spezialliteratur ausgewählt.

Auf anschauliche Weise wird der mühevollen Weg von Almosen für die Armen bis hin zum administrativ verordneten Solidarverhalten in Form von Steuern, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberabgaben und Staatszuschüssen beschrieben. Offensichtlich war man stets darum bemüht, die von den Armen ausgehenden Gefahren und Bedrohungen für Gesundheit und Eigentum einzudämmen und präventiv auszuschalten. War es früher die Angst vor ansteckenden Krankheiten, Raubüberfällen und Zerstörungswut, ist es heute die Angst vor Kriminalität und sozialem Unfrieden. Stets sah man aber auch die Armen als Reservearmee, ob nun als verfügbare Saisonarbeitskräfte, die am Leben zu erhalten waren, oder „potentielle Arbeiter, Rekruten, Konsumenten oder politische Anhänger“, die mit finanziellen Mitteln ausgestattet und bei Laune gehalten werden müssen. (S. 13).

*De Swaan* beginnt mit Betrachtungen des ländlichen Raumes im Mittelalter. Gewiß spielte der Prozeß

der Urbanisierung erst später eine immer gravierendere Rolle. In seinen nachfolgenden Kapiteln greift er jedoch ausschließlich auf Städte und Stadtgebiete zurück und vernachlässigt kleinere Gemeinden vollständig. Im Hinblick auf die sonst abgerundete Studie wirkt sich dieser „Ortswechsel“ ein wenig störend aus.

Aus der ansonsten streng verfolgten Argumentationslinie fällt das Kapitel 2 über die Entstehung der Elementarschulen heraus. Entgegen der international geläufigen Lehrmeinung, Elementarschulen als „funktionale Erfordernisse des Industriekapitalismus“ (S. 77) zu charakterisieren, wird in diesen Ausführungen ihre Entwicklung unter dem Aspekt einer erforderlich gewordenen Einheitssprache und aus dem Konflikt zwischen Metropolitanern und dem Landadel, forciert durch religiöse Rivalitäten, erklärt. Ob es jedoch notwendig ist, den Leser mit seitenlangen statistischen Berechnungen zu konfrontieren, lediglich um die Nützlichkeit einer allgemeinen Zweitsprache zu beweisen, kann man bezweifeln.

Das Kapitel über die Selbstverwaltung durch Arbeiterhilfsvereine im 19. Jahrhundert fällt, gemessen an der Bedeutung dieses Themas, leider relativ kurz aus. Was vom Autor lapidar als „Zwischenspiel“ bezeichnet wird, kennzeichnet immerhin den grundlegenden Wechsel der relevanten Akteure. Denn es sind nun nicht

mehr die Privilegierten, die die Bedrohung durch die Armen via Hilfe für diese von sich abzuwehren trachten, vielmehr sind es die von Armut Betroffenen selbst, mit dem Versuch, ihre materielle Lage durch gegenseitige Unterstützung zu verbessern. Des Weiteren trugen gerade die Erfahrungen mit gegenseitiger Hilfe zu einer Bewußtseinsbildung in der Bevölkerung bei, nämlich zu der Einsicht, daß es unter den gegebenen kapitalistischen Verhältnissen für Arbeitnehmer nicht möglich war und ist, sich gegen Risiken wie Krankheit, Invalidität und Erwerbslosigkeit auf ausschließlich privater Basis abzusichern.

Die mit der Entstehung des Frühkapitalismus einhergehenden demographischen und gesellschaftlichen Veränderungen werden zu kurz beleuchtet und im nächsten Kapitel schon als gegeben vorausgesetzt. Ist es doch gerade jene Phase, einen entscheidenden Wandel mit sich brachte. Mit der Proletarisierung weiter Kreise der Bevölkerung entstand eine große Zahl sozialer Sicherung Bedürftiger und Interessierter. Dazu stellten die „Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit“ die erste Form von auf soziale Zwecke spezialisiertem Kapital dar. Daran konnte der Staat mit der Herausbildung von sozialpolitischem Transferkapital, das unter seiner Verwaltung stand, anschließen.

Im letzten Kapitel wird der Autor

seinem Anspruch, eine dynamische Analyse der Thematik zu liefern gerecht, indem er auf die Folgen der Kollektivierung des Fürsorgewesens eingeht. Auf abstrakter Ebene schließt er damit den Bogen zur Gegenwart.

Alles in allem ein empfehlenswertes Werk, um sich einen Ein- und Überblick um die Entstehung der Sozialpolitik zu verschaffen, aber auch um bisheriges Wissen aus einer ungewohnteren Position heraus zu überdenken. Nachteilig wirken sich die am Ende des Buches plazierten Anmerkungen aus. Eine ausführliche Literaturliste mag dieses Handicap etwas aufwiegen. Abträglich ist jedoch der Preis von knapp 80 DM, wodurch finanzschwächere Interessentinnen und Interessenten sicherlich zu einer unbestimmten Wartezeit gezwungen werden, bis das Buch in Bibliotheken verfügbar sein wird.

Peggy Burian

**Martin Beck, Die Erdöl-Rentier-Staaten des Nahen und Mittleren Ostens. Interessen, erdölpolitische Kooperation und Entwicklungstendenzen, LIT Verlag, Münster-Hamburg 1993, 414 S.**

Mit seiner am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen verfaßten Dissertation, die nun in

überarbeiteter Form vorliegt, präsentiert *Beck* eine anspruchsvolle, streitbare und zugleich informative Arbeit, in der er aus der kritischen Auseinandersetzung mit Diskussionssträngen unterschiedlicher sozialwissenschaftlicher Disziplinen und Theorienfelder wie Vergleichende Systemanalyse und Internationale Politik, Energiepolitik, Erdölpreisbildung und Rentier-Staats-Konzept außerordentlich anregende und z.T. neuartige Sichten auf nahöstliche Vorgänge gewinnt.

Den Ausgangspunkt und zentralen Gegenstand seiner Überlegungen bildet die erdölpolitische Kooperation der Staatsbürokratien des Nahen und Mittleren Ostens.

Einen „Mangel an theoretisch fundierter Literatur zur Erdölpolitik“ konstatierend (S. 7), nimmt der Autor das aus seiner Sicht hohe Niveau des Erdölpreises als empirischen Ausgangspunkt und geht der Frage nach, welche Strukturen die „Staatsbürokratien dazu bewegen, sich erdölpolitisch kooperativ zu verhalten“ (S. 68).

In Anlehnung an M. Olson betrachtet *Beck* das hohe Niveau des Erdölpreises als ein Kollektivgut, von dessen Nutzung kein Mitglied einer bestimmten Gruppe ausgeschlossen werden kann, unabhängig davon, ob es an der Erstellung dieses Kollektivguts mitwirkt oder nicht (vgl. S. 99).

Unter Rückgriff auf das Gefangenendilemma analysiert *Beck* das

Verhalten der an der erdölpolitischen Kooperation beteiligten Staatsbürokratien, wobei die Häufigkeit der Interaktionen, die Anzahl und Größenstruktur der involvierten Akteure, deren kardinale Präferenzordnung sowie die Wirkung institutioneller Rahmenbedingungen als intervenierende Variablen mitberücksichtigt.

Mit der u. E. erstmaligen Anwendung dieses spieltheoretischen Ansatzes auf die erdölpolitische Kooperation gelingt dem Autor eine schlüssige Deutung jener Strukturen, die trotz unterschiedlicher Interessenlagen der einzelnen Staatsbürokratien eine im Ganzen erfolgreiche erdölpolitische Kooperation möglich machen, deren detaillierte Würdigung den Rahmen dieser Rezension allerdings sprengen würde.

Den Zugang zu den Handlungsmotiven und zum Verhalten der von ihm untersuchten Staatsklassen erschließt sich *Beck* insbesondere dadurch, daß er das Konzept vom Rentier-Staat für seine Fragestellung fruchtbar macht. Die Ergebnisse der wesentlich durch H. Beblawi und G. Luciani initiierten Diskussion ausgangs der achtziger Jahre aufnehmend, werden Rentier-Staaten vor allem dadurch bestimmt, „daß ein substantieller Teil des Staatseinkommens Renten sind, und daß Renteneinnahmen einen hohen Anteil am Bruttosozialprodukt ausmachen“ (S. 42).

In den Erdölländern des Nahen und Mittleren Ostens, die als Rentier-Staaten par excellence gelten können, reflektiert sich diese Konstellation in ganz spezifischen sozioökonomischen und politischen Strukturen, wie etwa der weitgehenden Autonomie der Staatsbürokratien von anderen gesellschaftlichen Schichten und Gruppen oder dem Primat der Herrschaftspolitik gegenüber der Entwicklungspolitik. Unter Zugrundelegung dieser zentralen Prämissen wird deutlich, daß die betrachteten Akteure im Interesse der Rentenmaximierung und der Aufrechterhaltung der den Rentenfluß sichernden inneren und äußeren Bedingungen durchaus strategisch rational handeln, auch wenn das aus entwicklungs-politischer Perspektive nicht immer so scheinen mag.

In seiner Analyse des Vorgehens von Staatsklassen bzw. einzelner Staatsklassensegmente auf verschiedenen Politikfeldern z.B. in Algerien, Irak, Saudi-Arabien, Kuwait und Iran scheidet sich der Vf. nicht, gängige Erklärungsmuster in Frage zu stellen, folgt aber immer einer wissenschaftlich konsistenten Argumentationslinie und macht zugleich Angebote für neue Antworten und Sichtweisen. Das gilt insbesondere für die ausführliche Diskussion der Entwicklung in Iran, die in der die herrschende Meinung konterkarierenden These mündet, „daß es sich bei der Iranischen Revolution im Grundsatz um

eine Revolution von oben handelt“ (S. 216).

Aufgrund der von *Beck* gewählten Strukturierung des Stoffes bleibt die Darbietung nicht ganz frei von Wiederholungen. Dies schmälert jedoch in keiner Weise den wissenschaftlichen Wert des Buches, das all jenen Lesern, denen an einem tieferen Verständnis von Staat und Gesellschaft in einer wichtigen Region der Dritten Welt gelegen ist, viele gedankliche Impulse liefern wird.

Hans-Georg Müller

***Erwin Faber, Immanuel Geiss, Arbeitsbuch zum Geschichtsstudium. Einführung in die Praxis geschichtswissenschaftlicher Arbeit, 2. Aufl., neu bearb. von Erwin Faber, Quelle und Meyer, Heidelberg/Wiesbaden 1992, 256 S.***

Wenn zwei international anerkannte Forscher, die zudem über langjährige Lehrerfahrungen verfügen, sich der Mühe unterziehen, den jüngsten Jüngern Klios die ersten Schritte an einer Universität oder Hochschule zu erleichtern, so ist dies von vornherein begrüßenswert. Geschieht es in einer derartigen Qualität wie in der vorliegenden Publikation, bleibt die Anerkennung nicht aus.

Die Vf. definieren ihre Arbeit als „praktische Orientierungshilfe für Geschichtsstudenten zur Anfertigung wissenschaftlicher Arbeiten.“ Gleichzeitig wenden sie sich an Schüler und Lehrer der gymnasialen Oberstufe. Dieser Anspruch fällt zu bescheiden aus. Auch Hochschullehrer und wissenschaftliche Mitarbeiter lesen das Buch mit Gewinn. Für Geschichtsstudenten erfüllt es eine studienbegleitende Funktion, denn eine wiederholte Lektüre einzelner Abschnitte im Verlauf des Studiums ist unerlässlich. Zu den Vorzügen gehören eine übersichtliche und logische Gliederung, ausführliche Literaturhinweise und eine benutzerfreundliche Gestaltung. Gegenwärtige divergierende Auffassungen (z.B. über Primär- und Sekundärquellen) werden ebensowenig verschwiegen wie umstrittene Anforderungen des Studienablaufs (Streitfall Latinum).

Unaufdringlich wird dem Anfänger bewußt gemacht, daß ihm im Verlauf des Studiums keine fertigen Wahrheiten geboten werden, die einmal gefunden, nur auswendig gelernt sein wollen, sondern, daß die Wahrheit im Prozeß des Erkennens selbst liegt.

Im ersten Kapitel („Zur Studien- und Lehrpraxis“) werden die Themen Grundlagenwissen, kritisches Lesen, schriftliche Arbeiten und Prüfungsvorbereitung behandelt. Wenn die Vf. im Abschnitt „Studienmotivation“ lediglich dafür plädieren

ren, daß „jeder Historiker wie Geschichtslehrer ein dringendes Interesse daran haben (müßte), einen spezifischen Beitrag zur rationalen Bewältigung der friedens- und umweltbedrohenden Globalkrise zu leisten“, so läuft das zunächst auf eine Verabsolutierung der politischen Funktion der Geschichtswissenschaft hinaus. Es ist auch unwahrscheinlich, daß dies die Mehrheit der Studienanfänger motiviert. Notwendig wären hier soziologische Untersuchungen über die Motive, von denen sich Abiturienten bei der Wahl des Faches Geschichte leiten lassen.

Das zweite Kapitel („Arbeitsorganisation und Materialsammlung“) stellt gelungene Proportionen zwischen jenen allgemeinen Elementen, die jedem Studium eigen sind, und den spezifischen des Geschichtstudiums her. Zahlreiche Verweise auf die bewährten unter der Vielzahl von allgemeinen Studienanleitungen können den Anfänger vor Fehlgriffen bewahren. Persönliche Erfahrungen besagen, daß Memoiren von Wissenschaftlern oder Einblicke in deren Werkstatt oft mit größerem Gewinn gelesen werden als noch so gute allgemeine Studienanleitungen.

Nicht vollständig überzeugen können die Ausführungen über die Quellen, die lediglich Sach- und Schriftquellen einbeziehen und damit hinter vergleichbaren Standardwerken zurückbleiben.

Die Gestaltung des dritten Kapi-

tels („Forschungspraxis und Schreibprozeß“) gehört dagegen zu den stärksten des Buches. Die Darlegungen über Leitfragen und Erklärungsrahmen, Gliederung als Bezugssystem und Erarbeitung und Darstellung sind in sich schlüssig und verständlich.

Der Abschnitt über Kategorien und Verfahren der historischen Analyse war gewiß am schwierigsten zu bewältigen. Die Vf. weisen unter Berufung auf Johann Gustav Droysen, Max Weber, Hans-Ulrich Wehler, Jürgen Kocka und Jörn Rüsen überzeugend nach, daß der Historiker nur dann inhaltliche Fehlurteile und einseitige Deutungen vermeiden kann, wenn er es versteht, hermeneutisches Sinnverstehen und kausalanalytisches Erklären miteinander zu kombinieren (S. 148). Ergänzend sei ein Aphorismus von Arnold Heeren (1760-1842) zitiert: „Jeder Anfänger in eine Wissenschaft bedarf einer Methodologie; allein es gibt meines Erachtens keine bessere Methodologie als die Geschichte jeder Wissenschaft. Der gute Kopf lernt daraus sowohl die Wege kennen, die er zu nehmen, als die Abwege, die er zu vermeiden hat. Und wer sie nicht daraus kennen lernt, für den möchte jede Methodologie überflüssig sein.“

Den fünften Teil bildet eine nach 25 Gesichtspunkten gegliederte „Auswahlbibliographie zur Neueren Geschichte“.

Alles in allem handelt es sich um

eine Publikation, die zu denjenigen gehört, die stets griffbereit zur Verfügung stehen sollten.

Günther Katsch

**Annette Wittkau, Historismus. Zur Geschichte des Begriffs und des Problems, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1992, 237 S.**

Die vorliegende Studie ist aus einer von Otto G. Oexle betreuten Dissertation hervorgegangen und behandelt als zentrale Themen die Entstehung des Historismusproblems (Teil 1), die Historismuskontroversen in der Nationalökonomie, in der Jurisprudenz, in der evangelischen Theologie und der Philosophie vor der Jahrhundertwende bis zum Beginn des 20. Jhs. (Teil 2) und die Versuche einer Lösung des Historismusproblems in ausgewählten Kulturwissenschaften mit der Konzentration auf Weber, Troeltsch, Heussi und Meinecke (Teil 3). Die Geschichte des Historismus erweist sich in diesem Kontext als „Geschichte eines Kampfbegriffes“ (S. 16), die mit der Historisierung des Denkens und dem Problem des Wertrelativismus aufs Engste verbunden war. Das Ziel der

Studie besteht darin, unter begriffs- und problemgeschichtlichem Aspekt die geistesgeschichtliche Entwicklung von einem im 19. Jh. verbreiteten Glauben an rational begründbare und damit universale Werte zu einem neuen Typus wissenschaftlicher Erkenntnis und Wertbegründung darzulegen.

Den Anfang der Auseinandersetzung um das Problem des Historismus sieht die Vf. Mitte des 19. Jhs., als mit dem Historisierungsprozeß die Vermittlung zwischen Vergangenheit und Gegenwart, zwischen lebensweltlicher Erfahrung und dem wachsenden Interesse an historischer Erkenntnis in das Blickfeld der Gelehrten rückte. Beginnend mit Droysens Versuch, sich erkenntnistheoretisch von der philosophisch-spekulativen Geschichtserkenntnis durch eine empirische Geschichtswissenschaft abzugrenzen, geht W. verschiedenen Historismuskonzeptionen über Carl Prantl, Rudolf Haym, Hermann Fichte und Heinrich M. Chalybäus bis zu Eugen Dühring nach, die alle auf einen Ausgleich von empirischer Geschichtserkenntnis und spekulativer Geschichtsphilosophie hinausliefen und so erstere in einen festen Werterahmen integrierten.

Die lebensweltlichen Probleme der empirischen Geschichtswissenschaft rückten dann in dem Maße in den Vordergrund, wie der Einfluß der idealistischen Philosophie zurück-

## Buchbesprechungen

ging. Jacob Burckhardt und dann in systematischer Form Friedrich Nietzsche thematisierten die Relativität einer prinzipiellen Unendlichkeit historischer Erkenntnis und damit deren zerstörende Wirkung für das Lebensfundament der Menschen. Das Auseinanderfallen von historischer Erkenntnis und praktischem Leben wird damit zum entscheidenden weltanschaulichen und wissenschaftlichen Problemkomplex, der unter dem Schlagwort „Historismus“ in den Kulturwissenschaften um die Jahrhundertwende die Frage nach der wissenschaftlichen Erkenntnis und ihren Bedingungen, nach einem verbindlichen Wissenschaftsbegriff und nach dem Verhältnis von Vergangenheit und Normen des praktischen Handelns aufwarf.

Am Beispiel des gleichartigen Streites zwischen Menger und Schmoller in der Nationalökonomie und zwischen Rudolf Stammler und Ernst I. Bekker in der Jurisprudenz in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts zeigt Wittkau, wie der Kampf eines theoriegeleiteten, deduktiven Wissenschaftskonzeptes gegen ein empirieorientiertes, lebensfeindliches, unter dem Begriff „Historismus“ gefaßtes Verständnis wissenschaftlicher Erkenntnis einer jeweils „neuen historischen Schule“ zwar nicht in erkenntnistheoretisch-methodischer Hinsicht, wohl aber in ihrer lebensweltlichen Dimension berechtigt war. Im Unterschied dazu wurde,

wie die Kritik Martin Käblers an der Leben-Jesu-Forschung zeigt, der Historismusbegriff in der protestantischen Theologie von Beginn an als Kennzeichnung der Begrenztheit der Geschichtswissenschaft benutzt und der Mißbrauch seines Anspruches auf geschichtswissenschaftliche Erkenntnis im Dienste weltanschaulicher Konzeptionen kritisiert. Er entwickelte sich so im Gefolge dieser Kontroversen zu einem pejorativen Schlagwort, an dem zwar in den einzelnen Disziplinen durchaus Differenzierungen vorgenommen wurden, der aber durch die Verabsolutierung der ausschließlich vergangenheitsorientierten Erkenntnis und damit eine – so etwa die philosophische Historismuskritik – lebensfeindlich-wertrelativierende Wirkung gekennzeichnet war.

Hatten Nietzsche und Dilthey eine Lösung des Problems des Wertrelativismus durch die Unterordnung der Wissenschaft unter das „Leben“ zu erreichen versucht, strebten Weber und Troeltsch unter dem Eindruck der allgemeinen Krise nach dem Weltkrieg danach, das Verhältnis Wissenschaft und Leben neu zu bestimmen und jener einen festen Bereich zuzuordnen. Die Autorin analysiert die unterschiedlichen Konzeptionen beider Gelehrter und kommt zu dem Schluß, daß nicht Troeltsch mit dem Versuch einer geschichtsphilosophischen Vermittlung, sondern Weber mit seinem

Konzept der kulturwissenschaftlichen Erkenntnis durch die strenge Trennung – aber dem gegenseitigen Ergänzungsverhältnis – von empirischer Wissenschaft und normativen Werten, Erkenntnis und praktischem Leben das Historismusproblem – ohne es begrifflich zu benennen – gelöst hat. Im Unterschied zum Idealismus, Positivismus und Marxismus verneinte er die Möglichkeit einer „wissenschaftlichen“ Begründung von Handlungsorientierungen und entkräftete er die zwei an den „Historismus“ gerichteten Vorwürfe der Lebensfeindlichkeit und des Normrelativismus.

Abschließend verfolgt die Vf. verschiedene, an die Lösungsvorschläge Nietzsches, Webers oder Troeltschs anknüpfende Historismuskonzeptionen anhand ausgewählter Denker in verschiedenen Disziplinen bis 1932, die, resultierend aus der von Troeltsch ausgehenden Bedeutungserweiterung des Historismusbegriffes, uneinheitlicher wurden, aber die pejorative Verwendung beibehielten. Heussis Buch „Die Krisis des Historismus“ von 1932 und Meineckes „Die Entstehung des Historismus“ von 1936 werden negativ bewertet, da sie zur Eliminierung der ursprünglichen lebensweltlichen und weltanschaulichen Grundsatzfragen des Historismusphänomens führten. Die Neuinterpretation des Begriffes bei Meinecke hatte, so Wittkau, nicht nur den Zusammenhang zwi-

schen der Begriffs- und Problemgeschichte zerrissen, sondern die großen Historismusdebatten des ausgehenden 19. Jhs. von der Historismuskonzeptionsdiskussion abgetrennt und den Begriff durch seine Verknüpfung mit dem Idealismus auf Deutschland eingeschränkt. Diese Verengung des Historismusbegriffes um seine wesentlichen Dimensionen wäre dann in der Historismuskritik nach 1945 kaum bemerkt worden.

Wittkaus Studie lenkt den Blick auf ein Stück fast vergessene Wissenschaftsgeschichte und greift mit der Frage nach dem Sinn historischer Erkenntnis und ihren praktischen Konsequenzen ein zentrales Thema des modernen Wissenschaftsverständnisses auf. Der interdisziplinäre Zugang eröffnet – trotz der nicht immer gemeisterten Gefahr einer Verkürzung mancher innerdisziplinärer Debatten – neue Perspektiven auf die deutschen Historismuskontroversen. Der problemgeschichtliche Zugriff bietet zudem die Möglichkeit, die zuletzt doch recht festgefahrene historiographie- und theoriegeschichtliche Diskussion durch andere Fragestellungen neu zu beleben. Gerade hierin liegt wohl aber die Hauptschwäche der Studie. In der Verabsolutierung ihres methodischen Zuganges verwirft die Autorin pauschal die deutsche Nachkriegsdiskussion als eine „unfruchtbare“ Auseinandersetzung und „Fehlentwicklung“ (S. 196), ohne diese in ihre

Untersuchung selbst miteinzu-  
beziehen. Insbesondere die wis-  
senschaftstheoretischen Debatten um  
den wissenschaftlichen Stellenwert  
von Aufklärung und Historismus, die  
sich in ihrem sozial-, ideen- und  
strukturgeschichtlichen Zugang wohl  
kaum in einen Diskursrahmen stellen  
lassen können, der auf Meineckes  
oder Heussis Historismusinterpre-  
tationen zurückgeht, haben zu diffe-  
renzierten Analysen über die Ge-  
schichte des Historismus geführt. Bis  
auf wenige Ausnahmen verbleibt die  
Autorin zudem in den Grenzen ihres  
Ansatzes, werden doch die jeweili-  
gen sozialen, ideologischen und  
wissenschaftsinternen Hintergründe  
der Kontroversen weitgehend ausge-  
blendet. Nicht unwesentlich haben  
aber gesellschaftliche Krisenprozesse  
die Diskussionen um den Relativismus  
und den Sinn historischer Er-  
kenntnis immer wieder neu entfacht.  
Debatten, die – wie die Beispiele Karl  
Hagen und Karl Biedermann zeigen  
– im 19. Jh. im Gefolge der Juli-  
revolution – also schon vor Droysen  
– begonnen haben. Mit Ausnahme  
von Droysens erkenntnistheoreti-  
schem Konzept, Burckhardts Skepti-  
zismus gegenüber dem Wissen-  
schaftsoptimismus und Hintzes Kri-  
tik an Troeltsch bezieht W. darüber-  
hinaus die Geschichtswissenschaft  
nicht in ihre Analyse mit ein, obwohl  
seit den Anfängen der Begriffs-  
geschichte ein direkter Zusammen-

hang zwischen Historismus und em-  
pirischer Geschichtswissenschaft be-  
stand. An den Kontroversen inner-  
halb der Fachhistorie hätten die  
Schnittpunkte der zwei Probleme mit  
anderen – etwa den ideologischen  
oder wissenschaftstheoretischen – Di-  
mensionen des Historismus aufge-  
zeigt werden können. Wenn überdies  
Max Weber die Probleme des Histo-  
rismus gelöst hatte, erübrigen sich eo  
ipso eine von der Vf. geforderte er-  
neute Zusammenführung von Begriff  
und Problem des Historismus und die  
Wiederaufnahme seiner Grundsatz-  
probleme. Die rezenten geschichts-  
theoretischen Diskussionen haben  
aber auch gezeigt, daß die Fragen des  
Wertrelativismus und des Verhält-  
nisses von Theorie und Praxis nicht  
allein einen zentralen Problembereich  
des Historismus ausmachen, sondern  
jeder historischen Forschung imman-  
ent sind. Ob die „wissenschaftli-  
chen Methodenstreite der Moderne“  
dann begrifflich unter „Positivismus-  
streit“<sup>1</sup> oder wie bei Wittkau unter  
„Historismuskontroversen“ gefaßt  
werden, scheint dann eher eine für  
Akademiker, nicht aber für das „Le-  
ben“ relevante Frage zu sein.

Eckhardt Fuchs

1 Vgl. O.G. Oexle, „Wissenschaft“ und „Le-  
ben“. Historische Reflexionen über Trag-  
weite und Grenzen der modernen Wissen-  
schaft, in: GWU 41, 1990, S. 151f.

---

## Eingegangene Bücher

- Werner Bein, Schlesien in der habsburgischen Politik. Ein Beitrag zur Entstehung des Dualismus im Alten Reich, Jan Thorbecke Verlag, Sigmaringen 1994.
- Ragnar Björk, Erik Lönnroth, Karl Molin (Hrsg.), Conceptions of national history, Verlag Walter de Gruyter, Berlin 1994.
- Frank Capellan, Für Deutschland und Europa. Der Deutschlandfunk. Rundfunkanstalt mit besonderem Auftrag 1961-1989, K. G. Saur, München 1993.
- Arlette Farge, Lauffeuer in Paris. Die Stimme des Volkes im 18. Jahrhundert, Verlag Klett-Cotta, Stuttgart 1993.
- Bernhard Friedmann, Christa Randzio-Plath, Unternehmen Osteuropa – eine Herausforderung für die europäische Gemeinschaft, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1994.
- Gert-Joachim Glaeßner, Demokratie nach dem Ende des Kommunismus, Westdeutscher Verlag, Opladen/Wiesbaden 1993.
- Gert-Joachim Glaeßner, K. Sühl (Hrsg.), Auf dem Weg nach Europa. Europäische Perspektiven nach dem Ende des Kommunismus, Westdeutscher Verlag, Opladen/Wiesbaden 1994.
- Martin Gutzeit, Markus Meckel (Hrsg.), Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit, Bund-Verlag, Köln 1994.
- Markus Hänsel-Hohenhausen, Der Geist des Gallitzin-Kreises, Verlag Dr. Markus Hänsel-Hohenhausen, Egelsbach 1993.
- Hans Josef Helmer, Die Genese des Kapitalismus, Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main 1993.
- Karl Heinz Janßen, Fritz Tobias, Der Sturz der Generäle. Hitler und die Blomberg-Fritsch Krise, C. H. Beck, München 1994.
- Heinz Klegler, Der neue Ungehorsam. Widerstände und politische Verpflichtung in einer lernfähigen Demokratie, Campus Verlag, Frankfurt am Main 1993.
- Bernd Kasten, „Gute Franzosen“. Die französische Polizei und die deutsche Besatzungsmacht im besetzten Frankreich 1940-1944, Jan Thorbecke Verlag, Sigmaringen 1993.
- Jürgen Kloosterhuis, „Friedliche Imperialisten“. Deutsche Auslandsvereine und auswärtige Kulturpolitik 1906-1918, Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main 1994.
- Jürgen Kocka, Historische DDR Forschung, Akademie-Verlag, Berlin 1994.

### Eingegangene Bücher

- Axel Koppetsch, 1789 aus zweierlei Sicht. Die Französische Revolution als Gegenstand nationaler Rezeptionsgeschichten in der französischen und deutschen Schulbuchhistoriographie, Verlag Moritz Diesterweg, Frankfurt am Main 1994.
- Hans-Peter Krüger, Perspektivenwechsel. Autopoesie, Moderne und Postmoderne im kommunikationsorientierten Vergleich. Akademie-Verlag, Berlin 1993.
- Rainer M. Lepsius, Demokratie in Deutschland, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1993.
- Rudolf Lill (Hrsg.), Hochverrat? Die „Weiße Rose“ und ihr Umfeld, Universitätsverlag Konstanz, Konstanz 1994.
- Rudolf Lill, Michael Kißener (Hrsg.), Der 20. Juli 1944 in Baden und Württemberg, Universitätsverlag Konstanz, Konstanz 1994.
- Alexander Lohe, Manfred Sicking (Hrsg.), Die Bedrohung der Demokratie von rechts, Bund-Verlag, Köln 1993.
- Elisabeth Lohe, Rhetorik der Französischen Revolution. Untersuchungen auf der Basis eines erweiterten Verständnisses von Rhetorik. Verlag Dr. Markus Hänsel-Hohenhausen, Egelsbach 1994. (microfiche)
- Didier Masseau, L'invention de l'intellectuel dans l'Europe du XVIIIe siècle. Presses Universitaires de France, Paris 1993.
- Musée de l'histoire vivante de Montreuil, u.a. (Hrsg.), Londres – Paris: 1943. Fernand Grenier – Jacques Duclos.
- Claudia Opitz-Belakhal, Militärreform zwischen Bürokratisierung und Adelsreaktion. Transformation des französischen Offizierskorps von 1760-1790, Jan Thorbecke Verlag, Sigmaringen 1993.
- Pascal Ory, Une nation pour mémoire. Trois jubilés révolutionnaires 1889 – 1939 – 1989, Presses de la Fondation nationale des sciences politiques, Paris 1993.
- Michael Pollak, Une identité blessée, Editions Métailié, Paris 1993.
- Janos Rathmann, Historizität in der deutschen Aufklärung, Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main 1993.
- Mathias Reimann, Historische Schule und Common Law. Die deutsche Rechtswissenschaft des 19. Jahrhunderts im amerikanischen Rechtsdenken, Duncker & Humblot, Berlin 1993.
- Fritz Reinert (Hrsg.), Protokolle des Landesblockausschusses der antifaschistisch-demokratischen Parteien Brandenburgs 1945-1950, Verlag Hermann Böhlhaus Nachfolger, Weimar 1994.
- Heide Riedel (Hrsg.), Mit uns zieht die neue Zeit. 40 Jahre DDR-Medien, Vistas Verlag, Berlin 1993.

### Eingegangene Bücher

- Fritz Rieger, Durhane Wong-Rieger, (Hrsg.), *International Management Research looking to the Future*, Verlag Walter de Gruyter, Berlin 1993.
- Harm G. Schröter, *Aufstieg der Kleinen. Multinationale Unternehmen aus fünf kleinen Staaten vor 1914*, Duncker & Humblot, Berlin 1993.
- Wolfgang Schwanitz (Hrsg.), *Jenseits der Legenden. Araber, Juden, Deutsche*, Dietz Verlag, Berlin 1994.
- Horst Siebert (Hrsg.), *Overcoming the Transformation Crisis. Lessons for the Successor States of the Soviet Union*, J.C.B. Mohr, Tübingen 1993.
- Gerd R. Überschar (Hrsg.), *Der 20. Juli 1944. Bewertung und Rezeption des deutschen Widerstandes gegen das NS-Regime*, Bund-Verlag, Köln 1994. (Juli).
- Bragge bei der Wieden, Außenwelt und Anschauungen Ludolfs von Münchhausen, Hahnsche Buchhandlung, Hannover 1994.
- Otto Wunderlich (Hrsg.), *Entfesselte Wissenschaft. Beiträge zur Wissenschaftsbetriebslehre*, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 1993.
- Hartmut Zwahr, *Ende einer Selbsterstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR*, Vandenhoeck & Rupprecht, Göttingen 1993.

---

## Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

*Charles Bright*, Ph. D., Senior Lecturer of History, University of Michigan, Ann Arbor

*Peggy Burian*, stud. phil., Universität Leipzig

*Gerald Diesener*, Dr. sc., Università di Torino, Dipartimento di Storia

*Eckhardt Fuchs*, Dr. phil., FSP Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie Berlin

*Andrej Fursov*, Dr., Institut für wissenschaftliche Information in den Sozialwissenschaften (INION) der Russischen Akademie der Wissenschaften, Moskau

*Michael E. Geyer*, Prof. Dr., University of Chicago, Department of History

*Rigobert Günther*, Prof. Dr. phil., Leipzig

*Manfred Hetting*, Dr. phil., Universität Bielefeld, Fakultät für Geschichtswissenschaft

*Peter Imbusch*, Dr. phil., Philips-Universität Marburg, Institut für Soziologie

*Miomir Jakšić*, Prof. Dr., Universität Belgrad, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät

*Günter Katsch*, Prof. Dr. phil., Leipzig

*Hans-Jürgen Lüsebrink*, Prof. Dr. phil., Universität des Saarlandes, Fachrichtung 8.2. – Romanistik

*Britta Matthes*, stud. phil., Universität Leipzig

*Katharina Middell*, Dr. phil., Universität Leipzig, Historisches Seminar

*Matthias Middell*, Dr. phil., Universität Leipzig, Historisches Seminar

*Hans-Georg Müller*, Dr. oec., Leipzig

*Hans-Heinrich Nolte*, Prof. Dr. phil., Universität Hannover, Historisches Seminar

*Steffen Sammler*, Dipl.-Hist., Universität Leipzig

*Ulrike Schmieder*, Dr. phil., DFG-Projekt „Amerika in Europa. Warenaustausch und Informationstransfer zwischen deutschen Regionen und Lateinamerika vom 17. bis zum Ende des 19. Jhs.“, Leipzig/Köln

*Diane Wogawa*, stud. phil., Universität Leipzig



# Analysen zu Problemen der Transformation in Ostdeutschland und zur deutsch-deutschen Integration aus dem BISS

## BISS public

Beiträge zur  
sozialwissenschaftlichen Diskussion

15 Hefte sind seit 1991 erschienen, Umfang jeweils 120-160 Seiten, Heftpreis 14,- DM

ISSN 0944-4678

**Heft 13:** u.a. Zapf: Zur Theorie der Transformationen / Peter: Kritische Anmerkungen zur modernisierungstheoretischen Interpretation des Umbruch- und Transformationsprozesses in Ostdeutschland / Mayntz: Die deutsche Vereinigung als Prüfstein für die Leistungsfähigkeit der Sozialwissenschaften / Mayer: Von der Transformationstheorie zur Transformation oder umgekehrt? / Klein: Eine mehrdimensionale, kritische Deutung der ostdeutschen Transformation /

**Heft 14:** u.a. Miegel: Wie realistisch und wünschenswert ist die Angleichung der Lebensverhältnisse in West und Ost? / Riedmüller: Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland - Interessenlagen und Interessengruppen / Grundmann: Vom gespaltenen Volk zur gespaltenen Bevölkerung / Nickel: Geschlechtsspezifische Disparitäten im Erwerbssystem: Eine neue Vergeschlechtlichung von Arbeit und Leistung? / Schröter: Ostdeutsche Frauen - drei Jahre danach

**Heft 15:** Reißig: Transformation - Theoretisch-konzeptionelle Ansätze, Erklärungen und Interpretationen / Kupferberg: Veränderungsbereitschaft und Systemexport im Transformationsprozeß / Klinger: Die unvollendete Integration - Grundprobleme institutioneller Erneuerung in Deutschland / Schmidt: Arbeitspendeln, Frauen und Familie in Brandenburg

## BISS-Forschungshefte

Studien und Forschungsberichte

ISSN 0944-1093

Folgende Hefte sind bisher erschienen:

**Heft 1 (1992):**  
Koch / Woderich: Freier Flug oder Fall in die Marktwirtschaft? Existenzgründer in Ostdeutschland, 106 S., 22,- DM

**Heft 2 (1993):**  
Grundmann: Gewalt und Toleranz. Ostberliner Schüler zwischen Ideal und Wirklichkeit, 120 S., 24,- DM

**Heft 3 (1993):**  
Berg/ Möller: Transformationsprobleme kommunaler Verwaltungsinstitutionen und kommunaler Partizipationsentwicklung, 98 S., 20,- DM

**Heft 4 (1993):**  
Grundmann: Migration und Wohnortbindung im Urteil der Bevölkerung von Ost-Berlin, 113 S., 24,- DM

**Heft 5 (1993):**  
Kretzschmar (u.a.): Vorrühständler - eine neue soziale Realität in Ostdeutschland, 129 S., 26,-

**Heft 6 (1993):**  
Pollach: Unabhängige Bürgerbeteiligung in Bln.-Hohenschönhausen, 97 S., 20,- DM

**Heft 7 (1993):**  
Lindig: Selbständige und Gründungsgeschehen in Ostdeutschland, 111 S., 22,- DM

**Heft 8 (1993):**  
Valerius / Wolf-Valerius: "Neue Selbständige" in Ostberlin und im Land Brandenburg 1992/93, 99 S., 22,- DM

Bestellungen: BISS e. V., Erich-Weinert-Str. 19, 10439 Berlin (030/4452074)

## **Aus dem Inhalt**

### **Editorial**

### **Aufsätze**

- Charles Bright/Michael Geyer* Globalgeschichte und die Einheit der Welt im 20. Jahrhundert
- Miomir Jakšić* Die GUS in den neunziger Jahren aus der Sicht der World System-Theorie
- Andrej Fursov* Kapitalismus, Kommunismus und die Glocken der Geschichte
- Peter Imbusch* Weltsystemtheorie oder Internationale Politische Ökonomie?
- Hans-Heinrich Nolte* Zur Rezeption des Welt-systemkonzepts in Deutschland

### **Forum**

- Ulrike Schmieder* Iberoamerika in deutschen Zeitschriften des 18. und 19. Jahrhunderts. Das Beispiel der „Minerva“ 1792–1857

ISSN 0940-3566

ISBN 3-929031-57-4